

# **Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit**

Herausgegeben  
von  
Hans Günther Merk

— METZLER —  
POESCHEL

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit /**

Statistisches Bundesamt. Hrsg. von Hans Günther Merk. –

Stuttgart : Metzler - Poeschel, 1994

ISBN 3-8246-0450-7

NE: Merk, Hans Günther [ Hrsg. ]; Deutschland / Statistisches  
Bundesamt

Umschlagfotos:  
© Bildagentur Schuster GmbH  
D - 61440 Oberursel

Erschienen im September 1994

Preis: DM 24,80

Bestellnummer: 1011000 - 94900

ISBN 3-8246-0450-7

Verlagsauslieferung:

Hermann Leins GmbH & Co. KG

Postfach 11 52

72125 Kusterdingen

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1994

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.



## Vorwort

Das Problem der Arbeitslosigkeit wird auch in den nächsten Jahren eines der brisantesten wirtschaftspolitischen und sozialen Themen sein. Neben konjunkturellen Entwicklungen sind es in erster Linie die strukturellen Veränderungen, die zu unmittelbaren Auswirkungen auf die Beschäftigung führen. Der Darstellung, Analyse und Einschätzung der Entwicklung des Strukturwandels und der Beschäftigung in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft kommt damit eine entscheidende Bedeutung zu. Diese Publikation leistet daher auch einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion.

Viel Raum wird der gesamt- und einzelwirtschaftlichen Darstellung der Strukturveränderungen und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1950, sowohl im früheren Bundesgebiet, der ehem. DDR, als auch – nach der Wiedervereinigung – in den neuen Ländern und Berlin-Ost eingeräumt.<sup>1)</sup> Dies ist jedoch nicht nur von „historischem“ Interesse, sondern ermöglicht es, die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, vor denen wir heute im vereinten Deutschland stehen, besser einschätzen und analysieren zu können. Von entscheidender Bedeutung sind selbstverständlich auch die Analyse der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich und die Darstellung der Entwicklungsperspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt. Diese Themen werden in weiteren Kapiteln behandelt.

Die Beiträge der Publikation wurden – neben Autoren des Statistischen Bundesamtes – von Vertretern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, der Treuhandanstalt und des Thüringer Landesamtes für Statistik verfaßt. Zur Abrundung des Buches erläutern Vertreter der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus ihrer Sicht die Konsequenzen, die aus der jetzigen Situation für die Arbeitsmarktpolitik zu ziehen sind.

Der Herausgeber hat die Veröffentlichung als Forum unterschiedlicher Meinungen gewählt und bewußt die Verantwortung für die einzelnen Beiträge bei den Autoren belassen

Den Autoren gilt mein Dank für die Artikel zu diesem Buch. Ohne ihre aufgeschlossene Mitarbeit wäre eine so differenzierte Betrachtung der komplexen Themenstellungen in dieser Form nicht möglich gewesen.

---

1) Selbstverständlich wird in den einzelnen Kapiteln auf statistisches Material zurückgegriffen. Wegen der Einbeziehung unterschiedlicher Erhebungen kann es – da sich die Abgrenzungen innerhalb der Erhebungen häufig etwas unterscheiden – zur Nennung geringfügig voneinander abweichender Zahlen kommen.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes, die an dieser Publikation beteiligt waren. Annette Berger, Stefan Hauf und Peter Knoche haben das Konzept erarbeitet, die Leitung der Redaktion übernommen, mit den Autoren inhaltliche Fragen diskutiert und Abstimmungen vorgenommen sowie die Koordination durchgeführt. Hans-Dieter Schmidt und Georg Schuck führten die redaktionelle Bearbeitung durch, Bernd Deuter die Textgestaltung. Harald Brunner war für die redaktionelle Organisation zuständig.

Wiesbaden, im September 1994

**Der Präsident des Statistischen Bundesamtes**

Hans Günther Merk

# Inhalt

	Seite
Vorwort.....	3
<i>Hans Günther Merk</i> Strukturwandel heute und morgen.....	6
<i>Hartmut Essig</i> Der Strukturwandel als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.....	15
<i>Marlene Nowack</i> Der Strukturwandel und seine Begleiterscheinungen – Rückblick auf die Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsbereiche im früheren Bundesgebiet.....	36
<i>Carsten Cornelsen</i> Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels für den Arbeitsmarkt.....	66
<i>Udo Ludwig</i> Wandel der Arbeitsplatzstruktur in der ehem. DDR bis zur Vereinigung.....	93
<i>Gerd von Gusinski</i> Umbruch der Arbeitsmarktstrukturen in den neuen Ländern und Berlin-Ost...	127
<i>Harald Hagn</i> Der Wandel der Wirtschaftsstruktur in Thüringen.....	147
<i>Helmut Rudolph</i> Die Kehrseite des Wandels – Strukturelle Arbeitslosigkeit .....	175
<i>Jürgen Hertel</i> Die internationale Herausforderung .....	205
<i>Johann Fuchs</i> Arbeitsmarkt 2000 – Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt.....	239
<i>Reinhard Ebert</i> Was ist zu tun? – Konsequenzen für die Arbeitsmarktpolitik .....	259
<i>Ludolf von Wartenberg</i> Rentable Arbeitsplätze in der Industrie – Lehren aus mehr als 40 Jahren Strukturwandel.....	271
<i>Wilhelm Adamy / Hartmut Seifert</i> Für eine stärkere strukturpolitische Orientierung der Arbeitsmarktpolitik .....	281
Die Autoren.....	293

## Strukturwandel heute und morgen

In Marktwirtschaften herrscht innerhalb der Wirtschaftsstrukturen ständig Bewegung: Einige Branchen schrumpfen, andere wachsen und werden bedeutender für eine Volkswirtschaft, neue kommen hinzu, Innovation und Rationalisierung finden – zeitweise stärker, zeitweise schwächer – ständig statt. Ohne diesen dauernden, dynamischen Wandel im wirtschaftlichen Ablauf wäre Fortschritt, Steigerung des Lebensstandards der Menschen, wäre Wirtschaftswachstum nicht denkbar.

Diese Prozesse des Strukturwandels beeinflussen und bedingen sich gegenseitig auf allen Ebenen. Dies beginnt bei den Unternehmen, setzt sich fort innerhalb der Branchen, den Sektoren, den einzelnen Volkswirtschaften und reicht bis hin zur gesamten Weltwirtschaft: Jede Änderung der „Rahmenbedingungen“ kann zu Folgewirkungen und andauernden Anpassungsreaktionen auf anderen Ebenen, also zu Strukturwandel führen. Genauso vielschichtig wie der Strukturwandel selber sind auch dessen Ursachen. Der technische Fortschritt ist die bekannteste und eine der wichtigsten Ursachen des Strukturwandels, aber beileibe nicht die einzige. Genauso können z. B. Nachfrageveränderungen, Änderungen der Preise für Rohstoffe bzw. Vorprodukte, bessere Produktionsbedingungen im Ausland, das Auftauchen weiterer Anbieter am Markt oder auch politische Entscheidungen und Ereignisse – man denke nur an die Wiedervereinigung Deutschlands – zu mehr oder minder starkem wirtschaftlichen Strukturwandel führen.

Im folgenden werden – nach einer „Standortbestimmung“ – zwei Facetten des Strukturwandels dargestellt, die bei der Analyse häufig weniger Beachtung finden, aber doch entscheidende Wirkungen haben. Das ist einmal der Trend zur Globalisierung der Wirtschaft und zum zweiten die Entwicklung in Richtung informations- und kommunikationsgestützter Dienstleistungen.

### 1 Strukturwandel und Beschäftigung – wo stehen wir heute?

Die letzten Jahre waren durch eine ständig zunehmende Zahl von Arbeitslosen gekennzeichnet. Ein Aspekt ist dabei in Ost- und Westdeutschland immer stärker in den Vordergrund getreten: die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Beschäftigung. Vielfach wurde die schmerzliche Erfahrung gemacht, daß Strukturwandel nicht nur neue qualifizierte und produktivere Arbeitsplätze mit entsprechend hohem Einkommen, sondern auch Arbeitslosigkeit im angestammten Beruf bedeuten kann.

---

\*) Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Zunächst waren es in Westdeutschland überwiegend die bekannten schrumpfenden Branchen, wie z. B. die Stahl-, Textil- oder Werftindustrie, die von struktureller Arbeitslosigkeit betroffen waren. Die Verantwortlichkeit zur Lösung der Probleme am Arbeitsmarkt wurde vielfach der Politik zugeschoben. Hierbei nahm man aber nicht zur Kenntnis, daß es Aufgabe des Staates nur sein kann, die negativen Auswirkungen des Strukturwandels vorübergehend zu mildern, nicht aber den Strukturwandel selbst zu behindern oder aufzuhalten. Im Gegenteil: Der Staat muß Strukturwandel fördern und unterstützen. Nur so bleibt die Wirtschaft lebensfähig, international konkurrenzfähig und angemessenes Wachstum möglich. Beispielsweise durch Maßnahmen zur Qualifizierung von Arbeitnehmern, Schaffung von Investitionsanreizen, Subventionen usw. wurde versucht, das Problem, wenn schon nicht in den Griff zu bekommen, so doch wenigstens auf ein gesellschaftlich akzeptables Maß einzudämmen. Solange die Wirtschaft insgesamt florierte, Deutschland führende Exportnation war und die Einkommen kontinuierlich stiegen, galt strukturelle Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zwar als schwerwiegendes aber eher begrenztes soziales Problem.

Erst zu Beginn der neunziger Jahre änderte sich dies grundlegend. In Westdeutschland gingen seit Ende 1991 allein im industriellen Bereich 900 000 Arbeitsplätze verloren. Und das Erschreckendste: Betroffen waren nicht nur die bekannten schrumpfenden Branchen, sondern in erster Linie auch die Bereiche, denen die Exportation Deutschland lange Zeit einen beträchtlichen Teil ihres Wohlstandes verdankte, namentlich der Maschinenbau, die Elektroindustrie, der Fahrzeugbau und die Chemische Industrie. Daß es sich bei der dramatisch anwachsenden Arbeitslosigkeit um ein ausschließlich konjunkturbedingtes, damit vorübergehendes Problem handelt, glaubt heute kaum noch jemand. Ein weiteres kommt hinzu: In den neuen Ländern und Berlin-Ost war und ist – in kürzester Zeit – eine vierzig Jahre aufgeschobene strukturelle Entwicklung nachzuholen. Dies führte – zwangsläufig – zunächst in eine massive Strukturkrise, begleitet von hohen Arbeitslosenzahlen.

Das Problem der Arbeitslosigkeit wird somit das Thema sein, mit dem wir uns in den nächsten Jahren auseinanderzusetzen haben. Beschäftigung dient in unserer Gesellschaft aber längst nicht mehr nur allein der Lebenssicherung. Mit dem Wort „Arbeit“ werden auch Begriffe wie Selbstbestätigung, Individualität oder gesellschaftliche Akzeptanz verbunden. Abgesehen davon, daß wir es uns finanziell nicht leisten können, einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung einfach nur zu „versorgen“, müssen wir auch die Lebensqualität sehen, die aus einer befriedigenden Arbeit resultiert. Daß jeder, der dies wünscht auch eine reguläre Beschäftigung erhält, davon sind wir mittlerweile sehr weit entfernt. Selbst hohe Qualifikation, soziale Kompetenz und Flexibilität des einzelnen, sind heute keine alleinigen Beschäftigungsgaranten mehr.

Vollbeschäftigung, wie wir sie früher kannten, wird es in dieser Art – zumindest auf abschbare Zeit – nicht mehr geben. Das heißt selbstverständlich nicht, daß sich

keine Möglichkeiten eröffnen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen bzw. die vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Aber das alleinige, umfassende und bequeme Patentrezept wird es nicht geben. Wir müssen unser Augenmerk verstärkt darauf richten, überholte Strukturen rechtzeitig zu erkennen und damit die Bereitschaft verbinden, uns von diesen zu lösen. Neue Wege zu gehen, erfordert bei allen ein Umdenken: beim Staat, den Interessenverbänden, den Unternehmen, aber auch bei den Erwerbspersonen.

Dabei kann es sich auch um wenig spektakuläre Ansätze handeln, wie z. B. Teilzeitmodelle: Etwa 60 % aller Arbeitsplätze sind grundsätzlich teilbar. Bei konsequenter Anwendung könnten allein damit mehr als 1,5 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen werden,<sup>1)</sup> was dem wachsenden Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung in der Bevölkerung durchaus entgegen kommt. Teilzeitbeschäftigung sollte aber nicht nur in Bereichen realisiert werden, die geringere Qualifikationen an die Beschäftigten stellen. Auch – und gerade – bei anspruchsvolleren Arbeitsplätzen führt die Teilung nämlich häufig zu spürbaren Effizienzsteigerungen, was einen willkommenen „Nebeneffekt“ darstellt.

Ein weiterer Punkt ist die Deregulierung. Deregulierung ist mittlerweile zu einer wichtigen Aufgabe des Staates geworden. Allein lösen kann er diese Aufgabe allerdings nicht. Er ist hierbei auf die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen angewiesen, die bereit sein müssen, alte Besitzstände zu überdenken und gegebenenfalls hinter das Gemeinwohl zu stellen.

Immer entscheidender wird aber auch die Bereitschaft zur lebenslänglichen Aus- und Weiterbildung und die Akzeptanz sich künftig noch schneller ändernder Berufsbilder. Heute davon auszugehen, im erlernten Beruf ein Leben lang arbeiten zu können, wird für viele Menschen zur fatalen Illusion werden. Die Bereitschaft, sich immer wieder auf neue Entwicklungen einzustellen und diese zu nutzen, ist grundlegende Voraussetzung eines erfolgreichen Berufslebens.

Dies sind nur einige von vielen Punkten, die deutlich machen, wie stark wir unsere Strukturen grundsätzlich in Frage stellen müssen. Wir müssen uns darüber bewußt sein, daß sich unser aller Lebensumfeld – wirtschaftlich und politisch – in den letzten Jahren grundlegend geändert hat und noch weiter ändern wird. Die Zeiten des permanent anwachsenden Wohlstandes und der Vollbeschäftigung gehören der Vergangenheit an, die Herausforderungen nehmen zu. Wir sollten aber auch aufhören, neue Entwicklungen, neue Wege, in erster Linie als Bedrohungen zu begreifen. Zukunft ist keine „Naturgewalt“, sie ist – auf Basis eines gemeinsamen gesellschaftlichen Konsenses – positiv gestaltbar.

---

1) Ergebnis einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey; zitiert nach: Der Spiegel (31.1.1994).

## **2 Die Globalisierung der Wirtschaft**

Lange Zeit wurde der Welthandel von einigen wirtschaftlich starken Industrienationen dominiert, die die Wachstumsmärkte gepachtet zu haben schienen. Die Entwicklungsländer trugen vorwiegend Rohstoffe und Agrarprodukte zum internationalen Handel bei, in den heutigen Schwellenländern wurden einfach herzustellende Güter oder Vorprodukte arbeitsintensiv zu sehr niedrigen Lohnkosten produziert. Investitionen, die von Unternehmen aus Industrienationen in diesen Ländern getätigt wurden, ermöglichten eine billigere Produktion, waren gleichzeitig aber auch Entwicklungshilfe. Deutschland, arm an Rohstoffen, aber reich an Humankapital, konzentrierte sich auf die Entwicklung und Produktion hochwertiger Güter.

Ein Anzeichen der zunehmenden Globalisierung ist die Tatsache, daß immer mehr Länder in der Lage sind, international konkurrenzfähige Güter herzustellen. Insbesondere die asiatischen Schwellenländer drängen heute nicht nur in die Bereiche der hochwertigen industriellen Fertigungstechniken, sondern machen sich auf, mit gut ausgebildeten Arbeitskräften die Zukunftstechnologien zu erobern. Die asiatisch-pazifische Region ist schon lange die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt und dabei auch noch ausgesprochen exportorientiert.<sup>2)</sup> Das verschärft natürlich die Konkurrenz auf den Weltmärkten, insbesondere gegenüber Hochlohnländern wie der Bundesrepublik. Andererseits eröffnen sich – mit steigenden Einkommen – in den asiatischen Ländern riesige Absatzmärkte, die zwei Drittel der Weltbevölkerung umfassen. Auf diesen Märkten werden nicht nur einfache Massenprodukte, sondern auch zunehmend hochwertige Güter nachgefragt. Obwohl wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen, ist Asien bereits heute der bedeutendste Abnehmer z. B. von europäischen Chemieerzeugnissen und Maschinen.<sup>3)</sup> Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere Deutschland seine Expansionschancen auf den wachstumssträchtigen asiatischen Absatzmärkten bisher nur unzureichend genutzt hat.

Waren aus Deutschland erfreuen sich international nach wie vor einer großen Nachfrage. Trotzdem ist Vorsicht geboten: In vielen Bereichen haben andere Staaten aufholen können. Hinzu kommt, daß innerhalb der deutschen Exportwirtschaft solche Branchen stark dominieren, die im internationalen Vergleich eine verhältnismäßig geringe Wachstumsdynamik aufweisen. Neue Schlüsseltechnologien wie Mikroelektronik, neue Werkstoffe oder Biotechnik sind hingegen unterrepräsentiert.<sup>4)</sup> Gerade aber diese Produkte müssen international konkurrenzfähig sein. Bei speziell-

---

2) Siehe auch den Beitrag von Hertel: „Die internationale Herausforderung“ in diesem Band (S. 205 ff.).

3) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (15.3.1994).

4) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (14.6.1994).

len High-Tech-Produkten sind die Entwicklungskosten häufig sehr hoch und der Produktzyklus kurz, so daß die Produktion nur bei weltweiter Vermarktung überhaupt lohnend ist.

Um weiterhin bestehen zu können, muß die deutsche Wirtschaft aber nicht nur erhebliche Innovationsanstrengungen vornehmen. Genauso wichtig ist es, die Arbeitsplatzkosten möglichst gering zu halten. Hierbei sollten wir die niedrigen Lohnkosten unserer osteuropäischen Nachbarn aber gerade nicht als Bedrohung, sondern als Chance verstehen. Lassen deutsche Unternehmen dort Güter zu niedrigeren Kosten herstellen und sind damit international erfolgreich, so werden – durch diese Arbeitsteilung – auch bei uns Arbeitsplätze erhalten, die sonst mittelfristig wegfielen. Nicht zuletzt ist das auch ein Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau der osteuropäischen Länder, die uns eines Tages neue Absatzmärkte eröffnen werden.

Institutionell läuft die Globalisierung auf verschiedenen Ebenen ab. Einerseits wird versucht, tarifäre Handelshemmnisse weltweit abzubauen, andererseits schließen sich aber immer mehr Staaten zu – teilweise ganze Erdregionen umfassenden – Freihandelszonen zusammen (EU, NAFTA). Der Vorteil liegt auf der Hand: Unternehmen, die innerhalb der Freihandelszone angesiedelt sind, eröffnen sich neue große Märkte und sind der Konkurrenz von „außerhalb“ überlegen, da diese Abgaben bezahlen muß, will sie ihre Produkte dort anbieten. Auch werden Unternehmen angeregt, sich in einem Land innerhalb der Freihandelszone anzusiedeln. Denn, dadurch öffnet sich für sie nicht nur ein abgabenfreier Markt, sondern gleich mehrere.

Die Tendenz zu immer größeren Wirtschaftsräumen ist unter dem Gesichtspunkt „Freier Welthandel“ ambivalent zu beurteilen. Auf der einen Seite entstehen hier relativ freie, impulsgebende Märkte, die in dieser Art momentan im Rahmen multilateraler Abkommen wie dem Gatt nicht durchsetzbar wären. Andererseits endet der freie Handel aber eben an den jeweiligen Grenzen der Freihandelszonen. Somit haben Unternehmen, die nicht dort angesiedelt sind, eindeutig Wettbewerbsnachteile.

### **3 Informations- und kommunikationsgestützte Dienstleistungen**

Weltweit ist in den wirtschaftlich hochentwickelten Volkswirtschaften ein eindeutiger Trend festzustellen: Im Laufe der Zeit verlagerte sich die Beschäftigung innerhalb der Sektoren immer stärker, und zwar zunächst von der Landwirtschaft (primärer Sektor) zum Produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor), nach und nach aber auch zunehmend in Richtung Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor). 1950 beispielsweise arbeiteten in Westdeutschland etwa nur ein Drittel aller Erwerbs-



tätigen im Dienstleistungsbereich, heute sind es etwa 56 %.<sup>5)</sup> Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Im primären und sekundären Sektor stand – bedingt durch den technischen Fortschritt – eine immer größer werdende Produktion, einer stagnierenden oder zurückgehenden Beschäftigung gegenüber. Aufgrund technischen Fortschritts beispielsweise in der Landwirtschaft, ging zwischen 1950 und 1976 zwar die Zahl der Vollarbeitskräfte um 2,7 Mill. Personen zurück. Aber: 1976 erwirtschafteten rund 1,2 Mill. Vollarbeitskräfte 85 % des Nahrungsbedarfs der westdeutschen Bevölkerung.<sup>6)</sup> Das bedeutet: Im primären und sekundären Sektor kam es in den letzten Jahrzehnten zu einer zunehmenden Entkoppelung von Produktivitätswachstum und Beschäftigungszunahme. Die These vom Wachstum ohne Beschäftigung („jobless growth“) hat sich zum Schrecken von Politikern und Ökonomen immer mehr bestätigt.

Allein im Dienstleistungssektor war die Entwicklung – teilweise – eine andere. Da „Dienstleistung“ aber sehr vieles ist – angefangen beim Pizza-Bäcker, über die Reinigungsunternehmen bis hin zu Ärzten, Rechtsanwälten und Steuerberatern – ist hier stark zu differenzieren: Es gibt Bereiche, die sich sowohl hinsichtlich des Wachstums als auch der Beschäftigung sehr dynamisch entwickelten, anderen gelang dies nicht oder nur teilweise. Darüberhinaus ist der Dienstleistungssektor kein von den anderen Sektoren losgelöster Bereich. Er ersetzt die beiden anderen Sektoren nicht, er baut auf ihnen auf und durchdringt sie. Insbesondere innerhalb des Produzierenden Gewerbes sind im Laufe der Zeit die Dienstleistungstätigkeiten stark angestiegen. 1989 waren bereits 40 % aller Arbeitsplätze im sekundären Sektor Dienstleistungsfunktionen.<sup>7)</sup>

Besonders expandieren konnten u.a. die Bereiche der informations- und kommunikationsgestützten Dienstleistungen; man denke nur an die Telekommunikationsdienste, die Medien oder die Datenbanken. Eine Bank, ein Unternehmen, eine Verwaltung ohne Informationsnetze und Kommunikationssysteme ist schon heute nicht mehr denkbar. Aber auch die privaten Haushalte wenden sich zunehmend der Informationswirtschaft zu. Damit können immer mehr große Anbieter ein integriertes Informationsangebot mit z. B. Druckmedien, Hörfunk, Fernsehen, Telekommunikationsdiensten, privaten Kabel-, Funk- und Satellitennetzen bereitstellen.<sup>8)</sup>

Mit der rasanten technischen Entwicklung und der damit verbundenen zunehmenden Anwenderfreundlichkeit der Datenverarbeitung, ist die Realität einer Informationsgesellschaft innerhalb kürzester Zeit sehr nahe gerückt. Hier vollzieht sich ein umfassender Strukturwandel, der nur mit der Industrialisierung vergleichbar ist.

---

5) Siehe auch den Beitrag von Cornelsen: „Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels für den Arbeitsmarkt“ in diesem Band (S. 66 ff.).

6) Vgl. Lampert (1980).

7) Vgl. Tessaring (1993).

8) Vgl. Nefiodow (1994).

Information und Kommunikation sind mittlerweile zu einem eigenständigen, international wirkenden Produktionsfaktor geworden,<sup>9)</sup><sup>10)</sup> der Trend von der Dienstleistungs- zur Informationsgesellschaft ist offensichtlich. Allein der weltweite Umsatz mit Informationsdienstleistungen betrug 1993 etwa 3 000 Mrd. US-Dollar. Die Informationswirtschaft insgesamt ist mit 4 000 Mrd. US-Dollar zu einem riesigen Wirtschaftszweig geworden.<sup>11)</sup>

Ein Ende dieser Expansion ist nicht absehbar, immer wieder kommt es zu neuen Innovationsschüben. Man denke beispielsweise nur an die amerikanische Initiative zum Information-Highway.<sup>12)</sup> Unter Information-Highways bzw. Datenautobahnen werden flächendeckende Übertragungsnetze verstanden, die in der Lage sind, Ton und Text, Graphik und Fax, Computerdaten und Photos, Filme und Videospiele über ein einziges Netz auf ein einziges Endgerät im Büro oder Wohnzimmer zu übertragen.<sup>13)</sup> Diese multimedialen Endgeräte ermöglichen dann – allein durch die Eingabe bestimmter Zahlenkombinationen – beispielsweise die Durchführung von Videokonferenzen, den individuellen Abruf von Spielfilmen oder Nachrichten, die Erledigung von Einkäufen von zu Hause aus oder den Datenaustausch zwischen Computern zu wissenschaftlichen oder gewerblichen Zwecken.<sup>14)</sup> Die Initiative der amerikanischen Regierung hat – schon bevor diese Datennetze flächendeckend überhaupt existieren – weltweit eine neue Welle von Konzentrations- Umstrukturierungs- und Diversifikationsvorgängen im Unternehmenssektor ausgelöst. „Hersteller kommunikativer Ausrüstungen stoßen in den Rechnerbereich, d. h. die Mikroelektronik, vor; Computerhersteller werden Produzenten von Telekommunikationsausrüstung; Verleger bemühen sich um multimediale Produkte“,<sup>15)</sup> und: Telefongesellschaften beteiligen sich an Filmstudios. Sie möchten alle eines Tages von Multimedia profitieren.

Die Dynamik der Informationswirtschaft ist also unumstritten; allerdings bleibt die Frage: Könnte dies alles auch in breitem Umfang Arbeitsplätze schaffen? Dies heute schon hinreichend zu beantworten ist schwierig, einige allgemeine Tendenzen sind aber doch absehbar. Zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten bestimmt, wahrscheinlich auf längere Sicht auch in größerem Umfang. Aber Massenarbeits-

---

9) Vgl. Grewlich (1987).

10) Es bietet sich deshalb an, die informationstechnische Industrie, deren Anwendungen und die Informationsdienstleistungen zu einem vierten Sektor, dem Informationssektor zusammenzufassen.

11) Vgl. Nefiodow (1994).

12) US-Präsident Clinton hat in der Rede anlässlich seines Amtsantritts – neben der Haushaltskonsolidierung und der Reform des Gesundheitswesens – die Schaffung von Information-Highways quasi zur nationalen Aufgabe erklärt.

13) Vgl. Die Zeit (29.10.1993).

14) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (25.5.1994).

15) Vgl. Grewlich (1987).

plätze, wie wir sie von der industriellen Produktion her kennen, wird es auch hiermit nicht mehr geben. Im Informationsbereich können überwiegend humankapitalintensive Arbeitsplätze entstehen, die natürlich eine entsprechende Qualifikation der Arbeitnehmer voraussetzen. „Gefragt sind theoretische und praktische Kenntnisse sowie soziale und kommunikative Kompetenz. Es existiert ein Bedarf an speziellem Know-how sowie engagierten, gut informierten und kreativen Mitarbeitern, an flexiblen und produktiven Gruppen.“<sup>16)</sup> Nicht jeder kann diese Qualifikationen nachweisen oder sie in angemessener Zeit erwerben. Somit wird es auch hier sehr viele Menschen geben, für die dieser Strukturwandel zur beruflichen Sackgasse wird.

Noch etwas kommt hinzu: Geht die Entwicklung in Richtung Informationsgesellschaft weiter, kann es zunächst zu neuen tiefgreifenden Strukturverschiebungen zwischen dem Informationssektor und den anderen drei Sektoren kommen. Wie negativ sich solche Strukturkrisen auf die Beschäftigung auswirken, ist nicht vorherzusagen, ebenso nicht wie lange sie andauern können.

Neben den Schwierigkeiten müssen aber auch die Möglichkeiten gesehen werden, die diese neuen Techniken für die Beschäftigung bieten. Für Deutschland mit seinem großen Potential an Humankapital liegen die arbeitsschaffenden Chancen des Informationssektors insbesondere in den anwendenden Bereichen, wie z. B. den Medien, den Telekommunikationsdiensten, den Unternehmensbereichen und dem Bildungsmarkt.<sup>17)</sup> Die durch die neuen Techniken erreichbare Dezentralisierung und Individualisierung der Arbeit macht eine größere zeitliche und örtliche Flexibilisierung möglich. Dies kann für die Arbeitnehmer ein wesentlich höheres Maß an Selbstbestimmtheit und Eigenständigkeit bedeuten, was natürlich einschließt, daß berufliche Tätigkeiten in großem Umfang zu Hause ausgeübt werden können. An die Stelle kollektiver Arbeitszeitvereinbarungen, wie sie in der Industriegesellschaft üblich waren, könnten somit zunehmend individuelle Vereinbarungen über ein Arbeitsverhältnis treten.<sup>18)</sup> Die Möglichkeiten zur individuelleren Gestaltung der Arbeitswelt in breitem Umfang sind also schon heute in Ansätzen vorhanden, in Zukunft werden sie aber noch ganz beträchtlich zunehmen. Ob, und wie sinnvoll diese Möglichkeiten künftig genutzt werden, hängt natürlich auch von allen, an der Gestaltung des Arbeitsprozesses beteiligten Verbänden und Institutionen ab.

Die aufkommende Informationsgesellschaft darf aber nicht nur unter Wirtschafts- und Beschäftigungsgesichtspunkten gesehen werden. Information ist schon immer die Grundlage jeder vernünftigen Entscheidung gewesen, nicht nur in Politik und Wirtschaft. Informationssicherheit spart Zeit und Geld. Fehlentscheidungen können

---

16) Vgl. Nefiodow (1994).

17) Vgl. Nefiodow (1990).

18) Vgl. Schumann (1992).

schnell zu irreparablen Schäden führen, die wir uns angesichts der globalen Probleme immer weniger leisten können. Die Informations- und Kommunikationstechnologien bieten uns die Chance, Wissen fast unbegrenzt zu speichern, weiterzuarbeiten und bei Bedarf zur Verfügung zu stellen.

An dieser Stelle soll keine Futorologie betrieben werden; doch eines ist klar: Die technischen Möglichkeiten, die wir heute haben, sind erst der Anfang. Aber gerade das bietet uns die Möglichkeit, durch Handeln, durch aktive Teilnahme an der Entwicklung der Informationsgesellschaft die Zukunft zu gestalten und in unserem Sinne zu prägen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die künftige Gestaltung der Arbeitswelt.

## Literaturhinweise

*Grewlich, K. (1987):* Die transnationale Dimension der sich entwickelten Informationswirtschaft; Europa-Archiv, Folge 21/1987.

*Lampert, H. (1980):* Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Stuttgart, New York.

*Nefiodow, L. (1990):* Der fünfte Kondratieff, Frankfurt, Wiesbaden.

*Nefiodow, L. (1994):* Informationsgesellschaft – Arbeitsplatzvernichtung oder Arbeitsplatzgewinne?, in: IFO Schnelldienst 12/94, München.

*Schumann, J. (1992):* Der Produktionsfaktor Arbeit: Düstere Vergangenheit – glänzende Zukunft, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 43 (1992) Heft 1, Göttingen.

*Tessaring, M. (1993)* Qualifikation und Anforderungen des Arbeitsmarktes in Deutschland, Beitrag für das Europäische Beschäftigungsobservatorium.

*Der Spiegel (1994):* Es kann jeden treffen, S.82 – 90, 31.1.1994.

*Die Zeit (1993):* Heuser, K.: Der Computer übernimmt, 29.10.1993.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung (1994):* Buscher, L.: Blick über den europäischen Tellerrand, 15.3.1994.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung (1994):* Deutsche Initiative zu Datenautobahnen dringend notwendig, 25.5.1994.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung (1994):* Barth, H.: Der Bedarf an Arbeitskräften wird Ende der neunziger Jahre steigen, 14.6.1994.

# Der Strukturwandel als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftlicher Strukturwandel und seine Ursachen

### 1.1 Was sind Wirtschaftsstrukturen?

Das örtliche Wirtschaftsleben kennt nahezu jedermann aus eigener Anschauung. Unmittelbar zu beobachten sind vielerlei wirtschaftliche Vorgänge. Um nur einige zu nennen: Einzelhandelsgeschäfte – vom Supermarkt bis zum kleinen hochspezialisierten Facheinzelhändler – bieten eine breite Palette von Waren zum Kauf an. Verkehrsunternehmen, Friseure, Gaststätten, Ärzte, Rechtsanwälte, Banken und Versicherungen, aber auch staatliche Einrichtungen, erbringen Dienstleistungen. Die Käufe werden zu Preisen getätigt, die sich im Zeitablauf verändern. Die Käufer verfügen über Einkommen, die durch unselbständige oder selbständige Arbeit, aus dem Kapitalvermögen oder durch staatliche Zahlungen wie Renten, Lohnersatzleistungen, Kindergeld, Sozialhilfe u. a. erzielt werden. Auch von der Herstellung der Güter an unterschiedlichsten Arbeitsplätzen, die mit mehr oder weniger teuren Geräten ausgestattet sind, besitzen die meisten Menschen einen persönlichen Eindruck. Selbst die großräumige Verteilung der Wirtschaft ist vielen zumindest insoweit geläufig, als sie ländliche Gegenden und Industriezentren mit unterschiedlichen Branchenschwerpunkten (Stahl, Chemie, Automobilherstellung, Banken, Versicherungen) sowie die weiträumigen Verkehrswege kennen, die die Regionen verbinden.

Nicht mehr so unmittelbar überschaubar sind die Gesamtzusammenhänge in einer hochentwickelten Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland. Zur Gliederung (Strukturierung) der wirtschaftlichen Vorgänge und ihrer statistischen Darstellung ist die Theorie des Wirtschaftskreislaufes und darauf aufbauend die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sehr hilfreich. Nach diesem Denkmodell unterscheidet man als große volkswirtschaftliche Teilbereiche die Bereitstellung von Gütern (Produktionssphäre bzw. Güteraufkommen), die Güterverwendung, die Einkommens- sowie die Finanzierungsbereiche. Innerhalb dieser Hauptbereiche werden mit Hilfe unterschiedlicher Systematiken weitere Untergliederungen vorgenommen. Eine wichtige Systematik für den Produktionsbereich einer Volkswirtschaft ist beispielsweise die der Wirtschaftszweige. Nach ihr lassen sich die wirtschaftliche Leistung, die Beschäftigten, die entstandenen Einkommen, die Investitionen, das Anlagevermögen u. a. „strukturieren“. Am deutlichsten wird eine Struktur sichtbar,

---

\*) Dr. Hartmut Essig, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

wenn die Anteile an der Gesamtheit in Prozenten ausgedrückt werden (z. B. Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft, im Produzierenden Gewerbe u. a. an der Gesamtzahl der Beschäftigten). Strukturveränderungen zwischen zwei oder mehreren Zeitpunkten sind an unterschiedlichen Anteilswerten für einen bestimmten Bereich erkennbar. Statt verschiedene Darstellungsinhalte einer Systematik zuzuordnen kann Strukturierung auch umgekehrt verstanden werden: Eine Gesamtzahl, z. B. die Anzahl der Beschäftigten, wird nach unterschiedlichen Kriterien (Wirtschaftszweig oder Unternehmensgröße des Arbeitgebers, Alter, Geschlecht, Beruf, Einkommen, u. a.) gegliedert. Aus der Fülle wirtschaftlicher Strukturgrößen wie Produktions-, Kosten-, Beschäftigungs-, Einkommens-, Verbrauchs-, Preis- oder sonstigen Strukturen wird im folgenden auf jene näher eingegangen, die zur Untersuchung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von Bedeutung sind.

## **1.2 Ursachen für den Wandel der Wirtschaftsstruktur**

Das Wirtschaftsgeschehen verändert sich fortwährend, weil im Gegensatz zu mechanischen Vorgängen mit gleichförmigen Abläufen im Wirtschaftsleben von handelnden Menschen tagtäglich Entscheidungen getroffen werden, die sich an wechselnden Bedürfnissen und Wünschen orientieren und neue Ideen verwirklichen. Jeder einzelne Verbraucher, die kleinen, mittleren und großen Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche, aber auch staatliche und überstaatliche Institutionen, beeinflussen das Wirtschaftsgeschehen. Viele Einzelentscheidungen, wie etwa die sich verändernden Konsumgewohnheiten der Verbraucher, sind nur mittel- bis langfristig wirksam, andere Ereignisse, wie beispielsweise die Verdreifachung der Rohölpreise in den Jahren 1973/74<sup>1)</sup> oder die vollständige Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989, können schnelle, unter Umständen schockartige Änderungen mit sich bringen. In aller Regel lösen Veränderungen an einer Stelle des Wirtschaftsablaufs Anpassungsreaktionen an anderen Stellen aus. Struktureller Wandel setzt die wirtschaftliche Entwicklung in Gang und ebenso wird stukturelle Veränderung durch diese Entwicklung erzwungen. Je schneller und reibungsloser notwendige Struktur-anpassungen erfolgen, umso positiver verläuft die wirtschaftliche Entwicklung. Damit erhebt sich die Frage, wer Veränderungen auslöst und wer sich anpassen muß.

Folgt man wiederum dem Modell des Wirtschaftskreislaufs, so bestimmen letztlich die inländischen Käufer von Konsumgütern sowie die ausländischen Käufer von Exportgütern durch ihre Nachfrage, welche Güter bereitgestellt werden. Diese Güter können im Inland produziert oder eingeführt worden sein. Im ersten Fall wirkt die Nachfrage nach Gütern des Letzten Verbrauchs zurück auf die Produktion von Vorprodukten (intermediäre Güterverwendung) und Investitionsgütern zur Anpassung

---

1) Zur Auswirkung der Ölkrise auf die Beschäftigung siehe den Beitrag von Rudolph „Die Kehrseite des Wandels – Strukturelle Arbeitslosigkeit“ in diesem Band (S. 175 ff.).

der Produktionskapazitäten. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist, daß die Verbraucher ihre Auswahl nicht nur innerhalb eines bestehenden Gütersortiments treffen, sondern nahezu laufend neue Produkte angeboten werden (sogenannte Produktinnovationen), die sich am Markt durchsetzen oder auch bald wieder verschwinden. Insoweit geht die Initiative zur Veränderung der Produktionsstruktur – hier als Anteile der einzelnen Güterarten am Produktionsvolumen verstanden – von den Produzenten aus.

In mindestens dem gleichen Maße wie die Produktionsergebnisse dürften die Produktionsbedingungen dem Wandel unterworfen sein. Eine wichtige Rolle spielt dabei der technische Fortschritt. Ein Unternehmer, der z. B. leistungsfähigere Produktionsanlagen einsetzt oder die Arbeitsabläufe besser organisiert (sogenannte Verfahrensinnovation) produziert kostengünstiger und kann in der Regel seinen Marktanteil ausweiten. Die Wettbewerber müssen sich anpassen oder mittelfristig aus dem Markt ausscheiden. Dies gilt vor allem auch für den internationalen Wettbewerb auf den Exportmärkten sowie auf den inländischen Märkten, wenn ausländische Wettbewerber auftreten. Anpassungsdruck kann von einzelnen Kostenfaktoren ausgehen, wie Preisveränderungen bei Vorprodukten (z. B. Erdöl), den Lohnkosten oder anderen sogenannten Standortfaktoren. Auf die wissenschaftliche Diskussion, inwieweit strukturelle Anpassungsprozesse Auslöser für Konjunkturschwankungen sind oder umgekehrt, kann hier allerdings nur verwiesen und nicht weiter eingegangen werden.

Nicht zu übersehen ist, daß der Staat ganz erheblichen Einfluß auf den wirtschaftlichen Strukturwandel nimmt. Dies geschieht zum einen fördernd, etwa durch finanzielle Anreize für die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien in den Unternehmen sowie für die Schaffung von Arbeitsplätzen in „Zukunftsbranchen“ bzw. umgekehrt durch Prämien für den Abbau von Produktionskapazitäten in Wirtschaftszweigen mit einem zu hohen Güterangebot (z. B. in der Landwirtschaft oder Binnenschifffahrt). Andererseits bremst der Staat die Strukturanpassung, wenn er Unternehmen oder Branchen, die sich am Markt kaum noch behaupten können, durch Subventionen oder andere Arten von Hilfen stützt. In welchem Maße solche Schritte zur Vermeidung oder Abschwächung sozialer Härten – im Hinblick auf die Kosten und die Dauer für notwendige Arbeitsplatzwechsel einer oftmals großen Zahl von Beschäftigten – gerechtfertigt sind, löst immer wieder Diskussionen aus. Schließlich beeinflussen nationale Regierungen und überstaatliche Abkommen und Institutionen die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen und damit die Wirtschaftsstruktur auch durch die Unternehmensbesteuerung, durch Zölle und Einfuhrabgaben, durch unterschiedliche Arten der Marktregulierung bzw. durch die Errichtung großer Wirtschaftsräume.

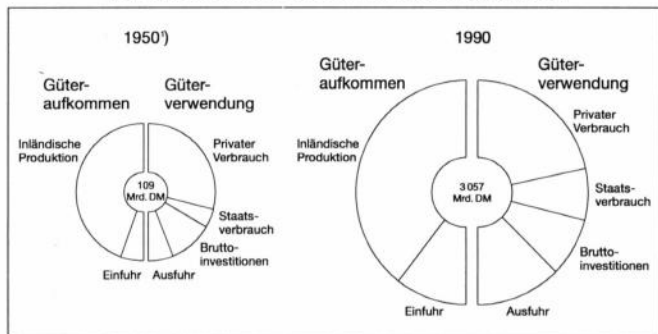
Der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel ist die Summe der Veränderungen in den Teilbereichen der Volkswirtschaft. Ein Ursache-Wirkungs-Zusammenhang ist für Einzelbereiche leichter statistisch zu belegen als für Globalgrößen. Deshalb muß es

weitergehenden Analysen und Einzeluntersuchungen vorbehalten bleiben, etwa die Kosten- und Wettbewerbssituation bestimmter auf- oder absteigender Branchen zu untersuchen.<sup>2)</sup> An dieser Stelle soll zunächst der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel im Vordergrund stehen.

## 2 Wandel der gesamtwirtschaftlichen Güterstruktur

Vergleicht man die gesamtwirtschaftlichen Güterstrukturen der Jahre 1950 und 1990, also den Anfang und das Ergebnis eines vierzigjährigen Wandlungsprozesses, so fallen bemerkenswerte Unterschiede sowohl auf der Güteraufkommens- wie auch auf der -verwendungsseite auf (vgl. das folgende Schaubild 1).

**Schaubild 1**  
**Güteraufkommen und -verwendung im früheren Bundesgebiet**



1) Ohne Berlin (West) und das Saarland.

Wurden 1950 fast 90 % des damals noch recht niedrigen Gütervolumens in der inländischen Produktion erzeugt, so waren es 1990 nur noch knapp 80 %, d. h. der durch Einfuhren bereitgestellte Anteil am gesamten Güteraufkommen hat sich von anfänglich gut 10 % auf inzwischen 20 % verdoppelt. Dieselbe Anteilsverdoppelung ist allerdings auch für die Güterausfuhr festzustellen, die 1990 ein Viertel der gesamten Güterverwendung ausmachte. In diesen knappen Eckzahlen spiegelt sich die starke Einbindung der deutschen Wirtschaft in der Weltwirtschaft, insbesondere in den sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelnden europäischen Wirtschaftsraum. Für die heimischen Wirtschaftsstrukturen bedeutet dies, daß sie ver-

2) Siehe den Beitrag von Nowack „Der Strukturwandel und seine Begleiterscheinungen – Rückblick auf die Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsbereiche im früheren Bundesgebiet“ in diesem Band (S. 36 ff.).



stärkt auf die wirtschaftlichen Vorgänge in den Abnehmer- bzw. Lieferländern reagieren müssen. Bei vielen Produkten muß sowohl ihre Qualität als auch ihr Preis und damit letztlich ihre Kostenstruktur im internationalen Wettbewerb bestehen können.<sup>3)</sup>

Einen groben Überblick über die Güterstruktur der Ausfuhren und Einfuhren sowie ihre Veränderung zwischen 1970 und 1990 gibt die folgende Tabelle 1.

In der dargestellten groben Gütergliederung ist erkennbar, daß beispielsweise bei den Ausfuhren die chemischen Erzeugnisse (einschl. Kunststoffen, Baustoffen, Glas und Keramik) ihren Platz behauptet haben. Dies bedeutet, das Ausfuhrvolumen dieser Güter hat sich proportional zur gesamten Ausfuhr erhöht, nämlich mehr als verfünffacht in zwanzig Jahren. Die Anteile von Eisen-, Stahl- und Nichteisen(NE)-Produkten gingen hingegen deutlich zurück, während das Exportvolumen von Fahrzeugen aller Art merklich überproportional zunahm und damit seinen Ausfuhranteil erhöhte.

**Tabelle 1: Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen nach Gütergruppen\*)**

Gütergruppe	Ausfuhr		Einfuhr	
	1970	1990	1970	1990
<b>Mrd. DM<sup>1)</sup></b>				
<b>Insgesamt .....</b>	<b>133,48</b>	<b>711,97</b>	<b>117,26</b>	<b>570,82</b>
<b>Anteil in Prozent</b>				
Produkte der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	1,2	1,0	12,3	5,5
Erdöl, Erdgas, Kohle, Elektrizität.....	3,1	1,5	11,5	9,1
Chemische Erzeugnisse, Kunststoff, Baustoffe, Glas, Keramik .....	17,4	17,3	11,1	14,7
Eisen, Stahl, NE-Metalle, Gießereierzeugnisse .....	11,2	7,4	11,9	6,5
Maschinenbauerzeugnisse, ADV-Geräte, Büromaschinen .....	19,8	16,7	1,0	1,3
Straßen-, Wasser-, Luftfahrzeuge .....	14,5	17,9	11,1	18,0
Elektronische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren .....	14,0	15,4	6,7	11,4
Holz-, Lederwaren, Textilien .....	7,6	9,0	9,4	11,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren .....	2,6	5,2	15,2	13,1
Dienstleistungen (einschl. Bau- und Ausbaugewerbe) .....	8,6	8,6	9,8	8,8

\*) Früheres Bundesgebiet.

1) In jeweiligen Preisen.

3) Siehe auch den Beitrag von Hertel „Die internationale Herausforderung“ in diesem Band (S. 205 ff.).

Gerade bei Fahrzeugen wird die internationale Marktverflechtung und der weltweite Wettbewerb daran deutlich, daß neben den Ausfuhr- auch die Einfuhranteile in den letzten beiden Jahrzehnten kräftig gestiegen sind. Ähnliches gilt für elektronische, feinmechanische und optische Erzeugnisse. Deutlich rückläufige Anteile, also unterproportionale Zunahmen der Einfuhren sind für landwirtschaftliche Produkte und Eisen- und Stahlerzeugnisse festzustellen.

Die wichtigste Güterverwendung bleibt – auch wenn ihr Anteil an der gesamten Güterverwendung von fast 58 % Anfang der fünfziger Jahre auf rund 43 % im Jahr 1990 zurückgegangen ist – der Private Verbrauch. Wie die folgende Tabelle 2 zeigt, hat sich die Güterstruktur des Privaten Verbrauchs, der zwischen 1950 und 1970 um das 5,8fache und zwischen 1970 und 1990 nochmals um das 3,6fache zunahm (jeweils einschl. der Preissteigerung), deutlich verändert.

**Tabelle 2: Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken\*)**

Gütergruppe	1950	1970	1990
<b>Mrd. DM<sup>1)</sup></b>			
<b>Käufe der privaten Haushalte im Inland .....</b>	<b>62,51</b>	<b>361,02</b>	<b>1 289,58</b>
<b>Anteil in Prozent</b>			
Nahrungs- und Genußmittel, Tabakwaren .....	43,5	30,1	22,2
Bekleidung, Schuhe .....	14,3	10,3	8,1
Wohnungsmieten (einschl. Energie) <sup>2)</sup> .....	9,5	16,3	20,4
Möbel, Haushaltsgeräte .....	10,6	10,1	9,2
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege .....	4,3	4,6	5,3
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung .....	6,8	14,0	17,2
Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit .....	7,4	10,2	10,5
Güter für die persönliche Ausstattung .....	3,6	4,4	7,1

\*) Früheres Bundesgebiet. – 1950 ohne Berlin (West) und das Saarland.

1) In jeweiligen Preisen.

2) Ohne Kraftstoff.

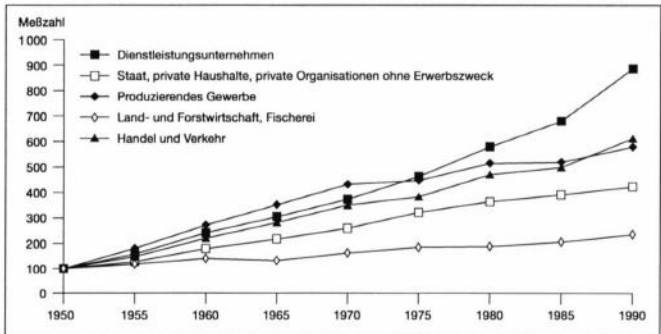
Die Ausgaben für die Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe sind relativ zurückgegangen; ihr gemeinsamer Anteil an den Käufen der Haushalte im Inland hat sich von nicht ganz 60 % Anfang der fünfziger Jahre bis 1990 fast halbiert. Ein weiteres Grundbedürfnis, das Wohnen, beansprucht allerdings einen immer größeren Anteil der Haushaltsbudgets, wobei diese Erhöhung neben der Qualitätskomponente schönerer und größerer Wohnungen auch einen spürbaren Preiseffekt, nämlich steigende Mieten aufgrund anhaltender Wohnungsknappheit, einschließt. Ausdruck gewandelter Bedürfnisstrukturen sind indessen die steigenden Ausgabenanteile für Verkehr und Nachrichtenübermittlung einschließlich Kauf und Unterhalt eigener Kraftfahrzeuge, für Bildung und Freizeit sowie für die sogenannte persönliche Ausstattung, die auch die Ausgaben für die „modernen“ Dienstleistungen etwa der Banken und Versicherungen enthalten.

### 3 Veränderung der Produktionsstrukturen

#### 3.1 Wirtschaftliche Leistung

Die wirtschaftliche Leistung eines Wirtschaftsbereichs wird üblicherweise durch seine Wertschöpfung gemessen. Die Wertschöpfung ergibt sich, in dem man vom Produktionswert aller Wirtschaftseinheiten dieses Bereichs – das ist der Wert der Verkäufe und der Bestandsveränderungen an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen aus der eigenen Produktion sowie der selbsterstellten Anlagen – den Wert der Güter abzieht, die diese Einheiten von anderen Wirtschaftseinheiten im Inland oder Ausland bezogen und für die Produktion verbrauchten. Die Maßgröße für die Leistung der gesamten Volkswirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Da unterschiedlich starke Preisveränderungen in einzelnen Branchen oder eine Preisniveauperänderung für die gesamte Volkswirtschaft nicht als produktive Leistung betrachtet werden können, werden die Wertschöpfungsgrößen auf eine einheitliche Preisbasis umgerechnet.

**Schaubild 2**  
**Wirtschaftswachstum im früheren Bundesgebiet nach Bereichen\*)**  
1950 = 100



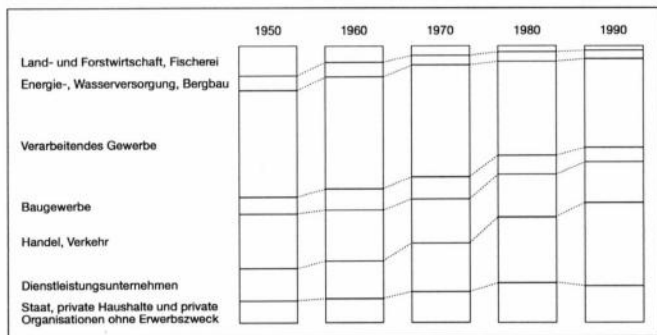
\*) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991.

Die wirtschaftliche Leistung aller Bereiche hat sich in den letzten 4 Jahrzehnten (ohne Preissteigerung) versechsfacht. Besonders kräftig war der Anstieg in den frühen „Wirtschaftswunder“-Jahren, so daß die Bruttowertschöpfung der gesamten Volkswirtschaft, die nun allerdings auch Berlin (West) und das Saarland einschloß, im Jahre 1960 schon fast das 2,4fache des Jahres 1950 betrug. Das Wachstum der Wirtschaft verläuft bekanntermaßen nicht gleichmäßig; es gab auch in den letzten

vier Jahrzehnten Jahre mit hohen und niedrigen, gelegentlich sogar leicht negativen Veränderungsraten. Da an dieser Stelle nur längerfristige Strukturveränderungen darzustellen sind, bleiben die konjunkturellen Schwankungen außer Betracht. Die in den Schaubildern und Tabellen dieses Beitrags ausgewählten „runden“ Jahre waren – ausgenommen 1990 mit seinem „Wiedervereinigungs“-Boom – konjunkturelle Durchschnittsjahre.

Schaubild 2 zeigt die (geglätteten) Wachstumsverläufe in den großen volkswirtschaftlichen Bereichen. Auffällig ist vor allem die verhaltene Entwicklung in der Landwirtschaft einerseits und die kräftige Zunahme bei den Dienstleistungsunternehmen in den letzten beiden Jahrzehnten andererseits. Beim Produzierenden Gewerbe (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe) liegen die starken Zuwächse in den fünfziger und sechziger Jahren, in den beiden folgenden Jahrzehnten verläuft die Wachstumskurve flacher. Im Mittelfeld der Entwicklungslinien liegt der Handel einschließlich Verkehr sowie mit etwas geringeren Zuwächsen der zusammengefaßte Bereich Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.

**Schaubild 3**  
**Wertschöpfung im früheren Bundesgebiet nach Wirtschaftsbereichen\*)**  
**Anteile in %**



\*) Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. – 1950 ohne Berlin (West) und das Saarland.

Unterschiede im Wachstumstempo der Wirtschaftsbereiche führen zu veränderten Strukturen, d. h. die Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige nehmen im Zeitablauf zu bzw. ab. Im Schaubild 3 schlägt sich das stark unterproportionale Wachstum der Landwirtschaft in schrumpfenden Anteilswerten nieder; umgekehrt ist die kräftige Ausweitung des Dienstleistungsbereichs offensichtlich. Unter dem Begriff „Dienst-

leistungsunternehmen" sind die drei Unterbereiche Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung sowie sonstige Dienstleistungsunternehmen zusammengefaßt. Die letztgenannte Sammelposition enthält das Gastgewerbe einschließlich Fremden- und Erholungsheime, das Gesundheitswesen, insbesondere niedergelassene Ärzte, aber auch Privatkliniken und andere Krankenhäuser mit einer Unternehmensrechtsform, desweiteren Unternehmen und Selbständige in den Bereichen der Rechts- und Steuerberatung, Werbung u. a.; auch Wäschereien, Gebäudereinigung, Fotolabors und dergleichen Dienstleistungen sowie das gesamte Verlagswesen werden diesem Unterbereich zugeordnet. Von den rund 750 Mrd. DM Bruttowertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen im Jahre 1990 entfielen knapp 440 Mrd. DM auf die recht bunt zusammengesetzte Gruppe der sonstigen Dienstleistungsunternehmen, die mit ihrem hohen Wertschöpfungsanteil das Wachstumstempo des Dienstleistungsbereichs bestimmten. Noch dynamischer als die sonstigen Dienstleistungsunternehmen, wenn auch mit einem deutlich geringeren Wertschöpfungsanteil, entwickelte sich der Wirtschaftszweig der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Der Wertschöpfungsanteil der Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne lag 1950 in jeweiligen Preisen bei knapp 12 %, im Jahre 1990 dagegen bei gut 30 % (vgl. die folgende Tabelle 3).

**Tabelle 3: Wertschöpfung und Erwerbstätige nach volkswirtschaftlichen Bereichen**  
Anteil in Prozent\*)

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung <sup>1)</sup>			Erwerbstätige		
	1950	1960	1990	1950	1960	1990
<b>Insgesamt</b> .....	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	10,7	5,8	1,6	24,6	13,7	3,5
Produzierendes Gewerbe .....	49,7	53,2	40,1	42,9	47,9	39,7
Energie- und Wasserversorgung,						
Bergbau .....	5,2	5,2	3,0	.	2,9	1,6
Verarbeitendes Gewerbe .....	38,4	40,3	31,6	.	36,9	31,4
Baugewerbe .....	6,1	7,7	5,4	.	8,2	6,7
Handel und Verkehr .....	19,9	18,5	14,8	15,6	18,3	18,7
Handel .....	12,2	12,0	9,1	.	12,7	13,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung .....	7,7	6,5	5,7	.	5,6	5,6
Dienstleistungsunternehmen .....	11,6	13,6	30,2	6,7	9,1	18,6
Kreditinstitute,						
Versicherungsunternehmen .....	1,9	2,4	5,0	.	1,5	3,1
Wohnungsvermietung .....	3,5	4,0	7,4	.	—	—
Sonstige Dienstleistungsunternehmen ...	6,2	7,2	17,9	.	7,6	15,5
Zusammen ...	91,9	91,2	86,7	89,8	89,0	80,5
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte .....	8,1	8,8	13,3	10,2	11,0	19,5

\*) Früheres Bundesgebiet. – 1950 ohne Berlin (West) und das Saarland.

1) In jeweiligen Preisen

Die beim Staat, bei den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und den privaten Haushalten produzierten Dienstleistungen erhöhten ihren Wertschöpfungsanteil im selben Zeitraum von 8 auf über 13 %. Nimmt man den Bereich Handel und Verkehr mit leicht rückläufigen Anteilswerten von rund 20 bzw. 15 % hinzu, so wurden 1950 im gesamten Dienstleistungsbereich knapp 40 %, im Jahre 1990 jedoch 58 % der Bruttowertschöpfung erwirtschaftet. Die Wertschöpfung des Produzierenden Gewerbes hatte im Jahr 1950 ungefähr die Hälfte der Gesamtleistung ausgemacht, 1990 waren es immerhin noch 40 %. Der Wertschöpfungsanteil der Landwirtschaft betrug 1950 noch über 10 %, allerdings ohne die hoch-industrialisierten Gebiete Saarland und Berlin (West). Im Jahr 1960 war dieser Anteil nach der Gebietserweiterung 5,8 %, 1990 nur noch 1,6 %.

#### 4 Erwerbstätigkeit

Bevor auf die Erwerbstätigenstruktur nach Wirtschaftszweigen eingegangen wird, soll zunächst ein Blick auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit insgesamt geworfen werden (vgl. die folgende Tabelle 4).

**Tabelle 4: Erwerbstätige im Inland\*)**

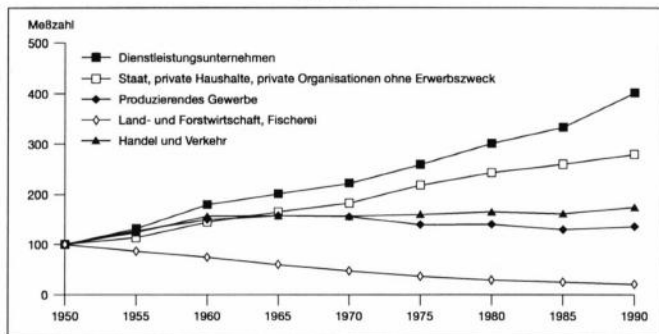
1 000

Wirtschaftsbereich	1950	1960	1970	1980	1990	Veränderung	
						1950	1960
						1960	1990
<b>Insgesamt .....</b>	<b>19 570</b>	<b>26 063</b>	<b>26 560</b>	<b>26 980</b>	<b>28 479</b>	<b>+ 6 493</b>	<b>+ 2 416</b>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	4 819	3 581	2 262	1 403	995	- 1 238	- 2 586
Produzierendes Gewerbe .....	8 389	12 497	12 987	11 721	11 309	+ 4 108	- 1 188
Energie- und Wasserver- sorgung, Bergbau .....	.	747	551	493	466	.	- 281
Verarbeitendes Gewerbe ...	.	9 624	10 117	9 094	8 932	.	- 692
Baugewerbe .....	.	2 126	2 319	2 134	1 911	.	- 215
Handel und Verkehr .....	3 052	4 759	4 755	5 032	5 314	+ 1 707	+ 555
Handel .....	.	3 299	3 348	3 512	3 727	.	+ 428
Verkehr, Nachrichten- übermittlung .....	.	1 460	1 407	1 520	1 587	.	+ 127
Dienstleistungsunternehmen .	1 319	2 364	2 933	3 970	5 294	+ 1 045	+ 2 930
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen .....	.	383	597	755	892	.	+ 509
Sonstige Dienstleistungs- unternehmen .....	.	1 981	2 336	3 215	4 402	.	+ 2 421
Zusammen ...	17 579	23 201	22 937	22 126	22 912	+ 5 622	- 289
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte .....	1 991	2 862	3 623	4 854	5 567	+ 871	+ 2 705

\*) Jahresdurchschnittswerte. – Früheres Bundesgebiet. – 1950 ohne Berlin (West) und das Saarland.

1950 waren im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin (West) und das Saarland) im Jahresdurchschnitt 19,6 Mill. Personen als Arbeitnehmer, Selbständige oder mit-helfende Familienangehörige erwerbstätig, 1990 dagegen waren es 28,5 Mill. Personen. In den Aufbaujahren bis 1960 kamen einschließlich der Gebietserweite-rung (rund 1,5 Mill. Erwerbstätige) nahezu 6,5 Mill. Selbständige und abhängig Beschäftigte hinzu, davon 4,1 Mill. im Produzierenden Gewerbe, 1,7 Mill. im Handel und Verkehr, gut 1 Mill. bei den Dienstleistungsunternehmen sowie 870 000 beim Staat, den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und den privaten Haushalten; die Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft ging im selben Zeitraum um mehr als 1,2 Mill. Personen zurück. In den drei Jahrzehnten seit 1960 wurden nochmals per Saldo 2,4 Mill. Arbeitsplätze geschaffen. Die Umschichtung von den sogenannten primären (landwirtschaftlichen) und sekundären (industriellen) zu den tertiären (Dienstleistungs-)Bereichen ist offensichtlich: In diesem Zeitraum ging die Erwerbstätigenzahl in der Landwirtschaft um 2,6 Mill. und im Produzierenden Gewerbe um 1,2 Mill. zurück, während sie im Handel und Verkehr um gut eine halbe Million, bei den Dienstleistungsunternehmen um 2,9 Mill. und beim Staat, den Organisationen ohne Erwerbszweck und den privaten Haushalten um 2,7 Mill. zunahm. Der gesamte Verlauf der Erwerbstätigkeitsentwicklung ist in Fünf-Jahres-Schritten im folgenden Schaubild 4 dargestellt.

**Schaubild 4**  
**Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet nach Wirtschaftsbereichen\*)**  
1950 = 100



\*) 1950 ohne Berlin (West) und das Saarland.

Die Veränderung der Erwerbstätigkeitsstruktur, die schon in den absoluten Zahlen sowie in den Meßzahlenreihen zum Ausdruck kam, läßt sich in den Prozentanteilen der Wirtschaftsbereiche besonders deutlich ablesen (vgl. Tabelle 3). Waren 1950 im

früheren Bundesgebiet (ohne Berlin (West) und das Saarland) noch knapp ein Viertel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, so sank dieser Anteil bis 1960 – einschließlich der genannten Gebiete – auf 13,7 %; für das Jahr 1990 wurde sogar nur noch ein Erwerbstätigenanteil von 3,5 % ermittelt. Das Produzierende Gewerbe erhöhte seinen Anteil in den fünfziger Jahren, auch durch den Gebiets-sprung bedingt, von rund 43 auf 48 %. Im Jahr 1990 arbeiteten noch knapp 40 % der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich, darunter gut 31 % im Verarbeitenden Gewerbe. Nur wenig verändert hat sich der Anteil für Handel und Verkehr, verglichen mit 1960. Die zuvor beschriebene Zunahme der Erwerbstätigkeit im tertiären Bereich hat bei den Dienstleistungsunternehmen den gesamtwirtschaftlichen Anteil seit 1950 fast verdreifacht und im Nichtunternehmensbereich nahezu verdoppelt.

## **5 Anlagevermögen**

In einer hochentwickelten und technisierten Volkswirtschaft wie der Bundesrepublik Deutschland dürfte es nur wenige Arbeitsplätze geben, die gänzlich ohne technische Hilfsmittel, zu denen neben Geräten und Apparaturen aller Art auch die Arbeitsräume und sämtliche Gebäude zählen, auskommen. Es entspricht der allgemeinen Lebenserfahrung, daß die Arbeitsplätze in der Industrie schon lange und in den Dienstleistungsbereichen immer stärker mit hochwertigen Geräten ausgestattet sind (z. B. moderne Bürotechnik). Zum gesamtwirtschaftlichen Produktivvermögen zählt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch der Bestand an Wohnungen einschließlich der selbstgenutzten Eigenheime, denn Wohnen wird als Produktion und Verwendung einer Dienstleistung betrachtet. Unter den verschiedenen Bewertungskonzepten für das Anlagevermögen wird hier der Nettobestand zu Wiederbeschaffungspreisen gewählt; am Beispiel einer 5 Jahre alten Produktionsanlage dargestellt heißt dies, daß einerseits nicht der Anschaffungspreis von vor 5 Jahren, sondern der meist höhere heutige Preis eingesetzt, aber andererseits die Wertminderung in Folge von Abnutzung oder Veralterung der Anlage (Abschreibung) abgezogen wird.

Vergleicht man die Bestandswerte des Anlagevermögens und vor allem ihre prozentuale Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche in den Jahren 1960 und 1990 (vgl. Tabelle 5, S. 27), so fallen erhebliche Unterschiede auf. Insgesamt betrachtet, betrug das Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen am Ende dieser Periode mit 6 462 Mrd. DM das 12fache gegenüber dem Ausgangszeitpunkt.

Der größte Einzelbereich war in beiden Berichtsjahren der Bereich der Wohnungsvermietung mit Anteilen von 42 bzw. 48 %. In allen Wirtschaftsbereichen sind höhere Anlagenbestände zu verzeichnen, wenn auch in völlig unterschiedlichen Größenordnungen. Der schrumpfende Bereich der Landwirtschaft hat sein Anlage-



Tabelle 5: Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen\*)

Wirtschaftsbereich	1960		1990		Veränderungsfaktor 1990 gegen- über 1960
	Mrd. DM	Anteil in %	Mrd. DM	Anteil in %	
<b>Insgesamt</b> .....	<b>537,76</b>	<b>100</b>	<b>6 461,75</b>	<b>100</b>	<b>12,0</b>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	35,53	6,6	169,40	2,6	4,8
Produzierendes Gewerbe .....	133,03	24,7	1 085,38	16,8	8,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau .....	38,11	7,1	341,96	5,3	9,0
Verarbeitendes Gewerbe .....	88,91	16,5	700,38	10,8	7,9
Baugewerbe .....	6,01	1,1	43,04	0,7	7,2
Handel und Verkehr .....	70,03	13,0	626,95	9,7	9,0
Handel .....	22,55	4,2	250,64	3,9	11,1
Verkehr, Nachrichtenüber- mittlung .....	47,48	8,8	376,31	5,8	7,9
Dienstleistungsunternehmen .....	252,47	46,9	3 914,35	60,6	15,5
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen .....	7,48	1,4	141,81	2,2	19,0
Wohnungsvermietung .....	225,15	41,9	3 073,71	47,6	13,7
Sonstige Dienstleistungs- unternehmen .....	19,84	3,7	698,83	10,8	35,2
Zusammen ...	491,06	91,3	5 796,08	89,7	11,8
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte	46,70	8,7	665,67	10,3	14,3

\*) Nettobestand am Jahresanfang. – Früheres Bundesgebiet.

vermögen knapp verfünffacht, der prozentuale Anteil am gesamten Anlagevermögen ist allerdings von 6,6 auf 2,6 % zurückgegangen. Die hochtechnisierten Bereiche des Produzierenden Gewerbes verfügten 1990 über ein Anlagevermögen, das achtmal höher war als 1960; ihr gesamtwirtschaftlicher Anteil hat sich jedoch um ca. 6 Prozentpunkte auf knapp 17 % verringert. Eine Ursache dieser Veränderung ist darin zu sehen, daß in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkt mit gemieteten Anlagen produziert wurde (sogenanntes Anlagen-Leasing).

Die größten Zuwächse an Produktivvermögen sind bei den Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung) festzustellen. Das Anlagevermögen der schon näher beschriebenen Gruppe der sonstigen Dienstleistungsunternehmen betrug 1970 das 4fache, 1980 das 15fache und 1990 das 35fache des Jahres 1960. Damit erreichte es im letzten Berichtsjahr das für das Verarbeitende Gewerbe nachgewiesene Sachvermögen. Wie schon angedeutet, ist allerdings zu beachten, daß in den hier zugrunde gelegten Berechnungen gemietete (geleaste) Produktionsanlagen nicht im Wirtschaftszweig nachgewiesen werden, in dem sie produktiv eingesetzt sind,

sondern bei den rechtlichen Eigentümern, den Leasinggebern, die wirtschaftssystematisch eine Dienstleistung produzieren und den sonstigen Dienstleistungsunternehmen zugeordnet sind. Zumindest zwei weitere Bereiche dürften ebenfalls kräftig zu der enormen Zunahme des für die Dienstleistungsproduktion verwendeten Anlagevermögens beigetragen haben, nämlich das in den letzten Jahrzehnten hochtechnisierte Verlagsgewerbe und die Vermietung von gewerblichen Räumen (z. B. Büroflächen in Ballungsgebieten). Deutlich überdurchschnittlich hat schließlich auch der Bereich Staat und Organisationen ohne Erwerbszweck sein Anlagevermögen erhöht, wobei vor allem an die Aufgabenbereiche Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Krankenhäuser, Hochschulen, Forschungseinrichtungen u.a. zu denken ist. Öffentliche Tiefbauten wie Straßen, Kanäle u.a. sind in diesen Angaben nicht enthalten.

## **6 Einkommen und Produktivität**

Die im Produktionsprozeß entstandenen Arbeitseinkommen sind im Wirtschaftsgeschehen in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Zum einen müssen sie als Bestandteil der Wertschöpfung von den Unternehmen „erwirtschaftet“ werden, zum anderen sind sie der wichtigste Bestandteil der Kaufkraft der privaten Haushalte. Unter Kostengesichtspunkten rechnet man zu den Bruttolöhnen und -gehältern, die die Steuer- und Sozialabgaben der Arbeitnehmer einschließen, noch tatsächliche sowie unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber hinzu. Unterstellte Sozialbeiträge geben die Kostenbelastung der Arbeitgeber durch gesetzlich geregelte oder freiwillige soziale Leistungen an die Arbeitnehmer, insbesondere als Altersversorgung der Beamten sowie betriebliche Versorgungsleistungen, wieder. Diese Einkommensgröße, die das gesamte von den Arbeitgebern aufzubringende Entgelt für den Produktionsfaktor Arbeit umfaßt, wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen „Einkommen aus unselbständiger Arbeit“ und im folgenden kurz Arbeitseinkommen genannt.

Zwischen 1950 und 1990 erhöhten sich die nominalen Arbeitseinkommen je Beschäftigten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um mehr als das 15fache. Bei einer über alle Jahre hinweg völlig gleichmäßigen Lohn- und Gehaltserhöhung würde dies einer jährlichen Steigerung von rund 7 % entsprechen. Da die Bedeutung der Arbeitseinkommen letztlich davon abhängt, wieviele Güter dafür zu kaufen sind, rechnet man zweckmäßigerweise die Preisniveauerhöhungen – hier gemessen an der Preisentwicklung des Privaten Verbrauchs – aus den nominellen Einkommenserhöhungen heraus. Nach dieser Rechnung lagen die preisbereinigten, „realen“ Durchschnittseinkommen 1990 um den Faktor 4,7 über den Arbeitseinkommen des Jahres 1950. Bei einer gleichmäßigen Veränderung über die vier Jahrzehnte hinweg hätten sich das Preisniveau jahresdurchschnittlich um rund 3 % und die Realeinkommen um 4 % erhöht. Noch deutlicher sichtbar wird die Kaufkraftserhöhung und damit auch die Wohlstandserhöhung in der Bundesrepublik Deutschland seit Anfang

der fünfziger Jahre, wenn man die gleiche Rechnung für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte durchführt, das neben den Netto-Arbeitseinkommen auch die Netto-Vermögenseinkommen sowie die Renten und andere übertragene Einkommen enthält. In nominellen Einkommensbeträgen ausgedrückt lag das verfügbare Einkommen 1990 um den Faktor 23 (jahresdurchschnittlich + 8,2 %), preisniveaubereinigt um den Faktor 7,2 (jahresdurchschnittlich + 5,1 %) über dem entsprechenden Wert des Jahres 1950.

Von gleichmäßigen jährlichen Zuwachsraten wurde zunächst ausgegangen, um die gewaltigen Unterschiede der Einkommensniveaus zu Beginn und Ende eines 40jährigen Zeitraums anschaulich zu machen. In Wirklichkeit waren die Wachstumsraten im ersten Jahrzehnt des Berichtszeitraums am höchsten und nahmen in den folgenden Jahrzehnten kontinuierlich und kräftig ab.

**Tabelle 6: Arbeitseinkommen und Arbeitsproduktivität\*)**  
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

Wirtschaftsbereich	1950 bis 1960	1960 bis 1970	1970 bis 1980	1980 bis 1990
<b>Produzierendes Gewerbe</b>				
Arbeitseinkommen .....	+ 6,0	+ 5,8	+ 3,6	+ 1,7
Arbeitsproduktivität .....	+ 6,2	+ 4,4	+ 2,8	+ 1,6
<b>Dienstleistungsunternehmen</b>				
Arbeitseinkommen .....	+ 5,1	+ 5,4	+ 2,9	+ 0,9
Arbeitsproduktivität .....	+ 3,0	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,4
<b>Gesamtwirtschaft</b>				
Arbeitseinkommen .....	+ 6,0	+ 5,7	+ 3,1	+ 1,1
Arbeitsproduktivität .....	+ 5,8	+ 4,3	+ 2,6	+ 1,8

\*) Einkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten, deflationiert mit der Preisentwicklung des Privaten Verbrauchs. – Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen. – Früheres Bundesgebiet.

Aus den rechnerischen jährlichen Veränderungsraten der Tabelle 6 läßt sich zumindest für das Produzierende Gewerbe eine gleichgerichtete Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Arbeitseinkommen ablesen. Eine enge Übereinstimmung ist schon deshalb nicht zu erwarten, weil die gewählten Zehnjahreszeiträume die kürzeren konjunkturellen Schwankungen überlagern und die Wertschöpfung und damit die Arbeitsproduktivität stärker auf diese Schwankungen reagieren als die Arbeitseinkommen. Dies gilt übrigens in noch höherem Maße für die entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die deshalb auch nicht unter dem Blickwinkel langfristiger Strukturveränderungen, sondern nur in ihrer zyklischen Entwicklung analysiert werden sollten.

Tabelle 6 zeigt auch den bekannten Effekt, daß nämlich die Produktivitätsfortschritte im Produzierenden Gewerbe stärker sind als bei Dienstleistungsunterneh-

men; zwar sinken die Zuwachsraten beider Bereiche über die vier Jahrzehnte, doch liegen die Veränderungsraten im Produzierenden Gewerbe in allen Zeitabschnitten höher. Dies bedeutet nun allerdings nicht, daß die industrielle Produktivität der bei den Dienstleistungen davon gelaufen wäre – sie hat lediglich aufgeholt. Während die Wertschöpfung je Erwerbstätigen bei den Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1960 noch das 1,7fache im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe betrug, war der Abstand 1990 nur noch das 1,3fache. Der Niveauunterschied kommt von jenen Dienstleistungsbereichen her, die überwiegend hochqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigen (z. B. Banken, Versicherungen, Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagswesen). In der Industrie wurden vor allem die früher noch vorhandenen einfachen und massenhaften Tätigkeiten zunehmend von Maschinen übernommen. Aber auch für das Jahr 1990 verbergen sich hinter den Zahlen für die Durchschnittsproduktivitäten der Gesamtbereiche recht große Produktivitätsspannen. So reicht die Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe (Durchschnitt 86 000 DM Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem) von 43 000 DM in der Bekleidungsindustrie bis zu 1,45 Mill. DM in der Mineralölverarbeitung und bei den Dienstleistungsunternehmen (Durchschnitt 108 000 DM – ohne Wertschöpfung der Wohnungsvermietung) von 36 000 DM im Gastgewerbe bis zu 149 000 DM bei Versicherungsunternehmen.

## **7 Strukturveränderungen im Verarbeitenden Gewerbe**

Zwar wächst der Dienstleistungsbereich in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen hochentwickelten Volkswirtschaften rascher als der Bereich der sogenannten sekundären Produktion, dennoch bleibt Deutschland auf absehbare Zeit ein Industrieland, dessen wirtschaftliches Wohlergehen stark von der Entwicklung des industriellen Bereiches, wirtschaftssystematisch als Verarbeitendes Gewerbe bezeichnet, abhängt. Auf die wichtigsten Strukturveränderungen in diesem Wirtschaftsbereich wird deshalb noch etwas näher eingegangen.

Im Jahre 1960 entstanden im Verarbeitenden Gewerbe 43 % aller Arbeitseinkommen bei einem Erwerbstätigenanteil von 37 %; 1990 waren es immerhin noch 38 % der gesamten Arbeitseinkommen und 31 % der Erwerbstätigen. Wie die folgende Tabelle 7 (siehe S. 31) zeigt, entfielen 1990 auf die acht größten Industriezweige 64 % der Erwerbstätigen und 60 % der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes; im Jahre 1960 waren es jeweils knapp 4 Prozentpunkte weniger.

Beschäftigungsstärkster Einzelbereich war 1990 der Bereich der Elektrotechnik, dicht gefolgt vom Maschinenbau. Beide Industriezweige beschäftigten 1990 relativ und absolut gesehen mehr Menschen als vor 30 Jahren, nämlich jeweils rund 1,2 Mill. Erwerbstätige. Der Straßenfahrzeugbau hat seine Beschäftigungsquote in dieser Zeit nahezu verdoppelt; im Jahresdurchschnitt 1990 arbeiteten etwas mehr als

**Tabelle 7: Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige der wichtigsten Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes\*)**

Anteil in Prozent

Wirtschaftszweig	Bruttowertschöpfung				Erwerbstätige	
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991			
	1960	1990	1960	1990	1960	1990
Chemische Industrie .....	9,0	9,7	4,3	9,2	5,5	7,2
Eisenschaffende Industrie .....	6,8	2,4	3,3	2,1	5,0	2,3
Maschinenbau .....	9,3	12,7	15,7	12,8	10,8	13,6
Straßenfahrzeugbau .....	6,4	12,0	6,8	11,9	6,0	11,8
Elektrotechnik .....	8,1	13,1	5,9	12,8	9,9	13,9
Holzbearbeitung, Holzverarbeitung ..	3,3	3,0	4,5	3,1	6,2	4,6
Textilgewerbe .....	5,7	2,0	3,7	1,9	7,5	2,6
Ernährungsgewerbe .....	8,1	6,1	9,4	6,1	9,4	8,1
<b>Anteil am Verarbeitenden Gewerbe zusammen .....</b>	<b>56,7</b>	<b>61,0</b>	<b>53,6</b>	<b>59,9</b>	<b>60,3</b>	<b>64,1</b>

\*) Anteil der Bruttowertschöpfung oder der Erwerbstätigen mindestens 5 % des Gesamtwertes für das Verarbeitende Gewerbe. – Früheres Bundesgebiet.

1 Mill. Menschen in diesem Bereich. Auch in der Chemischen Industrie fand eine deutliche Erhöhung der Beschäftigung statt. Schließlich soll ein sehr expansiver Wirtschaftszweig, der 1990 jedoch noch unterhalb der Schwelle von 5 % der Wertschöpfung oder der Erwerbstätigen des Verarbeitenden Gewerbes lag, nicht übergangen werden, nämlich die Unternehmen mit dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der Herstellung von Kunststoffwaren. Sie hatten im Jahre 1960 knapp 100 000 und 30 Jahre später 320 000 Erwerbstätige. In den genannten Industriezweigen zusammen wurden 1990 knapp 1,3 Mill. Erwerbstätige mehr gezählt als 1960. Umgekehrt bauten allein das Textil- und das Bekleidungsgewerbe im selben Zeitraum rund 800 000 Arbeitsplätze ab. Nimmt man noch einige andere Zweige mit starkem Beschäftigungsrückgang hinzu, nämlich die Eisenschaffende Industrie (– 280 000 Erwerbstätige), das Ledergewerbe (– 200 000 Erwerbstätige), den Bereich Holzbe- und -verarbeitung (– 190 000 Erwerbstätige) sowie den Bereich Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (– 130 000 Erwerbstätige), so gingen – die kleineren Branchen nicht mitgezählt – seit 1960 rund 1,6 Mill. Arbeitsplätze verloren. Im gesamten Verarbeitenden Gewerbe fiel die Erwerbstätigenzahl per Saldo um 700 000 auf 8,9 Mill. Personen.

Die Erwerbstätigenentwicklung verläuft ungefähr parallel zu den Anteilserhöhungen bzw. -senkungen bei der Bruttowertschöpfung. Beim Vergleich der Anteile in jeweiligen und konstanten Preisen fallen zwei Besonderheiten ins Auge (vgl. Tabelle 7). Für die Chemische Industrie hat sich der Anteil in jeweiligen Preisen zwischen 1960 und 1990 nur wenig erhöht, der Anteil in Preisen von 1990 jedoch mehr als verdoppelt. Der Grund liegt darin, daß die Preise für chemische Erzeugnisse im Gegen-

satz zu vielen anderen Industrieprodukten in den sechziger und siebziger Jahren zunächst fielen und bis 1990 nur wenig über das Niveau von 1960 stiegen. Diese Preisentwicklung ergibt sich, wenn überwiegend Massenprodukte mit weltweiter Konkurrenz hergestellt und verkauft werden. Ein umgekehrter Effekt ist für den Maschinenbau festzustellen. Während der Anteil an der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in jeweiligen Preisen um mehr als 3 Prozentpunkte zunahm, ging der Anteil in konstanten Preisen um 3 Prozentpunkte zurück. In diesem Industriezweig, der in großem Umfang spezialisierte und hochwertige Geräte herstellt, waren im Beobachtungszeitraum mit jahresdurchschnittlich rund 5 % die höchsten Preissteigerungen realisierbar.

Auffällig ist der Maschinenbau auch mit seiner niedrigen Produktivitätsentwicklung, die sich jedoch leicht durch das hohe Ausgangsniveau Anfang der sechziger Jahre erklärt (vgl. Tabelle 8, S. 33).

Damals lag die Arbeitsproduktivität dieses Industriezweigs fast doppelt so hoch wie bei der Chemischen Industrie. Bemerkenswert sind auch die Unterschiede im Produktivitätsfortschritt in den Bereichen Textilgewerbe sowie Ledergewerbe, die beide eine Strukturkrise durchliefen und ihre Arbeitskräfte auf ein Drittel bzw. ein Viertel des Standes von 1960 abbauten. Das Textilgewerbe zählt zu den fünf Branchen mit den höchsten Produktivitätssteigerungen über den gesamten Zeitraum hinweg, das Ledergewerbe zu den fünf Wirtschaftszweigen mit den niedrigsten Zuwächsen. Zwar gilt auch für das Ledergewerbe ein gewisser Basiseffekt – 1960 war sein Produktivitätsniveau deutlich höher als beim Textilgewerbe – doch dürfte auch eine Rolle spielen, daß Leder in vielen Verwendungen von Kunststoffen verdrängt wurde, während Textilien nach wie vor gekauft werden. In diesem Falle konnte eine Branche durch starke Rationalisierung und Kostensenkung den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung finden.

**Tabelle 8: Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe\*)**

Wirtschaftszweig	Arbeitsproduktivität <sup>1)</sup>			Erwerbstätigenanteil 1990
	1960	1990	durchschnittliche jährliche Veränderung	
	DM		%	
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt .....</b>	<b>33 175</b>	<b>85 335</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>100</b>
Große Wirtschaftszweige <sup>2)</sup>				
Chemische Industrie .....	25 431	108 416	+ 5,0	7,2
Eisenschaffende Industrie .....	21 862	79 403	+ 4,4	2,3
Maschinenbau .....	48 188	80 818	+ 1,7	13,6
Straßenfahrzeugbau .....	37 820	86 080	+ 2,8	11,8
Elektrotechnik .....	19 789	78 379	+ 4,7	13,9
Holzbe- und -verarbeitung .....	24 178	59 035	+ 3,0	4,6
Textilgewerbe .....	16 505	62 881	+ 4,6	2,6
Ernährungsgewerbe .....	32 933	64 268	+ 2,3	8,1
Wirtschaftsbereiche mit hohem Produktivitätszuwachs				
Büromaschinen (EDV) .....	7 419	110 882	+ 9,4	1,1
Tabakverarbeitung .....	140 000	1 101 875	+ 7,1	0,2
Chemische Industrie .....	25 431	108 416	+ 5,0	7,2
Elektrotechnik .....	19 789	78 379	+ 4,7	13,9
Textilgewerbe .....	16 505	62 881	+ 4,6	2,6
Wirtschaftsbereiche mit niedrigem Produktivitätszuwachs				
Maschinenbau .....	48 188	80 818	+ 1,7	13,6
Gießerei .....	44 494	78 598	+ 1,9	1,2
Feinkeramik .....	32 143	58 039	+ 2,0	0,6
Ledergewerbe .....	27 978	51 212	+ 2,0	0,7
Musikinstrumente, Spielwaren .....	35 481	68 590	+ 2,2	0,9

\*) Früheres Bundesgebiet.

1) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen.

2) Anteil der Wertschöpfung oder der Erwerbstätigen mindestens 5 % der Wertschöpfung oder der Erwerbstätigen des Verarbeitenden Gewerbes.

## Ausblick

Wie in der Vergangenheit, so werden auch in Zukunft die wirtschaftlichen Strukturen und ihr Wandel sowohl von großen, vor allem politischen Ereignissen wie auch von vielen kleinen, nur mittelfristigen Einflüssen, geprägt sein. Zu den ersteren zählen sicherlich zum einen die tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den osteuropäischen Ländern seit Ende der achtziger Jahre, zum anderen der Beginn eines gemeinsamen Binnenmarktes der Europäischen Union ab Januar 1993. Beide Ereignisse dürften bald spürbare und einschneidende Strukturveränderungen nach sich ziehen. Innerhalb der Europäischen Union werden Länder, die in bestimmten Wirtschaftszweigen kostengünstiger produzieren als andere Mitgliedsländer, Marktanteile an sich ziehen und in der Regel dort auch die Beschäftigung ausweiten können; die in diesen Branchen benachteiligten Länder müssen ihrerseits in anderen Bereichen Wettbewerbsvorteile nutzen. Die osteuropäischen Länder, deren neue wirtschaftliche Strukturen erst im Entstehen sind, könnten auf zweifache und gegenläufige Weise die Wirtschaftsstrukturen Deutschlands beeinflussen, nämlich zum einen als künftige Abnehmer hier produzierter Güter, zum anderen aber auch als möglicher, weil lohnkostengünstiger Standort für Produktionsverlagerungen.

Neben den großen Ereignissen sollten allerdings die weniger spektakulären und dennoch sehr bedeutsamen Ursachen für den Strukturwandel nicht vergessen werden. Aus dem breiten Spektrum der Einflüsse durch technische Erfindungen, politische Rahmenveränderungen sowie Verhaltensänderungen der Verbraucher seien nur zwei Aspekte beispielhaft herausgegriffen. Im letzten Abschnitt wurde der nach wie vor hohe Stellenwert der Automobilindustrie deutlich. Es ist leicht vorstellbar, welcher Strukturwandel ausgelöst würde, falls die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen aus welchen Gründen auch immer radikal und dauerhaft zurückgehen würde. Umgekehrt entsteht auf der Grundlage veränderter gesamtgesellschaftlicher Bedingungen und Einstellungen auch neue Produktion. Nach der Schätzung von Wirtschaftsforschungsinstituten könnten bis zum Jahr 2000 rund 1 Mill. Erwerbstätige unmittelbar oder mittelbar für den Umweltschutz tätig sein.

Wirtschaftlicher Strukturwandel hat bisher in Deutschland trotz aller vorübergehender Krisenerscheinungen in einzelnen Wirtschaftszweigen zu größerem Wohlstand geführt. Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft wird die Erhöhung, zumindest die Sicherung und die möglichst gerechte Verteilung dieses Wohlstands sein.



## **Zusammenfassung**

Die Ursachen für wirtschaftlichen Strukturwandel – hier vor allem als das Zurückbleiben bzw. die Ausweitung einzelner Wirtschaftsbereiche und -zweige verstanden – sind vielfältig. Sie reichen von der Marktsättigung bei bestimmten Produkten und dem Erscheinen neuer Produkte über veränderte Kosteneinflußgrößen (z. B. Rohstoffpreise, technischer Fortschritt, Steuern und Subventionen) bis hin zu überstaatlichen Regelungen (internationale Zollabkommen, Abschottung oder Öffnung von Wirtschaftsräumen). Statistisch gut darstellbar sind im gesamtwirtschaftlichen Rahmen die Veränderungen auf der Nachfrageseite, insbesondere beim Privaten Verbrauch und bei den Ausfuhren, wie auch die Schwerpunktverlagerungen bei der Güterherstellung. Die zunehmende Bedeutung des sogenannten tertiären Bereichs hinsichtlich wirtschaftlicher Leistung und Beschäftigung gegenüber der Landwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe wird mit Zahlen belegt. Trotz dieses unverkennbaren Trends darf nicht übersehen werden, daß 1990 noch fast ein Drittel aller Arbeitsplätze auf das Verarbeitende Gewerbe, die Industrie im engeren Sinne, entfielen. Deshalb wird auch ein Blick auf die expandierenden und zurückgehenden Branchen in diesem wichtigen Teil der Gesamtwirtschaft geworfen.

Nach dem Wirtschaftsboom der fünfziger Jahre mußte eine Reihe von Branchen Strukturkrisen durchmachen (Bergbau, Stahlerzeugung, Werften und Textilherstellung sind nur die bekanntesten), gesamtwirtschaftlich betrachtet sind Produktivität und Kaufkraft der Bevölkerung mit dem Wandel der Wirtschaftsstrukturen jedoch gestiegen. Dieser Wandel wird sich noch beschleunigen, wenn neben den genannten „üblichen“ Ursachen für Strukturveränderungen die neue Situation in Europa – Binnenmarkt der Europäischen Union sowie Öffnung der osteuropäischen Volkswirtschaften – voll zur Wirkung kommen. Veränderte Rahmenbedingungen verlangen Anpassungsreaktionen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten; je flexibler und vorausschauender diese Anpassungen erfolgen können, desto weniger verläuft wirtschaftlicher Strukturwandel krisenhaft.

## **Der Strukturwandel und seine Begleiterscheinungen – Rückblick auf die Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsbereiche im früheren Bundesgebiet**

### **1 Der Trend vom Industrie- zum Dienstleistungssektor – Ein kurzer historischer Abriss des Wirtschaftswandels**

Die bisherige an gesamtwirtschaftlichen Kriterien orientierte Analyse des Strukturwandels berücksichtigt weniger die branchenspezifischen Besonderheiten, die im folgenden verstärkt in den Vordergrund gerückt werden sollen. Um einen ersten Eindruck von der Struktur der Wirtschaft in ihrer tieferen Untergliederung nach Wirtschaftszweigen und der Beschäftigungsentwicklung in den letzten vier Jahrzehnten zu vermitteln, bieten sich die Ergebnisse der in den Jahren 1950, 1961, 1970 und 1987 stattgefundenen Arbeitsstättenzählungen an. Der Vergleich der Daten deutet auf ein starkes Vordringen des Dienstleistungssektors (tertiärer Sektor) hin, bekräftigt aber auch die nach wie vor wichtige Rolle des Produzierenden Gewerbes (sekundärer Sektor), in dem ein großer Teil der zur Bedarfsdeckung erforderlichen Güter erzeugt und ein maßgeblicher Beitrag zur Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft geleistet wird. Über den primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei) lassen sich aus den Arbeitsstättenzählungen nur rudimentäre Aussagen gewinnen. Andere Quellen weisen eine Abnahme der Erwerbstätigenzahl in diesem Bereich von rd. 5 Mill. im Jahr 1950 auf rd. 1 Mill. im Jahr 1990 aus. 1950 arbeitete noch fast jeder vierte Erwerbstätige im primären Sektor, 1990 lag der entsprechende Anteil nur noch bei rd. 4 %.<sup>1)</sup>

In den Jahren des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg expandierte das Produzierende Gewerbe in bislang nie bekanntem Ausmaß. Die Periode des sogenannten „Wirtschaftswunders“ wurde zum großen Teil vom Wachstum dieses Bereichs getragen. Gab es 1950 im Produzierenden Gewerbe knapp 9 Mill. Beschäftigte, waren es 1961 fast 13 Mill. An Arbeitszeitverkürzungen war zu Beginn der fünfziger Jahre noch kaum zu denken. Allein im Baugewerbe erhöhte sich zwischen 1950 und 1961 die Beschäftigtenzahl von 1,6 auf 2,2 Mill. Der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (einschl. der Herstellung von ADV-Einrichtungen) verdoppelte seinen Beschäftigtenstand von gut 1 Mill. auf über 2 Mill. Stark im Kommen war die Elektrotechnik, Feinmechanik und Herstellung von Eisen-, Blech-, Metallwaren (0,8 auf

---

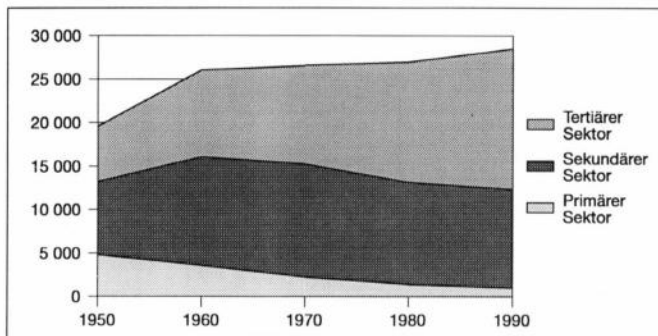
\*) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

1) Siehe hierzu die Beiträge von Essig „Der Strukturwandel als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ (S. 15 ff.) sowie von Rudolph „Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels für den Arbeitsmarkt“ (S. 175 ff.) in diesem Band.

1,7 Mill. Beschäftigte), während sich bereits in den fünfziger Jahren eine Stagnation im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe und gar ein Rückgang im Bergbau abzeichnete.

**Schaubild 1**  
**Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren\*)**

1 000



\*) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Jahresdurchschnittswerte). – 1950 ohne Berlin (West) und das Saarland. – Früheres Bundesgebiet.

Bei der Beurteilung des Wachstums des Produzierenden Gewerbes in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland ist zu bedenken, daß das Ausgangsniveau sehr niedrig, dafür aber der Nachholbedarf infolge der Entbehrungen während der Kriegsjahre um so größer war. Motivierte Arbeitskräfte fertigten Waren, deren Qualität auch im Ausland zunehmende Anerkennung fand. Der erste Schritt auf dem Weg zu einer der führenden Industrie- und Exportnationen war getan. Zu berücksichtigen ist aber auch, daß in den Jahren des Wiederaufbaus Umweltaspekte keine Rolle spielten. Auch über die Begrenztheit natürlicher Ressourcen wurde noch wenig nachgedacht. Die mit dem Wachstum des materiellen Wohlstands einhergegangenen Änderungen des Zustands der Umwelt lassen heute eine ähnlich euphorische Aufbruchsstimmung, wie sie die Nachkriegsjahre prägte, kaum mehr aufkommen.

**Tabelle 1: Entwicklung der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe\*)**  
1 000

Wirtschaftsgruppe (H.v. = Herstellung von)	Beschäftigte			
	1950 <sup>1)</sup>	1961	1970	1987
<b>Produzierendes Gewerbe .....</b>	<b>8 965</b>	<b>12 917</b>	<b>12 864</b>	<b>10 592</b>
Bergbau .....	621	561	282	181
Energie- u. Wasserversorgung .....	124	193	207	221
Chemische Industrie, Mineralöl- verarbeitung .....	326	568	645	573
H.v. Kunststoff- u. Gummiwaren ..	93	220	327	381
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden, Feinkeramik, Glas .....	419	563	503	323
Metallerzeugung u. -bearbeitung ..	666	987	925	664
Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau .....	1 082	2 143	2 543	2 513
H.v. ADV-Einrichtungen, Elektro- technik, Feinmechanik, H.v.EBM-Waren, usw. ....	756	1 708	1 906	1 669
Holz-, Papier- u. Druckgewerbe ...	882	1 126	1 094	824
Leder-, Textil- u. Bekleidungs- gewerbe .....	1 518	1 558	1 210	607
Ernährungsgewerbe, Tabak- verarbeitung .....	911	1 063	972	785
Bauhauptgewerbe .....	1 135	1 595	1 580	1 097
Ausbaugewerbe .....	432	632	670	754

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen. – Früheres Bundesgebiet.

1) Ohne Berlin (West).

Von der insgesamt positiven Entwicklung im Produzierenden Gewerbe profitierten insbesondere auch der Handel (1950: 2,1 Mill., 1961: 3,6 Mill. Beschäftigte) sowie die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen (1950: 1,0 Mill., 1961: 2,1 Mill. Beschäftigte). Im sogenannten tertiären Sektor waren 1961 insgesamt rd. 10 Mill. Personen in Brot und Arbeit, 60 % mehr als 1950.

In den nachfolgenden 3 Jahrzehnten verlief die Entwicklung wesentlich gemäßigter. Von 1961 bis 1970 blieb die Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe annähernd gleich, während sie bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung von 1,8 Mill. auf 2,6 Mill. anwuchs. Insgesamt verzeichnete der tertiäre Sektor in den sechziger Jahren einen Beschäftigtenzuwachs von rd. 14 %. Beim letzten Zählungstermin 1987 verteilten sich auf das Produzierende Gewerbe nur noch 10,6 Mill. Beschäftigte, 18 % weniger als 1970, wobei fast alle Wirtschaftszweige des sekundären Sektors Verluste verzeichneten. Den stärksten Arbeitsplatzverlust mußte der Bereich Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe hinnehmen, der seinen Beschäftigtenstand gegenüber 1970 auf 0,6 Mill. halbierte. Hingegen wies der tertiäre Sektor noch erhebliche Wachstumsreserven auf. Insbesondere bei den Dienst-

leistungen von Unternehmen und Freien Berufen verdoppelte sich seit 1970 die Beschäftigtenzahl auf 4,8 Mill. Darunter verzeichnete die Gebäudereinigung einen Beschäftigtenzuwachs von fast 300 %. Diese hohe Zunahme dürfte insbesondere darauf zurückzuführen sein, daß immer mehr Unternehmen und Organisationen keine eigenen Putzkräfte beschäftigen, sondern diese Arbeiten von Spezialfirmen ausführen lassen. Überdurchschnittliche Wachstumsraten wiesen auch das Gesundheitswesen und der Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Unterhaltung auf. Auch bei den Organisationen ohne Erwerbszweck einschließlich ihrer Einrichtungen (dazu gehören u. a. Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) verdoppelte sich die Beschäftigtenzahl von 1970 bis 1987 auf 1,2 Mill. Die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung wiesen 1987 3,7 Mill. Beschäftigte auf, das waren 46 % oder 1,2 Mill. mehr als 1970. Damit baute der Staat seine Rolle als wichtigster Arbeitgeber gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten noch erheblich aus. Kreditinstitute und Versicherungen zählten 1987 über 800 000 Beschäftigte gegenüber knapp 600 000 in 1970. Zusammenfassend gilt für den gesamten Arbeitsmarkt, daß trotz rückläufiger Beschäftigtenzahlen in einigen Bereichen von Zählungs- zu Zählungstermin ein höherer Erwerbstätigenstand erreicht wurde (und trotzdem die Sockelarbeitslosigkeit stieg).<sup>2)</sup>

Bei der differenzierten Betrachtung der Sektoren ist zu beachten, daß sich die Arbeitsproduktivität im sekundären Sektor erheblich stärker erhöhte als im tertiären Bereich. Im Gegensatz zur Industrie konnte eine Steigerung der Wertschöpfung bei den Dienstleistungen bislang fast ausschließlich durch die Einstellung zusätzlichen Personals erreicht werden. Aber auch hier zeichnet sich eine Trendwende ab. Man denke nur an die automatisierte Kontoführung bei den Kreditinstituten mit allen Rationalisierungseffekten. Dies gilt gleichermaßen für die Verwaltungen, in denen z. B. der verstärkte Einsatz von Personalcomputern ein beträchtliches Rationalisierungspotential eröffnet.

Zu dem starken Wachstum des tertiären Sektors ist außerdem anzumerken, daß insbesondere in diesem Bereich ein hoher Anteil an Teilzeitbeschäftigten arbeitet. Die Beschäftigtenzunahme dieses Bereichs zwischen 1970 und 1987 ist nicht zuletzt auch auf eine Ausweitung an Teilzeitarbeitsplätzen zurückzuführen. 1987 war jeder vierte Beschäftigte im Handel teilzeitbeschäftigt, bei Kreditinstituten und Versicherungen sowie den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung war es etwa jeder siebte und bei den Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen sowie den Organisationen ohne Erwerbszweck lag der entsprechende Anteil gar bei 30 %. Insgesamt lag der Teilzeitbeschäftigtenanteil im tertiären Sektor 1987 bei 23 %, im Produzierenden Gewerbe hingegen nur bei 6,6 %.

---

2) Siehe hierzu den Beitrag von Rudolph „Die Kehrseite des Wandels – Strukturelle Arbeitslosigkeit“ (S. 175 ff.) in diesem Band.

**Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigten des tertiären Sektors\*)**

1 000

Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte			
	1950 <sup>1)</sup>	1961	1970	1987
<b>Tertiärer Sektor insgesamt .....</b>	<b>6 270</b>	<b>10 009</b>	<b>11 447</b>	<b>16 227</b>
Großhandel .....	740	1 185	1 249	1 255
Handelsvermittlung .....	112	192	149	165
Einzelhandel .....	1 290	2 204	2 329	2 608
Verkehr, Nachrichtenübermittlung .....	1 131	1 363	1 300	1 321
Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung .....	61	181	166	226
Kreditinstitute .....	121	287	417	611
Versicherungsgewerbe .....	46	129	177	194
Mit dem Kredit- u. Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten .....	37	50	66	160
Gastgewerbe, Heime .....	301	674	721	1 023
Wäscherei, Körperpflege u. a. persönliche Dienstleistungen ....	223	425	397	410
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u.a. hygienische Einrichtungen .....	16	72	151	599
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung .....	65	179	154	346
Verlagsgewerbe .....	43	86	87	141
Gesundheits- u. Veterinärwesen ..	148	254	318	698
Dienstleistungen für Unternehmen <sup>2)</sup> .....	165	356	505	1 350
Dienstleistungen a.n.g. ....	50	81	113	216
Organisationen ohne Erwerbszweck .....	117	175	212	398
Bestimmte Einrichtungen von Organisationen ohne Erwerbszweck .....	—	271	374	768
Gebietskörperschaften .....	1 547	1 694	2 384	3 471
Sozialversicherung, Arbeitsförderung .....	57	151	178	267

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen. – Früheres Bundesgebiet.

1) Ohne Berlin (West).

2) Z. B. Rechts- und Steuerberatung, Werbung.

## **2 Schrumpfende versus wachsende Branchen**

Der Strukturwandel tritt insbesondere immer dann in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses, wenn bestimmte Wirtschaftszweige, die im ungünstigsten Fall regional konzentriert sind, hohe Arbeitsplatzverluste verzeichnen. Die Stichworte „Stahlkrise“, „Werftenkrise“ oder „Textilkrise“ umschreiben diesen Tatbestand recht drastisch. Nur wenn die von den schrumpfenden Branchen entlassenen Arbeitskräfte schnell und in gleichem Umfang von den wachsenden Branchen aufgenommen werden können, vollzieht sich der Strukturwandel sozialverträglich oder sogar positiv für alle Beteiligten, da die zukunftssträchtigen Branchen höhere Einkommen und wachsenden Wohlstand versprechen.

Die bisherige globale Analyse des Strukturwandels zeigt, daß den schrumpfenden Branchen in der Vergangenheit immer eine Reihe wachstumssträchtiger Felder gegenüberstand. Zunächst wurden die in der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte im wesentlichen vom Industriesektor, später die hier nicht mehr benötigten Arbeitskräfte entweder von den wachsenden Industriebranchen bzw. überwiegend vom Dienstleistungssektor aufgenommen. Die Ursachen für einen derartigen Strukturwandel sind häufig darin zu suchen, daß ein Produkt in der Verbrauchergunst durch ein anderes (höherwertigeres oder billigeres) ersetzt wird, z. B. Kohle durch Heizöl, Leder durch Kunststoff, Baumwolle durch Chemiefasern etc.<sup>3)</sup> Wird das „neue“ Produkt im Inland und mit gleichem Arbeitskräfteaufwand produziert, so bedarf es lediglich eines gewissen Anpassungsvermögens der Produktionsfaktoren, um den mit dem Produktwechsel einhergehenden Strukturwandel relativ reibungslos zu bewältigen. Schwieriger wird es, wenn z. B. inländische Produkte durch ausländische ersetzt werden, weil diese entweder qualitativ höherwertiger oder billiger sind; hier sind negative Beschäftigungseffekte zu erwarten.

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung hat insbesondere auf das Textil- und Bekleidungsgewerbe gravierende Auswirkungen. Hier werden Waren in Massenproduktion gefertigt, für deren Herstellung ein geringes Qualifikationsniveau erforderlich ist. Solche Waren lassen sich in den Entwicklungs- und Schwellenländern oder auch in den Reformländern Osteuropas erheblich kostengünstiger produzieren. Zwischen 1970 und 1993 verminderte das Textilgewerbe im früheren Bundesgebiet seinen Beschäftigtenstand um 66 %, das Bekleidungsgewerbe um 67 %. Der Abbau vollzog sich kontinuierlich von Jahr zu Jahr; konjunkturelle Erholungsphasen hatten keinen beschäftigungssteigernden Einfluß in diesen beiden Branchen. Auf der anderen Seite gab es lediglich eine einzige Wirtschaftsgruppe des Verarbeitenden Gewerbes, die im gleichen Zeitraum von Jahr zu Jahr (mit Ausnahme der Jahre

3) Zu den Ursachen des Strukturwandels siehe den Beitrag von Essig „Der Strukturwandel als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ (S. 15 ff.) in diesem Band.

1992 und 1993) Beschäftigungsgewinne verbuchte, nämlich die Herstellung von Kunststoffwaren.

Tabelle 3 (siehe S. 43) zeigt die Beschäftigtenentwicklung in den wichtigsten Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1970 und 1993 sowie den Beschäftigtensaldo über den gesamten Zeitraum absolut und prozentual. Im hier zur Verfügung stehenden Beobachtungszeitraum weisen nahezu alle Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes mehr oder weniger kräftige Beschäftigungsverluste auf. Auch in tieferer Untergliederung nach Wirtschaftszweigen, deren statistische Beobachtung in noch heute gültiger Systematik allerdings erst 1977 beginnt, lassen sich nur wenige Wachstumsbranchen identifizieren, wie z. B. die Herstellung von medizin- und orthopädiemechanischen Erzeugnissen, die Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse oder die Herstellung von Zählern, Fernmelde-, Mess- und Regelgeräten. Der zuletzt genannte, zur Elektrotechnik gehörende Wirtschaftszweig, fällt durch einen sowohl absolut als auch prozentual bemerkenswerten Beschäftigungszuwachs auf. Hier erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten zwischen 1977 und 1993 von 258 950 auf 318 875 Personen, also um rd. 23 %. Hierfür dürfte insbesondere die wachsende Nachfrage aus dem Bereich Telekommunikation verantwortlich sein.

Von den stark expandierenden Branchen des Dienstleistungssektors liegen leider keine detaillierteren statistischen Informationen vor, so daß die Betrachtung dieses Bereichs auf die im vorangegangenen Kapitel bereits erfolgte Analyse beschränkt bleiben muß.



**Tabelle 3: Entwicklung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen\*)**

Wirtschaftsgliederung (H.v. = Herstellung von)	Beschäftigte					
	1970	1980	1990	1993	Veränderung 1993 zu 1970	
	1 000					%
<b>Verarbeitendes Gewerbe .....</b>	<b>8 576</b>	<b>7 428</b>	<b>7 238</b>	<b>6 661</b>	<b>- 1 915</b>	<b>- 22,3</b>
darunter:						
Mineralölverarbeitung .....	37	34	23	23	- 14	- 37,8
Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden .....	256	193	151	57	- 99	- 38,7
Eisenschaffende Industrie .....	352	284	178	145	- 207	- 58,8
NE-Metallerzeugung, NE-Metall- halbzeugwerke .....	93	80	69	66	- 27	- 29,0
Gießerei .....	158	116	102	85	- 73	- 46,2
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau .....	231	212	190	190	- 41	- 17,7
Maschinenbau .....	1 157	1 024	1 075	959	- 198	- 17,1
Straßenfahrzeugbau, Reparatur v. Kfz usw. ....	718	802	890	801	83	11,6
Schiffbau .....	79	57	34	30	- 49	- 62,0
Elektrotechnik, Reparatur v. Haushaltsgeräten .....	1 116	976	1 036	945	- 171	- 15,3
Feinmechanik, Optik, H. v. Uhren ..	190	167	144	132	- 58	- 30,5
H.v. EBM-Waren .....	374	315	334	319	- 55	- 14,7
H.v.Musikinstrum., Spielwaren, Füllhaltern usw. ....	73	65	60	55	- 18	- 24,7
Chemische Industrie .....	598	568	592	557	- 41	- 6,9
H.v. Büromaschinen, ADV-Geräten u. -Einrichtungen .....	80	70	83	55	- 25	- 31,3
Feinkeramik .....	69	58	48	41	- 28	- 40,6
H.u.Verarbeitung v. Glas .....	96	77	70	65	- 31	- 32,3
Holzverarbeitung .....	242	241	207	209	- 33	- 13,6
Papier- u. Pappeverarbeitung .....	136	114	113	110	- 26	- 19,1
Druckerei, Vervielfältigung .....	208	184	180	183	- 25	- 12,0
H.v. Kunststoffwaren .....	164	207	286	283	119	72,6
Gummiverarbeitung .....	133	104	98	86	- 47	- 35,3
Lederverarbeitung .....	125	79	45	36	- 89	- 71,2
Textilgewerbe .....	497	304	209	169	- 328	- 66,0
Bekleidungs-gewerbe .....	385	249	164	127	- 258	- 67,0
Ernährungsgewerbe .....	556	468	463	475	- 81	- 14,6
Tabakverarbeitung .....	31	23	16	14	- 17	- 54,8

\*) Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – Früheres Bundesgebiet.

### 3 Die großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes

So wichtig das Wachstum einzelner Branchen ist, so reicht es für das Wohlergehen eines Landes nicht aus, alle Hoffnungen auf die zwar beachtlichen Zuwächse in einzelnen Wirtschaftszweigen zu setzen, wenn diese insgesamt doch nur geringe Beschäftigungswirkungen haben. Das Wachstum der Kunststoffindustrie z. B. geht von vergleichsweise geringem Ausgangsniveau vonstatten. Mindestens genauso wichtig ist die intensive Betrachtung der großen Branchen mit hohen Beschäftigtenzahlen und vor allem starken Auswirkungen auf vor- und nachgelagerte Produktionsbereiche, also Branchen, die durch die Verteilung ihrer Aufträge und Lieferungen eine existentielle Bedeutung für andere Wirtschaftszweige haben. Hierzu zählen im Verarbeitenden Gewerbe insbesondere der Maschinenbau, die Chemische Industrie, der Straßenfahrzeugbau und die Elektrotechnik.

In diesen vier Wirtschaftsgruppen ist etwa die Hälfte aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig. Durch die vielfältigen Verflechtungen, z. B. mit dem Handel, dem Transportwesen und den Vorleistungslieferanten, hängen vom Wohl und Wehe dieser vier Branchen allerdings erheblich mehr Arbeitsplätze ab, auch wenn sich deren Zahl nicht exakt beziffern läßt. Gemeinsam ist diesen vier Wirtschaftsgruppen eine hohe Exportorientierung und damit ihre Abhängigkeit von der Wirtschaftslage ihrer Abnehmerländer und von den jeweiligen Wechselkursen.

Die meisten Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes sind im Maschinenbau tätig. In dieser Wirtschaftsgruppe, in der u. a. die Ausrüstungen für Rationalisierungsmaßnahmen hergestellt werden, arbeiteten 1993 im früheren Bundesgebiet rd. 1 Mill. Personen. Betrachtet man den Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz, so wird deutlich, daß der Maschinenbau eher zu den arbeits- als den kapitalintensiven Bereichen gehört.

Gemessen an der Beschäftigtenzahl nimmt die Elektrotechnik den zweiten Rang im Verarbeitenden Gewerbe ein. Hinsichtlich des Umsatzes folgt sie dem Straßenfahrzeugbau ebenfalls an zweiter Stelle. Mit einem Anteil der Lohn- und Gehaltssumme von 27,5 % am Umsatz gehört die Elektrotechnik ebenfalls zu den eher arbeitsintensiven Bereichen. Die Ursache hierfür liegt darin, daß viele elektrotechnische Erzeugnisse nicht der Serien- oder Massenproduktion unterliegen und damit einen relativ hohen Arbeitskräfteeinsatz erfordern. Allerdings ist die Arbeitsproduktivität in der Elektrotechnik in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gestiegen. Tabelle 5 (siehe S. 46) zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Durch einen besonders starken Anstieg fällt in diesem Zusammenhang der Bereich „Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen“ auf.

**Tabelle 4: Beschäftigte, Umsatz, Lohn- und Gehaltssumme  
im Verarbeitenden Gewerbe 1993\*)**

Wirtschaftsgliederung (H.v. = Herstellung von)	Beschäftigte	Umsatz	Lohn- und Gehaltssumme		
			insgesamt	Anteil am Umsatz	je Beschäftigten
	1 000	Mrd. DM	%	%	1 000 DM
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b> .....	<b>6 661</b>	<b>1 794</b>	<b>387,7</b>	<b>21,6</b>	<b>58</b>
darunter:					
Mineralölverarbeitung .....	23	103	1,9	1,9	84
Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden .....	157	45	9,1	20,5	58
Eisenschaffende Industrie .....	145	36	8,1	22,7	56
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalb- zeugwerke .....	66	22	4,1	18,4	62
Gießerei .....	85	13	4,6	34,9	54
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienen- fahrzeugbau .....	190	38	11,0	29,4	58
Maschinenbau .....	959	195	58,5	29,9	61
Straßenfahrzeugbau, Rep. v. Kfz usw. .	801	239	51,4	21,5	64
Schiffbau .....	30	7	1,8	26,6	60
Elektrotechnik, Rep. v. Haushalts- geräten .....	945	210	57,7	27,5	61
Feinmechanik, Optik, H. v. Uhren .....	132	24	7,1	30,0	54
H.v. EBM-Waren .....	319	67	16,5	24,8	52
H.v. Musikinstrum., Spielwaren, Füllhaltern usw. ....	55	9	2,4	26,2	44
Chemische Industrie .....	557	194	40,0	20,6	72
H.v. Büromaschinen, ADV-Geräten u. -Einrichtungen .....	55	22	4,4	19,9	79
Feinkeramik .....	41	5	1,8	35,8	43
H.u. Verarbeitung von Glas .....	65	13	3,5	26,4	54
Holzverarbeitung .....	209	45	10,5	23,4	50
Papier- u. Pappeverarbeitung .....	110	27	5,6	21,1	51
Druckerei, Vervielfältigung .....	183	35	11,0	31,2	60
H.v. Kunststoffwaren .....	283	59	14,3	24,2	51
Gummiverarbeitung .....	86	18	4,9	27,3	56
Lederverarbeitung .....	36	8	1,4	18,3	40
Textilgewerbe .....	169	35	7,6	21,5	45
Bekleidungsgewerbe .....	127	26	4,7	18,0	37
Ernährungsgewerbe .....	475	197	22,8	11,5	48
Tabakverarbeitung .....	14	28	1,0	3,7	71

\*) Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – Früheres Bundesgebiet.

**Tabelle 5: Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen\*)**

Wirtschaftsgruppe	1980 = 100				
	1970	1975	1980	1985	1990
<b>Verarbeitendes Gewerbe .....</b>	<b>64,8</b>	<b>81,1</b>	<b>100</b>	<b>116,3</b>	<b>133,6</b>
Mineralölverarbeitung .....	79,3	81,2	100	95,5	121,6
Eisenschaffende Industrie .....	69,1	79,0	100	125,4	154,5
Maschinenbau .....	73,2	85,4	100	109,4	122,2
Straßenfahrzeugbau, Rep. v. Kfz usw. ....	76,1	91,8	100	116,3	134,9
Elektrotechnik, Rep. v. Haushaltsgesch. ...	57,6	77,4	100	126,1	145,9
Chemische Industrie .....	62,1	78,3	100	115,0	124,2
H.v. Büromaschinen, ADV-Gesch. u. -Einrichtungen .....	37,9	53,9	100	186,6	211,7
H.v. Kunststoffwaren .....	57,9	79,4	100	117,8	132,5
Textilgewerbe .....	58,0	80,8	100	120,5	140,0
Bekleidungsgewerbe .....	72,7	93,0	100	105,4	112,0
Ernährungsgewerbe .....	67,5	84,6	100	118,8	147,8
Tabakverarbeitung .....	55,2	80,4	100	120,9	149,9

\*) Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde. – Früheres Bundesgebiet.

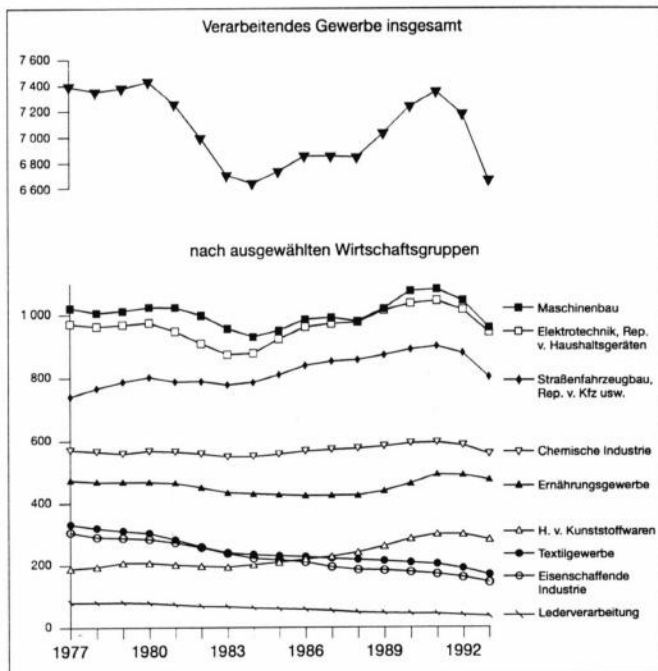
In der Vergangenheit gehörten die vier großen Bereiche Maschinenbau, Elektrotechnik, Straßenfahrzeugbau und Chemie zu den Wachstumsbranchen der deutschen Wirtschaft mit einer starken Beschäftigungsexpansion zwischen 1950 und 1970 und anschließender relativ hoher Arbeitsplatzsicherheit. Allerdings war die Beschäftigtenentwicklung innerhalb dieser Wirtschaftsgruppen nicht einheitlich. So ist bereits seit geraumer Zeit im Bereich Maschinenbau der Zweig Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Ackerschleppern rückläufig, ebenso wie in der Chemie der Zweig Herstellung von Chemiefasern.

Einen enormen Beschäftigungseinbruch, dem sich keine Wirtschaftsgruppe des Verarbeitenden Gewerbes entziehen konnte, gab es 1993: In diesem Jahr verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr im früheren Bundesgebiet um über eine halbe Million oder 7,2 %. Einen solch gravierenden Beschäftigtenabbau innerhalb eines Jahres hat es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben.

Die Elektrotechnik gehört ebenso wie der Straßenfahrzeugbau zu den Branchen, an denen sich die gewandelten Angebots- und Nachfragestrukturen recht gut nachvollziehen lassen, da ein großer Teil ihrer Produkte als Gebrauchsgüter in allen Haushalten vertreten sind. Die wachsende Kaufkraft und die zunehmende Zahl der privaten Haushalte führte in der Vergangenheit zu einer erhöhten Nachfrage nach

Gebrauchsgütern verschiedener Art, insbesondere elektrischen Haushaltsgeräten, Gütern der Unterhaltungselektronik und Kraftfahrzeugen. Die Produktion ausgewählter Erzeugnisse einerseits und der Ausstattungsgrad der Haushalte mit entsprechenden Waren andererseits läßt interessante Entwicklungstrends erkennen. In der Tabelle 6 (siehe S. 48) spiegelt sich u. a. die Produktionsverlagerung von Bekleidung, Schuhen, Fotoapparaten usw. wider.

**Schaubild 2**  
**Entwicklung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe\*)**  
1 000



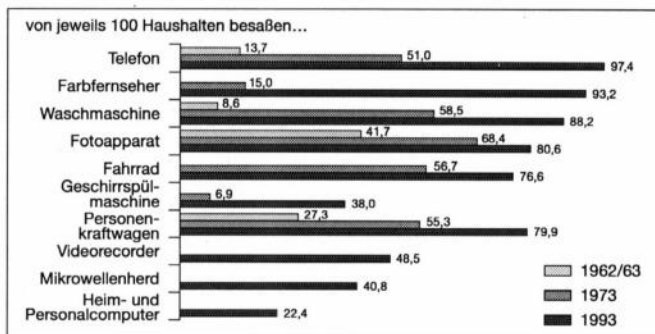
\*) Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – Früheres Bundesgebiet.

**Tabelle 6: Produktion ausgewählter Erzeugnisse im früheren Bundesgebiet**

Erzeugnis	Einheit	1960 <sup>1)</sup>	1970	1980	1990	1992
Personenkraftwagen .....	1 000 St.	1 674	3 132	3 250	4 179	4 155
Fahrräder .....	1 000 St.	1 129	1 791	3 643	3 936	3 284
Fernsehmehrfachgeräte .....	1 000 St.	2 164	2 927	4 425	3 595	2 384
Waschmaschinen .....	1 000 St.	810	1 629	1 803	2 579	2 836
Waschmittel .....	1 000 t	213	465	688	740	609
Fotoapparate .....	1 000 St.	2 731	4 787	4 041	98	116
ADV-Geräte und -Einrichtungen .....	1 000 St.	—	22	45	844	646
Schuhe .....	1 000 Paar	151 906	158 336	103 765	61 877	54 581
Kleider für Frauen u. Mädchen .	1 000 St.	17 980	39 318	37 678	16 593	12 486
Anzüge für Herren u. Knaben .	1 000 St.	6 650	8 537	5 519	3 551	2 775

1) Ohne Berlin (West).

**Schaubild 3**  
**Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern\*)**



\*) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben. – Früheres Bundesgebiet.

Bei einer Reihe von langlebigen Gebrauchsgütern ist mittlerweile eine hohe Marktsättigung erreicht, so daß der Ersatzbedarf eine immer größer werdende Rolle spielen wird. Dabei kann der Wunsch nach technisch höherwertigen Gütern, mehr Bedienungskomfort oder auch energiesparenden oder umweltschonenden Technologien durchaus wieder stärkere Absatzchancen eröffnen. Denn ein nicht unerheblicher Grund für den strukturellen Wandel liegt auch in der Änderung der Ansprüche der Konsumenten. Sättigungsgrenzen sind variabel und richten sich bei entspre-

chend vorhandenem Einkommen auch nach dem Angebot weiterentwickelter Produkte. Bei fortgeschrittenem Ausstattungsgrad der Haushalte können Qualitätsfortschritte die Nachfrage durchaus noch beflügeln. Deutlich wird dies z. B. am Straßenfahrzeugbau. Zwar hat die Versorgung mit Automobilen bereits ein sehr hohes Niveau erreicht, aber ein erhöhter Sicherheitsstandard – etwa durch ABS oder Airbags – sowie größerer Bedienungskomfort, Schadstoff- und Verbrauchsreduzierung, Technologien zum Einsatz alternativer Antriebsarten und in Zukunft vermutlich auch der Bordcomputer als Navigationsinstrument, spielen neben dem reinen Ersatzbedarf durch Abnutzung eine immer größer werdende Rolle. Im gleichen Zuge treten Wiederverwertungsaspekte verstärkt in den Vordergrund.

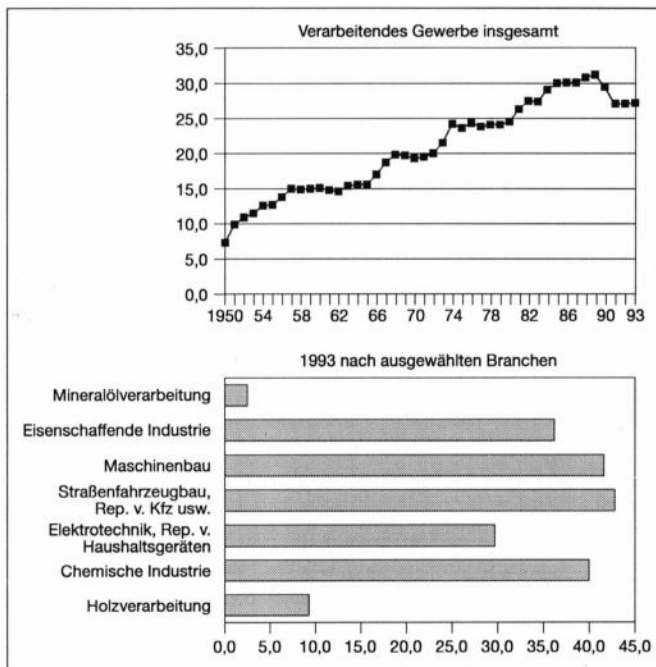
Wie bereits erwähnt, spielt für die großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes nicht nur die Inlands-, sondern auch die Auslandsnachfrage eine entscheidende Rolle. Rund 27 % des gesamten Umsatzes des Verarbeitenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet wurde 1993 mit dem Ausland getätigt, das waren rd. 20 Prozentpunkte mehr als 1950, aber 4 Prozentpunkte weniger als 1989 (siehe Schaubild 4, S. 50). Über die gesamte Frist gesehen bedeutet dies eine enorme Ausweitung der Exporttätigkeit. In dem Rückgang seit 1989 spiegelt sich neben der Entwicklung des Gesamtumsatzes und gestiegenem Konkurrenzdruck aus dem Ausland insbesondere die Schwäche der Auslandskonjunktur wider. Besonders hohe Exportquoten haben neben den großen Wirtschaftsgruppen Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau und Chemische Industrie insbesondere der Luft- und Raumfahrzeugbau sowie die Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen.

Das Datenmaterial des Verarbeitenden Gewerbes erlaubt eine langfristige Betrachtung der Entwicklung der Lohn- und Gehaltsumme in diesem Bereich, die zum einen als Kostenfaktor für die Arbeitgeber und zum anderen als Einkommen der Arbeitnehmer eine herausragende Rolle bei der Analyse des Wirtschaftsgeschehens spielt. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsumme am Umsatz erhöhte sich von 1950 bis etwa Mitte der siebziger Jahre fast kontinuierlich von rund 16 % auf annähernd 25 %. Bis 1985 sank er dann auf rd. 19 %, um anschließend bis 1993 wieder ein Niveau von knapp 22 % zu erreichen (siehe Schaubild 5, S. 51). Die Streubreite der Einkommen in den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes erstreckt sich von einer Lohn- und Gehaltsumme je Beschäftigten in Höhe von 37 000 DM im Bekleidungsgewerbe bis zu 89 000 DM in der Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen bzw. 84 000 DM in der Mineralölverarbeitung. Die Angaben beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet 1993.<sup>4)</sup>

4) Siehe hierzu Tabelle 4 dieses Beitrages (S. 45) und den Beitrag von Essig „Der Strukturwandel als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ in diesem Band (S. 15 ff.).

**Schaubild 4**  
**Exportquoten im Verarbeitenden Gewerbe\*)**

%

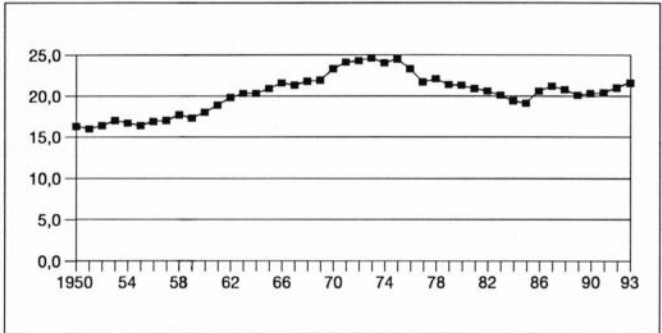


\*) Bis 1976 Ergebnisse der Industrieberichterstattung; ab 1977 Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. – Früheres Bundesgebiet.



**Schaubild 5**  
**Entwicklung des Anteils der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz**  
**im Verarbeitenden Gewerbe\*)**

%

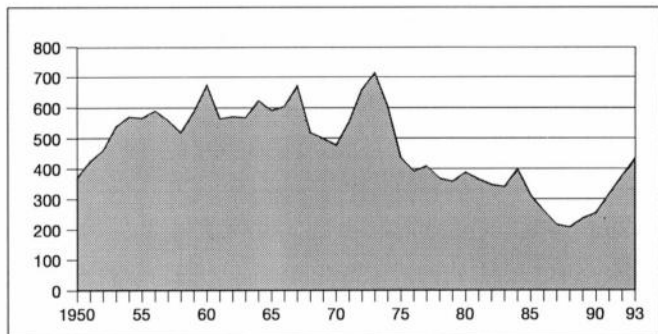


\*) Bis 1976 Ergebnisse der Industrieberichterstattung; ab 1977 Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. – Früheres Bundesgebiet.

## 4 Strukturverschiebungen im Baugewerbe

Als eine der wenigen tragenden Stützen der Wirtschaftsentwicklung erwies sich in der jüngsten Vergangenheit das Baugewerbe, und zwar nicht nur in den neuen Ländern und Berlin-Ost, sondern auch im früheren Bundesgebiet. Während sich dieser Wirtschaftsbereich in früheren Jahren üblicherweise als stark konjunktur-reagibel zeigte, konnte ihm die letzte Rezession kaum etwas anhaben. 1991 wurde im früheren Bundesgebiet erstmals nach 1985 die Zahl von 300 000 fertiggestellten Wohnungen wieder überschritten. 1988 hatte sie mit nur rd. 209 000 fertiggestellten Wohnungen ihren absoluten Tiefstand seit 1950 erreicht. Die vorläufigen Ergebnisse für 1993 weisen für das frühere Bundesgebiet sogar eine Zahl von rd. 432 000 Fertigstellungen aus. Die private Wohnungsbautätigkeit verlieh dem Baugewerbe, das sich aus Bauhaupt- und Ausbaugewerbe zusammensetzt, zu Beginn der neunziger Jahre die entscheidenden Wachstumsimpulse. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfaßt Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten.

**Schaubild 6**  
**Entwicklung der fertiggestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet**  
 1 000



Bis in die siebziger Jahre war die gesamte Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse insbesondere aus dem Wiederaufbau und dem Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung bezog. Anschließend war die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wandte sich zunehmend der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu; die Modernisierung des Wohnungsbestandes war ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit. Dies führte zu einer zunehmenden Bedeutung des Ausbaugewerbes. Die Entwicklung spiegelt sich in den Beschäftigtenzahlen wider (vgl. Tabelle 1).

Die rege Bautätigkeit überdeckt eine Reihe von Problemen, die trotz allem am Wohnungsmarkt herrschen. Die steigende Anzahl von Einpersonenhaushalten, der Zustrom von Ausländern, Umsiedlern und Asylbewerbern haben die Nachfrage nach Wohnraum insgesamt wachsen lassen. Insbesondere in den Ballungsgebieten ist das Angebot an preiswertem Wohnraum geringer als die Nachfrage. Dabei haben nicht nur Familien mit geringem Einkommen das Nachsehen bei der Wohnungssuche, sondern die überdurchschnittliche Steigerung der Mietpreise trifft auch zunehmend größere (z. B. kinderreiche) Haushalte mit mittleren Einkommen. In einigen Fällen ist nicht auszuschließen, daß sich die hohen Miet-, Bau- und Grundstückspreise in den Ballungsräumen als Hemmnis einer größeren räumlichen Mobilität der Arbeitnehmer erweisen und damit zu den strukturellen Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt beitragen.

## 5 Handwerk mit goldenem Boden ?

Dem Handwerk – als besonders traditionsreichem Wirtschaftsbereich – kommt nicht nur bei der Umstrukturierung in den neuen Ländern und Berlin-Ost, sondern auch im früheren Bundesgebiet weiterhin eine große volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Im Jahr 1990 erwirtschafteten die selbständigen Handwerksunternehmen rd. 10 % der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen des früheren Bundesgebiets. Das Handwerk konnte sich vor allem auf den Gebieten behaupten, wo Spezialleistungen und die Nähe zum Kunden maßgebend sind. Seine Tätigkeiten reichen von der Warenproduktion und der Reparatur bis zum Handel und den Dienstleistungen. Mit einer seit 25 Jahren fast konstanten Zahl von knapp 4 Mill. Beschäftigten stellt das Handwerk im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit einen stabilisierenden Faktor dar.

**Tabelle 7: Entwicklung der Beschäftigten in selbständigen Handwerksunternehmen\*)**

1 000

Wirtschaftsgliederung	Beschäftigte			
	1967 <sup>1)</sup>	1976 <sup>1)</sup>	1985	1992
<b>Insgesamt</b> .....	<b>3 899</b>	<b>3 691</b>	<b>3 749</b>	<b>3 935</b>
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe .....	1 651	1 405	1 381	1 445
Baugewerbe .....	1 712	1 564	1 468	1 522
Handel .....	128	211	220	222
Dienstleistungen .....	406	509	677	744

\*) Stichtag: jeweils 30.09. – Früheres Bundesgebiet.

1) Ergebnisse der Handwerkszählungen.

Die Zahl der selbständigen Handwerksunternehmen war in den letzten Jahrzehnten allerdings rückläufig. Wurden bei der Handwerkszählung 1956 noch rund 752 000 Handwerksunternehmen inklusive Nebenbetriebe erfaßt, waren es bei der letzten Zählung, die im Jahr 1977 stattfand, nur noch rund 494 000 (siehe Tabelle 8, S. 54). Dementsprechend hat sich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Unternehmen im gleichen Zeitraum von rund 5 auf 8 erhöht. Der Anteil der kleinen Handwerksunternehmen mit weniger als 5 Beschäftigten ging von 75 % auf 57 % zurück. Jedoch sind im Handwerk nach wie vor die kleineren Betriebe vorherrschend. Dies verleiht ihnen gegenüber der Industrie einen entscheidenden Schnelligkeits- und Flexibilitätsvorsprung, wenn es darum geht, sich veränderten Trends, Moden und Kundenwünschen anzupassen.

Im Konkurrenzkampf mit der Industrie hat das Handwerk im Laufe der Zeit tiefgreifende Wandlungs- und Anpassungsprozesse durchlaufen. In manchen Bereichen, z. B. bei den Fleischern und Bäckern, konnte das Handwerk seine Position

bewahren. Selbst die Rezession kann den konsumnahen Zweigen des Lebensmittelbereichs wenig anhaben; umgekehrt partizipieren diese Gewerbe auch weniger stark am Aufschwung. Andere Handwerkszweige haben stark an Bedeutung verloren, da die Verbraucher bei manchen Produkten die Preisvorteile der maschinell erzeugten Massenwaren höher schätzen. Einigen Handwerkszweigen hat der Markt die Produktionsaufgaben sogar ganz oder fast vollständig entzogen; sie beschränken ihre Tätigkeit inzwischen allenfalls auf Reparaturarbeiten, z. B. Schuster und Uhrmacher. Daneben hat die industrielle Entwicklung aber auch neue handwerkliche Betätigungsbereiche hervorgebracht, z. B. das Handwerk des Kraftfahrzeugmechanikers, Elektroinstallateurs sowie des Radio- und Fernsachtechnikern. Ein relativ neuer Handwerkszweig ist auch das Gebäudereinigergewerbe, das maßgeblich zu der starken Expansion des Dienstleistungsbereichs im Handwerk beitrug. Allerdings bleiben der Bau und das Verarbeitende Gewerbe die beiden Bereiche, in denen das Handwerk am stärksten vertreten ist: 1990 waren drei von vier Beschäftigten des Handwerks in diesen Bereichen tätig. Zu den eindeutigen Verlierern des Strukturwandels zählt das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe. War 1956 noch rd. jeder neunte der im Handwerk Tätigen in dieser Gruppe beschäftigt, so war es 1990 nur noch jeder fünfzigste. Hier hat nicht nur eine Verlagerung der Tätigkeiten zur Industrie stattgefunden, sondern auch von den deutschen zu den ausländischen Produktionsstätten.

**Tabelle 8: Selbständige Handwerksunternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen\*)**

Jahr <sup>1)</sup>	Unternehmen <sup>2)</sup>					
	insgesamt	davon mit ... bis ... Beschäftigten				
		1	2 – 4	5 – 9	10 – 49	50 u. mehr
	Anzahl	%				
1956 <sup>3)</sup> .....	751 639	33,2	41,4	16,5	8,0	0,9
1963 .....	686 440	29,5	40,9	18,2	10,1	1,3
1968 .....	614 864	24,4	39,7	22,6	11,7	1,6
1977 .....	494 243	17,7	38,9	25,6	16,2	1,6

\*) Ergebnisse der Handwerkszählungen. – Früheres Bundesgebiet.

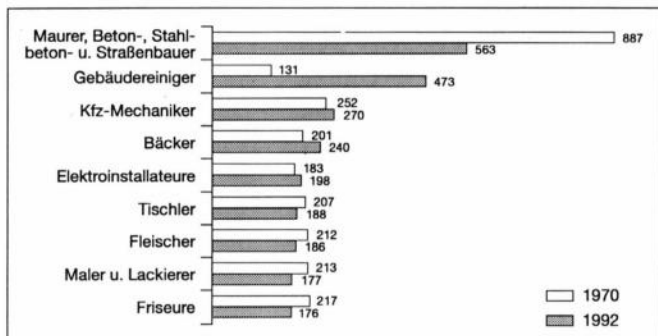
1) Angaben für den 30.09 des jeweiligen Vorjahres.

2) Einschl. Nebenbetrieben.

3) Ohne das Saarland.

Besonders bedeutsam ist die Ausbildungstätigkeit des Handwerks, die über den eigenen Bedarf an Nachwuchskräften weit hinausgeht. 1992 gab es im früheren Bundesgebiet rd. 460 000 Auszubildende im Handwerk; das bedeutet, daß rd. 33 % aller Auszubildenden des Jahres 1992 eine handwerkliche Ausbildung absolvierten. Die beliebtesten Lehrberufe waren bei den männlichen Schulabgängern Kraftfahrzeugmechaniker und Elektroinstallateur, und bei den weiblichen rangiert der Friseurberuf nach wie vor unter den vordersten Plätzen.

**Schaubild 7**  
**Beschäftigte im Handwerk nach ausgewählten Gewerbezweigen\*)**  
 1 000



\*) Früheres Bundesgebiet.

## 6 Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft

Der wirtschaftliche Strukturwandel wurde lange Zeit – und wird in einzelnen Bereichen immer noch – von der Tendenz zur größeren Unternehmenseinheit begleitet. Größere Produktionsstätten erleichtern die Automatisierung und Spezialisierung, was in weiten Bereichen zu Kostenvorteilen führt. Arbeitsmarktpolitisch hat dieser Konzentrationsprozeß Vor- aber auch Nachteile: Große Unternehmen sind aufgrund ihrer oftmals günstigeren Kapitalausstattung i.d.R. eher fähig, konjunkturelle Schwächephasen durchzustehen. Andererseits sind sie wegen der größeren Starrheit gewachsener Strukturen häufig nicht so schnell in der Lage, sich geänderten Markterfordernissen anzupassen. Muß ein Großunternehmen Konkurs anmelden, so trifft es gleich einen großen Mitarbeiterstamm und gegebenenfalls auch die Zulieferer.

Für die Beobachtung der langfristigen Entwicklung der Unternehmensgröße bieten sich wiederum die Arbeitsstättenzählungen an: 1950 gab es im früheren Bundesgebiet 2 Mill. Unternehmen mit 13,6 Mill. Beschäftigten. 1987 waren es 2,1 Mill. Unternehmen mit rd. 21,9 Mill. Beschäftigten. Das heißt, daß sich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Unternehmen in diesem Zeitraum von 6,8 auf 10,4 erhöht hat. Die Aussagefähigkeit solcher Durchschnittsbetrachtungen ist sehr eingeschränkt. Interessanter ist die Differenzierung nach Beschäftigtengrößenklassen, wobei vergleichbare Ergebnisse für Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen nur für 1970 und 1987 vorliegen. Hier lassen die jüngeren Daten darauf schließen,

daß kleinere Unternehmen wieder an Bedeutung gewinnen. So erhöhte sich zwischen 1970 und 1987 die Zahl der Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten von 1,86 Mill. auf 2,06 Mill. und die Zahl der hierin Tätigen von rd. 8,1 Mill. auf 9,6 Mill. Dagegen sank die Zahl der Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten von 43 452 auf 41 021 und die der hier Arbeitenden von rd. 13,2 Mill. auf 12,3 Mill.

**Tabelle 9: Unternehmen und Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen\*)**  
1 000

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	1970		1987	
	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte
1.....	540	540	567	567
2 – 4.....	850	2 259	868	2 338
5 – 9.....	296	1 882	395	2 540
10 – 49.....	177	3 386	227	4 146
50 – 199.....	33	3 053	31	2 881
200 – 999.....	9	3 500	8	3 204
1 000 und mehr.....	2	6 636	1	6 240
<b>Insgesamt...</b>	<b>1 905</b>	<b>21 256</b>	<b>2 098</b>	<b>21 916</b>

\*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen. – Früheres Bundesgebiet.

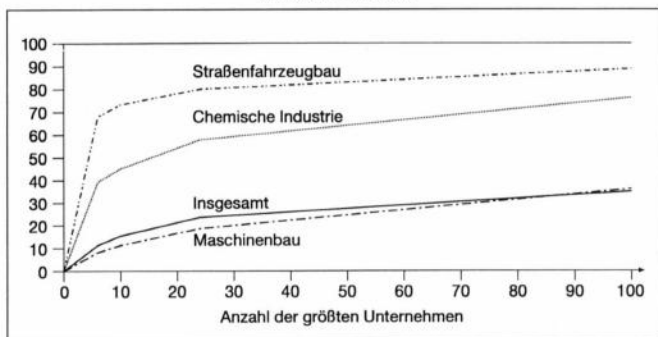
Zur Expansion der Unternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten trugen maßgeblich die Dienstleistungsunternehmen bei, die im Zeitraum zwischen 1970 und 1987 allerdings in allen Größenklassen kräftige Zunahmen verzeichneten. Das Produzierende Gewerbe weitete in der gleichen Zeit seinen Unternehmens- und Beschäftigtenstand lediglich in der Größenklasse von 5 bis 49 Beschäftigten aus. In diesem Wirtschaftsbereich verringerte sich zwischen 1970 und 1987 die Zahl der Unternehmen mit 1 000 Beschäftigten und mehr von 1 250 auf 939 und die der hierin Beschäftigten von 4,9 auf 3,8 Mill.

Am augenfälligsten und von der Öffentlichkeit am meisten wahrgenommen vollzieht sich der Konzentrationsprozeß im Einzelhandel: Hier stieg die Zahl der Unternehmen mit 500 Beschäftigten und mehr von 1970 bis 1987 von 195 auf 275. 1987 entsprach das einem Anteil von 0,7 % aller Einzelhandelsunternehmen, in denen aber 20,2 % aller Einzelhandelsbeschäftigten gezählt wurden. Noch gravierender stellt sich der Konzentrationsprozeß dar, wenn man berücksichtigt, daß viele rechtlich selbständige Unternehmen unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt sind. Auf der anderen Seite sind die kleinen, als „Tante-Emma-Läden“ schon sprichwörtlich gewordenen Lebensmittelgeschäfte fast vollständig verschwunden.

Unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten muß insbesondere die Konzentration auf große und größte Einheiten beobachtet werden. 1990 entfielen auf die sechs

umsatzstärksten Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr 11,3 % des Umsatzes und 9,4 % aller Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs. Einzelne Wirtschaftsgruppen fallen durch besonders hohe Konzentrationsraten (gemessen am Umsatz der Unternehmen) auf, darunter z. B. der Luft- und Raumfahrzeugbau, die Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen sowie der Straßenfahrzeugbau. Geringe Konzentrationen liegen dagegen in der Holzverarbeitung, beim Maschinenbau und im Textilgewerbe vor.

**Schaubild 8**  
**Unternehmenskonzentration im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1990\*)**  
Kumulierter Umsatz in %



\*) Gemessen am Umsatz der Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – Früheres Bundesgebiet.

## 7 Kostensituation der Unternehmen

Die Gewinnsituation der Unternehmen – oder aus umgekehrter Sicht ihre Kostenbelastung – wird als wichtige Determinante der Beschäftigtenentwicklung angesehen. Einen Einblick in die Kostensituation der Unternehmen gewähren die vom Statistischen Bundesamt für eine Reihe von Wirtschaftsbereichen durchgeführten Kostenstrukturstatistiken. Für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe läßt sich im gesamten Beobachtungszeitraum von 1977 bis 1991 eine relativ hohe Stabilität des Kostengefüges nachvollziehen. Allerdings erhöhten sich die Personalkosten zwischen 1977 und 1991 um 95 %, die Personalkosten je Beschäftigten ebenfalls um 95 % und die Summe aller anderen Kosten um 107 %. In den einzelnen Jahren gab es merkliche Verschiebungen in den verschiedenen Kostenblöcken. Z. B. stieg in den Jahren 1980 bis 1985 der Anteil des Materialverbrauchs, des Einsatzes an Handelsware und der Kosten für Lohnarbeiten am Bruttoproduktionswert an, während sich der Personalkostenanteil verringerte. Insbesondere verminderte sich zu

Beginn der achtziger Jahre auch die nach Abzug aller Kosten verbleibende Restgröße am Bruttoproduktionswert, die Rückschlüsse auf das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit zuläßt. Gleichzeitig verringerte sich die Beschäftigtenzahl und auch die Investitionen verzeichneten einen kräftigen Einbruch (siehe Tabelle 10, S. 59).

Von Branche zu Branche ergeben sich zum Teil gravierende Kostenstrukturunterschiede. Einige personalintensive Bereiche, wie der Maschinenbau, sind z. B. durch einen überdurchschnittlichen Anteil der Personalkosten und einen weit unterdurchschnittlichen Anteil beim Materialverbrauch geprägt. Die schrumpfenden Branchen Eisenschaffende Industrie und Schiffbau fallen dadurch auf, daß die Kosten in allen (Schiffbau) oder den meisten Jahren (Eisenschaffende Industrie) zwischen 1977 und 1991 den Bruttoproduktionswert überstiegen. Hingegen weist die Kunststoffindustrie als herausragende Wachstumsbranche in allen Beobachtungsjahren einen über dem Durchschnitt des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes liegenden Restanteil nach Abzug der Kosten am Bruttoproduktionswert auf. Interessante Kostenstrukturunterschiede ergeben sich nicht nur von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig, sondern auch innerhalb der Zweige in der Unterteilung nach Beschäftigtengrößenklassen. Für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe insgesamt gilt z. B., daß der Personalkostenanteil in den Größenklassen bis zu 1 000 Beschäftigten mit steigender Beschäftigtenzahl sinkt, dann aber bei 1 000 Beschäftigten und mehr wieder deutlich zunimmt. Insbesondere aber sinkt in den einzelnen Größenklassen mit zunehmender Beschäftigtenzahl die nach Abzug der Kosten verbleibende Restgröße (siehe Schaubild 9, S. 60). Dabei ist zu bedenken, daß kleinere Unternehmen meistens Personengesellschaften, große hingegen häufig Kapitalgesellschaften sind. Die Gehälter für die angestellten Geschäftsführer usw. finden sich im Personalkostenblock wieder und schmälern die Restgröße, die bei den Personengesellschaften auch den Unternehmerlohn beinhaltet.

Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen weisen außerdem darauf hin, daß mit wachsender Unternehmensgröße insbesondere auch die je Arbeitnehmer geleisteten Personalnebenkosten (z. B. Sonderzahlungen, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildung) an den Arbeitskosten steigen. 1988 beliefen sich die Arbeitskosten je Arbeitnehmer in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 10 bis 49 Beschäftigten auf rd. 49 000 DM; davon entfielen 40 % auf die Personalnebenkosten. In den Unternehmen mit 1 000 Beschäftigten und mehr betrugen die Arbeitskosten rd. 72 000 DM mit einem Personalnebenkostenanteil von 48 %. In den großen Unternehmen fällt insbesondere die betriebliche Altersversorgung stärker ins Gewicht. Im Zeitraum von 1972 bis 1988 sind die Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe weit stärker gewachsen (+ 238 %) als die Entgelte für geleistete Arbeit (+ 133 %) (siehe Schaubild 10, S. 60). Der Teil der Personalnebenkosten, der auf gesetzlichen Regelungen beruht (z. B. Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), stieg von 17,4 % auf 19,8 % der gesamten Arbeitskosten.



**Tabelle 10: Kostenstruktur der Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe\*)**

Jahr	Brutto- produk- tionswert	Anteil am Bruttoproduktionswert				Veränderung zum Vorjahr	
		Materialver- brauch, Einsatz an Handelsware, Kosten für Lohnarbeiten	Personal- kosten	Übrige Kosten <sup>1)</sup>	Restgröße <sup>2)</sup>	Beschäftigte	Investitionen
	Mrd. DM	%					
1977	981	51,9	26,6	18,9	2,6	.	.
1978	1 023	51,1	27,1	19,1	2,7	0,5	1,5
1979	1 138	51,9	26,2	18,6	3,3	0,6	13,5
1980	1 232	53,3	26,2	18,4	2,1	0,5	16,2
1981	1 284	54,2	25,8	19,2	0,8	- 2,6	- 0,9
1982	1 309	54,1	25,7	19,2	1,0	- 4,1	- 0,7
1983	1 334	53,9	25,5	19,0	1,6	- 3,4	4,4
1984	1 424	54,6	24,6	18,7	2,1	- 0,6	- 2,5
1985	1 515	54,7	24,3	18,4	2,6	1,6	16,9
1986	1 490	52,5	26,0	19,4	2,1	1,6	13,8
1987	1 492	51,1	26,9	20,0	2,0	- 0,4	5,2
1988	1 577	51,0	26,3	20,2	2,5	- 0,1	3,1
1989	1 733	52,1	25,3	20,0	2,6	3,1	9,7
1990	1 855	52,0	25,5	20,4	2,1	2,8	11,7
1991	1 989	51,8	25,6	20,5	2,1	1,0	7,1

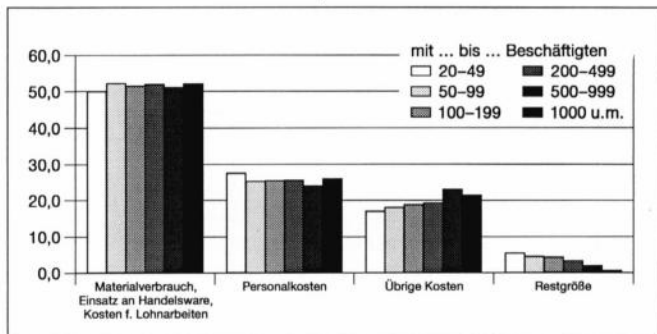
\*) Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – Früheres Bundesgebiet.

1) Z. B. Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen.

2) Indikator für den aus der Produktionstätigkeit erzielten Überschuß.

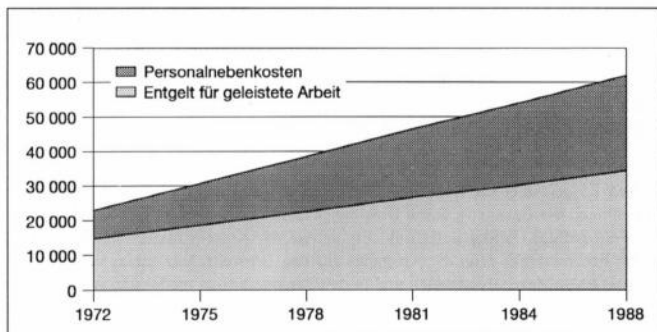
Neben Klagen über die hohe Personalkostenbelastung wird von den Unternehmen zunehmend die Belastung durch Umweltschutzaufgaben als negativer Standortfaktor ins Feld geführt. Leider liefern die Ergebnisse der Kostenstrukturstatistiken hierzu keine Erkenntnisse, denn die Ausgaben für den Umweltschutz schlagen sich größtenteils beim Materialverbrauch und in den Personalkosten nieder und werden nicht isoliert ausgewiesen.

**Schaubild 9**  
**Kostenstruktur der Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe**  
**nach Beschäftigtengrößenklassen 1991\*)**  
 Anteil am Bruttoproduktionswert in %



\*) Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – Früheres Bundesgebiet.

**Schaubild 10**  
**Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe\*)**  
 DM



\*) Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen. – Früheres Bundesgebiet.

Einige Angaben zu den Ausgaben für Umweltschutz liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 1990 gab das Produzierende Gewerbe im früheren Bundesgebiet 18,5 Mrd. DM für den Umweltschutz aus. Dabei hatten die laufenden Ausgaben für den Betrieb von Einrichtungen für Umweltschutzzwecke mit etwa 61 % ein stärkeres Gewicht als die Investitionen. Gemessen am gesamten Investitionsvolumen des Produzierenden Gewerbes beliefen sich die Umweltschutzinvestitionen 1990 mit 7,3 Mrd. DM auf 5,9 %. Das Bruttoanlagevermögen für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes erhöhte sich zwischen 1975 und 1992 im früheren Bundesgebiet in Preisen von 1985 von rd. 33 Mrd. DM auf ca. 81 Mrd. DM, also real auf das zweieinhalbfache. Die für den Umweltschutz getätigten Ausgaben sind kurzfristig sicherlich ein Standortnachteil gegenüber Regionen, die keine Umweltschutzaufgaben kennen. Langfristig könnten sie sich jedoch sogar als Vorteil erweisen, wenn sich nämlich auch in anderen Ländern umweltschützende Maßnahmen als dringend notwendig herausstellen und die Bundesrepublik Deutschland dann eine führende Position in der Umwelttechnologie einnehmen kann.

## **8 Arbeitszeiten: Der Weg in die Freizeitgesellschaft?**

Die zunehmende Technisierung und Automatisierung in der Arbeitswelt führte zum einen zur Abnahme schwerer körperlicher Arbeit, zum anderen aber auch zu einem generell gewachsenen Spielraum zur Ausweitung der Produktion oder zur Verkürzung der Arbeitszeit. Von der letzten Möglichkeit wurde insbesondere zwischen 1956 und 1963 Gebrauch gemacht: In diesem Zeitraum verminderte sich die geleistete Arbeitszeit pro Arbeiter in der Industrie durchschnittlich um 1,9 % p.a. Vergleichszahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigen, daß dieser Indikator durchaus als repräsentativ für alle Wirtschaftsbereiche angesehen werden kann. In den darauffolgenden Jahren bis 1970 – Jahre der Vollbeschäftigung bzw. gar Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern zur Behebung der Arbeitskräfteknappheit – verringerte sich die durchschnittliche Arbeitszeit nur noch um 0,4 % p.a.

Seither setzt sich der Trend zur Arbeitszeitverkürzung wieder verstärkt fort. Im gesamten Beobachtungszeitraum von 1950 bis 1993 gingen die durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden von 2 279 auf 1 523 p.a. zurück, das bedeutet eine Abnahme um 33 % oder 0,8 % p.a. Mit anderen Worten beläuft sich der Freizeitgewinn heute auf jeden 3. Arbeitstag gegenüber 1950. Die Reduzierung der Arbeitszeit beruht wesentlich auf tariflichen Vereinbarungen. Betrug die tarifliche Wochenarbeitszeit 1950 noch durchschnittlich 48 Stunden, waren es 1993 nur noch knapp 38 Stunden. An Urlaub standen den Arbeitnehmern 1950 tariflich nur 9 Tage im Durchschnitt zu, zu Beginn der neunziger Jahre waren es schon 30 Tage. Darüber hinaus schlägt sich in der Entwicklung über die geleisteten Arbeiterstunden die

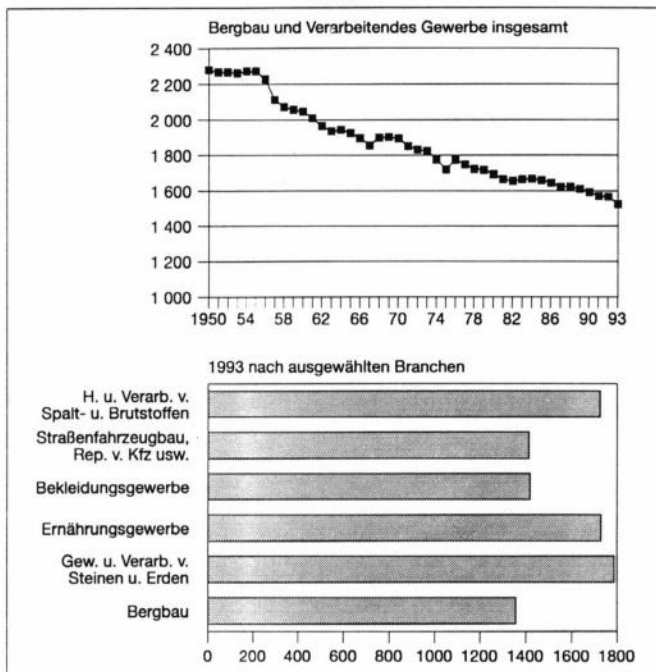
Zunahme von Teilzeitbeschäftigung nieder, die allerdings im produzierenden Bereich erheblich geringer ist als im tertiären Sektor.

Die in jüngerer Zeit abgeschlossenen Tarifverträge enthalten neben der Arbeitszeitverkürzung auch eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit mit der Möglichkeit längerer Maschinenlaufzeiten und günstigerer Kapazitätsauslastungen. Das bedeutet Kostenentlastung und Erweiterung des Handlungsspielraums der Unternehmen. Dafür gab es auf der anderen Seite Beschäftigungsgarantien, die einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation entgegenwirken. Besonders weit ging man damit in der Automobilindustrie. Bereits 1993 wurde im Straßenfahrzeugbau im früheren Bundesgebiet unter den Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes mit 1 415 Stunden pro Arbeiter die geringste Arbeitszeit geleistet. Der Vergleichswert im Ernährungsgewerbe lag z. B. bei 1 730 Stunden, also um 22 % höher. Auf einen Arbeitstag von acht Stunden umgerechnet entsprach das einer mehr geleisteten Arbeitszeit im Ernährungsgewerbe gegenüber dem Straßenfahrzeugbau im Umfang von 39 Tagen im Jahr.<sup>5)</sup>

---

5) Zum internationalen Vergleich der Arbeitszeiten siehe den Beitrag von Hertel „Die internationale Herausforderung“ in diesem Band (S. 205 ff.).

**Schaubild 11**  
**Jahresarbeitszeit je Arbeiter im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe\*)**  
 Stunden



\*) Bis 1976 Ergebnisse der Industrieberichterstattung; ab 1977 Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. – Früheres Bundesgebiet.

## **Zusammenfassung**

Dieser Beitrag beleuchtet schlaglichtartig einige Aspekte des wirtschaftlichen Wandels. Dabei wird deutlich, daß zwischen Strukturwandel und Beschäftigungssituation keine einfachen, monokausalen Zusammenhänge bestehen, sondern überaus komplexe Wirkungsmechanismen zum Tragen kommen. Daher ist es kaum möglich, alle relevanten Faktoren gleichermaßen und gleichzeitig zu berücksichtigen. Die Auswahl ist immer subjektiv. Abgesehen davon bleiben qualitative Einflußfaktoren, wie etwa die Motivation und Anpassungsbereitschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ganz außerhalb statistischer Betrachtungsmöglichkeiten. Der Rückblick auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Vergangenheit kann Zusammenhänge aber zumindest partiell verdeutlichen und damit auch einzelne Zukunftsperspektiven eröffnen. Es seien daher nochmals einige Entwicklungen thesenartig zusammengefaßt und die daraus folgenden Schlüsse gezogen:

Das vorliegende Zahlenmaterial belegt den Trend von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Dennoch: Die Produktion von Waren ist aus einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland nicht wegzudenken. Viele Dienstleistungen sind untrennbar mit der Warenproduktion verbunden. Allerdings dürften auch in Zukunft die größten Wachstumschancen im Dienstleistungsbereich – etwa in der Informationsverarbeitung und -verbreitung – liegen. Die technischen Möglichkeiten der Telekommunikation eröffnen u. a. auch größere Exportchancen für Dienstleistungen. Z. B. erfordern Beratung, Forschung und Entwicklung nicht mehr in jedem Fall die physische Präsenz des Dienstleistungsanbieters.

Im Bereich des Produzierenden Gewerbes ist eine zunehmende Produktionsverlagerung massenhaft herstellbarer Güter, die mit geringem Qualifikationsniveau gefertigt werden können, in Niedriglohnländer zu beobachten. Beispiele hierfür sind die Herstellung von Bekleidung, Schuhen, Fotoapparaten, Gütern der Unterhaltungselektronik etc. Dies legt die Schlußfolgerung nahe, daß die Zukunft des Hochlohnländes Bundesrepublik Deutschland kaum der Massenproduktion gehören wird. Dafür werden Qualitätsvorsprünge und die Entwicklung neuer Produkte bzw. Technologien entscheidende Wettbewerbsvorteile mit sich bringen. Hierzu bedarf es verstärkter Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, Kreativität ist gefragt. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeitnehmer als mitdenkende, kreative und verantwortungsbewußte Mitarbeiter gesehen werden, denen man auch gewisse Freiräume einräumen muß. Die Arbeitnehmer müssen sich ihrerseits weiterqualifizieren, um mit geänderten Anforderungen Schritt zu halten.

Die Untersuchungen über die Unternehmensgrößen weisen auf die in jüngerer Zeit wieder wachsende Bedeutung kleinerer Unternehmen hin. Eine große Rolle spielt dabei die Vielzahl kleinerer Dienstleistungsunternehmen. Aber auch das überwie-

gend kleinbetrieblich strukturierte (produzierende) Handwerk trägt mit seiner relativ stabilen Beschäftigungssituation zur wachsenden Beachtung des Mittelstandes bei.

Wachsende Bedeutung kommt auch dem Umweltschutz zu. Sie spiegelt sich u. a. in dem überdurchschnittlichen Wachstum des Anlagevermögens für Umweltschutzzwecke wider. Dieser zukunftssträchtige Bereich, der auf der einen Seite zwar Kosten verursacht, eröffnet der inländischen Wirtschaft andererseits durchaus auch Chancen: Z. B. können den Preisvorteilen exportierender Billiglohnländer, in denen nur geringe Umweltstandards gelten, entscheidende Qualitätsvorteile aufgrund höherer Gesundheits- und Umweltverträglichkeit der Produkte entgegengesetzt werden.

Hinsichtlich der Arbeitszeiten haben die jüngsten Tarifabschlüsse eine stärkere Flexibilisierung zum Inhalt. Es liegt die Vermutung nahe, daß auch in Zukunft Flexibilisierungsstrategien im Vordergrund stehen werden. Dies eröffnet den Arbeitgebern die Möglichkeit zur besseren Kapazitätsauslastung und den Arbeitnehmern die Chance, Arbeit und persönliche Belange wie Kindererziehung, Weiterbildung etc. in Einklang zu bringen. Denkbar sind sowohl vorübergehende individuelle Arbeitszeitreduzierungen als auch gleitende Übergänge in den Ruhestand. Entscheidend ist bei alledem der gesellschaftliche Konsens, der bislang zum sozialen Frieden und zur Sicherung des Produktionsstandorts Deutschland beigetragen hat.

## **Literaturhinweise**

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1992):* Strukturwandel im Prozeß der deutschen Vereinigung: Analyse der strukturellen Entwicklung; Strukturbericht-erstattung 1992, Berlin.

*HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung (1992):* Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsschock: Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft; Strukturbericht 1991, Hamburg.

*Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1989):* Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland und Veränderungen der Standortfaktoren im sektoralen Strukturwandel, Essen.

*Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1991):* Umweltschutz, Strukturwandel und Wirtschaftswachstum; RWI-Strukturberichterstattung, Essen.

## **Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels für den Arbeitsmarkt**

### **Einleitung**

Fast vier Jahre nach der Wiedervereinigung sieht sich Deutschland – bedingt durch eine ungünstige konjunkturelle Lage und strukturellen Anpassungsproblemen zwischen Ost und West – ersten wirtschaftlichen Problemen gegenüber. Das frühere Bundesgebiet ist von den Konjunkturgipfeln des Vereinigungsbooms zunächst in eine schwere Rezession gefallen, aus der es nur langsam herauskommt. Die neuen Länder und Berlin-Ost haben die Bedingungen an eine marktwirtschaftlich orientierte Ökonomie noch nicht endgültig gemeistert.

In dieser Situation und angesichts der vielfältigen strukturellen Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft kommt einer gründlichen statistischen Darstellung aller Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland eine wachsende Bedeutung zu. Ganz vorn stehen dabei die Komplexe Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt. Insbesondere das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt mit der Folge hoher Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen sozialen Probleme tritt mehr und mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Um sinnvolle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Orientierungshilfen zu erhalten, dürfen sich die Untersuchungen dabei nicht allein auf die Beschreibung der gegenwärtigen Strukturen beschränken. Erst die durch den historischen Rückblick gewonnenen Kenntnisse über die längerfristigen Strukturveränderungen und der damit einhergehenden Konsequenzen für den Arbeitsmarkt erlauben Rückschlüsse auf eine mögliche zukünftige Entwicklung. Hierbei sind alle Einflußfaktoren und Komponenten, die auf den Arbeitsmarkt einwirken, einzubeziehen. Dazu gehören unter anderem die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, das Erwerbsverhalten und der Bildungsstand der Bevölkerung, die Arbeitszeitentwicklung, aber auch die Veränderungen der Wirtschafts- und Berufsstrukturen im Wandel der Zeit. Von großem Interesse ist ferner die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit, wie auch die Frage, welche Rolle die ausländischen Arbeitnehmer am deutschen Arbeitsmarkt spielen.

---

\*) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.



# **1 Erwerbsverhalten und Erwerbstätigkeit im Wandel der Zeit**

## **1.1 Erwerbstätigkeit als Gradmesser für die Arbeitsmarktsituation**

Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein, nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts, sondern auch bei der persönlichen Selbstentfaltung und weil die Arbeitssituation die gesamten Lebensumstände des einzelnen entscheidend beeinflussen kann. In den Veränderungen des Erwerbsverhaltens und der Erwerbsquoten im Zeitablauf spiegeln sich aber auch konjunkturelle Einflüsse, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen wie auch strukturelle Wandlungen am Arbeitsmarkt wider. So sind z. B. die Erwerbsquoten der Jugendlichen entscheidend durch das Bildungsverhalten geprägt, die Erwerbsquoten der älteren Jahrgänge von den Altersruhegeldregelungen und die Erwerbsquoten der Frauen unter anderem vom gesellschaftlichen Wandel in der Beurteilung der Frauenerwerbstätigkeit. Das Arbeitsangebot wird ferner durch die demographische Entwicklung, aber auch durch Wanderungen insbesondere der ausländischen Bevölkerung beeinflußt, die wiederum im engen Zusammenhang mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes und den Maßnahmen der Ausländerpolitik stehen.

Momentan befindet sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in einer Schieflage, geprägt durch steigende Arbeitslosenzahlen und abnehmende Erwerbstätigenzahlen. Zwischen der Nachfrage nach Arbeitskräften und dem Angebot hat sich die Schere gesamtwirtschaftlich inzwischen so weit geöffnet, daß in absehbarer Zeit wohl keine Aussicht auf Vollbeschäftigung besteht, das heißt eine Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Dieses angestrebte Ziel der Wirtschaftspolitik ist allerdings während der mehr als vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik über lange Strecken nicht erreicht worden.

Wenn sich die Erwerbsquote, die den Anteil der Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen) an der Bevölkerung insgesamt mißt, zwischen 1950 (rund 46 %) und 1992 (rund 49 %) auch nur unwesentlich verändert hat, so zeigen sich innerhalb dieses Zeitabschnittes doch bemerkenswerte Entwicklungen. In absoluten Zahlen gab es 1950 rund 22 Mill. Erwerbspersonen. In den folgenden 10 Jahren stieg ihre Zahl auf 26,6 Mill. an, hauptsächlich bedingt durch die Zuwanderung von rund 3,5 Mill. Menschen aus der ehem. DDR und den ehem. Ostgebieten. In den sechziger und siebziger Jahren nahm dann die Zahl der Erwerbspersonen nur noch um rund 500 000 zu. Neben dem Rezessionsjahr 1967 war hierfür vor allem der „Mauerbau“ 1961 verantwortlich, der zu einem Zuwanderungsstopp aus der ehem. DDR führte. Der nach wie vor bestehende Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften wurde nun durch die verstärkte Anwerbung ausländischer Arbeits-

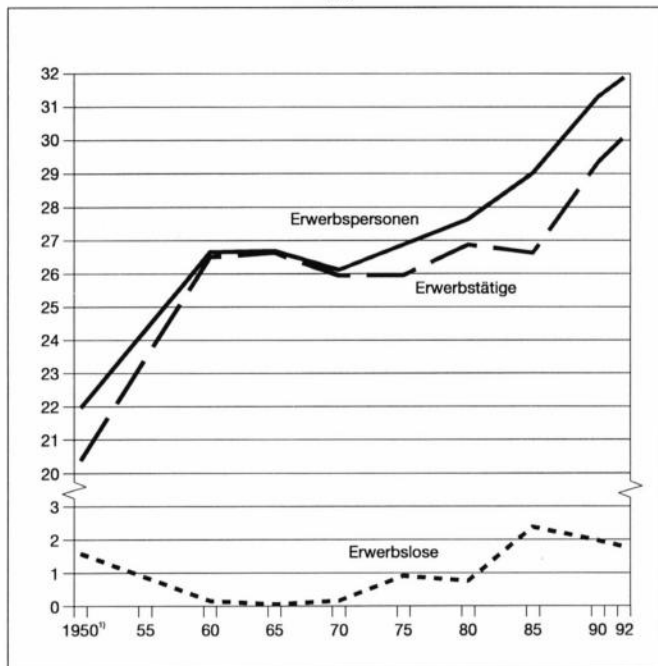
kräfte ausgeglichen. Ab etwa 1979 begann die Zahl der Erwerbspersonen beschleunigt zu wachsen bis auf den Wert von fast 32 Mill. (Stand: 1992) für das frühere Bundesgebiet. Das sind fast 5 Mill. Erwerbspersonen mehr als 1978. Diese Entwicklung beruht auf einer ganzen Reihe von Faktoren. Dazu gehört die Änderung der Altersstruktur, durch die sich der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 64 Jahre) erheblich erhöht hat. Auf der anderen Seite haben in den vergangenen Jahren vergleichsweise wenige ältere Personen wegen Erreichung der Altersgrenze den Arbeitsmarkt verlassen, da die betreffenden Jahrgänge durch Kriegsverluste relativ schwach besetzt waren. In den letzten Jahren setzte ein verstärkter Zustrom deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa ein, der ebenfalls zur Erhöhung der Erwerbspersonenzahl beitrug. Schließlich hat die Frauenerwerbstätigkeit ebenfalls erheblich zugenommen. Das Angebot an weiblichen Arbeitskräften stieg von 1982 bis 1992 im früheren Bundesgebiet um rund 2,2 Mill. an. Die weit höhere Zahl männlicher Erwerbspersonen ist hingegen gleichzeitig nur um etwa 1,3 Mill. gestiegen.

Das Anwachsen der Erwerbspersonenzahlen wurde in den letzten Jahren freilich dadurch gebremst, daß ältere Personen während des letzten Jahrzehnts immer früher aus dem Erwerbsleben ausschieden als es der normalen Altersgrenze von 65 Jahren entspricht. Daß die Erwerbspersonenzahlen nicht noch höher ausfallen, liegt auch daran, daß Jugendliche im Durchschnitt heute länger eine Schule besuchen als noch in den siebziger Jahren und die Schulabsolventen vermehrt weiterführende Bildungseinrichtungen nutzen und somit erst später dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Interessante Einblicke in die Arbeitsmarktsituation werden auch vermittelt, wenn man noch genauer zwischen aktiver und passiver Teilnahme am Erwerbsleben, d. h. nach den tatsächlichen Erwerbstätigen, differenziert. Erwerbstätige umfassen dabei alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.

Während der Wiederaufbauphase von 1950 bis 1960 und in den daran anschließenden Jahren der Vollbeschäftigung bis Anfang der siebziger Jahre nahm die Zahl der Erwerbstätigen um rund 6,5 Mill. zu. Danach stieg die Erwerbstätigkeit im Gegensatz zum verstärkten Wachstum des Arbeitskräfteangebots bis 1984 nur leicht an. Eine Ausnahme bildeten die Jahre 1981/82 als Folge der wirtschaftlichen Flaute, in welche die deutsche Wirtschaft vor allem aufgrund des zweiten Ölpreisschocks Anfang der achtziger Jahre geriet. Zu Beginn des Jahres 1984 setzte dann eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung ein, die bis in das Jahr 1992 andauerte und dem früheren Bundesgebiet erstmals mehr als 30 Mill. Erwerbstätige bescherte, einen in der Nachkriegszeit noch nicht erreichten Rekordstand.

**Schaubild 1**  
**Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit im früheren Bundesgebiet\*)**  
 Mill.



\*) Ergebnisse des Mikrozensus. -<sup>1)</sup> Geschätzter Jahresdurchschnitt (einschl. Soldaten); ohne Angaben für Berlin (West) und das Saarland.

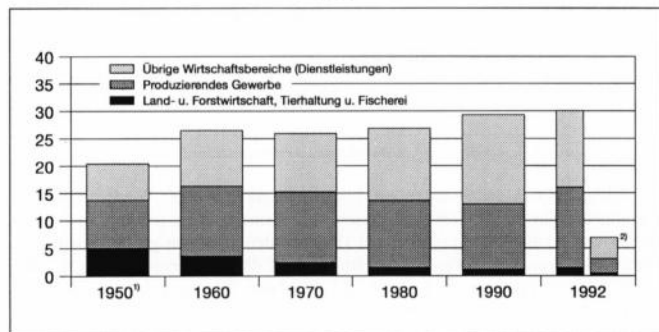
Allerdings hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt seit der Wiedervereinigung grundlegend gewandelt. Der westdeutsche Arbeitsmarkt stand schon in den letzten Jahren vor der bis heute andauernden Herausforderung, einen großen Zustrom an Erwerbspersonen von außen zu bewältigen. Mit der Wiedervereinigung hat sich diese Herausforderung noch vergrößert. Im Gefolge der allmählichen Konjunkturabschwächung seit dem Frühjahr 1992 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zusehends eingetrübt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ließ in jüngster Zeit mehr und mehr nach. Infolge des durch die hohen Arbeitskosten noch verschärften Rationalisierungsdrucks wurden in erheblichem Maße auch Arbeitsplätze abgebaut. 1993

lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt bei rd. 28,7 Mill. und damit deutlich unter der Zahl des Vorjahres. Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich die Situation weiter verschlechtert. Dort ist die Zahl der Erwerbstätigen durch den massiven Arbeitsplatzabbau als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs zwischen April 1991 und Mai 1992 deutlich, und zwar um mehr als 900 000 auf 6,85 Mill. gesunken.

## 1.2 Erwerbstätigkeit und Wirtschaftsstruktur - auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft

Die Dynamik einer modernen Industriegesellschaft – zu der die Bundesrepublik Deutschland in den letzten vier Jahrzehnten nach der kriegsbedingten Wiederaufbauphase wurde – führte zu einem kontinuierlichen Wandel der bestehenden Wirtschaftsstrukturen. Dies betrifft neben den Berufs- und Sozialstrukturen im besonderen Maße die Produktions- und Beschäftigungsstrukturen, die sich in den letzten Jahren besonders stark von der Landwirtschaft über die Industrie und das Handwerk hin zum Dienstleistungssektor entwickelt haben. Die tiefgreifenden Wandlungen werden besonders offenkundig, wenn man die wechselnden Anteile der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen betrachtet. Besonders die Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, die zunehmende Automatisierung und Rationalisierung und die verstärkte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen in diesen Bereichen geführt.

**Schaubild 2**  
**Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet nach Wirtschaftsbereichen\*)**  
1 000



\*) Ergebnisse des Mikrozensus.

1) Geschätzter Jahresdurchschnitt (einschl. Soldaten); ohne Angaben für Berlin (West) und das Saarland.

2) Neue Länder und Berlin-Ost.

Am deutlichsten ist dabei der Rückgang in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei erfolgt. Die stürmische Entwicklung der Technik auf allen Gebieten der Wirtschaft löste in den letzten hundert Jahren einen folgensweren Prozeß an Wechselwirkungen zwischen Industrie und Landwirtschaft aus. Die aufstrebende Industrie konnte höhere Löhne bieten und hatte einen starken Bedarf an Arbeitskräften, was wiederum eine massive Abwanderung der Bevölkerung aus dem Agrarsektor bewirkte. Während die Landwirtschaft vor rund hundert Jahren mit über 8 Mill. Beschäftigten zahlenmäßig an der Spitze der Wirtschaftsbereiche lag und damit nahezu jedem zweiten Erwerbstätigen Lohn und Brot gab, waren 1950 rund 5 Mill. und damit nur noch jeder vierte Erwerbstätige im primären Sektor beschäftigt. Heute spielt die Landwirtschaft für den Arbeitsmarkt nur noch eine untergeordnete Rolle. 1992 arbeiteten lediglich rund 1 Mill. Erwerbstätige – das sind 3,5 % aller Erwerbstätigen – in diesem Bereich. In dem starken Rückgang der Beschäftigtenzahlen spiegelt sich auch der Einsatz moderner, arbeitskräftesparender landwirtschaftlicher Maschinen wider.

Während im früheren Bundesgebiet der Schrumpfungsprozeß in der Landwirtschaft kontinuierlich verlief, vollzog sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost zwischen 1991 und 1992 mit – 36,2 % in der Landwirtschaft der größte Beschäftigtenabbau aller Wirtschaftsabteilungen. Dort sind jetzt noch knapp 5 % aller Erwerbstätigen tätig.

Die Zahl der Erwerbstätigen im sekundären Bereich, d. h. im Produzierenden Gewerbe, hat sich in den letzten 40 Jahren im früheren Bundesgebiet trotz erheblicher Produktionssteigerungen nur relativ gering, und zwar von rund 8,7 Mill. 1950 auf rund 12 Mill. 1992 erhöht. Bemerkenswert ist dabei die Entwicklung von 1991 bis 1992 in den neuen Ländern und Berlin-Ost für den Bereich Verarbeitendes Gewerbe, in dem mit – 31 % ein fast ebenso radikaler Rückgang der Erwerbstätigenzahlen wie im landwirtschaftlichen Bereich festzustellen ist. Im früheren Bundesgebiet betrug dieser Rückgang lediglich 1,3 %. Ein Grund für diese Entwicklung liegt sicherlich darin, daß die traditionellen Exportmärkte für die ostdeutschen Industrieerzeugnisse weitgehend zusammenbrachen.

Der eindeutige Gewinner des zu beobachtenden Strukturwandels ist der tertiäre Bereich bzw. Dienstleistungsbereich. Hier arbeiten heutzutage mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen (56 %), vor hundert Jahren waren nicht einmal ein Viertel und 1950 etwa nur ein Drittel im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt.<sup>1)</sup> Diese Entwicklung zeigt eindrucksvoll, wie rasch sich durch neue Technologien und veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen aus einer Industriegesellschaft alter Prägung eine Dienstleistungsgesellschaft entwickelt hat. Der Dienstleistungssektor ist – in dieser groben Untergliederung betrachtet – der einzige Bereich, in dem in den letzten Jahrzehnten im größeren Stil Arbeitsplätze geschaffen wurden.

1) Zur Perspektive der Beschäftigung im Dienstleistungssektor siehe den Beitrag von Fuchs „Arbeitsmarkt 2000 – Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt“ in diesem Band (S. 239 ff.).

### **1.3 Frauenerwerbstätigkeit – immer mehr Frauen entdecken die Arbeitswelt**

Die Einstellung der Frauen zur Arbeitswelt, ihre berufliche Situation und ihre Teilhabe an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben sich im Laufe dieses Jahrhunderts, besonders aber in der mehr als vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland tiefgreifend verändert. Die Erwerbstätigkeit wird von den Frauen heute zunehmend als wesentlicher Bestandteil ihrer eigenen Identität, ihrer Selbstverwirklichung und Selbständigkeit wie auch ihrer materiellen Eigenständigkeit betrachtet. Die Tatsache, daß Frauen gegenüber früher eine stärkere Berufs- und Arbeitsorientierung aufweisen und immer stärker auf den Arbeitsmarkt drängen, ist dabei nicht allein die Folge einer veränderten individuellen und gesellschaftlichen Bewertung der Frauenerwerbstätigkeit. Hinzu kommt der steigende Bildungs- und Ausbildungsstand der Frauen, Veränderungen im Heirats- und generativen Verhalten wie auch finanzielle Aspekte. Schließlich ist die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen auch von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abhängig, insbesondere vom strukturellen Wandel in der Beschäftigung. Sie wird begünstigt oder getragen durch die Ausdehnung des Dienstleistungssektors, in dem die Frauen seit jeher stark vertreten sind und durch die Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen, die es vielen Frauen erlaubt, Erwerbstätigkeit und häusliche Pflichten miteinander zu verbinden.

Dies alles hat dazu geführt, daß heute die Frauen eine unverzichtbare Rolle im modernen Arbeitsleben spielen.

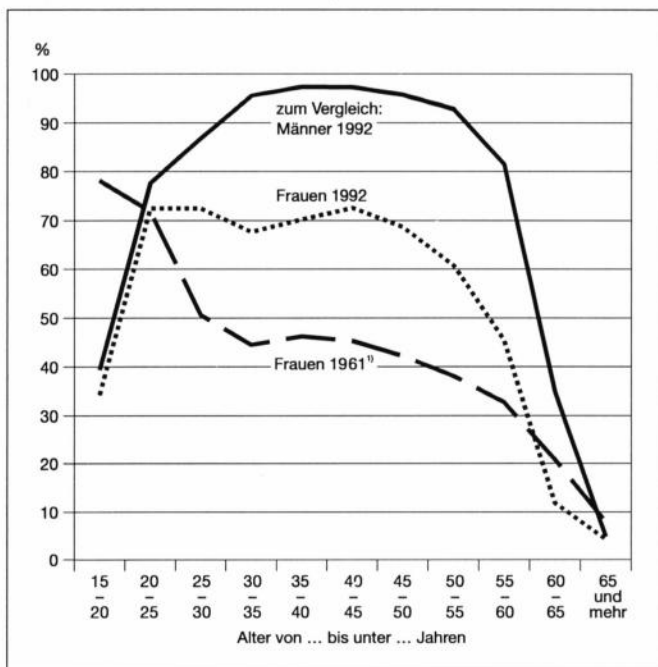
Von den gut 22 Mill. Frauen (Früheres Bundesgebiet) im erwerbsfähigen Alter waren im Jahre 1992 rund 12,2 Mill. und damit mehr als die Hälfte aller Frauen erwerbstätig. Dies ist gleichzeitig die höchste Zahl erwerbstätiger Frauen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Frauen waren eindeutig die Gewinnerinnen der Beschäftigtenentwicklung in den letzten 20 Jahren mit einem Zuwachs von mehr als 2,5 Mill. Erwerbstätigen gegenüber 1970. Ein etwa gleich hoher Zuwachs konnte bei ihnen bereits zwischen 1950 und 1960 beobachtet werden.

Rund 7 Mill. (59 %) der erwerbstätigen Frauen waren verheiratet. Ca. 3,2 Mill. (26 %) von ihnen hatten Kinder unter 15 Jahren. Die Erwerbsbeteiligung aller Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren lag bei knapp 60 %. Differenziert man die Erwerbsquoten nach Altersgruppen und stellt man im Rückblick auf die letzten 30 Jahre einen Vergleich an, so ergeben sich interessante Aspekte. So belegt der Rückgang der Erwerbsquoten bei den 15 bis 20jährigen von rund 74 % 1961 auf etwa 34 % 1992 eindrucksvoll den Trend zu einer qualifizierteren und somit längeren Schulausbildung; der Rückgang bei den 60 bis 65jährigen von rund 21 % auf knapp 12 % erklärt sich aus der mittlerweile eingeführten Möglichkeit eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt. Nicht nur aufgefangen, sondern letztlich auch kompensiert wird dieser Rückgang durch einen deutlichen Anstieg der

Erwerbsquote bei den Frauen der mittleren Jahrgänge. So ist die Erwerbsquote der verheirateten Frauen in der Altersgruppe 35 bis 40 Jahre von rund 37 % 1961 auf über 65 % 1992 gestiegen, in der Altersgruppe 40 bis 45 Jahre von knapp 38 % auf rund 69 %.

Daß die Frauenerwerbstätigkeit auch in Zukunft zunehmen wird, läßt sich am Erwerbsverhalten der jüngeren Frauen erkennen: Von den 25 bis unter 30jährigen Frauen stehen heute bereits über 72 % im Berufsleben; Tendenz steigend.

**Schaubild 3**  
**Altersspezifische Erwerbsquoten der Frauen im früheren Bundesgebiet\*)**  
%



\*) Ergebnisse des Mikrozensus.

1) Ergebnis der Berufszählung vom 6.6.1961.

Eine bemerkenswerte Entwicklung zeigt sich im längerfristigen Vergleich auch hinsichtlich der Stellung im Beruf der erwerbstätigen Frauen. Am augenfälligsten ist dies bei der Gruppe der Mithelfenden Familienangehörigen. 1950 gehörte noch jede dritte erwerbstätige Frau, 1992 aber nur noch knapp 4 % aller im Erwerbsleben stehenden Frauen dieser Gruppe an. Deutlich zurückgegangen ist auch der Anteil der Arbeiterinnen von rund 40 % 1950 auf rund 27 % 1992. Die weitaus stärkste Gruppe unter den weiblichen Erwerbstätigen ist mit rund 60 % die der Angestellten geworden (1950: 20 %). Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen sind als Bürofach- und Bürohilfskräfte, Verkäuferinnen und Kaufleute, Krankenschwestern und Sprechstundenhilfen, Putzfrauen, Hilfsarbeiterinnen oder landwirtschaftliche Arbeitskräfte tätig. Zu den frauentypischen Berufen mit einem Anteil von über 90 % gehören außerdem Diätassistentinnen, Medizinallaborantinnen, Apothekerkhelferinnen und Kindergärtnerinnen.

Zunehmend gewinnen Frauen auch in anspruchsvolleren Berufen an Boden: So erhöhte sich der Frauenanteil bei den Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern von 26 % 1973 auf fast 51 % 1991, bei den Werbefachleuten von 19 % auf 38 %, bei den Buchhändlern von 42 % auf 56 % und bei den Technischen Zeichnern von 46 % auf 56 %. Auch die Zahl der selbständig erwerbstätigen Frauen nimmt seit Ende der siebziger Jahre deutlich zu. Im Mai 1992 führten fast 700 000 Frauen ihr eigenes Unternehmen, ihren eigenen Betrieb oder ihr eigenes Geschäft. Gegenüber 1978 gab es damit 195 000 oder 40 % mehr erwerbstätige Frauen, die selbständig tätig waren.

Schließlich sind die Frauen im Öffentlichen Dienst auf dem Vormarsch. Zwischen 1960 und 1992 hat sich der Anteil der Frauen in diesem Bereich von 28 % auf 45 % erhöht. In absoluten Zahlen nimmt sich der Drang zum Staat noch eindrucksvoller aus: So stieg die Zahl der Frauen im Öffentlichen Dienst von 844 000 1960 auf mehr als 2,1 Mill. 1992 an.

Trotz der positiven Entwicklungen im Hinblick auf Berufsausbildung und -ausübung gibt es nach wie vor Indizien dafür, daß die Arbeitsmarktlage für Frauen zum Teil problematisch ist. Seit 1970 sind Frauen in der Bundesrepublik überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, ihre Arbeitslosenquote liegt deutlich über der der Männer.<sup>2)</sup> Auch der durchschnittliche Bruttoverdienst von Frauen liegt immer noch unter dem der Männer. Der Abstand zwischen ihnen konnte allerdings in den letzten Jahren ständig verringert werden. Im Mai 1992 hatten mehr als drei Viertel der erwerbstätigen Männer (78 %) ein monatliches Nettoeinkommen von 1 800 DM und mehr, aber nur knapp 37 % der erwerbstätigen Frauen. 1976 hatten ein Viertel der erwerbstätigen Männer ein entsprechendes Einkommen, aber nur rund 5 % der erwerbstätigen Frauen. Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern beruhen allerdings weniger auf Lohndiskriminierung von Frauen gegen-

---

2) Zur Frauenarbeitslosigkeit siehe den Beitrag von Rudolph „Die Kehrseite des Wandels – Strukturelle Arbeitslosigkeit“ in diesem Band (S. 175 ff.).



über Männern. Sie sind vielmehr überwiegend auf strukturelle Gründe zurückzuführen: Frauen sind vor allem in niedrigeren Leistungsgruppen beschäftigt, haben eine kürzere Wochenarbeitszeit, leisten in geringerem Umfang mit Tarifzuschlägen begünstigte Schichtarbeit und weisen im Durchschnitt eine geringere Anzahl von Berufsjahren auf. Die Chancen der Frauen für einen beruflichen Aufstieg haben sich in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten zwar leicht gebessert, dennoch besteht ein großer Nachholbedarf für Frauen bei der Besetzung von Führungs- und Leitungsfunktionen. Derzeit liegt der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen mit einem Hochschulabschluß, die die Karriereleiter bis zum Abteilungsleiter, Prokurist oder gar zum Direktor, Amtsleiter oder Betriebsleiter erklommen haben, bei jeweils rund 3 %. Die entsprechenden Werte für die Männer liegen bei rund 11 % bzw. 10 %.

Untersucht man die Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost, so stellen sich erhebliche Unterschiede in dem Erwerbsverhalten der Frauen gegenüber dem früheren Bundesgebiet heraus. Neben der mit rund 75 % wesentlich höheren Erwerbsquote gegenüber rund 60 % im früheren Bundesgebiet (Stand 1992) zeigt dies besonders deutlich der unterschiedliche Verlauf der altersspezifischen Erwerbsquotenkurven, die im Osten fast deckungsgleich mit denen der Männer verlaufen. Dies bedeutet, daß erheblich weniger Frauen in Ostdeutschland die im Westen praktizierte sogenannte Familienpause einlegen. Ein Grund liegt sicherlich darin, daß im Osten wie auch schon in der ehem. DDR durch mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten und andere Einrichtungen bessere Chancen für die Frauen bestehen, Erwerbstätigkeit und familiäre Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Allerdings sind die Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch wesentlich stärker von Erwerbslosigkeit betroffen. Ihre Arbeitslosenquote betrug 1993 21 % (in Westdeutschland 8,4 %). Frauen sind damit von den Arbeitsmarktproblemen in den neuen Ländern und Berlin-Ost und hier insbesondere vom massiven Arbeitsplatzabbau als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs besonders betroffen. Viele von ihnen sind inzwischen vorübergehend oder auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgeschieden.

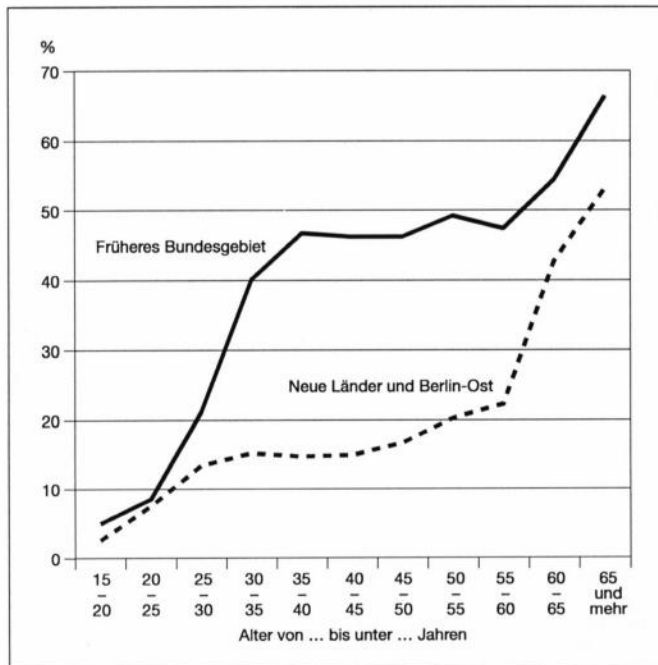
## **1.4 Teilzeitarbeit – eine Alternative zur Vollzeitarbeit**

In den letzten Jahrzehnten – vor allem in den sechziger Jahren – aber auch in jüngster Zeit hat die Zahl der Teilzeitbeschäftigten – das sind Personen, die regelmäßig weniger als die übliche oder tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit tätig sind – deutlich zugenommen.

Allein zwischen 1960 bis Anfang der siebziger Jahre hat sich ihre Zahl mehr als verdreifacht. Die Ausweitung der Teilzeitarbeit war dabei allerdings – zumindest bis Anfang der achtziger Jahre – fast ausschließlich bei Frauen zu beobachten. Während Männer meistens am Beginn und am Ende des Berufslebens mit verringerter Stundenzahl beschäftigt sind, praktizieren Frauen Teilzeitarbeit vor allem in der

mittleren Lebensphase. Häufig entscheiden sich Frauen nach dem Erziehungsurlaub für eine Teilzeitbeschäftigung. Ein Drittel derer, die in den letzten Jahren vor der Geburt ihres Kindes ganztags berufstätig waren, nimmt danach eine Teilzeitstelle an. Insgesamt kehrt knapp die Hälfte der Frauen nach dem Erziehungsurlaub in den Beruf zurück.

**Schaubild 4**  
**Teilzeitbeschäftigte Frauen nach Altersgruppen\*)**  
 %



\*) Ergebnisse des Mikrozensus (Mai 1992). – Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an den abhängig erwerbstätigen Frauen.

Teilzeitbeschäftigung ist heute in ganz Deutschland – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – eine Domäne der Frauen. Während bei den Männern 1992 im früheren Bundesgebiet mit 2,3 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit

sogar nur 1 % der Erwerbstätigen die Teilzeitbeschäftigung praktisch keine Rolle spielte, so gaben in Westdeutschland 35 % und in Ostdeutschland etwa 15 % der abhängig erwerbstätigen Frauen an, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Zum Vergleich: in Holland sind über 60 % der Frauen und rd. 17 % der Männer in einer Teilzeitbeschäftigung. Auch in den skandinavischen Ländern sind heute über 40 % der Frauen, immerhin aber auch 7 % der Männer teilzeitbeschäftigt, in England betragen die Anteile rund 40 % bzw. 5 %. In anderen europäischen Ländern, so in Frankreich (20 % bzw. 3 %) und insbesondere in Italien (4 % bzw. 2 %) liegen die Teilzeitanteile allerdings noch weit unter denen Deutschlands.

Die Gründe für die relativ hohe Zahl von weiblichen Teilzeitbeschäftigten im früheren Bundesgebiet liegen in den geringen Möglichkeiten der außerfamiliären Kinderbetreuung, die den Müttern lediglich eine Teilzeitbeschäftigung ermöglichen.

Das im Gegensatz zu den Frauen im früheren Bundesgebiet unterschiedliche Erwerbsverhalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost in bezug auf Teilzeitbeschäftigung, liegt zum einen darin begründet, daß die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland als Quelle des Lebensunterhaltes für die dort lebenden Frauen eine größere Bedeutung besitzt; zum anderen war in der ehem. DDR Teilzeittätigkeit politisch nicht gewünscht, und die Frauen haben in der Regel erst im höheren Alter – häufig aus Krankheitsgründen – eine Teilzeittätigkeit gesucht.

Die Möglichkeit zum früheren Feierabend ist allerdings nicht in allen Wirtschaftsbereichen gleich häufig gegeben. So sind in der Industrie nur knapp 9 % der Beschäftigten Teilzeitkräfte (neue Länder und Berlin-Ost: 4 %). Ihre Einfügung in die Schichtarbeit oder die Montagegruppen ist offenbar nicht so leicht. Auch sind hier relativ wenige Frauen beschäftigt. Im Dienstleistungsbereich, im Handel und in der öffentlichen Verwaltung arbeitet dagegen heute gut jeder vierte (neue Länder und Berlin-Ost: jeder neunte) nicht mehr die vollen Wochenstunden.

Die weitere Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft, die moderne Informations- und Kommunikationstechnik, der verstärkte Wunsch nach „Arbeitszeiten nach Maß“ und der Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit werden auch in den nächsten Jahren zu einer weiteren Expansion der Teilzeitarbeit führen.

## **1.5 Die Erwerbsbeteiligung von Ausländern und ihre Stellung am deutschen Arbeitsmarkt**

Die zahlenmäßigen Entwicklungen der ausländischen Mitbürger und ihre Beteiligung am deutschen Arbeitsmarkt werden seit Jahren mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Durch die rasante politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre und die damit verbundene stärkere Durchlässigkeit der Grenzen – insbesondere gegenüber den Ländern in Osteuropa – ist das öffentliche Interesse an

entsprechenden Informationen über die bei uns lebenden Ausländer noch gestiegen. Zahlenmaterial über diesen Komplex ist vor allem deswegen bedeutsam, weil die Ausländererwerbstätigkeit nicht nur isoliert, sondern auch im Zusammenhang mit der Gesamterwerbstätigkeit in Deutschland gesehen werden muß. Nur so lassen sich mögliche Wechselbeziehungen zwischen der Erwerbstätigkeit der Ausländer und der Deutschen aufzeigen.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat in Deutschland bereits eine lange Tradition. Vor mehr als 100 Jahren wurden von den ostelbischen Großgrundbesitzern bereits im großen Stil polnische Saisonarbeiter angeworben und mit der fortschreitenden Industrialisierung zur Jahrhundertwende strömten wiederum Polen, vor allem als Bergleute, in das Ruhrgebiet und nach Schlesien. Italiener wurden in Süddeutschland als Bahnarbeiter eingesetzt.

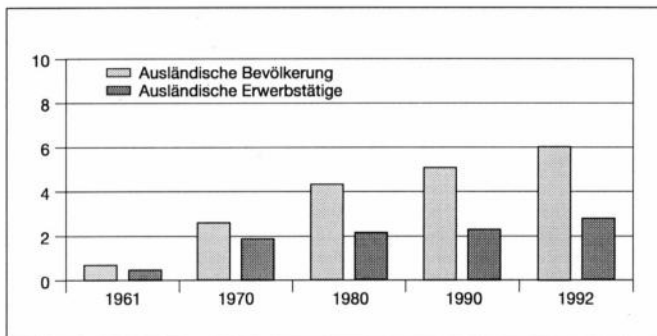
Im früheren Bundesgebiet wurde ab 1955 der durch das „Wirtschaftswunder“, aber auch durch Änderungen in der Altersstruktur und längere Ausbildungszeiten ausgelöste Arbeitskräftemangel durch das Anwerben von Gastarbeitern aus den Mittelmeerländern ausgeglichen.

Was zunächst als vorübergehende Entlastung des überbeanspruchten deutschen Arbeitsmarktes gedacht war, entwickelte sich dann im Laufe der Jahre zu einer stetigen Wanderungsbewegung: Den Arbeitskräften folgten die Familien, aus dem Provisorium wurde ein fester Bestandteil der westdeutschen Wohnbevölkerung. Mittlerweile haben viele dieser Familien ihren Lebensmittelpunkt endgültig nach Deutschland verlegt.

Besonders massiv setzte der Zustrom von Ausländern – im Zeichen günstiger wirtschaftlicher Entwicklung – Ende der sechziger Jahre ein und wurde erst 1973 nach einem vorläufigen Höchststand von 4 Mill. durch den Anwerbestopp eingedämmt und zu einer rückläufigen Entwicklung gebracht. Ab 1978 nahm die Ausländerzahl durch den Zuzug von Familienangehörigen sowie nach wie vor relativ hohen Geburtenraten dann wieder stark zu. Erst als die Konjunktur 1980 im Zeichen der zweiten Ölkrise zurückging, setzte ein erneuter Rückgang ein, zusätzlich motiviert durch ein Rückkehrprogramm der Bundesregierung. Gestoppt wurde dieser Trend dann durch den Konjunkturaufschwung Mitte der achtziger Jahre.

Heute leben im früheren Bundesgebiet gut 6 Mill. Menschen aus anderen Ländern. Dies entspricht einem Anteil von 9 % an der Gesamtbevölkerung. Nahezu jeder elfte Einwohner besitzt demnach einen fremden Paß. Ein Viertel von ihnen kam aus EG-Staaten, ein Drittel aus der Türkei und rund 13 % stammen aus dem früheren Jugoslawien. Zwischen 1960 und 1993 ist ihre Zahl auf fast das Achtfache angestiegen.

**Schaubild 5**  
**Ausländische Bevölkerung und Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet\*)**  
 Mill.



\*) Ergebnisse des Mikrozensus. – 1961 und 1970 Volkszählungsergebnisse

Die ausländischen Mitbürger sind in den vergangenen Jahrzehnten zu einem wichtigen Teil unseres wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens geworden. Welche Bedeutung sie für den deutschen Arbeitsmarkt haben, läßt sich besonders gut an der Entwicklung der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ablesen. So betrug die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen 1970 rund 1,7 Mill.; ihren vorläufigen Höchststand erreichte sie dann 1974 mit fast 2,5 Millionen. Bis Ende der siebziger Jahre sank sie dann wieder ab bis auf rund 2,1 Mill., um dann wieder tendenziell zu steigen. 1992 betrug die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen 3,2 Mill. Ermittelt man den Anteil der ausländischen Erwerbspersonen an den Erwerbspersonen insgesamt, so wurde schon im Jahr 1974 mit 9 % ein relativ hoher Wert erreicht. Er sank bis 1979 auf 7,9 % ab. 1992 waren 10 % aller Erwerbspersonen ausländischer Herkunft.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit von Ausländern liegt eindeutig im Verarbeitenden Gewerbe. Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Ausländer (45 %) sind in dieser Wirtschaftsabteilung tätig. Einen hohen Anteil erreichen sie auch im Bereich Dienstleistungen mit rund 34 % sowie im Handel mit rund 9 %.

Hinsichtlich der Stellung im Beruf verlagert sich der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit bei den Ausländern naturgemäß auf die Arbeitnehmer (1992: 92,1 %), wobei die Arbeiter mit rund 67 % dominieren, Angestellte kommen unter den ausländischen Erwerbstätigen auf rund 25 %. Von besonderem Interesse ist die Zahl der ausländischen Selbständigen – weniger wegen ihrer Größe, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Integration der ausländischen Mitbürger. So gab es 1992 unter

den Ausländern rund 200 000 selbständige Existenzen. 1970 hatte es erst 38 400 ausländische Selbständige gegeben. Der Wunsch nach freiem Unternehmertum läßt sich für Ausländer vorzugsweise im Dienstleistungsbereich und hier vor allem in der Gastronomie verwirklichen.

Interessant ist, daß die Bereitschaft von Ausländern, Teilzeitbeschäftigung anzunehmen, offenbar wesentlich geringer ist als bei den Deutschen. Während 1992 immerhin 18 % der deutschen Erwerbstätigen weniger als 36 Stunden pro Woche arbeiteten, waren es bei den Ausländern lediglich 12,4 %.

Auf welche Regionen des Bundesgebietes sich die erwerbstätigen Ausländer verteilen, hängt im wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Anteil der erwerbstätigen Ausländer in den industriellen Ballungsgebieten (wie z. B. an Rhein und Ruhr oder im Rhein-Main-Gebiet) wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen (z.B. im ehem. Zonenrandgebiet) dagegen erheblich darunter.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat es dort allerdings auch zu Zeiten der ehem. DDR nicht gegeben. Ende 1989 lebten in der ehem. DDR rund 190 000 Ausländer. Bis Oktober 1990 verringerte sich diese Zahl auf rund 166 000.

## **2 Neue Berufsstrukturen durch Veränderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen**

### **2.1 Berufe mit und ohne Zukunft - Indikatoren für den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft**

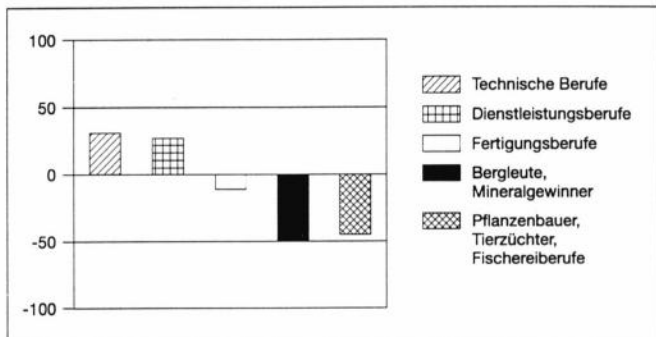
Neben der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen kommt der Frage nach der Änderung der Berufsstrukturen in den vergangenen vier Jahrzehnten eine besondere Bedeutung zu. Analog der aufgezeichneten Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zeigt sich auch in der Gliederung der Erwerbstätigen nach berufssystematischen Kriterien ein deutlicher und anhaltender Trend hin zur Tertiarisierung, d. h. zum Dienstleistungsbereich.

Mitte der fünfziger Jahre waren noch 18 % aller Erwerbstätigen in einem landwirtschaftlichen Beruf tätig, 44 % gehörten Fertigungsberufen an und nur 38 % übten einen Dienstleistungsberuf aus. 1991 waren dagegen sowohl im früheren Bundesgebiet (58 %) wie auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost (54 %) mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsberufen beschäftigt. In den Fertigungsberufen gingen jeweils rd. 30 % der Erwerbstätigen ihrem Broterwerb nach.

Diese beiden Berufsbereiche zusammen umfaßten im früheren Bundesgebiet fast 87 % aller Erwerbstätigen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze ist in den vergangenen 40 Jahren stark zurückgegangen. Er umfaßt jetzt jeweils nur noch 4 %. Allerdings betrug die Abnahme 1991 gegenüber 1989 lediglich 0,1 %. Im Zeitraum von 1973 bis 1991 hat sich die entsprechende Zahl noch von knapp 2 Mill. Erwerbstätigen auf gut 1 Mill. etwa halbiert. Starke Zuwachsraten wiesen die technischen Berufe auf, die allerdings mit rd. 1,8 Mill. Erwerbstätigen (früheres Bundesgebiet) zahlenmäßig bei weitem nicht die Bedeutung wie die Dienstleistungsberufe (rd. 17,2 Mill.) haben. Seit 1973 ergriffen fast 31 % mehr Erwerbstätige einen technischen Beruf. Bemerkenswert ist 1991 bei den technischen Berufen der sehr hohe Anteil der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Mit rd. 32 % lag er weit über dem entsprechenden Anteil der Frauen im früheren Bundesgebiet (13 %).

**Schaubild 6**  
**Entwicklung ausgewählter Berufsbereiche 1973 bis 1991\*)**

%



\*) Ergebnisse des Mikrozensus. – Früheres Bundesgebiet.

Untersucht man einzelne Berufe im längerfristigen Vergleich, so lassen sich bei einer Reihe von ihnen stark zunehmende bzw. abnehmende Tendenzen feststellen. Die aufgezeigte Entwicklung kann dabei naturgemäß unterschiedliche Gründe haben. Sie kann Teil eines langfristigen Strukturwandels sein, der durch Konjunkturbewegungen noch verstärkt wird. Die zunehmende bzw. abnehmende Tendenz der Berufe kann allerdings auch das Ergebnis anderer Einflüsse, wie z. B. temporärer Modeströmungen, sein. Die Entwicklung der einzelnen Berufe ist dabei nicht nur ein wichtiger Indikator für die sich ändernden Wirtschaftsstrukturen, sondern sie liefert auch ein Spiegelbild der jeweiligen gesellschaftspolitischen Verhältnisse.

So profitieren von der zunehmenden Automatisierung und Rationalisierung der Wirtschaft insbesondere technische Berufe. Seit 1950 haben sich beispielsweise die Maschinenbautechniker fast verdoppelt und die Elektroingenieure haben gar um 200 % zugenommen. In Anbetracht der kriegsbedingten Zerstörungen wundert es auch nicht, daß für Architekten und Bauingenieure gute Berufsaussichten bestanden. Auch ihre Zahl hat sich in den vergangenen 40 Jahren mehr als verdoppelt. Auch sogenannten modernen Berufen, wie Datenverarbeitungsfachleuten und Unternehmensberatern, die es in dieser Form 1950 noch gar nicht gab, gehört die Zukunft. Ihre Zahlen haben sich seit 1973 etwa verdreifacht. 1991 gab es in Westdeutschland 284 000 Datenverarbeitungsfachleute und 57 000 Unternehmensberater. Allerdings ist bei diesen Berufen offenbar in den letzten beiden Jahren ein gewisser Sättigungsgrad erreicht worden, da die entsprechenden Zuwachsraten 1991 gegenüber 1989 nur noch sehr gering waren. Auch in Ostdeutschland stehen Datenverarbeitungsfachleute (51 000) und Unternehmensberater (15 000) hoch im Kurs.

Wie stark sich die Sozialkomponente bei den Berufen auswirkt, zeigt sich an den Sozialarbeitern und Sozialpflegern, die ebenfalls zwischen 1973 (38 000) und 1991 (221 000) besonders stark zugenommen haben. Das wachsende Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung spiegelt sich an der Entwicklung der Diätassistenten, pharmazeutisch-technischen Assistenten wie auch den Masseuren wider. Während sich die Zahl der Diätassistenten im früheren Bundesgebiet von 1973 bis 1991 von 5 000 auf 31 000 erhöht hat, verfünffachte sich die Zahl der Masseure in diesem Zeitraum auf jetzt 100 000. 1950 wurden lediglich 9 000 Masseure gezählt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es 1991 5 000 Diätassistenten und 13 000 Masseure. Die ungebrochene Reiselust der Bevölkerung findet ihren Niederschlag in der Entwicklung der Berufsordnung „Fremdenverkehrsfachleute“. 1950 noch weitgehend unbekannt, hat dieser Beruf in den letzten 18 Jahren eine Zuwachsrate von 300 % erfahren. Hier besteht in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch ein Nachholbedarf, da 1991 Fremdenverkehrsfachleute dort noch keine nennenswerte Rolle spielten.

Zu den Berufen mit schlechten Zukunftsaussichten gehören – ausgelöst durch das stärkere Naturschutzbewußtsein der Menschen – die Fellverarbeiter, deren Zahl zwischen 1989 und 1991 um 38 % abgenommen hat, gegenüber 1973 gar um 64 %. Die Tatsache, daß Uhren heute nur noch selten repariert werden, wird auch durch die sinkende Zahl der Uhrmacher (– 71 % gegenüber 1973; – 84 % gegenüber 1950) dokumentiert. Eine ähnlich negative Entwicklung machten die Binnenschiffer (– 74 % gegenüber 1950) durch. Der in den letzten Jahren immer stärker gewordene Maschineneinsatz in der Landwirtschaft läßt sich an den Zahlen der Landarbeitskräfte ablesen. Anfang der neunziger Jahre gab es im früheren Bundesgebiet nur noch 36 000 Landarbeitskräfte. Ihre Zahl hat sich damit in den letzten 15 Jahren mehr als halbiert.



### **3 Mehr Bildung und Ausbildung – eine Forderung der modernen Arbeitswelt**

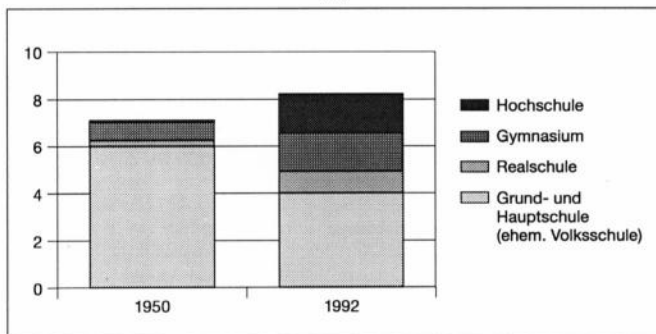
Eine umfassende Bildung und Ausbildung ermöglicht dem einzelnen Bürger die Entfaltung seiner Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten und versetzt ihn dadurch in die Lage, sein privates, berufliches und soziales Leben weitgehend nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Gleichzeitig ist die Qualifikation der Bevölkerung von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da der Ausbildungsstand der Erwerbspersonen, d. h. die Qualität des Produktionsfaktors Arbeit, ein entscheidender Faktor für die Produktivität und die Entwicklungsperspektiven einer Volkswirtschaft ist. Der sektorale Wandel in 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland in Richtung steigende Bedeutung qualifizierter Dienstleistungsaufgaben in der Arbeitswelt, die Verbreitung neuer Technologien, die wachsende Komplexität des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens sowie die Internationalisierung der Märkte führten zu einer erheblichen Anhebung der Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten. Gerade in jüngster Zeit kommt der „richtigen“ Wahl der allgemeinbildenden und beruflichen Ausbildung – insbesondere im Zuge der verstärkten Diskussion über fehlende berufsspezifische Qualifikationen als einem Auslöser der Erwerbslosigkeit – große Bedeutung zu. Offenbar wird immer deutlicher erkannt, daß zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt eine fundierte und gründliche Ausbildung – dies betrifft alle Arten von Abschlüssen – gleichermaßen vonnöten ist. Die Bildungsexpansion der vergangenen vier Jahrzehnte hat zu einem gewaltigen Anstieg der Bildungsbeteiligung aller Bevölkerungsschichten und zu einer entsprechenden Anhebung des allgemeinen Qualifikationsniveaus geführt. Möglich wurde diese Entwicklung durch ein extensives Wirtschaftswachstum, verbunden mit einer steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Beigetragen hat dazu aber auch der wachsende Wohlstand einer Elterngeneration, die es sich leisten konnte, mehr in die Bildung der Kinder zu investieren. Dieser Trend hielt auch zu Zeiten von Arbeitsmarktkrisen wie Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre an. Ein Grund hierfür mag sein, daß gerade unter den restriktiveren Arbeitsmarktbedingungen eine hohe Ausgangsqualifikation für Lehrstellenbewerber und Berufsanfänger zur unverzichtbaren Voraussetzung für den Berufseinstieg wurde. Ein längerer Verbleib in der Ausbildung diente nun nicht mehr nur der individuellen Chancenverbesserung, sondern auch der Vermeidung und Überbrückung von Arbeitslosigkeit.

#### **3.1 Qualifizierte Schulabschlüsse eröffnen berufliche Chancen**

Besonders im Schulbesuch spiegelt sich der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen wider. Untersucht man die quantitativen Entwicklungen in diesem Bereich, so ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich nicht nur die bereits angesprochenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Bildungsbereiches in den vergangenen 40

Jahren durch bildungspolitische Reformmaßnahmen des Staates grundlegend gewandelt haben, sondern entscheidende Einflüsse gingen auch von der demographischen Entwicklung aus. So ist in der Bundesrepublik der Altersaufbau der Bevölkerung gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre mit rund einer Mill. Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge mit etwa 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1992. Entsprechend dieser rückläufigen Geburtenentwicklung verändern sich mit zeitlicher Verzögerung auch die Gesamtzahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen. Sie betrug 1950 rd. 7 Mill. Schüler, verringerte sich dann bis 1960 um etwa 800 000, stieg aber in den folgenden Jahren wieder ständig an und erreichte 1975 ihren Höchststand mit über 10 Mill.; seitdem ging die Schülerzahl wieder kontinuierlich zurück bis auf 7,3 Mill. im Jahr 1992. Der Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen wirkt sich besonders stark auf den Schülerstand an Grund- und Hauptschulen (früher: Volksschule) aus, deren Zahl sich seit 1950 von rd. 6 Mill. auf 4 Mill. 1992 reduziert hat. Daß dieser Rückgang nicht nur demographische Ursachen hat, sondern sich hier der Trend von den Hauptschulen auf die Realschulen und Gymnasien verlagert hat, läßt sich daran ablesen, daß z. B. im Jahr 1960 noch 70 % der 13jährigen an Hauptschulen, aber nur 26 % an Realschulen und Gymnasien unterrichtet wurden; 1992 lag das Verhältnis bei 26 bzw. 55 %.

**Schaubild 7**  
**Schüler und Studenten im früheren Bundesgebiet nach Schularten**  
 Mill.



Einen besonders starken Aufschwung erlebte in den vergangenen 4 Jahrzehnten die Realschule (früher: Mittelschule). Ihre Schülerzahl hat sich allein zwischen 1960 und 1980 mehr als verdreifacht, wobei allerdings die bereits beschriebene demographische Entwicklung zu berücksichtigen ist. Bis 1992 ging die Schülerzahl jedoch wieder um ein Drittel auf 912 000 zurück. Der Realschulabschluß bietet heute einen

guten Einstieg für zahlreiche Berufslaufbahnen in Industrie, Handel und Gewerbe sowie in der Verwaltung. Außerdem ermöglicht er den Einstieg in ein Studium durch den weiteren Besuch von Fachoberschulen oder Fachgymnasien.

Ein positiver Aufschwung hat sich seit 1950 auch bei den Gymnasien eingestellt. So hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler hier mehr als verdoppelt. Sie betrug 1992 1,6 Mill. Ihren Höchststand erreichte sie infolge der Geburtenentwicklung im Jahr 1980 mit über 2,1 Mill.

Im Jahre 1991 hatten im früheren Bundesgebiet rund 36 % der Bevölkerung über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulbildung machten, einen sogenannten „höherwertigen“ Bildungsabschluß (Realschulabschluß, Fachhochschul-/Hochschulreife). In der Gruppe der 20 bis unter 30jährigen konnte bereits fast 60 % einen solchen Abschluß nachweisen, während die Altersjahrgänge ab 60 lediglich zu etwa 20 % eine Realschule oder ein Gymnasium erfolgreich absolviert hatten.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war das Schulwesen unmittelbar nach der Wende noch geprägt durch das ehem. DDR-Einheitsschulmodell für alle Kinder und Jugendlichen. Kernstück des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ war die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die die Grundlage für alle weiterführenden Bildungswege und die berufliche Ausbildung legte. Zwischenzeitlich wurde das Schulsystem weitgehend auf die Schulformen des früheren Bundesgebiets umgestellt, wobei jedoch die neuen Länder und Berlin-Ost landesspezifische Schularten einführten (u. a. Schulen mit integrierten Klassen für Haupt- und Realschüler, Mittelschulen, Regelschulen). So besuchten 37 % von den rund 2 Mill. Schülern in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Schuljahr 1992/93 Grundschulen, 8 % Hauptschulen, 17 % Schulen mit integrierten Klassen für Haupt- und Realschüler, 7 % Realschulen sowie 20 % Gymnasien.

### **3.2 Verstärkte berufliche Bildung – eine Antwort auf gestiegene Qualifikationsanforderungen**

Durch den beträchtlichen Strukturwandel, den die Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten durchlaufen hat, sind die Anforderungen an die Ausbildung, die Anpassungsbereitschaft und die Lernwilligkeit der Erwerbstätigen ebenfalls stark angestiegen. Bestehende Berufe wurden bedeutungslos oder änderten ihr Profil, völlig neue anspruchsvolle Berufsbilder entstanden. Diese Herausforderungen konnten nur mit immer besser ausgebildeten Beschäftigten angenommen werden, nur so war es möglich, die Produktion zu steigern, um den vielfältigen neuen Anforderungen gerecht zu werden. Auch eine drohende Arbeitslosigkeit konnte oft nur dann vermieden werden, wenn die Fachkenntnisse und Fähigkeiten der Erwerbstätigen den wachsenden Anforderungen der jeweiligen Arbeitsplätze angepaßt wurden. 1991 hatten fast 70 % der Bevölkerung einen beruflichen Bildungsabschluß, der Anteil der Hochschul- und Fachhochschulabsolventen belief sich auf rd. 12 %.

1992 standen 1,4 Mill. Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis. Mit 50 % aller Auszubildenden war der Bereich Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe) der größte Ausbildungsbereich; 33 % wurden im Handwerk ausgebildet. Damit entfielen 83 % der bestehenden Ausbildungsverhältnisse auf die gewerbliche Wirtschaft. Hier traten allerdings im Laufe der Jahre deutliche Veränderungen ein. Während der Anteil der Auszubildenden, die im Bereich von Industrie und Handel eine betriebliche Erstausbildung erhielten, von 1960 bis 1992 um 9 Prozentpunkte zurückging, stiegen die Anteilswerte insbesondere in den Bereichen Öffentlicher Dienst (1960: 1,5 % ; 1992: 4,5 %) und Freie Berufe (1960: 1,6 %; 1992: 10,3 %) an.

Gegenüber 1950 hat sich die Zahl der männlichen Auszubildenden um die Hälfte erhöht, während die Zahl der weiblichen Auszubildenden auf das 3 bis 4fache angestiegen ist. Auch die Verteilung der Auszubildenden auf die verschiedenen Berufe hat sich in den letzten 40 Jahren erheblich verändert. Während 1950 bei den männlichen Auszubildenden der Nachwuchs für Maurer, Tischler und Maler dominierte, stehen heute die künftigen Kraftfahrzeugmechaniker, Elektroinstallateure und Kaufleute im Groß- und Außenhandel an vorderster Stelle. Bei den weiblichen Auszubildenden haben sich die früher am stärksten besetzten Ausbildungsberufe vom Produktionsbereich, (z. B. Damenschneiderin) in den Dienstleistungsbereich (z. B. Arzthelferin, Bürokauffrau, Kauffrau im Einzelhandel) verlagert.

Wenn Beruf und Arbeit auch nach wie vor einen hohen Stellenwert in den Lebensentwürfen junger Menschen haben – insbesondere bei jungen Frauen hat deren Bedeutung noch zugenommen –, so haben sie nicht mehr den Ausschließlichkeitsanspruch wie noch in früheren Jahrzehnten. Bildungs- und Berufswahl sind heute eingebunden in die allgemeinen Lebensentwürfe und Zukunftsplanungen junger Menschen. Sie werden nicht mehr allein nur von den Verhältnissen im Bildungswesen oder denen am Arbeitsmarkt beeinflusst, sondern vor allem von den persönlichen Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen, wie von allgemeinen Wertorientierungen und Einstellungen zu den verschiedenen Lebensbereichen wie Arbeit und Beruf, aber auch Familie und Freizeit. Insofern haben sich nicht nur die Ansprüche an die einzelnen Arbeitsplätze, sondern auch an die Arbeit an sich verändert.

### **3.3 Hochschulabschluß – Gute Voraussetzung für eine berufliche Karriere**

Die Erfahrung, daß Wirtschaft und öffentliche Verwaltung einer modernen Industriegesellschaft für überdurchschnittlich Qualifizierte in der Regel auch berufliche Spitzenpositionen bereit hält, hat das Bildungsverhalten der gesamten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig verändert. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Sicherheit des Arbeitsplatzes, ein ausreichendes Einkommen sowie günstige Perspektiven für einen beruflichen Aufstieg mit Höhe des Ausbil-

dungsniveaus steigen, während die Risiken von Arbeitslosigkeit und unterwertiger Beschäftigung gleichzeitig deutlich sinken. Höhere Bildungsinvestitionen zahlen sich aber nicht nur in Mark und Pfennig aus, sondern auch bei den Arbeitsinhalten, der beruflichen Autonomie oder der außerberuflichen Lebensgestaltung. Hinzu kommt, daß wiederholte Arbeitsmarktkrisen und gestiegene Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem dazu geführt haben, daß der Wettbewerb um Ausbildungsplätze und berufliche Positionen schärfer geworden ist und nur eine hohe Ausgangsqualifikation die Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme an diesem Wettbewerb schafft.

Der Ausbau unseres Bildungswesens sowie die Aufgabe der traditionellen Zurückhaltung breiter Bevölkerungskreise gegenüber einer weiterführenden, höheren Bildung hat in den letzten Jahrzehnten bewirkt, daß ein großer Teil der Erwerbstätigen heute Ausbildungsabschlüsse vorweisen kann, die früher nur einer kleinen Gruppe vorbehalten waren. Von der in den sechziger Jahren vielfach geäußerten Befürchtung einer drohenden „Bildungskatastrophe“, d. h. einem Bildungsrückstand der deutschen Bevölkerung im internationalen Vergleich, kann heute keine Rede mehr sein.

Insbesondere nach dem 2. Weltkrieg setzte in der Bundesrepublik der Drang nach mehr Bildung und beruflicher Qualifikation ein. 1950 betrug die Studentenzahl rund 100 000; bis 1960 hat sie sich mehr als verdoppelt. Der sog. „Sputnikschock“, die Warnungen vor einem Qualifikationsdefizit in Deutschland und der darauffolgende Ausbau der Bildungs- und Hochschulkapazitäten, der Anstieg der Studienneigung und die demographische Entwicklung führten dann bis zum Jahr 1970 zu einem Anstieg auf mehr als das Eineinhalbfache (rund 420 000 Studenten). Anfang der achtziger Jahre wurde dann bereits die Millionengrenze überschritten und derzeit (1992) sind im früheren Bundesgebiet mehr als 1,6 Mill. Studenten in einer Hochschule eingeschrieben, das mehr als Sechsfache des 1960 erreichten Standes.

Die wachsende Zahl von Studenten hat sich im Laufe der Jahre auch deutlich auf den Gesamtbestand an Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß ausgewirkt. 1991 gab es bereits 3,1 Mill. Akademiker auf dem Arbeitsmarkt. Dabei erhöhte sich die Zahl der Akademiker mit Abschluß an einer wissenschaftlichen Hochschule (Universität) im Zeitraum 1970 bis 1991 von rd. 1 Mill. auf 2 Mill., die der Erwerbstätigen mit Fachhochschulabschluß von rund 1/2 Mill. auf 1,1 Mill. Insgesamt hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Hochschulabschluß in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Gemessen an allen Erwerbstätigen (29,7 Mill.) wiesen 1991 10 % (Männer 7 %, Frauen 3 %) eine abgeschlossene Höchschulausbildung auf. 1970 betrug dieser Akademisierungsgrad erst 5,7 % und 1960 gar erst 2,9 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost liegt die entsprechende Zahl der Hochschulabsolventen 1991 mit knapp 11 % (Männer 7 %, Frauen 4 %) sogar noch darüber. Dort konnten im April 1991 insgesamt 836 000 Erwerbstätige einen Hochschul-

abschluß nachweisen, und zwar rund 689 000 an einer wissenschaftlichen Hochschule (Universität) und 147 000 an einer Fachhochschule.

Typisch für die akademisch ausgebildeten Erwerbstätigen ist, daß sie nur in relativ wenigen Berufen tätig sind. 2,4 Mill. von ihnen, das sind 78 %, konzentrierten sich im April 1991 auf nur 12 der insgesamt 86 Berufsgruppen. Zahlenmäßig am stärksten besetzt ist die Berufsgruppe der Lehrer mit mehr als 690 000. Die Berufsgruppe der Ingenieure stellt mit 507 000 ebenfalls eine sehr hohe Zahl an Hochschulabsolventen. Unter den Berufsgruppen, die zu 100 % mit Absolventen einer wissenschaftlichen Hochschule besetzt sind, waren die Ärzte und Apotheker mit 237 000 im April 1991 zahlenmäßig die bedeutendsten, gefolgt von den Juristen (Richter, Staats- und Rechtsanwälte, Notare und Justiziarer) mit rund 110 000. Die geistes- und naturwissenschaftlichen Berufe registrierten rund 98 000 Akademiker.

Untersucht man die Frage, in welchen Wirtschaftsabteilungen die Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß ihre berufliche Existenz gefunden haben, so erhält man aufschlußreiche Anhaltspunkte und Informationen zur besseren Einschätzung der beruflichen Einsatzmöglichkeiten und Chancen für Akademiker auf dem Arbeitsmarkt. Rund 1,5 Mill. Erwerbstätige mit Hochschulabschluß und damit fast die Hälfte aller im Erwerbsleben stehenden Akademiker hatten im April 1991 ihr berufliches Betätigungsfeld in der Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“ gefunden. Im „Verarbeitenden Gewerbe“ haben 593 000, das sind 19 % aller erwerbstätigen Akademiker, ihren Broterwerb gefunden. 441 000 und damit rund jeder siebte akademisch gebildete Erwerbstätige setzt sein Wissen und seine Erfahrung in der Wirtschaftsabteilung „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ ein. Im Handel finden sich rund 144 000 Akademiker.

Ein Drittel, nämlich 939 000 der rund 3,1 Mill. Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß befanden sich 1991 in einem Beamtenverhältnis; mehr als die Hälfte, nämlich 1,653 Mill., in einem Angestelltenverhältnis. Selbständige mit Hochschulabschluß gab es 440 000.

## **Schlußbemerkung**

Nach dem zweiten Weltkrieg stand Deutschland vor einer großen Herausforderung. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen waren zerstört, die Volkswirtschaft war am Boden, das Land brauchte einen totalen Neuaufbau. Durch eine energische Aufbauleistung, das sogenannte „Wirtschaftswunder“, wurde diese Aufgabe in der Bundesrepublik Deutschland gemeistert. Allerdings zeigt der Rückblick auf 40 Jahre Bundesrepublik, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die vielfältigen strukturellen Wandlungen in dieser Zeit keinesfalls immer gradlinig und kontinuierlich verlaufen sind. Neben der Wiederaufbauphase in den frühen fünfziger Jahren und der daran anschließenden Konsolidierungsphase gab es immer wieder Zeiten wirtschaftlicher Flaute, die abgelöst wurden von konjunkturellen Aufwärtseentwicklungen. Deutlich geworden ist in vier Jahrzehnten auch, daß notwendige Strukturanpassungen keine einmaligen Vorgänge sind, sondern permanent geleistet werden müssen, um in einer sich verändernden Arbeits- und Berufswelt bestehen zu können. Dies gilt für Unternehmen, die sich am Markt behaupten wollen ebenso wie für Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze sichern und erhalten wollen.

Seit der Wiedervereinigung steht die deutsche Wirtschaft vor einer erneuten Herausforderung – ausgelöst durch strukturelle Anpassungsprobleme zwischen Ost und West wie auch durch die allgemeine Weltwirtschaftslage. Die größte Hypothek ist dabei sicherlich, die auf hohem Niveau verharrende Arbeitslosigkeit – trotz beginnenden Konjunkturaufschwungs und trotz vielfältiger Umschulungsprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage – insbesondere der Arbeitsmarktsituation – kann nur erreicht werden durch eine konsequente Modernisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft einerseits sowie einem gezielten Aufbau neuer wirtschaftlicher Strukturen in den neuen Ländern und Berlin-Ost andererseits. Diese Aufgabe kann nur bewältigt werden, wenn in der Politik, der Wirtschaft, den gesellschaftlichen Gruppierungen und staatlichen Institutionen die Bereitschaft zum Umdenken und Handeln wächst. Alle sind gefordert – in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich – am wirtschaftlichen Aufschwung mitzuarbeiten, um somit Beschäftigung zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bis die „heilenden“ Kräfte der Marktwirtschaft möglicherweise im Sinne eines zweiten „Wirtschaftswunders“ wirken, bedarf es allerdings etwas Geduld, wie auch der wirtschaftliche Verlauf in 40 Jahren Bundesrepublik gezeigt hat.

## **Zusammenfassung**

Auf dem Arbeitsmarkt haben sich in den letzten 4 Jahrzehnten bemerkenswerte Entwicklungen und Veränderungen ergeben:

Die Zahl der Erwerbspersonen ist um 10 Mill. gestiegen. Immer mehr Frauen entdecken die Arbeitswelt. Mehr als die Hälfte aller Frauen im erwerbsfähigen Alter sind heute bereits erwerbstätig, was in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist. Immer häufiger wird dabei Teilzeitarbeit als Alternative zur Vollzeitarbeit gewählt. Die ausländischen Mitbürger sind in den vergangenen Jahrzehnten zu einem wichtigen Teil unseres wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens geworden. Heute leben im früheren Bundesgebiet gut 6 Mio. Menschen aus anderen Ländern. Nahezu jeder 11. Einwohner besitzt demnach einen fremden Paß. Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hin zu einer modernen Industriegesellschaft führte zu einem kontinuierlichen Wandel der bestehenden Wirtschaftsstrukturen. Mitte der fünfziger Jahre war noch fast jeder 5. Erwerbstätige in einem landwirtschaftlichen Beruf tätig, heute sind es nur noch 4 %, während inzwischen mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsberufen tätig sind und damit eindrucksvoll den Weg in eine Dienstleistungsgesellschaft signalisieren. Die Erkenntnis, daß mehr Bildung und Ausbildung eine unverzichtbare Forderung der modernen Arbeitswelt geworden ist, spiegelt sich deutlich im Trend nach höheren Bildungsabschlüssen wider. Der Ausbau unseres Bildungswesens nach Ende des 2. Weltkrieges hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Erwerbstätigen heute Bildungsabschlüsse und damit ein Qualifikationsniveau vorweisen kann, das früher nur einer relativ kleinen Gruppe von Erwerbstätigen vorbehalten war.



## Literaturhinweise

*Bundesinstitut für Berufsbildung (1993):* Berufsbildungsbericht 1993.

*Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1988):* Teilzeitarbeit –, 2. Auflage.

*Bundesministerium für Wirtschaft (1993):* Dokumentation – Zukunftssicherung des Standortes Deutschland.

*Buttler, F., Franke, H. (1991):* Arbeitswelt 2000 – Strukturwandel in Wirtschaft und Beruf.

*Damm-Rüger, S. (1993):* Frauenerwerbstätigkeit und Frauenausbildung in den alten und neuen Bundesländern – Bisherige Entwicklung und Perspektiven, Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung, Heft 2/1993.

*Deutsche Bundesbank (1989):* Längerfristige Entwicklungstendenzen am Arbeitsmarkt, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

*Deutsche Bundesbank (1993):* Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland seit dem Ende der 80iger Jahre, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1992):* Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft – Strukturberichterstattung 1992.

*Geißler, R. (1991):* Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und im vereinten Deutschland – Aus Politik und Zeitgeschichte, in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 14 – 15/91.

*Giersch, H. (1988):* Kieler Studien – Mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung.

*Höhn, C., Rein, D. (1990):* Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland – Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 20.

*IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (1983):* Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Studien zur Strukturforschung, München.

*Institut für Wirtschaftsforschung (1989):* Entwicklungslinien im internationalen Strukturwandel, Spezialuntersuchung im Rahmen der HWWA-Strukturberichterstattung 1991, Hamburg.

*Klauder, W. (1992):* Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit heute und morgen – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 4/92.

*Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991):* Europäische Wirtschaft Arbeitsmarktentwicklung in der Gemeinschaft.

*Poser, G. (1986); Strukturwandel und Beschäftigung – Arbeitstagung des Instituts für Volkswirtschaftslehre*

*Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1993); WSI-Mitteilungen*

*Statistisches Bundesamt:*

- *Wirtschaft in Zahlen, Ausgabe 1983.*
- *Von den 20iger zu den 80iger Jahren – Ein Vergleich der Lebensverhältnisse der Menschen, 1987.*
- *Bevölkerung gestern, heute und morgen, 1985.*
- *Im Blickpunkt: Der Mensch, Ausgabe 1985.*
- *Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung, 1992.*
- *Bildung im Zahlenspiegel, 1993.*
- *40 Jahre – Zählen, messen und gewichten, 1950 - 1990.*
- *Wirtschaft und Statistik 10/1993, 4/1993, 1/1993, 12/1991, 11/1990, 2/1989.*
- *Datenreport 1992, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland.*
- *Im Zuge der Zeit, Ein Bilderbogen durch vier Jahrzehnte, 1989.*
- *Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972.*

*Tessaring, M. Schober, K. (1993); Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 3/1993.*

*Thalheim, K.C. (1981); Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland.*

## **Wandel der Arbeitsplatzstruktur in der ehem. DDR bis zur Vereinigung**

Die DDR gibt es nicht mehr. Nach 40 Jahren Trennung und Entwicklung auf einer ordnungspolitischen Grundlage, die als Gegenentwurf zur Marktwirtschaft konzipiert war, hat die deutsche Vereinigung im Gebiet zwischen Elbe und Oder einen Systemschock ausgelöst, dessen Überwindung einen längeren Anpassungsprozeß beansprucht. Die Schockwirkung zeigt sich am deutlichsten auf dem Arbeitsmarkt, wo im Gefolge des kräftigen und rapiden Arbeitsplatzabbaus bis 1993 zeitweise über 3 Mill. Personen offen oder verdeckt erwerbslos waren. Dafür gibt es verschiedene Ursachen. In letzter Instanz lassen sie sich auf die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme, das Effizienzgefälle zwischen ihnen und die Nachwirkungen der andersartigen Koordinationsmechanismen und Entscheidungsstrukturen zurückführen.

Die Arbeitsplätze blieben auch in 40 Jahren DDR nicht unverändert bestehen, sondern unterlagen einschneidenden Veränderungen. Dieser Wandel fiel nicht wie Manna vom Himmel. Seine Ausprägungen folgten auch nicht unvermittelt veränderten Marktkonstellationen oder der Erfindung neuer Produkte und Produktionsverfahren. Der Wandel der Arbeitsplatzstruktur entsprang immer auch dem ideologisch motivierten Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept der Führung der ehem. DDR und war letztlich Resultat des Wechselspiels von Ideologie und Sachzwängen der Ökonomie. Deshalb kommen Autor und Leser des folgenden Beitrags nicht umhin, einige Grundlagen der Wirtschaftsorganisation in der ehem. DDR und deren praktische Realisierung zu streifen.

### **1 Der „Preis“ der Vollbeschäftigung**

Arbeitslosigkeit war in der ehem. DDR ein Fremdwort. Knapp waren in der Staatswirtschaft nicht die Arbeitsplätze sondern die Arbeitskräfte. Mit dem kontinuierlichen Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion entstanden in den 40 Jahren DDR-Existenz ständig neue, zusätzliche Arbeitsplätze. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel selbst in den Jahren der offenen innerdeutschen Grenze nicht unter den Stand von 1950 zurück. In der 2. Hälfte der fünfziger Jahre sank sie zwar gering-

---

\*) Dr. Udo Ludwig, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Im Zuge der Erarbeitung dieses Beitrages ist eine nicht unbeträchtliche Dankesschuld entstanden. Ein ganz besonderer Dank gebührt dem Arbeitsbereich Deutsche Einheit und Osteuropa (DEO) des Statistischen Bundesamtes (Zweigstelle Berlin), der den Autor bei der Erschließung und Aufbereitung von Erwerbstätigenangaben der ehem. DDR tatkräftig unterstützt hat. Zu danken ist auch Marina Kellner (IWH), die bei Auswertungsrechnungen und Schaubildentwürfen behilflich war sowie Manuela Scholz (IWH), in deren Händen die schreibtechnische Fertigstellung lag.

fällig in einigen aufeinanderfolgenden Jahren. Sie stieg aber nach 1963 Jahr für Jahr wieder an und kletterte 1988 auf 9,8 Mill. Personen, was einem jahresdurchschnittlichen Wachstum der Beschäftigung von knapp 0,5 % über 25 Jahre hinweg bedeutet.

Die Einwohnerzahl und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter waren dagegen seit 1950 mit nur kurzzeitigen Unterbrechungen rückläufig. Bis zur Grenzschließung 1961 gingen die Bevölkerungsverluste von über 2 Mill. Personen auf die Westwanderung zurück. Danach sank die Einwohnerzahl bis 1988 um 0,4 Mill. vor allem aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Ende 1989 lebten in der ehem. DDR noch 16,4 Mill. Menschen. Das waren 2,4 Mill. weniger als im Jahr ihrer Gründung.

Schneller noch als die Einwohnerzahl insgesamt sank bis Ende der sechziger Jahre die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Bis 1961 war deren Anzahl gegenüber 1950 um 1,4 Mill. zurückgegangen. 1969 erreichte sie mit 9,76 Mill. Personen ihren tiefsten Stand. Das entsprach einem Rückgang gegenüber 1950 um 16,2 % (Bevölkerung: 7,1 %).

**Tabelle 1: Bevölkerung und Erwerbstätige in der ehem. DDR**

Jahr	Bevölkerung <sup>1)</sup>		Erwerbstätige	Erwerbsbeteiligung		
	insgesamt	dar. im arbeitsfähigen Alter <sup>2)</sup>		insgesamt	Männer	Frauen
	1 000		%			
1950 .....	18 388,2	11 646,1	8 339,1	71,6	95,5	52,4
1955 .....	17 832,2	11 323,6	8 460,0	74,7	93,7	58,8
1960 .....	17 188,5	10 589,1	8 459,4	79,9	96,0	65,7
1965 .....	17 039,7	9 818,2	8 476,9	86,3	98,2	75,3
1970 .....	17 068,3	9 765,7	8 736,1	89,5	97,3	81,7
1975 .....	16 820,2	9 884,2	8 996,0	91,0	95,9	86,1
1980 .....	16 739,5	10 436,8	9 471,3	90,7	97,5	86,8
1985 .....	16 640,1	10 681,2	9 728,5	91,1	93,6	88,4
1988 .....	16 674,6	10 756,0	9 823,1	91,3	93,0	89,5
1989 .....	16 433,8	10 668,4	9 747,0	91,4	92,7	89,9

1) Stand: jeweils 31.12 des angegebenen Jahres.

2) Frauen im Alter von 15 bis unter 60, Männer von 15 bis unter 65 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1993 und 1994)

Um die Lücke zwischen den vorhandenen sowie neu hinzukommenden Arbeitsplätzen und dem Arbeitskräfteangebot auszugleichen, wurden immer neue Gruppen aus der zum jeweiligen Zeitpunkt noch nicht erwerbstätigen Bevölkerung in den

Produktionsprozeß einbezogen und dieser Übergang von der Sozialpolitik flankiert. Das betraf vor allem die Hausfrauen. Während mit 95 % bereits in den Anfangsjahren fast alle arbeitsfähigen Männer am Erwerbsleben teilnahmen, war es 1950 etwa die Hälfte der Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 60 Jahren. Im Jahre 1965 lag die Erwerbsbeteiligung der Frauen schon bei drei Viertel dieser Altersgruppe, zehn Jahre später bei 86 %. Am Ende der DDR hatten die Frauen mit 90 % fast zur Erwerbsbeteiligung der Männer aufgeschlossen, die in den letzten Jahren auf 93 % zurückgegangen war.

Im Dienst der Überwindung der Arbeitskräfteknappheit stand auch die Sozialpolitik. So wurde zur Sicherstellung der Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben ein Betreuungs- und Erziehungssystem für Kinder im Schul- und Vorschulalter aufgebaut, das jedem Kind einen Kindergartenplatz garantierte. Zudem wurde das Bevölkerungswachstum durch eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen angeregt. Vor allem wurden junge Ehen gefördert, Geburtenbeihilfen und Kindergeld gezahlt.

Die Teilnahme von über 90 % der arbeitsfähigen Bevölkerung am Erwerbsleben hatte ihren „Preis“. Arbeitskräfte blieben knapp, weil durch den politischen Machtapparat kein geringer Teil der Wirtschaft entzogen wurde und es der Wirtschaftspolitik nicht gelang, genügend Arbeitskräfte durch Rationalisierung der Produktion freizusetzen und damit die Besetzung neu entstandener Arbeitsplätze sicherzustellen. Es gab und blieb ein Effizienzdefizit. Der Produktivitätsrückstand der ehem. DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde z. B. zwar in der Vergangenheit nie einheitlich beurteilt, er war aber auf jeden Fall beträchtlich. In den amtlichen Verlautbarungen der ehem. DDR wurde er in den achtziger Jahren auf 30 %, von anderen Quellen auf 45 bis 65 % beziffert.<sup>1)</sup>

Die mangelnde Effizienz der Wirtschaft zog ihrerseits entsprechend niedrige Einkommen der am Wirtschaftsleben beteiligten Arbeitnehmer nach sich. Die Einkommen reichten zwar aus, um ein auf eigene Arbeit gegründetes, materiell allerdings eher bescheidenes Lebensniveau zu garantieren. Im Vergleich zur Bundesrepublik wiederum war der Rückstand deutlich. So empfing z. B. ein Beschäftigter zwischen Elbe und Oder 1989 durchschnittlich in Mark der DDR rund 30 % der Lohn- und Gehaltssumme eines Arbeitnehmers im früheren Bundesgebiet (VGR-Konzept). Diese Diskrepanz pflanzte sich in den Verbrauchszahlen fort, obwohl sie dort niedriger ausfällt. Das Preisgefüge in der ehem. DDR hat die Bezieher niedriger Einkommen aufgrund der hohen Subventionen bei Lebensmitteln, Energie- und Verkehrstarifen sowie Mieten begünstigt, und ein Teil der Einkommen ist den Haushalten unentgeltlich zugeflossen.

---

1) Vgl. Ludwig (1993).

## 2 Ordnungsrahmen der Wirtschaft und Arbeitsplatzstruktur

### 2.1 Die Verdrängung des Mittelstandes

Im Realsozialismus der ehem. DDR bildete das staatliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, genannt Volkseigentum, die sozio-ökonomische Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft. Als Gegenstück zum Privateigentum diente es nicht nur der Sicherung der politischen Machtverhältnisse. Mit ihm sollte zugleich dem Wettbewerbsprinzip der Marktwirtschaft und dem ihm eigenen Anreizsystem der Boden entzogen und an seine Stelle die zentrale Lenkung der gesamtwirtschaftlichen Produktion gesetzt werden.

Der Grundstock des staatlichen Eigentums in der ehem. DDR entstand bereits vor ihrer Gründung. Auf der Basis einschlägiger Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht aus den Jahren 1945 und 1946 war das Vermögen von Naziaktivisten, Rüstungsfabrikanten und anderen Verantwortlichen am 2. Weltkrieg beschlagnahmt worden. Unter diese Sequesterbefehle fielen die gesamte Großindustrie sowie bedeutende Teile der übrigen Industrie. Ein großer Teil dieser Unternehmen wurde auf der Grundlage des Volksentscheids vom 30.06.1946 in Sachsen enteignet, mit dem Befehl 64 vom April 1948 zu Volkseigentum erklärt und unter die Verwaltung der Länder bzw. Kommunen gestellt. Die leistungsfähigsten und modernsten Großbetriebe der sowjetischen Besatzungszone, gut 200 an der Zahl, wurden 1946 aus deutschem Eigentum herausgelöst und zur teilweisen Befriedigung der Reparationsansprüche der ehem. UdSSR in sowjetisches Eigentum überführt. Sie führten als sowjetische Aktiengesellschaften (SAG-Betriebe) die Produktion fort.

Auch die traditionellen Institute des Bank- und Versicherungswesens waren auf der Grundlage von Befehlen der Sowjetischen Militäradministration 1945 geschlossen worden. Die alten Banken und Versicherungsanstalten hatten ihre Tätigkeit einzustellen. Es wurden staatliche Geld- und Kreditinstitute gegründet, wie die Landes- und Provinzialbanken als regionale Universalbanken, städtische und kommunale Banken, Sparkassen. Im Bereich der Personen- und Sachversicherung kam es in den Ländern ebenfalls zu staatlichen Neugründungen. Die genossenschaftlichen Kreditinstitute durften ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Auch einige kleine Privatbanken blieben zugelassen.

Im Jahre 1947 gingen alle Bodenschätze und Bergwerksbetriebe – mit Ausnahme der SAG Wismut, die für den Abbau des Uranerzes im Erzgebirge zuständig war – in staatliche Hand über. Parallel dazu lief seit 1945 die Bodenreform. Grund und Boden von Großagrariern, Gutsbesitzern und aktiven Nationalsozialisten sowie aller landwirtschaftlicher Privatbesitz über 100 Hektar wurden entschädigungslos enteignet. Rund 3,3 Mill. ha Boden gelangten auf diese Weise in einen staatlichen Bodenfonds, aus dem 2,2 Mill. ha an über 550 000 landlose und landarme Bauern sowie Landarbeiter verteilt wurden. Daneben kam es zur Gründung von Staatsgütern. Ihre

Hauptaufgabe war die Versorgung der Landwirtschaft mit Saat- und Pflanzgut sowie Zuchtvieh. Im Jahre 1951 wurden 70,7 % der gesamten Betriebsfläche von privaten Einzelbauern bewirtschaftet.

So dominierten bereits bei Gründung der DDR in den meisten Bereichen der Wirtschaft Staatsbetriebe. Das betraf vor allem den Bergbau und die Energieversorgung, fast die gesamte Grundstoffindustrie, die Banken und Versicherungen. Dazu kamen die Eisenbahn und die Post, der städtische Nahverkehr, die Luftfahrt und die Hafenwirtschaft, in denen staatliche Unternehmen schon immer vorherrschend waren. Verstaatlicht worden sind bis zur DDR-Gründung insgesamt fast 10 000 Unternehmen.

Im Handel bildete die Gründung der Staatlichen Handelsorganisation (HO) 1948 den Auftakt für die direkte Lenkung des Warenumsatzes durch die öffentliche Hand. Dieses staatliche Einzelhandelsunternehmen besaß anfangs das alleinige Recht, in seinen Läden bewirtschaftete Waren zu überhöhten Preisen frei zu verkaufen und damit dem „schwarzen Markt“ eine wirtschaftliche Grundlage zu entziehen. Der private und der genossenschaftliche Einzelhandel durften in den Anfangsjahren nur rationierte Waren zu verbilligten Preisen abgeben. Die Geburtsstunde des staatlichen Großhandels schlug 1949 mit der Gründung der Deutschen Handelszentrale.

Anfang der fünfziger Jahre bildete die schrittweise Rückgabe der SAG-Betriebe an die Behörden der ehem. DDR eine wichtige Quelle für die Vergrößerung des staatlichen Sektors. Im wesentlichen nahm jedoch sein Stellenwert in den fünfziger und sechziger Jahren durch den Aufbau neuer und die Erweiterung bestehender Unternehmen zu.

Waren 1950 bereits drei Viertel aller Industriebeschäftigten in Staatsunternehmen tätig, so stiegen ihre Anzahl und ihr Anteil in der Folgezeit weiter an. In der Industrie lag der Anteil 1955 bei 82 %, einem Niveau, das bis in die sechziger Jahre hinein Bestand hatte.

Trotz der vorherrschenden Stellung des staatlichen Unternehmenssektors blieb die private Wirtschaft zur Zeit der DDR-Gründung eine ansehnliche ökonomische Kraft und ein bedeutender Arbeitgeber. Ihr Anteil an den Arbeitsplätzen in der Gesamtwirtschaft lag 1955 bei 40 %. Private Klein- und Mittelbetriebe prägten das Erscheinungsbild nicht nur im Handwerk sondern auch in der Landwirtschaft, wo drei Viertel der Arbeitsplätze auf Privatunternehmen entfielen. Auch in den anderen Wirtschaftsbereichen war die Privatwirtschaft stark vertreten. Im Handel stellte der private Unternehmenssektor über ein Drittel und in der Bauindustrie ein Viertel aller Arbeitsplätze.

Im Verarbeitenden Gewerbe befanden sich 1950 insgesamt 27 % aller Arbeitsplätze in Privatunternehmen, die vor allem im Bereich der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, im Spezialmaschinenbau sowie den meisten Zweigen des

Verbrauchs- und Nahrungsgütergewerbes angesiedelt waren. Obwohl ihre Bedeutung bis 1955 bereits um 8 Prozentpunkte zurückgegangen war, lag ihr Anteil im Bekleidungsgewerbe immer noch bei 43 %, in der Holzbe- und -verarbeitung bei 39 %, im Leder- und Schuhgewerbe bei 30 % und im Nahrungsgütergewerbe bei 27 %.

**Tabelle 2: Erwerbstätige in der ehem. DDR nach Eigentümergruppen der Betriebe**

Jahr	Erwerbstätige insgesamt <sup>1)</sup>	Davon tätig in:			
		Staatsbetrieben	Genossen- schaften	Halbstaatl. Betrieben	Privaten Betrieben <sup>2)</sup>
1 000 Personen					
1952 .....	7 814,3	3 972,0	270,6	—	3 571,7
1960 .....	8 046,4	5 031,2	1 523,9	354,5	1 136,8
1962 .....	8 077,5	5 085,0	1 606,5	438,3	947,7
1969 .....	8 203,2	5 448,6	1 529,4	443,9	781,3
1972 .....	8 266,4	6 338,8	1 318,7	7,4	601,5
1989 .....	8 885,8	7 100,2	1 312,9	1,5	471,2
Anteil in %					
1952 .....	100	50,8	3,5	—	45,7
1960 .....	100	62,5	18,9	3,8	14,8
1962 .....	100	63,0	19,9	5,4	11,7
1969 .....	100	66,4	18,6	5,4	9,5
1972 .....	100	76,7	16,0	0,1	7,3
1989 .....	100	79,9	14,8	0,0	5,3

1) Ohne Erwerbstätige im sog. "X-Bereich" und Personen im Mütterjahr.

2) Einschließlich Kommissionshandel.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1993 und 1994)

Die private Industrie zeichnete sich durch eine ausgesprochen mittelständische Unternehmenslandschaft aus. Mit 89 % befand sich 1955 die überwiegende Mehrzahl aller Arbeitsplätze in Unternehmen mit bis zu 200 Beschäftigten. Nur etwa 150 von fast 13 800 privaten Industriebetrieben beschäftigten mehr als 200 Personen. Die meisten Privatunternehmen gehörten zur Gruppe der Kleinbetriebe. Von allen Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten wurden 82 % privat geführt und dort arbeiteten 80 % der Beschäftigten dieser Größenklasse. Das waren zugleich 83 % aller privaten Industrieunternehmen, in denen sich insgesamt 48 % aller Arbeitsplätze der Privatindustrie befanden. Die Unternehmen mit 51 bis 200 Beschäftigten waren zur Hälfte in privater Hand und stellten Arbeitsplätze für 45 % aller Beschäftigten dieser Unternehmensgruppe. Das waren zwar nur 16 % aller Privatbetriebe, in ihnen arbeiteten aber 41 % der Beschäftigten der Privatindustrie.



So dominierten die privaten Industrieunternehmen im kleinen und mittleren Betriebsgrößenbereich, während z. B. die Staatsunternehmen – kaum überraschend nach den Enteignungen der Großindustrie in den Nachkriegsjahren – die meisten Arbeitsplätze in den Betrieben mit über 500 Beschäftigten stellten. Zwar waren auch 69 % der staatlichen Industrieunternehmen auf nicht mehr als 200 Arbeitsplätze ausgelegt, sie traten jedoch nur bei 19 % der Beschäftigten im staatlichen Industriesektor als Arbeitgeber auf. Das Gros der Arbeitsplätze im staatlichen Industriebereich befand sich mit 73 % in der Größenklasse mit über 500 Beschäftigten.

Eine mittelständische Struktur wies auch die Bauindustrie auf. 86 % aller Bauunternehmen beschäftigten 1956 bis zu 200 Personen. Auch hier prägte der Kleinbetrieb die Unternehmenslandschaft. 60 % aller Bauunternehmen beschäftigten nicht mehr als 50 Personen. Allerdings fanden nur 24 % aller Arbeiter und Angestellten der Bauindustrie in diesen kleinen und mittelgroßen Unternehmen einen Arbeitsplatz. Die meisten Arbeitnehmer waren mit 61 % in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten tätig.

Die Privatwirtschaft stand ordnungspolitisch im Gegensatz zur Gesellschafts- und Wirtschaftsdoktrin der DDR-Führung. Für ihre Integration in die Staatswirtschaft wurden im Unterschied zu den Nachkriegsjahren andere Methoden als die entschädigungslose Enteignung gewählt. Die kleinen und mittleren Unternehmen in der Landwirtschaft und im Handwerk sollten ihre wirtschaftliche Selbständigkeit durch den Zusammenschluß zu Produktionsgenossenschaften verlieren. In den anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Produzierenden Gewerbe, war dafür die Beteiligung des Staates am Produktivvermögen der Unternehmen vorgesehen. Darüber hinaus wurden die privaten Händler durch den Abschluß von Kommissionsverträgen mit staatseigenen Handelsunternehmen in die zentralen Verteilungssysteme und Vertriebswege eingebunden.

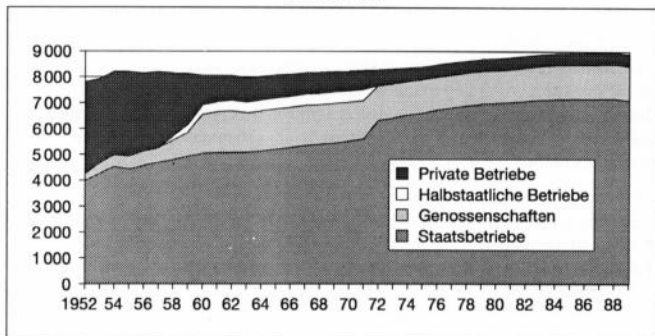
Genossenschaften gab es in Deutschland lange vor Gründung der DDR. In ihnen hatten sich Landwirte, Kleingewerbetreibende, Handwerker und Verbraucher aus verschiedenen Gründen vereint, sei es, um durch den Zusammenschluß die Vorzüge des Großbetriebes zu nutzen oder in der Gemeinschaft die schwache Marktposition des einzelnen auszugleichen. In der Regel erfüllten diese Genossenschaften eine hilfswirtschaftliche Funktion gegenüber der Eigenwirtschaft der Genossenschaftsmitglieder.<sup>2)</sup> Ihre Haupttätigkeit richteten sie auf die Kreditbeschaffung, den Absatz der Produkte und den Bezug von Produktionsmitteln zu günstigen Bedingungen für den einzelnen. Diese Art von Handels- und Kreditgenossenschaften durften bereits 1945/46 aufgrund von Befehlen der sowjetischen Militäradministration ihre Geschäftstätigkeit wieder aufnehmen. Ihre Bedeutung als Anbieter von Arbeitsplätzen blieb zwar zu jener Zeit deutlich gegenüber den anderen Betriebsformen zurück, im

---

2) Vgl. Nell-Breuning (1961).

Handel stellten die Genossenschaften 1952 aber reichlich ein Fünftel der Arbeitsplätze. Selbst im Verarbeitenden Gewerbe waren sie durch die Produktionsbetriebe der Konsumgenossenschaften präsent und traten im gleichen Jahr gegenüber 30 % der Erwerbstätigen im Nahrungsgütergewerbe als Arbeitgeber auf.

**Schaubild 1**  
**Erwerbstätige in der ehem. DDR nach Eigentümergruppen der Betriebe**  
 1 000 Personen



Quelle: Statistisches Amt der DDR; – IWH-Grafik

Im Jahre 1952 erklärte die Führung der ehem. DDR die Bildung von Produktionsgenossenschaften als geeignetsten Weg für Bauern und Handwerker zum Sozialismus. Damit begann sich die Rolle der Genossenschaften grundlegend zu wandeln. Die Genossenschaft als Ergänzungswirtschaft im Verhältnis zur Eigenwirtschaft der Genossenschaftsmitglieder verlor an Bedeutung. Die Eigenwirtschaft der Mitglieder, der Einsatz ihres Erwerbsvermögens und ihrer Arbeitskraft selbst wurden zum Gegenstand des genossenschaftlichen Zusammenschlusses. Die Vereinigung der Kleinbetriebe führte zur Aufgabe der Selbständigkeit des einzelnen und die Integration der Genossenschaften in die Staatswirtschaft zur Unterordnung der gesamten Landwirtschaft und großer Teile des Handwerks unter den Staat.

Die ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) waren 1952 vor allem von Neubauern, die im Zuge der Bodenreform Land erhalten hatten, gegründet worden. Je nach dem Ausmaß der Einbeziehung der Produktionsmittel in den genossenschaftlichen Betrieb wurden drei Typen unterschieden. Typ III als höchste Form sah den gesamten eingebrachten Grund und Boden sowie das gesamte Besatzkapital zur gemeinsamen Bewirtschaftung vor. Die Eigentumsrechte an den Bodenanteilen blieben bestehen, ebenso das Erb- und Verkaufsrecht der einzelnen

Genossenschaftsbauern. Die Einkünfte wurden zu 20 % nach den Bodenanteilen und zu 80 % nach der geleisteten Arbeit verteilt. 1955 gab es in der Landwirtschaft der ehem. DDR 6 047 LPG, 1959 waren es 10 132. Im darauffolgenden Jahr wurde unter Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit die Bildung von LPG beschleunigt. Die Umgestaltung der Landwirtschaft kam 1960 mit 19 313 LPG zum Abschluß. In den LPG, zu denen auch die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse der Gärtner, Küsten- und Binnenfischer gehörten, arbeiteten im gleichen Jahr fast 1,1 Mill. Erwerbstätige. Sie bewirtschafteten 84,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Den einzelbäuerlichen Betrieben verblieben 1,4 % der Nutzfläche und knapp 3 % der Arbeitsplätze.

Die Erwerbstätigkeit in Produktionsgenossenschaften erreichte mit fast 20 % an der Gesamtbeschäftigung 1962 ihren absoluten Höhepunkt, woran die Landwirtschaft den größten Anteil hatte. Im Handel fiel das höchste Beschäftigungsniveau der Genossenschaften auf das Jahr 1969 und im Produzierenden Gewerbe auf 1971 (vgl. Abschnitt 2.2, S. 103 ff.). Der ansteigende Trend im Dienstleistungsgewerbe hielt bis zum Ende der DDR an.

Mit dem Ziel der direkten Einbeziehung des privaten Unternehmertums in die Staatswirtschaft ging die DDR-Führung ab 1956 den Weg der staatlichen Beteiligung an solchen Betrieben. Der Staat trat mit einer finanziellen Einlage als Teilnehmer in die bestehenden oder zu diesem Zweck gegründeten Kommanditgesellschaften ein. Der private Unternehmer blieb als Komplementär unbeschränkt haftender Gesellschafter und Leiter des Unternehmens.

Die Zahl der halbstaatlichen Unternehmen nahm rasch zu. Bereits im Jahre 1959 gab es im halbstaatlichen Industriesektor mit 256 400 mehr Arbeitsplätze als im privaten Bereich. 1969 erreichte die Expansion der Betriebe mit staatlicher Beteiligung ihren Höhepunkt. In dem Maße, wie die Zahl der Arbeitsplätze in halbstaatlichen Industrieunternehmen zunahm, ging sie im privaten Industriebereich zurück. Mit 373 300 Beschäftigten waren im gleichen Jahr mehr als vier Fünftel der zu Beginn dieses wirtschaftspolitischen Kurses 1956 vorhandenen Arbeitsplätze aus dem privaten in den halbstaatlichen Bereich der Industrie gewechselt. Der private Sektor verlor aber auch an Bedeutung durch die Westwanderung und die entschädigungslose Übernahme des zurückgelassenen Eigentums durch den Staat sowie durch die Folgen der restriktiven Steuerpolitik gegenüber den privaten Unternehmen.

**Tabelle 3: Selbständige und mithelfende Familienangehörige in der ehem. DDR nach ausgewählten Berufsbereichen**

Jahr	Selbständige und mithelfende Familienangehörige insgesamt	Darunter tätig im Berufsbereich			
		Bauern, Gärtner	Handwerker	Händler <sup>1)</sup> , Komplementäre	freiberuflich Tätige

1 000 Personen					
1955 .....	1 579,2	1 028,9	320,0	148,3	33,9
1960 .....	423,7	32,0	223,8	103,9	24,0
1970 .....	268,2	9,3	141,2	63,4	15,6
1972 .....	235,7	8,7	143,1	53,2	12,8
1980 .....	180,0	6,1	112,5	37,7	10,7
1985 .....	176,8	5,9	109,5	37,6	11,4

Personen je 1 000 Einwohner					
1955 .....	88,6	57,7	17,9	8,3	1,9
1960 .....	24,7	1,9	13,0	6,0	1,4
1970 .....	15,7	0,5	8,3	3,7	0,9
1972 .....	13,9	0,5	8,4	3,1	0,8
1980 .....	10,8	0,4	6,7	2,3	0,6
1985 .....	10,6	0,4	6,6	2,3	0,7

1) Private Groß- und Einzelhändler sowie Kommissionshändler.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1993 und 1994)

Die Arbeitsplätze in den Unternehmen mit staatlicher Beteiligung entwickelten sich in einem engen Abhängigkeitsverhältnis von jenen Industrieunternehmen der öffentlichen Hand, die ihnen gegenüber den Staat als Kommanditisten vertraten. Ähnliche Strukturverschiebungen vollzogen sich in der Bauindustrie, dem Handel und Verkehr, aber auch im Dienstleistungsbereich, obgleich sie dort wegen der viel geringeren Unternehmenszahl in privater Hand bei weitem nicht die Dimension wie in der Industrie erreichen konnten.

Im Jahr 1972 wurde die Beteiligung des Staates an Privatunternehmen wegen „gewisser Erscheinungen der Rekapitalisierung“, wie es in offiziellen Verlautbarungen der SED hieß, schlagartig abgebrochen. Fast alle halbstaatlichen und privaten Unternehmen wurden innerhalb weniger Monate gegen Entschädigung verstaatlicht. An ihrer Stelle entstanden rund 11 000 neue staatseigene Betriebe mit über 500 000 Arbeitsplätzen.

Nach Abschluß dieser letzten großen Verstaatlichungswelle gab es mit Ausnahme des Handwerks so gut wie keine Privatunternehmen mehr. Entscheidungsfreiheit, Eigenverantwortung und Verfügungsgewalt über die Produktion und ihre Faktoren,

alle Tugenden des privaten Unternehmertums, hatten ihr Betätigungs- und Bewährungsfeld in der Wirtschaftspraxis verloren. Dennoch blieb, wie die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen belegt, ein kleiner Rest privaten Unternehmerteumes erhalten. Auf 1 000 Einwohner kamen 1989 knapp 11 Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige, darunter fast 7 Handwerker. Aber auch er war eingezwängt in die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Staatswirtschaft und konzentrierte sich auf Gebiete, die eher periphere Bedeutung für die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft besaßen. Bis zum Untergang der DDR beherrschten Staatsunternehmen und Produktionsgenossenschaften die Unternehmenslandschaft in fast allen Wirtschaftszweigen.

## 2.2 Das Handwerk zwischen Restriktion und Förderung

Das Handwerk war der einzige Wirtschaftsbereich in der ehem. DDR, in dem das Eigentum an Produktionsmitteln und die Verfügungsgewalt trotz wiederholter tiefgreifender staatlicher Eingriffe überwiegend in privater Hand geblieben sind.

Ein Jahr nach Gründung der DDR gab es 1950 auf dem Gebiet zwischen Elbe und Oder 303 821 Handwerksbetriebe mit 858 329 Erwerbstätigen.<sup>3)</sup> Damit entfielen 12 % aller Arbeitsplätze auf das Handwerk. Auf 1 000 Einwohner kamen 14 Betriebe und 16,5 Arbeitsplätze im Handwerk. Das Gros der Arbeitsplätze lag mit 25 % im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe, gefolgt vom Bau- und Ausbaugewerbe mit 19 %. Auch das Elektro- und Metallgewerbe sowie das Nahrungsmittelgewerbe stellten mit jeweils 17 % einen Großteil der Arbeitsplätze. Dagegen blieb die Bedeutung des Dienstleistungsgewerbes in den Nachkriegsjahren mit etwa 7 % der Arbeitsplätze im Handwerk gering.

Bis zum Ende der DDR hatte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Handwerk etwa halbiert. Der damit verbundene Beschäftigungsrückgang erfolgte nicht im Selbstlauf und verteilte sich nicht gleichmäßig über 40 Jahre. Das Handwerk spielte in den Augen der Führung der ehem. DDR eine zwiespältige Rolle. *Zum einen* galt es als Nährboden für die Restaurierung privatkapitalistischer Verhältnisse und wurde deshalb unter Kontrolle gehalten. Das Handwerk war aber *zum anderen* als Wirtschaftsbereich anerkannt, auf den bei der Versorgung der Bevölkerung mit Waren aus der individuellen Produktion, mit Reparaturarbeiten und Dienstleistungen nicht verzichtet werden konnte. Je nach Diagnose der Verhältnisse gewannen deshalb in den einen Jahren restriktive, in den anderen Jahren fördernde wirtschaftspolitische Maßnahmen gegenüber dem Handwerk die Oberhand.

3) Die Angaben zum Handwerk entsprechen den Erfassungsprinzipien der Handwerksstatistik der ehem. DDR. Laut den Ergebnissen der Datenumschlüsselung auf die Handwerksstatistik der Bundesrepublik hat die Statistik der ehem. DDR die Zugehörigkeit zum Handwerk weiter gefaßt. Bezogen auf die Beschäftigung belief sich diese Abweichung 1989 auf 4 %. Der Einfluß auf die Aussagen in diesem Abschnitt ist damit vernachlässigbar. – Vgl. Statistisches Bundesamt (1993).

Die Entwicklung von Zahl und Struktur der Arbeitsplätze im Handwerk ist den zeitlich wechselnden Prioritäten der Wirtschaftspolitik gefolgt. Vor diesem Hintergrund lassen sich ganze Entwicklungsetappen des Handwerks in der ehem. DDR und tiefe Einschnitte unterscheiden. So fiel die Hälfte des gesamten Arbeitsplatzabbaus bereits in das erste Jahrzehnt der Existenz der ehem. DDR, genauer auf den Abschnitt von 1956 bis 1961. In jenen Jahren verschwand fast die Hälfte der bei Gründung der DDR vorhandenen Arbeitsplätze in den privaten Handwerksbetrieben. Das waren zwei Drittel des gesamten Arbeitsplatzverlustes im privaten Handwerksbereich zu Zeiten der ehem. DDR. In diesem Zeitraum dominierten restriktive Maßnahmen gegenüber dem privaten Handwerk: die Zugehörigkeit zum Handwerk wurde enger gefaßt und die damit verbundene Besserstellung im Steuersystem gegenüber der privaten Industrie eingeschränkt, die Besteuerung wurde um höhere Steuerklassen erweitert und die Ausnahmeregelungen für die Beschäftigung von mehr als 10 Lohnarbeitern abgeschafft. Diese Maßnahmen sollten zugleich den Beitritt von selbständigen Handwerkern zu Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) befördern.

**Tabelle 4: Unternehmen und Erwerbstätige im Handwerk der ehem. DDR**

Jahr	Unternehmen			Erwerbstätige			Erwerbstätige je Unternehmen		
	ins-gesamt	darunter		ins-gesamt	darunter (in)		ins-gesamt	darunter (in)	
		PGH <sup>1)</sup>	private Unternehmen		PGH <sup>1)</sup>	privaten Unternehmen		PGH <sup>1)</sup>	privaten Unternehmen
	Anzahl			1 000			Anzahl		
1950 ....	303 821	–	303 821	858,3	–	858,3	2,8	–	2,8
1955 ....	248 315	103	248 212	855,2	3,4	851,8	3,4	32,8	3,4
1960 ....	177 121	3 878	173 243	656,0	175,6	480,4	3,7	45,3	2,8
1970 ....	120 936	4 458	116 478	652,3	282,2	370,1	5,4	63,3	3,2
1972 ....	108 507	2 779	105 728	490,1	151,6	338,5	4,5	54,6	3,2
1978 ....	87 985	2 767	85 218	427,8	167,0	260,8	4,9	60,4	3,1
1988 ....	84 953	2 719	82 234	457,2	177,0	280,3	5,4	65,1	3,5

1) Produktionsgenossenschaften des Handwerks. – Einschl. Produktivgenossenschaften.

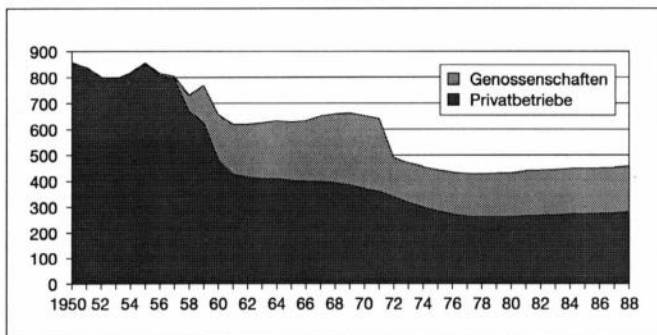
Quelle: Statistisches Amt der DDR; eigene Berechnungen

Mit dem Ziel der vollständigen Integration des Handwerks in die Planwirtschaft begann 1953 die Bildung von Produktionsgenossenschaften, zu denen sich ehemals Selbständige aus dem Handwerk und der Kleinindustrie sowie deren Beschäftigte zusammenschließen konnten. Unabhängig von ihrer früheren Stellung erhielten sie als Mitglieder der PGH den gleichen sozialen Status. Sie durften maximal 10 % Lohnarbeiter beschäftigen.

Ende der fünfziger Jahre wurde die Bildung von Handwerksgenossenschaften – auch unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen – beschleunigt. Im Laufe des Jahres 1958 versiebenfachte sich ihre Anzahl; 1961 wurde mit 4 067 die Viertausend-Marke übertroffen. Im darauffolgenden Jahr stellten die Produktionsgenossenschaften bereits ein Drittel der insgesamt gesunkenen Zahl der Arbeitsplätze im Handwerk der ehem. DDR.

Die Bildung und Ausbreitung der Handwerksgenossenschaften konnte den Rückgang der Erwerbstätigenzahl in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre im Handwerk insgesamt zwar abmildern, jedoch keineswegs aufhalten. Erst im weiteren Verlauf der sechziger Jahre hat sich das Beschäftigungsniveau im Handwerk bei jährlichen Schwankungen bis zu 5 % stabilisiert. Der Rückgang im privaten Handwerksbereich setzte sich zwar fort, wurde jedoch in jenen Jahren durch die Ausbreitung der Produktionsgenossenschaften wettgemacht. 1970 erreichte die Beschäftigung in den Genossenschaften mit 282 200 Erwerbstätigen ihren Höchststand. Das waren 43 % aller Arbeitsplätze im Handwerk.

**Schaubild 2**  
**Erwerbstätige im Handwerk der ehem. DDR nach Betriebsformen**  
1 000 Personen



Quelle: Statistisches Amt der DDR; – IWH-Grafik

In diesem Zeitraum steigerte das Handwerk seine Leistungen beträchtlich. Die Zuwächse kamen vor allem aus der rentableren Serienfertigung und Lohnarbeit für die Industrie und nicht so sehr aus den "ursprünglichen" Leistungen des Handwerks. Diese Tatsache und die damit verbundenen Einkommenssteigerungen der privaten Handwerksbetriebe sowie Mitglieder industriemäßig produzierender Handwerks-

genossenschaften wurden als Fehlentwicklung eingestuft. Nachdem bereits 1962 einige Begünstigungen in Form der bis dahin fast völligen Steuerfreiheit der Mitglieder eingeschränkt worden waren, wurden 1970 die Besteuerung der PGH und der privaten Handwerksbetriebe neu geregelt und die Arbeitskräftezahl der Handwerksgenossenschaften limitiert.

Im Frühjahr 1972 wurden schließlich im Zuge der Umwandlung von privaten und halbstaatlichen Industriebetrieben in staatseigene Unternehmen auch 1 700 industriell produzierende Produktionsgenossenschaften und etwa 500 private Handwerksbetriebe durch Kauf verstaatlicht. Die Zahl der Arbeitsplätze in den Produktionsgenossenschaften verringerte sich im Laufe eines Jahres schlagartig um fast die Hälfte. Es blieben 2 779 Handwerksgenossenschaften mit 151 600 Erwerbstätigen. Der Anteil der Arbeitsplätze in Produktionsgenossenschaften des Handwerks ging damit auf 31 % aller Arbeitsplätze im Handwerk zurück.

Bis zum Ende der siebziger Jahre setzte sich der Schrumpfungsprozeß im Handwerk fort. Die Zahl der privaten Handwerksbetriebe sowie der von ihnen gestellten Arbeitsplätze blieb auch nach dem letzten großen staatlichen Eingriff 1972 weiter rückläufig. Der Arbeitsplatzabbau kam 1978 bei 260 800 Erwerbstätigen im privaten Handwerksbereich zum Stillstand. Insgesamt waren in jenem Jahr mit dem tiefsten Beschäftigungsstand im Handwerk der ehem. DDR 430 800 Personen erwerbstätig.

Die bestehenden Versorgungslücken bei Reparatur- und Dienstleistungen führten schließlich zu einer Kurskorrektur in der Handwerkspolitik. 1976 wurden finanzielle Fördermaßnahmen und steuerliche Erleichterungen für bestehende und neu eröffnete private Handwerksbetriebe beschlossen. Der zahlenmäßige Rückgang der Beschäftigten verlangsamte sich und im letzten Jahrzehnt vor dem Ende der DDR stieg die Erwerbstätigkeit sowohl im genossenschaftlichen als auch im privaten Handwerksbereich wieder leicht an. Im Jahre 1988 gab es 457 200 Erwerbstätige im Handwerk der ehem. DDR, die sich zu 39 % auf Produktionsgenossenschaften und zu 61 % auf private Handwerksbetriebe verteilten. Insgesamt waren damit nur noch weniger als 5 % aller Erwerbstätigen im Handwerk beschäftigt.

Die Arbeitsplätze im Handwerk hatten zugleich einen kräftigen Strukturwandel durchlaufen. 1988 entfiel ein Drittel der Arbeitsplätze auf das Elektro- und Metallgewerbe, das damit zum größten Arbeitgeber im Handwerk geworden war. Das Bau- und Ausbaugewerbe konnte seinen Anteil aus dem Jahre 1950 halten. Das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe verlor seine früher dominierende Stellung und fiel auf knapp 9 % aller Arbeitsplätze im Handwerk zurück. Der Anteil des Nahrungsmittelgewerbes verringerte sich moderat auf 13 %. Das Dienstleistungsgewerbe konnte dagegen seinen Anteil auf knapp 15 % gegenüber 1950 verdoppeln.



## **2.3 Die Konzentration der Arbeitsplätze auf Großbetriebe**

Nach der letzten großen Verstaatlichungswelle gab es für die Führung der ehem. DDR keine Eigentumsschranken mehr, die Unternehmenslandschaft voll ihrem Gestaltungskonzept zu unterwerfen und die Arbeitsplätze zunehmend auf Großbetriebe zu konzentrieren. Sie entsprach damit einem wirtschaftstheoretischen Leitbild, wonach der technische Fortschritt zur Verdrängung der Mittel- und Kleinbetriebe durch den Großbetrieb führe, die gesamtwirtschaftliche Güterversorgung von Großbetrieben übernommen werde und die Massenproduktion im Großbetrieb rationeller gestaltet werden kann. Diese Zielvorstellung hat maßgeblich die Entwicklung der Betriebsgrößen, insbesondere in der Industrie, dem Baugewerbe und der Landwirtschaft beeinflusst.

In der Industrie hat die Zahl der Arbeitsplätze von 1955 bis 1989 um rund ein Fünftel zugenommen. Die Zahl der Betriebe ist dagegen im gleichen Zeitraum drastisch gesunken. Gab es 1955 noch fast 20 000 Industriebetriebe, so blieben 1989 rund 3 400. Das bedeutete innerhalb von dreieinhalb Jahrzehnten eine Reduzierung der Betriebszahl um 83 %. Die durchschnittliche Betriebsgröße hatte sich damit – gemessen an der Beschäftigtenzahl – versiebenfacht.

Dieser Konzentrationsprozeß der Arbeitsplätze ging wesentlich darauf zurück, daß der Klein- und Kleinstbetrieb fast vollständig verschwand, die Zahl der Mittelbetriebe sich stark verringerte und weitere Großbetriebe geschaffen wurden. Die Verminderung der Betriebszahl von 1955 bis 1989 resultierte zu 80 % aus dem Schwund der Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten. Davon gab es 1989 noch ganze 227 an der Zahl. Das entsprach 2 % des Bestandes von 1955. Im gleichen Zeitraum fiel die Zahl der Betriebe mit 51 bis 200 Beschäftigten um 80 %. Verglichen mit diesen Größenordnungen hielt sich die Verringerung der Zahl der Betriebe mit 201 bis 500 Beschäftigten um knapp ein Viertel in Grenzen. Deutlich gewachsen ist dagegen die Zahl der Betriebe mit über 1 000 Beschäftigten. 1989 gab es 840 solcher Großbetriebe, d. h. 57 % mehr als 1955. Die Beschäftigung in den Größengruppen entwickelte sich gleichlaufend mit der Betriebszahl, nahm jedoch nicht ganz so kräftig ab im kleinen und mittleren Segment, legte aber im oberen Größenbereich stärker zu als die Zahl der Betriebe. So ist die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten je Industriebetrieb in allen Größenklassen mit Ausnahme der Gruppe von 501 bis 1 000 Beschäftigten fast ständig angestiegen.

Die Arbeitsplatzstruktur verschob sich mit besonderer Intensität von Klein- und Mittelbetrieben zu Großbetrieben in den siebziger Jahren. Bei einer allgemeinen Aufstockung der Industriebeschäftigung um 426 000 Personen entfielen auf diesen Zeitraum reichlich zwei Fünftel des gesamten Arbeitsplatzabbaus von 1955 bis 1989 in Betrieben mit bis zu 200 Beschäftigten und die Hälfte des Zugangs an Arbeitsplätzen in Betrieben mit über 1 000 Beschäftigten.

**Tabelle 5: Beschäftigte in der Industrie der ehem. DDR  
nach Betriebsgrößenklassen\*)**

Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten	Beschäftigte				
	1955	1960	1970	1980	1989
<b>je Betrieb</b>					
1 – 50 .....	20	22	24	30	29
51 – 200 .....	97	100	98	108	122
201 – 500 .....	314	306	312	321	325
501 – 1 000 .....	762	707	695	700	711
über 1 000 .....	2 457	2 511	2 890	3 003	2 898
<b>Insgesamt ...</b>	<b>137</b>	<b>173</b>	<b>244</b>	<b>645</b>	<b>952</b>
<b>Anteil in %</b>					
1 – 50 .....	10,1	7,7	5,5	1,0	0,2
51 – 200 .....	15,5	15,3	10,8	5,5	3,3
201 – 500 .....	13,0	13,3	10,1	10,0	8,6
501 – 1 000 .....	12,4	12,9	10,3	11,6	12,1
über 1 000 .....	49,0	50,8	63,3	71,9	75,8
<b>Insgesamt ...</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

\*) Bis 1995 Arbeiter und Angestellte einschl. Auszubildender, danach ohne Auszubildende.

Quelle: Statistische Amt der DDR; eigene Berechnungen

Für diese Entwicklung in den siebziger Jahren zeichnete auf der einen Seite die letzte Verstaatlichungswelle und auf der anderen Seite die Kombinatbildung verantwortlich. In vielen Fällen war die 1972 verfügte Enteignung der rund 11 000 kleinen und mittelgroßen privaten, halbstaatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen der Auftakt für ihre Verschmelzung mit Staatsunternehmen. Die Zahl der Kleinbetriebe mit bis zu 50 Beschäftigten und ihr Beschäftigungsanteil nahmen schlagartig ab. Dagegen stieg die Zahl der Betriebe mit 201 bis 500 Beschäftigten und der dort Beschäftigten Anfang der siebziger Jahre nach jahrelangen Arbeitsplatzverlusten von fast einem Viertel gegenüber 1955 wieder an. Bei Betrieben mit 501 bis 1 000 Beschäftigten fiel diese Trendwende sogar noch deutlicher aus. Die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten in diesem Segment überstieg spätestens seit Ende der siebziger Jahre wieder den Stand von 1955.

Erste Industriekombinate, wie das Kabelkombinat in Berlin oder das Uhrenkombinat in Ruhla, waren bereits 1966 gegründet worden. Ende der sechziger Jahre gab es 35 solcher Großunternehmen mit 691 100 Arbeitskräften, was einem Beschäftigungsanteil von einem Viertel in der Industrie entsprach.

Kombinate sollten durch die Verbindung von Forschung, Entwicklung, Technik, Produktion, Zulieferungen und Absatz die Schlagkraft der Wirtschaft erhöhen. Zu

Kombinaten wurden Betriebe vereint, die sich durch Gemeinsamkeiten der Erzeugnispalette oder der Fertigungsprozesse, des zu verarbeitenden Rohstoffs oder durch technologisch voneinander abhängige Produktionsstufen auszeichneten. Die Reihe der einem Kombinat unterstellten Betriebe reichte von Produktionsstätten für End-, Zuliefer- und Vorprodukte, über Forschungs- und Entwicklungspotentiale, Projektierungsbüros, Handelsbetriebe und Kundendiensteinrichtungen bis hin zu eigenen Baukapazitäten, Fertigungsstätten für den Eigenbau von Rationalisierungsmitteln und Abteilungen für die Konsumgüterproduktion. Auch Betreuungseinrichtungen der Arbeiter und Angestellten im Kombinat, wie Ferienhotels, Wohnheime, Kulturhäuser und Kindertagesstätten gehörten dazu.

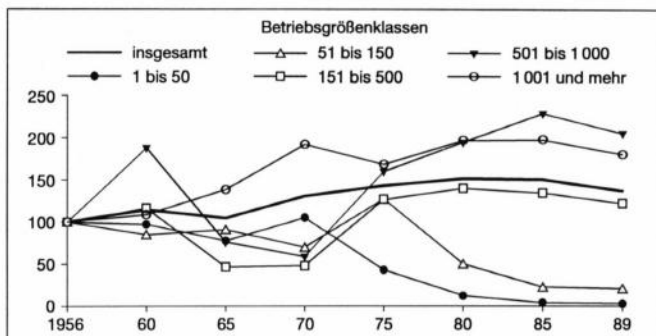
Ende der siebziger Jahre wurde die Kombinatbildung forciert. Allein in den Jahren 1978 bis 1981 entstanden 79 neue Kombinate. 1987 waren 90 % aller Industriebeschäftigten in 126 zentral und 93 örtlich gelenkten Kombinaten tätig. Die Zahl der Kombinat Arbeitsplätze lag in der Regel zwischen 20 000 und 40 000. Einige Kombinate, (z. B. Robotron und Carl Zeiss Jena) beschäftigten aber auch mehr als 60 000 Arbeitskräfte. Im Durchschnitt gehörten 15 Produktionsbetriebe zu einem Kombinat. Es gab aber auch welche mit weniger als 10 und solche mit mehr als 40 Betrieben. Spätestens mit der Zusammenführung aller Betriebe ganzer Industriezweige unter ein gemeinsames Dach hatten die Kombinate lokal oder gesamtwirtschaftlich eine Monopolstellung inne.

Die Bildung und Entwicklung der Kombinate wirkte auf die Betriebsstrukturen zurück. 1960 stellten die Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Industrie. Bereits Ende der sechziger Jahre – nach der ersten Etappe der Kombinatbildung – nahmen diese Großbetriebe mit reichlich drei Fünfteln der Industriebeschäftigung eine beherrschende Stellung in der Unternehmenslandschaft als Arbeitgeber ein. In dieser Zeit nahm insbesondere die Zahl der Betriebe mit mehr als 5 000 Beschäftigten zu. In den siebziger und achtziger Jahren verlagerte sich das Unternehmenswachstum im Bereich der Großbetriebe auf die „kleineren“ Segmente: in der 1. Hälfte der siebziger und der achtziger Jahre auf die Betriebe mit 1 001 bis 2 500 Beschäftigten, in der 2. Hälfte der siebziger Jahre, in der die Kombinatbildung beschleunigt worden war, auf die Betriebe mit 2 501 bis 5 000 Beschäftigten. Seit Mitte der achtziger Jahre waren drei Viertel der Arbeitnehmer in der Industrie in Betrieben mit über 1 000 Beschäftigten tätig.

In der Bauindustrie verlief der Konzentrationsprozeß der Arbeitsplätze auf Großbetriebe ähnlich. Entsprechend der Technologie und Organisation der Bauprozesse spielte er sich allerdings teilweise in anderen Größensegmenten als in der Industrie ab. Drastisch an Bedeutung verloren hier die Klein- und Mittelbetriebe mit bis zu 150 Beschäftigten. 1989 gab es nur noch 21 Betriebe mit höchstens 50 und 67 Betriebe mit 51 bis 150 Beschäftigten. Die Beschäftigung in diesen Betriebsgrößensegmenten war auf knapp 3 % bzw. ein Fünftel des Standes von 1956 geschrumpft.

Ihr Beschäftigungsanteil in der gesamten Bauindustrie sank – zusammengekommen – auf knapp 2 %.

**Schaubild 3**  
**Beschäftigte in der Bauindustrie der ehem. DDR nach Betriebsgrößenklassen**  
 1956 = 100



Die Betriebsgruppe mit 151 bis 500 Beschäftigten konnte dagegen ihre Bedeutung als Arbeitsplatzgeber wahren. Betriebszahl und Beschäftigung nahmen nach einer Talfahrt in den sechziger bis in die siebziger Jahre hinein einen deutlichen Aufschwung und blieben seit Mitte der siebziger Jahre über dem Ausgangsniveau. Ihr Beschäftigungsanteil lag zuletzt ständig bei 15 %.

Die größten Zuwächse als Arbeitgeber verzeichneten in der Bauindustrie die Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten. Sowohl im Größenbereich zwischen 501 und 1 000 Beschäftigten als auch darüber wuchsen die Unternehmenszahl und die Beschäftigung. Mitte der achtziger Jahre hatten sie sich zeitweise gegenüber 1956 verdoppelt. Wie in der Industrie ist der Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze in diesem Segment spätestens seit Ende der siebziger Jahre Folge der Kombinatiensbildung. In der Bauindustrie wurde sie darüber hinaus durch den breitangelegten Übergang zum industriemäßigen Bauen in den siebziger und den achtziger Jahren verstärkt. Die Baukombinate und Baugroßunternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten waren seit der 2. Hälfte der siebziger Jahre der Arbeitgeber für zwei Drittel der Beschäftigten in der Bauindustrie. Zum Schluß arbeiteten im Durchschnitt 2 730 Beschäftigte in einem dieser 99 Großunternehmen. Durch die Verschiebung der Arbeitsplatzstruktur zu Großbetrieben verfünffachte sich die durchschnittliche Beschäftigungszahl je Baubetrieb gegenüber 1956 und lag 1989 bei 830 Arbeitnehmern.

In der Landwirtschaft fand die Konzentration der Arbeitsplätze auf Großbetriebe bei deutlich sinkenden Erwerbstätigenzahlen statt. Nach der Bodenreform bestimmten Klein- und Mittelbetriebe das Unternehmensgefüge. 1950 gab es in der Landwirtschaft der ehem. DDR 888 245 Betriebe mit knapp 2 Mill. Erwerbstätigen, darunter 855 624 einzelbäuerliche Wirtschaften. Die Mehrheit der privaten Bauern besaß eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 5 bis 10 ha und weniger. Größere Betriebe existierten in Form der Staatsgüter; 559 an der Zahl mit durchschnittlich 317 ha bewirtschaftetem Grund und Boden.

Der Durchbruch zur flächendeckenden Großproduktion wurde mit der Kollektivierung eingeleitet, die 1960 weitgehend abgeschlossen war und zur Bildung von Produktionsgenossenschaften der Landwirte, Gärtner, Küsten- und Binnenfischer geführt hatte (vgl. Abschnitt 2.1., S. 96 ff.). An die Stelle der privaten Klein- und Mittelbetriebe, von denen ca. 13 500 die Kollektivierungskampagne überstanden hatten, waren nun zunächst 19 611 Produktionsgenossenschaften getreten. Sie bewirtschafteten in der Regel eine Fläche von 100 bis 200 ha. Es gab aber auch bereits einige Genossenschaften mit Grund und Boden über 1 000 ha. Fast drei Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche aller Betriebe mit mindestens 1 ha Grund und Boden wurden von solchen mit 200 bis 1 000 ha bearbeitet. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft betrug noch gut 1,3 Mill.

Seit jener Zeit wurde die Unternehmenslandschaft von genossenschaftlichen und staatseigenen Großbetrieben bestimmt, deren Größe selbst jedoch noch einen längerfristigen Wandel durchlief. Auf die Gründung der Produktionsgenossenschaften folgte die Phase ihrer Konsolidierung, die mit der Zusammenlegung einzelner Kollektivwirtschaften einherging. Die landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb erhöhte sich bis 1965 auf mehr als das Doppelte. Die Masse der Betriebe bewirtschaftete bereits eine Bodenfläche von 200 bis 1 000 ha. 1965 hatte die Zahl der Betriebe mit 100 bis 200 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche seit dem Jahr 1960, in dem sie noch das Gros bildeten, um zwei Fünftel abgenommen. Dagegen war vor allem die Betriebszahl mit 1 000 bis 2 000 ha deutlich gewachsen.

Ab 1968 setzte in der Landwirtschaft eine erste Phase der Spezialisierung ein, die zugleich den Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in diesem Wirtschaftsbereich bedeutete. Sie begann mit der zwischenbetrieblichen Kooperation von benachbarten Produktionsgenossenschaften untereinander sowie mit Staatsgütern. Einzelne Nebenproduktionen wurden aus den Genossenschaften und Gütern herausgelöst und zu Spezialbetrieben zusammengelegt. In dieser Zeit wurden agrochemische Zentren gegründet, die für die Düngung und den Pflanzenschutz zuständig waren. Meliorations- und Baubetriebe, Trocken- und Futtermittelwerke nahmen als zwischenbetriebliche oder zwischengenossenschaftliche Einrichtungen die Produktion auf. Die Kooperation im Ackerbau führte Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre schließlich zur Bildung der sogenannten Kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion (KAP). Dieser Schritt wurde erneut von einer

sprunghaften Erhöhung der Betriebsgröße begleitet. Die landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb war 1970 gegenüber 1965 um 70 % gestiegen. Gegenüber 1960 erreichte sie damit das 3,7fache. Die Zahl der Betriebe mit 100 bis 500 ha ging weiter zurück. Betriebe mit 1 000 bis 3 000 ha verdoppelten ihre Zahl gegenüber 1960. Sie stellten zwar nur 16 % der Unternehmen, bewirtschafteten aber rund 40 % des Grund und Bodens.

Die Konzentration der bewirtschafteten Fläche in Großbetrieben ging mit Arbeitskräftefreisetzungen in der Landwirtschaft einher. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel infolge der Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten 1969 erstmalig unter die 1 Million-Marke und lag 1970 bei 933 100. Im Ergebnis der Konzentration von Grund und Boden arbeiteten jedoch je Genossenschaft 1970 mit 91 Personen im Durchschnitt zwei Drittel Erwerbstätige mehr als 1960.

**Tabelle 6: Betriebe in der Landwirtschaft der ehem. DDR nach Größenklassen\*)**

Betriebsgröße von... bis unter ... ha	Betriebe						
	1950	1955	1960	1965	1970	1980	1989
1 – 50 .....	613 633	474 368	13 500	.	.	851	1 167
50 – 100 .....	4 216	1 318	.	.	.	155	138
100 – 500 .....	37	.	16 191	11 613	4 922	209	279
500 – 1 000 .....	.	.	2 268	2 555	3 055	34	40
1 000 – 4 000 .....	.	.	802	971	1 549	412	487
über 4 000 .....	.	.	.	.	.	781	750
<b>Insgesamt ...</b>	<b>617 886</b>	<b>475 686</b>	<b>32 761</b>	<b>15 139</b>	<b>9 526</b>	<b>2 442</b>	<b>2 861</b>
LF je Betrieb (in ha) ..	9	9	168	360	613	2 388	2 010
Erwerbstätige je Genossenschaft (Anzahl) .....	–	37	55	68	91	174	188

\*) Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf klassifizierte Betriebe ab 1 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. – Der privatrechtliche Bereich ist nur bis 1955, der Bereich für Güter und Genossenschaften erst ab 1970 vollständig berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Amt der DDR und Statistisches Bundesamt (1993)

Die KAP leiteten eine weitere Entwicklungsetappe der Spezialisierung ein. Aus ihnen bildeten sich vor allem in der 2. Hälfte der siebziger Jahre spezialisierte Pflanzenproduktionsbetriebe heraus. Sie bedeuteten zugleich die Auflösung der traditionellen landwirtschaftlichen Produktionsweise. Pflanzliche und tierische Produkte entstanden nicht mehr in einer betrieblichen Einheit, sondern industriemäßig in voneinander getrennten Großbetrieben. Der Großproduktion wurde eine weitere Steigerungsstufe hinzugefügt. Das Gros der Landwirtschaftsbetriebe verfügte 1980 über 3 000 ha Grund und Boden und mehr. Betriebe mit über 6 000 ha Nutzfläche bewirtschafteten 36 % der Gesamtfläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße schnellte auf fast 2 400 ha empor, d.h. das 14fache von 1960. Die Konzentration der

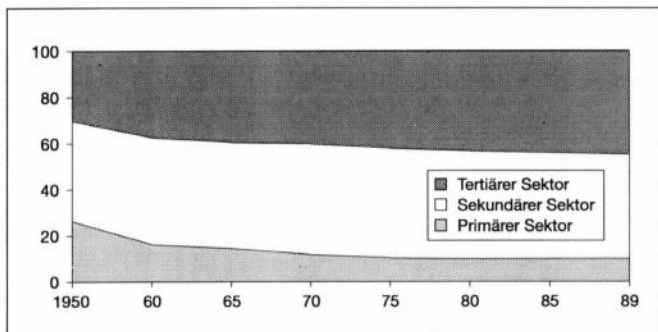
Arbeitsplätze folgte dieser Entwicklung, allerdings viel langsamer. Der Arbeitskräftebesatz lag 1980 je Produktionsgenossenschaft bei 174 Personen, dem 3fachen von 1960. Am Ende der DDR gab es noch 3 844 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und 464 Staatsgüter. Die Landwirtschaft stellte Arbeitsplätze für insgesamt 868 500 ständig Erwerbstätige.

### 3 Die Arbeitsplätze im Wandel der Zweigstruktur der Wirtschaft

#### 3.1 Die endlose Industrialisierung der Arbeitsplatzstruktur

Die ehem. DDR war ein Industrieland mit einer entwickelten Landwirtschaft. Am Ende des Realsozialismus entfielen 1989 auf dem Gebiet zwischen Elbe und Oder rund 55 % aller Arbeitsplätze auf die Herstellung von Industriegütern und Agrarprodukten sowie 45 % auf Dienstleistungen. Gegenüber 1950 bedeutete dies über einen Zeitraum von 40 Jahren einen prozentualen Anteilsverlust der Arbeitsplätze im primären und sekundären Wirtschaftssektor – zusammengekommen – um 15 Punkte und eine ebensogroße Zunahme im Dienstleistungsbereich. Diese Umschichtung der Arbeitsplätze erfolgte allein zu Lasten der Landwirtschaft, in der sich ihre Zahl gegenüber 1950 mehr als halbierte. Im Produzierenden Gewerbe ist sie dagegen ebenso wie im tertiären Wirtschaftssektor fast durchgängig angestiegen. Die Arbeitsplätze verteilten sich 1989 zu je 45 % auf diese beiden Wirtschaftssektoren.

**Schaubild 4**  
**Gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzstruktur in der ehem. DDR**  
Anteil in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (1994) eigene Berechnungen; – IWH-Graphik

Die 1989 vorgefundene Arbeitsplatzstruktur auf dem Gebiet der ehem. DDR ist das Ergebnis eines wirtschaftspolitischen Entwicklungskonzepts, das in der Industrie den führenden Wirtschaftsbereich sah, den Dienstleistungen eine wachsende, gegenüber dem warenproduzierenden Gewerbe jedoch eher untergeordnete Rolle beigemessen hat und die Landwirtschaft als Arbeitskräftereservoir für die Expansion des sekundären wie tertiären Wirtschaftssektors betrachtete. Im Jahr 1950 arbeitete noch knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen der ehem. DDR in der Landwirtschaft. Aber bereits in den fünfziger Jahren schrumpfte die Erwerbstätigkeit in diesem Bereich um rund 600 000 Personen. Nach dem Übergang zur landwirtschaftlichen Großproduktion kamen in den sechziger Jahren verstärkt arbeitssparende Maschinen, Traktoren und Geräte sowie mineralische Düngemittel und chemische Pflanzenschutzpräparate zum Einsatz. Bei steigender Produktion wurden weitere Arbeitsplätze infolge der Produktivitätssteigerung abgebaut und rund 1/3 Mill. Erwerbstätige für Bereiche außerhalb der Landwirtschaft freigesetzt. Die Dimension der Freisetzung ging in der Folgezeit zurück. Bis in die 2. Hälfte der siebziger Jahre hielt die Schrumpfung der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft an. Sie kam 1977 bei 815 000 Personen zum Stillstand. Danach nahm die Zahl der Erwerbstätigen bis 1989 sogar wieder um rund 54 000 zu – ein Ausdruck für den Versuch der DDR-Führung, der wachsenden Auslandsverschuldung vor allem in den achtziger Jahren über die Steigerung der einheimischen Produktion für die Ausfuhr und die Importablösung entgegenzuwirken. Der Verkauf landwirtschaftlicher Produkte führte zu Sofortzahlungen in Devisen.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft wurde gebremst vom Festhalten der DDR-Führung am Ziel der möglichst hohen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aus eigenem Aufkommen und der Industrie mit einheimischen Rohstoffen. Dieser Kurs auf Selbstversorgung hatte bereits Mitte der sechziger Jahre bei einer Reihe tierischer Erzeugnisse zur vollständigen Bedarfsdeckung aus eigener Produktion geführt. Ende der siebziger Jahre wurden rund vier Fünftel des gesamten Nahrungs- und Genußmittelverbrauchs aus inländischem Aufkommen befriedigt. Das fehlende Fünftel entfiel auf Produkte, die aus klimatischen Bedingungen in der ehem. DDR nicht angebaut werden konnten sowie auf Futtergetreide. So arbeiteten 1989 von 1 000 Einwohnern noch 52 in der Landwirtschaft. Das entsprach 10 % aller Arbeitsplätze in der ehem. DDR.

Der Agrarsektor leistete in den fünfziger bis in die sechziger Jahre(n) den wichtigsten Beitrag zum Strukturwandel. Die Industrie und der Dienstleistungsbereich nahmen sowohl die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte als auch die Zugänge aus der erwerbsfähigen Bevölkerung auf. Die Industrie der ehem. DDR stand Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre im Zenit ihrer relativen Ausdehnung. Fast die Hälfte aller Arbeitsplätze entfiel auf das warenproduzierende Gewerbe, darunter gut 37 % auf das Verarbeitende Gewerbe. Gemessen am Beitrag



zur Wertschöpfung schnitt die Industrie aufgrund der höheren Produktivität im Vergleich zu den anderen Sektoren noch stärker ab.

Die Industrieorientierung blieb auch in den siebziger und achtziger Jahren erhalten. Die Absolutzahl der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich ist nicht wie in den führenden Industrieländern zurückgegangen, sondern kontinuierlich weiter angestiegen, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung langsam zu fallen begann. Die ungesättigte Binnennachfrage vor allem nach hochwertigen Industriegütern, der Zwang sowohl zur Ausführsteigerung als auch zur Einschränkung der Einfuhren ließen es der Führung der DDR im Interesse des Abbaus der Auslandsverschuldung angeraten erscheinen, die Produktion der Industrie und angesichts der unzureichenden Produktivität auch die Arbeitsplatzzahl auf Expansionskurs zu halten.

Trotz der Führungsrolle der Industrie nahm über die gesamte Zeit der DDR-Existenz die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor am stärksten zu. 1950 arbeiteten in diesem Wirtschaftsbereich erst 30 % aller Erwerbstätigen, am Ende der DDR mit 45 % genauso viel wie im warenproduzierenden Gewerbe. Zum größten Arbeitgeber entwickelte sich der Staat. Er nahm diese Rolle Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre dem Handels- und Verkehrssektor ab, dem bis dahin bedeutendsten Dienstleistungsbereich. Während die Beschäftigung in Handel und Verkehr in der 2. Hälfte der sechziger Jahre vorübergehend leicht rückläufig war, stieg sie im Sektor Staat selbst in Zeiten minimaler Zugänge aus der erwerbsfähigen Bevölkerung ununterbrochen an.

Die Beschäftigungszunahme im Staatssektor stand in den fünfziger Jahren vor allem im Zusammenhang mit der Einrichtung neuer Verwaltungsstrukturen, deren sich der Staat als Zentrum der Lenkung der Wirtschaft und der öffentlichen Angelegenheiten bedienen konnte. Zugleich setzte in dieser Zeit der Auf- und Ausbau des Sicherheits- und Verteidigungsapparates ein, mit dem die bestehenden undemokratischen Machtverhältnisse nach innen und außen abgesichert wurden. Von diesen Aufgabenbereichen gingen bis in die siebziger Jahre hinein die größten Wachstumsimpulse für die Beschäftigung im Bereich des Staates aus. Der Staatssektor expandierte jedoch auch im Zusammenhang mit der steigenden Bedeutung der Dienstleistungen von Wissenschaft, Erziehung und Ausbildung, Kultur und Kunst, Gesundheits- und Sozialwesen in Wirtschaft und Gesellschaft. Im Unterschied zu marktwirtschaftlichen Systemen war er im Realsozialismus der ehem. DDR der einzige Anbieter solcher Leistungen, die zudem mehr oder weniger unentgeltlich an die Verbraucher abgegeben wurden. Seit der 2. Hälfte der siebziger Jahre beruhte die zunehmende Erwerbstätigkeit im Staatsbereich vor allem auf diesen Aufgabenbereichen.

**Tabelle 7: Erwerbstätige in der ehem. DDR nach Wirtschaftssektoren**

Wirtschaftssektor	Erwerbstätige				
	1950	1960	1970	1980	1989
<b>1 000 Personen</b>					
Primärer Sektor .....	2 184,8	1 370,3	1 034,1	924,6	975,6
dar. Landwirtschaft .....			933,1	824,9	868,5
Sekundärer Sektor .....	3 619,2	3 916,8	4 197,6	4 441,3	4 385,5
dar. Verarbeitendes Gewerbe .....	2 785,3	3 053,9	3 268,9	3 428,0	3 408,0
Tertiärer Sektor .....	2 535,1	3 172,3	3 504,3	4 105,4	4 385,8
dar.: Handel u.Verkehr ....	1 175,9	1 446,6	1 320,3	1 500,4	1 512,5
Staat .....	858,9	1 209,6	1 522,2	1 846,2	2 040,0
<b>Insgesamt ...</b>	<b>8 339,1</b>	<b>8 459,4</b>	<b>8 736,1</b>	<b>9 471,3</b>	<b>9 747,0</b>
<b>1950 = 100</b>					
Primärer Sektor .....	100	62,7	47,3	42,3	44,7
dar. Landwirtschaft .....	100	66,9	48,6	43,0	45,2
Sekundärer Sektor .....	100	108,2	116,0	122,7	121,2
dar. Verarbeitendes Gewerbe .....	100	109,6	117,4	123,1	122,4
Tertiärer Sektor .....	100	125,1	138,2	161,9	173,0
dar.: Handel u.Verkehr ....	100	123,0	112,3	127,6	128,6
Staat .....	100	149,8	177,2	214,9	237,5
<b>Insgesamt ...</b>	<b>100</b>	<b>101,4</b>	<b>104,8</b>	<b>113,6</b>	<b>116,9</b>
<b>Erwerbstätige je 1 000 Einwohner</b>					
Primärer Sektor .....	119	79	61	55	59
dar. Landwirtschaft .....	104	75	55	49	52
Sekundärer Sektor .....	197	227	246	265	269
dar. Verarbeitendes Gewerbe .....	151	177	192	205	205
Tertiärer Sektor .....	138	184	205	245	264
dar.: Handel u.Verkehr ....	64	84	77	90	91
Staat .....	47	70	89	110	123
<b>Insgesamt ...</b>	<b>454</b>	<b>491</b>	<b>512</b>	<b>566</b>	<b>597</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 1994; eigene Berechnungen

Die Expansion des Dienstleistungssektors verlief trotz alldem gebremst, weil ihm gemäß der herrschenden Wirtschaftsideologie bis auf den produktgebundenen Teil ein direkter Beitrag zur Wertschöpfung abgesprochen wurde. Das wird besonders in der Arbeitsplatzentwicklung bei Banken und Versicherungen sowie sonstigen Dienstleistungsunternehmen deutlich, die vor allem das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, die Wohnungsvermietung, die freiberuflichen Tätigkeiten, das Friseur- und andere Körperpflegegewerbe sowie die Rechts- und Wirtschaftsberatung umfassen. Seit 1970 stagnierte die Zahl der Arbeitsplätze in Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen bei knapp 60 000. In den sonstigen Dienstleistungsunternehmen stieg sie in den siebziger Jahren um 17 % auf eine halbe Million und in den achtziger Jahren nochmals um 11,5 %. Damit waren zum Ende der DDR nur 4 von 1 000 Einwohnern im Bank- und Versicherungsgewerbe und 34 in sonstigen Dienstleistungsunternehmen beschäftigt, 123 dagegen beim Staat angestellt und 264 im Dienstleistungssektor insgesamt erwerbstätig.

### **3.2 Der Arbeitsplatzwandel zwischen den Industriezweigen**

Die Industrie war über die gesamte Zeit der Existenz der DDR der größte Arbeitgeber. Am Ende waren von 1 000 Bewohnern des Gebietes zwischen Elbe und Oder 205 im Verarbeitenden Gewerbe, 12 im Bergbau und 9 in der Energie- und Wasserversorgung erwerbstätig. Fast die Hälfte der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe entfiel auf die Investitionsgüter produzierenden Branchen, ein Viertel auf den Verbrauchsgütersektor. Gegenüber den Anfangsjahren hatte sich damit die Rangfolge der Zweige umgekehrt. 1950 dominierte noch die Verbrauchsgüterherstellung mit zwei Fünfteln aller Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Weichen für diesen Wandel der Arbeitsplatzstruktur in der Industrie wurden bereits in der Nachkriegszeit gestellt. In der Industriepolitik der Führung der ehem. DDR Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre lassen sich zwei Ausgangspunkte feststellen, das Industrialisierungsmodell sowjetischer Prägung und die Folgen des 2. Weltkrieges für das Gebiet zwischen Elbe und Oder.

Das sowjetische Industrialisierungsmodell war auf die Errichtung einer autarken Wirtschaft ausgerichtet. Es resultierte aus den Erfahrungen, die Rußland in den zwanziger und dreißiger Jahren beim Aufbau einer Großindustrie in einem Agrarland gesammelt hatte. Das Konzept sah die Errichtung einer Industrie mit einer kompletten Zweigstruktur vor. Die entscheidende Bedeutung unter den Zweigen wurde den Herstellern von Produktionsmitteln, darunter der Schwerindustrie beigemessen. Die Produktionsmittelherstellung war schneller voranzutreiben als die Konsumgüterfertigung.

Der 2. Weltkrieg hatte zur Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen geführt. Damit war zugleich ein historisch gewachsener einheitlicher Wirtschaftsraum zerrissen worden. Die Industrie war ungleichmäßig verteilt. Der Westen Deutschlands

war höher industrialisiert und verfügte über die Hauptstandorte des Steinkohlenbergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, des Schwermaschinenbaus. Das Gebiet der späteren DDR besaß bedeutende Standorte der Verarbeitungsindustrie, so der Elektroindustrie im Raum Berlin, des Maschinenbaus in Sachsen, der Feinmechanik und Optik in Thüringen, der Chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt, der Leicht- und Textilindustrie in Sachsen und Thüringen. Die Grundstoffindustrie und der Schwermaschinenbau waren wegen fehlender Bodenschätze gering entwickelt. Allein die Kali- und Braunkohlenförderung war sehr stark ausgebaut. Es gab ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle. Der Raum Brandenburg, Teile von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern waren vorwiegend agrarisch strukturiert. In der sowjetischen Besatzungszone bestand ein ausgesprochenes Mißverhältnis zwischen Grundstoff- und Verarbeitungsindustrien. Vor allem die Metallerzeugung war weitgehend von ihren Bezugsquellen für Rohstoffe und Halbfabrikate und dem Großteil ihrer Absatzmärkte abgeschnitten. Die dadurch verursachten Schwierigkeiten wogen umso gravierender, als die einzelnen Industriezweige durch den Krieg und die sowjetische Reparationspolitik unterschiedliche Kapazitätsverluste erlitten hatten.

Nach Übereinkunft der Alliierten im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland waren zur Vermeidung künftiger Kriegsführungen die Rüstungsindustrie sowie überschüssige Industriekapazitäten abzubauen. Nach den Beschlüssen von Potsdam war die ehem. Sowjetunion ermächtigt, ihre materiellen Ansprüche an Wiedergutmachung aus der sowjetisch besetzten Zone zu befriedigen. Sie veranlaßte die Demontage von Industrieausrüstungen und Verkehrseinrichtungen. Die Gesamtzahl der demontierten Betriebe wird auf 1 900 geschätzt. Die Sowjetunion änderte bald ihre Reparationspolitik und führte mehr als 200 der zur Demontage vorgesehenen leistungsfähigsten und modernsten Großbetriebe in der sowjetischen Besatzungszone in ihr Eigentum über. Diese Betriebe hatten bis zu ihrer Rückgabe an deutsche Behörden für die Bedürfnisse des sowjetischen Marktes zu produzieren und auf diesem Wege die Reparationsansprüche der UdSSR zu erfüllen.

Mit dem sowjetischen Industrialisierungsmodell im Gepäck und den industriellen Ungleichgewichten auf dem Gebiet zwischen Elbe und Oder vor Augen entschied sich die DDR-Führung für den vorrangigen Auf- und Ausbau der fehlenden Zweige der Schwerindustrie in ihrem Machtbereich, vor allem der Metallerzeugung und des Schwermaschinenbaus. Diese Strategie der industriellen Umstrukturierung befand sich sowohl im Einklang mit den wirtschaftspolitischen Zielen der neuen Machthaber, hatte aber auch die längerfristigen Kriegsfolgen unter den damaligen weltpolitischen Konstellationen im Kalkül. Die neugegründete Republik zwischen Elbe und Oder war Bestandteil des sowjetischen Machtblocks. Der mögliche Ausgleich der überkommenen industriellen Disproportionen durch den Interzonen- bzw. innerdeutschen Handel scheiterte am voll entfachten Kalten Krieg zwischen den ehemaligen Verbündeten.

Tabelle 8: Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe der ehem. DDR

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige				
	1950	1960	1970	1980	1989
<b>1 000 Personen</b>					
Energie- und Wasserversorgung ..	116,8	143,8	105,4	138,9	139,5
Bergbau .....	200,1	211,5	185,8	197,2	208,4
Verarbeitendes Gewerbe .....	2 785,3	3 053,9	3 268,9	3 428,0	3 465,6
davon:					
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe .....	500,4	566,8	643,3	675,0	679,2
Investitionsgüter produzierendes .....					
Gewerbe .....	859,9	1 133,6	1 416,8	1 543,8	1 591,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe .....	1 100,8	1 049,0	909,0	855,3	841,9
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe .....	325,2	304,5	299,8	353,8	353,1
Baugewerbe .....	517,0	507,6	637,5	677,2	651,8
<b>Insgesamt ...</b>	<b>3 619,2</b>	<b>3 916,8</b>	<b>4 197,6</b>	<b>4 441,3</b>	<b>4 465,3</b>
<b>1950 = 100</b>					
Energie- und Wasserversorgung ..	100	123,1	90,2	118,9	119,4
Bergbau .....	100	105,7	92,9	98,6	104,1
Verarbeitendes Gewerbe .....	100	109,6	117,4	123,1	124,4
davon:					
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe .....	100	113,3	128,6	134,9	135,7
Investitionsgüter produzierendes .....					
Gewerbe .....	100	132,0	165,0	179,7	185,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe .....	100	95,3	82,6	77,7	76,5
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe .....	100	93,6	92,2	108,8	108,6
Baugewerbe .....	100	98,2	123,3	131,0	126,1
<b>Insgesamt ...</b>	<b>100</b>	<b>108,2</b>	<b>116,0</b>	<b>122,7</b>	<b>123,4</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt (1994); eigene Berechnungen

Gleiches galt für die Wiederaufnahme der Handelsgeschäfte mit Westeuropa und Nordamerika, in die vor dem 2. Weltkrieg vier Fünftel der Ausfuhr Mitteldeutschlands gegangen waren. Zugleich tat sich für die Wirtschaft der ehem. DDR in der Sowjetunion und den Ländern Mittel- und Südosteuropas, die sich Anfang 1949 zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – im Westen unter seiner Bezeichnung in englischer Abkürzung COMECON besser bekannt – zusammengeschlossen hatten, ein schier unerschöpflicher Markt auf. Diese Länder befanden sich ebenfalls auf Industrialisierungskurs und hatten einen hohen Bedarf vor allem an Erzeugnissen des Schwermaschinenbaus. Dieser Wirtschaftsraum erwies sich zudem in der Lage, die ehem. DDR mit fehlenden Rohstoffen, Anfang der fünfziger Jahre vor allem mit Eisenerz und Steinkohle zu versorgen.

Die Industrie konnte aus der Sicht der DDR-Führung die neuen Aufgaben nur erfüllen, wenn die fehlenden Bereiche nicht nur ergänzt sondern auch die vorhandenen Zweige umprofiliert wurden. Das galt besonders für den Maschinenbau, der früher in erster Linie auf die Ausrüstung der Leicht- und Lebensmittelindustrie orientiert war. Er hatte sich auf den Bedarf des Bergbaus, der Energieerzeugung, der Metallgewinnung und der Chemischen Industrie umzustellen. In seiner strategischen Bedeutung rangierte der Schwermaschinenbau vor allen anderen Zweigen der Schwerindustrie.

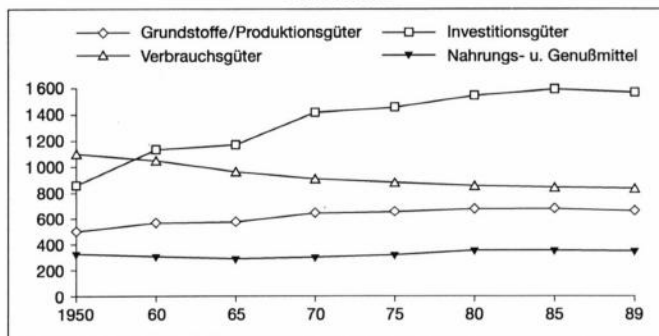
Die Umsetzung des industriepolitischen Konzepts erfolgte in der 1. Hälfte der fünfziger Jahre durch die Festlegung von Schwerpunktvorhaben und die vorrangige Zuteilung entsprechender Investitionsmittel. Darunter befanden sich Betriebe des bis dahin auf dem Gebiet der ehem. DDR nicht vertretenen Energiemaschinenbaus, Hersteller von Bergbauausrüstungen, Betriebe des Werkzeugmaschinenbaus, die ihre Produktion von leichten auf schwere Werkzeugmaschinen umzustellen hatten, Wälzlagerfabriken und Werke des Elektromaschinenbaus. Zu Schwerpunktprojekten deklariert wurden auch Betriebe der Grundstoffindustrie im Bereich der Eisen- und Stahlerzeugung, der Förderung und Verhüttung von Nichteisenerzen, der Elektroenergieerzeugung und der Chemischen Industrie. Zu den größten Investitionsvorhaben gehörte der Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO). Zwei Drittel der Industrieinvestitionen entfielen in den fünfziger Jahren auf den Grundstoffbereich. Nach den Arbeiterunruhen 1953 waren zwar einige Investitionen in die Leicht- und Lebensmittelindustrie umgeleitet worden, der Grundkurs zum Ausbau der Schwerindustrie wurde jedoch beibehalten.

Trotz der Konzentration der Investitionsmittel auf die Grundstoffindustrie war es bis Mitte der fünfziger Jahre nicht gelungen, den rasch steigenden Energiebedarf zu decken. Das unzureichende Wachstum des Kohle- und Energiesektors entwickelte sich zum bedeutendsten inneren Strukturproblem für die Industrie. So kam es in der 2. Hälfte der fünfziger Jahre zur Verabschiedung eines Kohle- und Energieprogramms, das den Neuaufschluß von Braunkohletagebauen, den Aufbau neuer Produktionsstätten für die Kohleverarbeitung und die Erweiterung der Kraftwerkskapä-

zitäten vorsah. Auch die Chemieindustrie hatte Rückstände aufzuholen. Ein ehrgeiziges, aber nie erfülltes Chemieprogramm wurde aufgelegt, um Anschluß an den international inzwischen eingetretenen Strukturwandel zur Petrochemie zu bekommen sowie vorhandene Engpässe bei einigen Grundchemikalien zu überwinden. Der Startschuß fiel für den Aufbau eines erdölverarbeitendes Werkes und eines Synthesefaserwerkes. Beide nahmen die Produktion in den sechziger Jahren auf.

Schließlich hatte sich die ehem. DDR den Empfehlungen des RGW auf dem Gebiet der Produktionsspezialisierung zu stellen, dem sie 1950 als Mitglied beigetreten war. Sie sahen für jedes Mitgliedsland den Ausbau der eigenen Rohstoffbasis vor und als Spezialisierungsrichtung für die ehem. DDR die Weiterentwicklung des Maschinenbaus. So wurden die Braunkohle- und die Kaliindustrie ausgebaut, die Eisen- und Stahlerzeugung dagegen, die hochgradig auf Erz- und Kohleimporte angewiesen war, schied aus der Reihe der vorrangig zu entwickelnden Zweige der Schwerindustrie aus. Der Maschinenbau, dessen Produkte wegen veralteter Sortimente und mangelnder Qualität Mitte der fünfziger Jahre auf Absatzschwierigkeiten trafen, wurde auf technisch hochwertige Erzeugnisse umgestellt. Das betraf vor allem die Fertigung von Werkzeugmaschinen, von denen über die Hälfte in den Export gingen, davon wiederum 85 % in die Länder des RGW.

**Schaubild 5**  
**Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe der ehem. DDR**  
1 000 Personen



Ende der fünfziger Jahre hatte die DDR-Wirtschaft ein schwerindustrielles Fundament erhalten und verfügte über eine eigene Basis der Metallerzeugung. Die Energiegewinnung und die Chemieindustrie waren ausgebaut und letztere um die Petrochemie erweitert worden. Der Maschinenbau war umstrukturiert und ver-

größert worden. Schiffbau sowie Landmaschinen- und Traktorenbau kamen als neue Industriezweige hinzu. Seit Ende der fünfziger Jahre wurde die Zweigpalette der Industrie um die Hersteller von Halbleitertechnik und elektronischer Rechentechnik ergänzt. Diese Veränderungen spiegeln sich deutlich im Wandel der Arbeitsplatzstruktur wider. Die meisten Industriearbeitsplätze waren in den Zweigen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes entstanden. Dieser Sektor avancierte zum größten Arbeitgeber in der Industrie. Kräftige Zuwächse verzeichneten auch die Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung sowie die Energieversorgung. 1960 hatte sich der Schwerpunkt der Industriebeschäftigung bereits von der Verbrauchsgüterherstellung zu den Investitionsgüterproduzenten verlagert.

Im Jahr 1961 wurden mit dem Mauerbau in Berlin die Westwanderung der Bevölkerung gestoppt und damit die hohen Abwanderungsverluste an Landwirten, Facharbeitern, Ärzten usw. eingedämmt. Ohne sichtbare Folgen für die unzureichende Akzeptanz des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems konnte die DDR-Führung von diesem Moment an die Wirtschaft voll nach ihren Vorstellungen gestalten. Zunächst wurde der Zentralismus gestärkt, um die nach dem Mauerbau entstandenen Probleme zu überwinden. Danach begann eine Phase von Reformen, mit denen die Wirtschaft durch Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse, Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe und Lenkung der Produktionsabläufe über monetäre Instrumentarien effizienter gestaltet werden sollte. Die Industriepolitik war auf eine Umwälzung der Produktions- wie Erzeugnisstruktur gerichtet. Unter Beibehaltung der Konzentration auf die Schwerindustrie wurde eine Entwicklung eingeleitet, in der moderne Technik für die breite Anwendung in der Wirtschaft bereitgestellt werden sollte. Es wurden Zweige benannt, die als besonders förderwürdig galten, wie die Erdölchemie zur Erweiterung und Verbesserung der Werkstoffpalette, die Eisen- und Stahlerzeugung der zweiten Verarbeitungsstufe, um die Herstellung technisch hochentwickelter Maschinen zu gewährleisten, die Elektronik und dabei insbesondere der Bau elektronischer Datenverarbeitungsanlagen.

Vor diesem Hintergrund setzte sich der Arbeitsplatzwandel zwischen den Industriezweigen in den sechziger Jahren in kaum verminderter Stärke fort. Den höchsten Zuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnete erneut die Gruppe der Investitionsgüterproduzenten. Diese Entwicklung wurde von der Elektrotechnik/Elektronik und dem wissenschaftlichen Gerätebau sowie im Schwermaschinenbau vom Chemieanlagenbau, der Herstellung von Baumaschinen und Maschinen zur Baustoffgewinnung sowie dem Landmaschinenbau angeführt. Auch die Arbeitsplätze im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich nahmen vor allem wegen des Ausbaus der Erdölverarbeitung weiter zu.

Bei allen Bemühungen um Modernisierung der Produktion und ihrer Lenkungsmechanismen war der Energiesektor in der 2. Hälfte der sechziger Jahre erneut zurückgeblieben und traten Ende der sechziger Jahre Mißverhältnisse zwischen Zulieferindustrien und Endproduktion auf. Es kam zu Störungen in den gesamtwirt-



schaftlichen Produktionsabläufen. Sie bildeten den wirtschaftlichen Hintergrund für den Machtwechsel zwischen Ulbricht und Honecker in der Führung der ehem. DDR. Der Wechsel bedeutete einen Einschnitt in der Wirtschaftsstrategie. Als Hauptaufgabe wurde die Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung verkündet. Zunächst wurden jedoch Anstrengungen unternommen, das bestehende Energiedefizit zu beseitigen und die Disproportionen zwischen Zuliefer- und Finalproduktion zu überwinden. Die Brennstoff- und Energieindustrie wurde durch den Neuaufschluß von Braunkohletagebauen und die Installation neuer Kraftwerkskapazitäten auf Braunkohle- und Kernenergiebasis ausgebaut. Die Erdgasförderung wurde forciert. Mit der weiteren Konzentration auf die einheimischen Energieträger reagierte die DDR-Führung zugleich auf die „Ölpreisschocks“ der siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Dabei wurden erhebliche Umweltbelastungen in Kauf genommen.

Der Beschäftigungsrückgang Ende der sechziger Jahre im Bergbau und in der Energieversorgung wurde gestoppt. In der Folgezeit verzeichneten die Energie- und Wasserversorgung sowie der Bergbau wieder kräftige Zuwächse an Arbeitsplätzen. Hinsichtlich des Wachstumstempos übertraf dieser Bereich alle anderen Zweiggruppen des Produzierenden Gewerbes.

Die proklamierte Anhebung des Lebensniveaus der Bevölkerung läßt sich demgegenüber bei weitem nicht so deutlich im Arbeitsplatzwandel nachvollziehen. Eindeutig ist er an der Trendwende in den siebziger Jahren zugunsten der Beschäftigungszunahme im Nahrungs- und Genußmittelsektor erkennbar. Gleiches gilt für das Baugewerbe, wo von der Realisierung eines auf Jahrzehnte ausgelegten Wohnungsbauprogramms langfristige Beschäftigungsimpulse ausgegangen sind. Im Verbrauchsgütersektor setzte sich der Arbeitsplatzabbau indes fort.

Die siebziger und achtziger Jahre sind zugleich vom schnelleren Wachstum der Zweige gekennzeichnet, die das Tempo des technischen Fortschritts bestimmen. So wurde nicht nur die elektronische Industrie, der Bau von Datenverarbeitungsanlagen und Büromaschinen weiter vorrangig entwickelt wie auch der Werkzeugmaschinenbau, die feinmechanische und optische Industrie, sondern 1977 ein strategisches Konzept für die Entwicklung und den Ausbau einer eigenen mikroelektronischen Industrie beschlossen. Mit der Realisierung dieses Konzepts wog sich die Führung der ehem. DDR in dem Glauben, den Anschluß an die führenden Industrieländer in der Welt zu halten. Produktionsstätten für die Herstellung mikroelektronischer Bauelemente sowie Kapazitäten für ausgewählte Vormaterialien und technologische Spezialausrüstungen wurden geschaffen, in denen jedoch die Fertigung weder im Hinblick auf die Kosten noch auf die Leistungsfähigkeit der Erzeugnisse wettbewerbsfähig war.

Insgesamt flachte in den siebziger und achtziger Jahren der Arbeitsplatzwandel zwischen den Industriezweigen ab. Er verlagerte sich zunehmend in das Zweiginnere. Dem Arbeitsplatzwandel zwischen Unternehmen und Wirtschaftszweigen

standen sogar gesetzliche Regelungen im Wege. So mußten die Unternehmen neu geschaffene Arbeitsplätze durch Frei- und Umsetzungen von Arbeitskräften im eigenen Verantwortungsbereich besetzen. Bei Freisetzungen durch Rationalisierung der Produktion waren sie verpflichtet, der überwiegenden Zahl der Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsplatz im Unternehmen zuzuweisen. Die Strukturentwicklung im letzten Jahrzehnt der DDR stand im Spannungsfeld zwischen dem formalen Festhalten an der strategischen Zielstellung der Lebensniveausteigerung, ehrgeizigen, aber unrealistischen Projekten zur Modernisierung der Produktion und dem Zwang zur Minderung der Auslandsverschuldung. Die ehem. DDR hinterließ eine Industrie mit einer vielseitigen Zweigpalette, die zwar aufgrund der ungenügenden Spezialisierung in der Lage war, die Breite eines ganzen Warenhaussortiments zu bedienen, deren Erzeugnisse jedoch in Menge und Qualität unzureichend und zu einem großen Teil technisch veraltet waren.

## Zusammenfassung

Arbeitsplätze waren in der Staatswirtschaft der ehem. DDR reichlich vorhanden, Arbeitskräfte dagegen knapp. Um die Knappheit zu überwinden, wurden immer neue Reserven aus der nichterwerbstätigen Bevölkerung erschlossen. Die hohe Erwerbsbeteiligung sowohl bei Männern als auch bei Frauen ging infolge des Produktivitätsrückstandes der Wirtschaft mit einem – gemessen am früheren Bundesgebiet – niedrigen Niveau bei den Einkommen und der Güterversorgung der privaten Haushalte einher.

Der Arbeitsplatzwandel vollzog sich in mehreren Ebenen. Gesellschaftspolitisch motiviert war der Übergang der Arbeitsplätze von der Privat- zur Staatswirtschaft. Er folgte den entschädigungslosen Enteignungen in den Nachkriegsjahren, der Bildung von Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft und dem Handwerk, der Beteiligung des Staates an Privatbetrieben sowie der letzten Verstaatlichungswelle der restlichen privaten und der halbstaatlichen Betriebe sowie einiger Handwerksgenossenschaften. Der Mittelstand wurde verdrängt und das Handwerk in seiner Entwicklung eingeschränkt.

Der Arbeitsplatzwandel stand darüber hinaus im Zeichen der Konzentration der Produktion in Großbetrieben vor allem in der Industrie, dem Baugewerbe und der Landwirtschaft. Kleinst- und Kleinbetriebe verloren ihre Selbständigkeit, wurden aufgelöst oder in Unternehmen eingegliedert. Die Arbeitsplatzlandschaft wurde seit den siebziger Jahren fast ausschließlich von Großbetrieben bestimmt. Im Gegensatz dazu war in der Bundesrepublik Deutschland die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes, d. h. von Klein- und Mittelbetrieben, über die ganze Zeit hinweg Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Wie in anderen Industrieländern gab auch in der ehem. DDR die Landwirtschaft Arbeitsplätze an die Industrie ab. Angesichts der Selbstversorgungsstrategie lief dieser Strukturwandel bei steigender Produktion in der Landwirtschaft und einem relativ hohen Beschäftigungsniveau in den siebziger Jahren aus. Die Arbeitsplätze in der Industrie haben dagegen ständig zugenommen, obwohl ihr Anteil seit Beginn der siebziger Jahre rückläufig war. Den größten Zuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnete der Dienstleistungssektor und davon der Staat.

Die Hauptlinie des Arbeitsplatzwandels in der Industrie verlief zwischen dem Verbrauchs- und Nahrungsgütersektor auf der einen und dem Grundstoff- und Investitionsgüterbereich auf der anderen Seite. Bis in die sechziger Jahre lag die Priorität beim Auf- und Ausbau der Schwerindustrie. Gestützt darauf und im Einklang mit dem Spezialisierungsprogramm des RGW verlagerte sich der Schwerpunkt der weiteren Expansion auf den Maschinenbau. Die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur verlief damit zumindest ab einem gewissen Zeitpunkt konträr zu der in marktwirtschaftlich orientierten Industrienationen, bei denen die Schwerindustrie stetig an Bedeutung verlor. Um Anschluß an die Entwicklung in den führenden Industrieländern zu halten – was aber nur in den seltensten Fällen gelang –, wurden darüber hinaus neue Arbeitsplätze in der Chemieindustrie, der elektronischen (später: mikroelektronischen) Industrie sowie im wissenschaftlichen Gerätebau eingerichtet. Zugleich genoß vor allem ab den siebziger Jahren die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze bei der Ausbeutung der einheimischen Rohstoff- und Energiequellen hohe Priorität. Dabei wurden erhebliche Umweltbelastungen in Kauf genommen, die jetzt die entsprechenden Wirtschaftszweige und die Gesellschaft insgesamt vor große Probleme stellen. Die DDR hinterließ zwar eine weit gefächerte Zweigstruktur industrieller Arbeitsplätze, die, bildhaft gesprochen, für die Güterproduktion eines ganzen Warenhaussortiments östlicher Provenienz diente, aber für das Sortiment eines Kaufhauses westlicher Prägung wenig geeignet war, da sie nur in wenigen Fällen mit am Markt konkurrenzfähigen Produkten aufwarten konnte.

## **Literaturhinweise**

*Autorenkollektiv (1980): Die Landwirtschaft der DDR, Berlin.*

*Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg., 1985): DDR-Handbuch, Köln.*

*Institut für Wirtschaftsforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg., 1981): Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin.*

*Institut für Wirtschaftsforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg., 1989): Industriezweige in der DDR 1945 bis 1985, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband, Berlin.*

*Karlsch, R. (1993): Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945 – 53, Berlin.*

*Ludwig, U. (1993): Ohne Rückrechnung kein Nachweis des wirtschaftlichen Umbruchs in den neuen Ländern, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehem. DDR, S. 25 ff.; Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin.*

*Nell-Breuning, O. von (1961): Produktivgenossenschaften, in: Staatslexikon, 6. Band, Freiburg.*

*Statistisches Amt der DDR (versch. J.):*

- Statistische Jahrbücher der DDR.
- Jahrbücher Arbeitskräfte und Löhne.

*Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1993): Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR, Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin, Band 24 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart.*

*Statistisches Bundesamt:*

- Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehem. DDR
- Heft 3, Bevölkerungsstatistische Übersichten 1949 bis 1989 (erschienen 1993).
- Heft 6: Handwerk nach Gewerbegruppen, Gewerbebranchen und Ländern 1988 und 1989 (erschienen 1993).
- Heft 8, Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft 1949 bis 1989 (erschienen 1993).
- Heft 14, Erwerbstätige 1959 bis 1989 (erschienen 1994).

*Winkel, H. (1974): Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945 – 1970, Wissenschaftliche Paperbacks, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wiesbaden.*

## **Umbruch der Arbeitsmarktstrukturen in den neuen Ländern und Berlin-Ost**

Die Umwandlung einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft schlägt sich in hohem Maße auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. So ist es verständlich, wenn die Menschen ihre Zielvorstellungen und Vorgehensweisen, ihre Bewertung der Ereignisse und Ergebnisse nicht zuletzt an Fragen der Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit ausrichten, an deren Quantität und Qualität zu Beginn des Transformationsprozesses und in der aktuellen Situation. Während über die Ausgangslage der ostdeutschen Wirtschaft nach vier Jahren weitgehende Klarheit herrscht, besteht über den aktuellen Stand ein wesentlich breiteres Meinungsspektrum; auch deshalb, weil für die Menschen in Ost- und Westdeutschland das Ende des Transformationsprozesses und seine „endgültigen“ Ergebnisse teilweise offen zu sein scheinen und damit ungewiß ist, inwieweit sich unbefriedigende Zustände positiv verändern lassen. Während Westdeutsche den anhaltend hohen Transferbedarf der neuen Bundesländer vermehrt kritisch beurteilen, befürchten Ostdeutsche den dauerhaften Verlust ihrer Arbeitsplätze.

### **1 Katastrophale Ausgangslage**

Die Verfassung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern und Berlin-Ost wird noch über Jahre hinweg maßgeblich von der Lage in der ehem. DDR Ende der achtziger Jahre sowie den Sonderbedingungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und der deutschen Wiedervereinigung mitgeprägt; die alten, nicht wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze sind schnell weggefallen, doch die neuen, wettbewerbsfähigen wachsen nur langsam nach.

#### **1.1 Erblasten . . .**

Vor der Grenzöffnung im Spätherbst 1989 gab es in der ehem. DDR 9,75 Mill. Erwerbstätige. Da die Wirtschaft eine Beschäftigungs-, aber keine Effizienzwirtschaft war, lag die „echte“ Arbeitsnachfrage indes deutlich darunter:

- Stillstandszeiten in der Produktion wegen der Defektanfälligkeit des vergreisten Maschinenparks und aufgrund der typischen Probleme einer Mangelwirtschaft bei der Materialbeschaffung führten auch dazu, daß Mitarbeiterstäbe, Arbeitsgruppen, selbst ganze Abteilungen mit dem Aufspüren des dringend benötigten Materials beschäftigt waren. Zusätzlich strebten die Betriebe einen hohen Selbstversorgungsgrad an. Im Notfall wurde die fehlende Schraube selbst ange-

---

\*) Dr. Gerd von Gusinski, Treuhandanstalt, Berlin.

fertigt, kostete es, was es wollte. Der Personalbestand wurde am "schlimmsten Fall" ausgerichtet. Zudem fielen durch den Systemwechsel ehemals gesellschaftlich gewollte Beschäftigungsverhältnisse weg, die der Erfüllung bestimmter politischer und sozialer Aufgaben dienten. Neben der betrieblichen Betätigung von politischen Funktionären galt dies etwa auch für kulturelle Aktivitäten aus den Reihen der Belegschaft, deren kostenmäßige Auswirkungen vernachlässigt wurden. Nach Einschätzungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, ergab dies einen Rückgang um 1,4 Mill. Arbeitsplätze. Dabei ist die notwendige Anpassung an den bevorstehenden Strukturwandel sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene noch nicht berücksichtigt worden.

- Über kurz oder lang stand der Wirtschaft der ehem. DDR ein einschneidender Strukturwandel bevor, für den die Bundesrepublik Deutschland ein Vierteljahrhundert Zeit gehabt hatte: Ende der achtziger Jahre entsprachen z. B. die Beschäftigungsstrukturen in der ehem. DDR den Anteilen der einzelnen Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik Mitte der sechziger Jahre. Und viele Kombinate und volkseigene Betriebe hatten alles andere als eine Kunden und Konkurrenten beeindruckende Produktpalette. Einschließlich der sich daraus ergebenden beschäftigungspolitischen Konsequenzen schätzte das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) Berlin (jetzt IWH – Institut für Wirtschaftsforschung Halle) das Freisetzungspotential auf knapp 4 Mill. Personen.
- Auf welch tönernen Füßen die Wirtschaft stand und in welchem Maße damit Arbeitsplätze gefährdet waren, erkannten zuletzt auch Hofökonomien und Politbürokratie. Aus ihren letzten, inzwischen bekannt gewordenen Papieren geht hervor, daß die ehem. DDR vor dem Staatsbankrott stand. Es wurde in den achtziger Jahren eine Konkursverschleierung bei immensem Substanzverzehr betrieben. Und die Produktivität der Arbeitsplätze wurde im Vergleich zur bundesdeutschen Wirtschaft um rd. 40 % niedriger eingeschätzt.<sup>1)</sup>

Fest stand damit: Millionen von Arbeitsplätzen waren nach den alten Mustern nicht länger zu halten.

## 1.2 ... und Wendemanöver

Die Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 öffnete die über Jahrzehnte hinweg verbarrikadierten Türen und Tore der Wirtschaft schlagartig und weit, und die kräftige Währungsaufwertung verschlechterte die Rentabilität der Produktion gravierend. In Kenntnis, aber noch vor Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gingen verschiedene Analysen und Rentabilitätsrechnungen davon aus, daß eine hohe Zahl von Industriebetrieben in ihrer Existenz bedroht war. Selbst

---

1) Vgl. die Vorlage der Staatlichen Plankommission für das Politbüro des Zentralkomitees der SED vom 30.10.1989.

die in alten Denkstrukturen verhaftete Bürokratie des Wirtschafts- und Finanzministeriums der DDR hielt zuletzt nur 30 bis 40 % der Betriebe der ehemals zentral-geleiteten Industrie für rentabel. 30 % der Unternehmen wurden als stark konkursgefährdet angesehen. Und in diesen Industriebetrieben gab es mit 43 % überproportional viele Arbeitsplätze. Und nochmals 34 % der Industriebeschäftigten arbeiteten in sanierungswürdigen, möglicherweise aber nicht sanierungsfähigen Unternehmen.

Nicht nur die Erblasten aus DDR-Zeiten und die Belastungen aus der Wirtschafts- und Währungsunion waren zu verkraften, sondern von den Tarifparteien wurde zusätzlich eine stark aufwärtsgerichtete Tendenz der Löhne für die nächsten Jahre festgeschrieben. In nur etwas mehr als zwei Jahren nach der Vereinigung wäre nach diesen Absprachen das ostdeutsche Lohnniveau auf das amerikanische und in drei Jahren auf das japanische Niveau gestiegen. So drohten über kurz oder lang selbst jene Unternehmen, die zu den Perlen der Industrie der ehem. DDR gezählt wurden, in die Knie zu gehen, und bei vielen Beschäftigten wuchs die Furcht vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Vor diesem Hintergrund kamen amerikanische Wissenschaftler<sup>2)</sup> zu niederschmetternden, wenn auch nicht überraschenden Ergebnissen in bezug auf die Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern. Sie schätzten, daß auf der Grundlage der DDR-Technologie, der alten Organisationsstrukturen sowie der im Oktober 1990 geltenden Lohnkosten und Weltmarktpreise nur 8,2 % der ostdeutschen Industriebeschäftigten ihren Arbeitsplatz behalten könnten; nur für diese Arbeitsplätze überstiegen die Absatzerlöse (Absatz bewertet zu Weltmarktpreisen) die variablen Produktionskosten. Im März 1990 war nahezu die gesamte Industrie der ehem. DDR vom Bergbau über das Verarbeitende Gewerbe bis zur Bauwirtschaft der Treuhandanstalt zur Umgestaltung und Privatisierung übergeben worden. Das Gros der ca. 4 Mill. Beschäftigten in Treuhand-Unternehmen arbeitete in diesen existenzbedrohten Betrieben.

Aus der Berkeley-Studie folgte : Unter der berühmten, aber in der Regel unrealistischen „Ceteris-paribus-Klausel“ drohte Millionen von Erwerbstätigen in der ostdeutschen Industrie die Entlassung, und nur für wenige hunderttausend Industriebeschäftigte sollten sich die Arbeitsplätze halten lassen. Doch auch die Realität brachte nicht nur günstige Ergebnisse. Zwar ließen sich einerseits auf der Kosten- seite spürbare Entlastungen einleiten und durchsetzen, etwa durch Vermeidung offensichtlicher Fehlorganisation und durch Produktivitätssteigerung bei Neuinvestitionen. Aber andererseits bereitete die geschrumpfte Nachfrage nach Produkten aus den neuen Ländern und Berlin-Ost den Unternehmen und ihren Belegschaften große Sorgen.

---

2) Siehe Berkeley-Studie von Akerlof u.a.

## 2 Ohne Absatz keine Arbeitsplätze

Es kam 1990 zu einer rasanten Talfahrt der ostdeutschen Wirtschaft. Schon Ende des Jahres war die Industrieproduktion annähernd auf die Hälfte des Vorjahresniveaus gefallen. Der Absatz der Unternehmen und damit auch die Arbeitsplätze wurden letztlich von allen Seiten in die Zange genommen. Ostdeutschland wurde zu einer Marktwirtschaft ohne ausreichenden Absatzmarkt.

### 2.1 Der heimische Markt fiel an den Westen

Kombinate und volkseigene Betriebe setzten zu Zeiten der Planwirtschaft im Vergleich zu westlichen Industrieländern einen wesentlich höheren Anteil an Waren und Dienstleistungen auf dem heimischen Markt ab. Doch mit der DM kam über Nacht das westliche, vor allem das westdeutsche Güterangebot nach Ostdeutschland, und mit der neugewonnenen Konsumentenfreiheit setzte ein Run auf „Westprodukte“ ein. Wegen der tatsächlichen oder vermeintlichen Qualitätsüberlegenheit wurden die Westwaren in einem Umfang bevorzugt, der auf einen de facto-Boykott der erprobten, aber ungeliebten heimischen Produkte hinauslief.

Nachdem die Menschen zu Zeiten der ehem. DDR z. B. 15 Jahre Wartezeit für ein Auto einplanen mußten und ein Pkw westlicher Marke für den Normalbürger ein unerfüllbarer Traum war, schossen nun Neu- und Gebrauchtwagenhändler mit Westautos wie Pilze aus dem Boden. Angesichts dieses Angebots waren „Trabant“ und „Wartburg“ kaum noch gefragt. Die wenigen Käufer bekamen zudem Autos, die massiv durch Subventionen mitfinanziert waren, z. B. der Wartburg in Höhe von 6 000 DM je Fahrzeug. So wurde die Produktion von Trabant und Wartburg im Frühjahr 1991 eingestellt. Ähnlich war die Situation bei vielen technischen Konsumgütern, beispielsweise der Unterhaltungselektronik. Ob Nahrungsmittel oder Bekleidung, ob Schuhe oder Spirituosen: heimische Produkte waren faktisch nicht mehr oder höchstens noch zu Schleuderpreisen absetzbar. Zugleich wurden alte Lieferbeziehungen zwischen heimischen Unternehmen vielfach gekappt, da auch die ostdeutschen Hersteller die neuen Zugriffsmöglichkeiten in das westliche Leistungsangebot nutzten.

Der Siegeszug der Westwaren und die damit einhergehenden Umsatzeinbußen bei Ostprodukten waren die Hauptursache für die steile Talfahrt der Industrieproduktion in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit Mitte 1990. Der stärkste Rückgang trat in den konsumnahen Bereichen ein. In der Textilindustrie war im Verlauf eines halben Jahres die Produktion auf ein Drittel durchgesackt. Die Verringerung der Bezüge an Vormaterialien und Zulieferteilen führte in weiteren Bereichen zu drastischen Produktionseinschränkungen und Konsequenzen bei der Beschäftigung.

Anfang 1991 gab es wegen fehlender Aufträge allein in der Industrie weit über eine Million Kurzarbeiter; bei nahezu jedem zweiten Beschäftigten in diesem Bereich



war die Arbeitszeit eingeschränkt. In besonders stark betroffenen Sektoren (z. B. in der Textil- und Bekleidungsindustrie) lag die Kurzarbeiterquote merklich über 50 %; dies bedeutete für nicht wenige sogar „Kurzarbeit Null“. Damit begann sich abzuzeichnen, in welchen Größenordnungen Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze bei anhaltender Anpassung der Unternehmen an den gesunkenen Absatz bedroht sein würden.

Im Laufe der Zeit veränderte sich das Käuferverhalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Inzwischen werden von den Ostdeutschen wieder vermehrt heimische Produkte nachgefragt; das Angebot „von hier“ beginnt sich auch gegen die westliche Konkurrenz zu behaupten. Dieses veränderte Verhalten soll nicht zuletzt helfen, auch Arbeitsplätze zu erhalten.

## **2.2 Westmärkte: schwieriger Neuanfang**

Zu Zeiten der ehem. DDR war der Export in westliche Länder hoch subventioniert. Die Erzeugnisse hatten wegen ihres Images vielfach nur Chancen im Niedrigpreissegment, und sie wurden wegen der ständig leeren Devisenkassen auch um jeden Preis verkauft. Zudem handelte es sich in der ostdeutschen Industrie Mitte 1990 bei drei von vier Produkten um „Auslaufmodelle“, so das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

Die eklatanten kostenseitigen und sortimentsmäßigen Wettbewerbsrückstände wurden durch den mit dem Umtauschkurs verbundenen Aufwertungseffekt von mehreren hundert Prozent drastisch verstärkt. So gingen die Exporte in die westlichen Industrieländer 1990 um 26 % und 1991 nochmals um 13 % zurück.<sup>3)</sup>

Neben traditionellen Lieferanten von Konsumgütern, die ihren Umsatz bereits auf dem heimischen Markt weitgehend verloren hatten, traf es insbesondere Exporteure aus dem Bereich der Grundstoffindustrie, deren Erzeugnisse schon vor Öffnung der Grenzen nur durch Preisunterbietung auf westlichen Märkten absetzbar waren. Und für jene Investitionsgüter, die trotz des Aufwertungsschocks von Qualität und Standard her marktfähig waren oder die rasch marktfähig gemacht wurden, mußte der Marktzugang in einer Situation sich rezessiv verengender Märkte und weltweit zunehmender Überkapazitäten im harten Verdrängungswettbewerb erst einmal erkämpft werden. Viele ostdeutsche Unternehmen traten an, aber bisher gelang nur sehr begrenzt der Nachweis, daß sich Ostprodukte auf Westmärkten auch unter den veränderten Bedingungen verkaufen lassen.

3) In absoluten Beträgen wiesen die Exporte in die westlichen Industrieländer folgende Tendenz auf –1989: 6,9 Mrd. DM; 1990: 5,1 Mrd. DM; 1991: 4,5 Mrd. DM; 1992: 4,7 Mrd. DM und 1993: 3,7 Mrd. DM.

### 2.3 Ostexporte: abgestürzt

Während 1990 vor allem die Betriebe im konsumnahen Bereich schlagartig einen großen Teil ihres heimischen Absatzes verloren und die Lieferungen ins westliche Ausland deutlich zurückgingen, verzeichneten die Ostexporte noch einen Spitzenwert. Ursächlich hierfür war: Der Osthandel wurde auch 1990 auf Transferrubelbasis abgewickelt und hoch subventioniert. Dies hat osteuropäische Importeure veranlaßt, sich einzudecken, solange die Lieferungen noch nicht in „Hart-Währung“ zu bezahlen waren.

Anfang 1991 kam mit der Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Umstellung des Handels auf konvertible Währungen der scharfe Einbruch. Die ostdeutsche Industrie verlor im Verlaufe nur weniger Monate vielfach ihre angestammte Hauptexportbasis: Allein im Jahr 1991 brachen die Ostexporte um mehr als 60 % ein. Dieser Rückgang wäre allerdings ohne das Hermes-Sonderprogramm im Handel mit der ehem. Sowjetunion noch gravierender gewesen. So tendierten die Ausfuhren ohne Hermes-Sonderkonditionen z. B. nach Bulgarien oder Rumänien faktisch gegen Null. Die abwärts gerichtete Tendenz der Ostexporte in die ehem. Staatshandelsländer setzte sich bis zuletzt fort.<sup>4)</sup>

Gesamtwirtschaftlich gesehen, war die internationale Arbeitsteilung der DDR-Wirtschaft zwar vergleichsweise gering ausgeprägt, aber die monopolartige Stellung der ehem. UdSSR bei der Rohstoffversorgung der ehem. DDR hatte gefährliche Abhängigkeiten auch im Export geschaffen. Zu DDR-Zeiten betrug der Anteil der RGW-Länder am gesamten Außenhandel (Ein- und Ausfuhr) knapp 70 %. Mehr als die Hälfte der DDR-Waren wurde in die ehem. Sowjetunion ausgeführt. Kapazitäten und Sortimente ganzer Branchen und Kombinate wurden einseitig geprägt. Nicht wenige Großbetriebe produzierten damals vorwiegend oder ausschließlich – jeweils mit mehreren tausend Beschäftigten – für sowjetische Abnehmer.

Typisches Beispiel war und ist das Werk Ammendorf der Deutschen Waggonbau AG: Hier wurden Personenzugwagen für die sowjetische Staatsbahn in großen Stückzahlen geliefert; sie hätten mehr als ausgereicht, den gesamten Bedarf Westeuropas zu decken. SKET Magdeburg, das Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt oder Umformtechnik Erfurt lieferten zu Zeiten der ehem. DDR zum Teil 70 % bis 90 % ihrer Erzeugnisse in die ehem. RGW-Länder. Ähnliches traf auf den Schiffbau zu. Aber auch Bereiche wie die Textil-, Bekleidungs- oder Möbelindustrie verzeichneten hohe RGW-Exporte.

Nach Angaben der ehem. DDR betrafen die Beschäftigungseffekte des Osthandels – direkt und indirekt, d. h. einschließlich der Zulieferungen – bis zu 1,5 Mill. Arbeitsplätze. Durch den Einbruch auf den Ostmärkten in den vergangenen Jahren

---

4) Die Ostexporte hatten 1990 einen Umfang von 30,5 Mrd. DM; 1991: 11,6 Mrd. DM; 1992: 7,4 Mrd. DM; 1993: 6,5 Mrd. DM).

wurden annähernd eine Million Arbeitsplätze obsolet; davon betroffen waren insbesondere Beschäftigte in ostdeutschen Industriebetrieben.

### **3 Das Ökonomische und das Soziale**

Mit der Grenzöffnung im Spätherbst 1989 begann sich der Arbeitsmarkt der ehem. DDR zu verändern. Monat für Monat wurden die Veränderungen größer. Mitte 1990 sank die Zahl der Erwerbstätigen bereits unter die 9-Millionen-Grenze (vgl. Tabelle 1, S. 143 f). Insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft und im gewerblich-industriellen Bereich kam es rasch zu einem spürbaren Abbau der Arbeitsplätze. Die Menschen in Ostdeutschland erfuhren erstmals, was es bedeutet, wenn aus einer Beschäftigungswirtschaft mit zentralistisch geplantem Absatz eine Effizienzwirtschaft mit Absatzrisiko und aus verdeckter Arbeitslosigkeit offene Erwerbslosigkeit wird; mag auch nur der geringere Teil der vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen amtlich und offen arbeitslos werden.

Hunderttausende von älteren Arbeitnehmern nutzten Vorruhestands- und flexible Altersübergangsgeldregelungen und dürften damit dem ersten Arbeitsmarkt vielfach auch dauerhaft entzogen worden sein. Entsprechendes trifft auf ostdeutsche Erwerbstätige zu, die ihren Wohnort nach Westdeutschland verlegten. Ebenfalls verkleinerten Pendler nach Westdeutschland die Lücke zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dies gilt auch über einen längeren Zeitraum hinweg, und zwar um so mehr, je stabiler der jeweilige Arbeitsplatz erscheint und je leichter die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz täglich zu bewältigen ist. Etwa die Hälfte der Pendler arbeiteten in Westberlin und in den Gebieten, die unmittelbar an die neuen Bundesländer anschließen, also den ehem. westdeutschen Zonenrandgebieten. Bei Fernpendlern belasten Arbeitswege von mehreren Stunden in hohem Maße deren Schaffenskraft und Familien. Diese Menschen sind ein eindrucksvolles Beispiel, daß Ostdeutsche arbeiten wollen und dafür große Mühen und Belastungen auf sich nehmen.

Um nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion die laufende Produktion an die Auftragseinbrüche anzupassen, reduzierten die Unternehmen nicht nur die Belegschaften, sondern auch massiv die Arbeitszeit. Innerhalb weniger Monate stieg die Zahl der Kurzarbeiter auf 2 Mill.; betroffen waren vor allem Beschäftigte in vielen großen Industrieunternehmen. Kurzarbeit wurde in der Anfangszeit zur arbeitsmarktpolitischen Maßnahme mit dem größten Entlastungseffekt. Hochgerechnet auf Vollzeit-Arbeitsplätze wurden so im 1. Halbjahr 1991 rd. 1 Mill. Beschäftigte in ihren Betrieben gehalten; danach verlor diese Maßnahme rasch an Bedeutung. Innerhalb eines Jahres sank die Zahl der Kurzarbeiter um über

1,5 Mill.<sup>5)</sup> Doch überwiegend ging die Abnahme der Kurzarbeit nicht mit einer Rückkehr zur Normalbeschäftigung einher, sondern mit einem Abbau von Arbeitsplätzen.

### **3.1 An der Schwelle zum 1. Arbeitsmarkt**

Mit Hilfe der sogenannten Warteschleife verblieben bis zum Sommer 1991 Hunderttausende im öffentlichen Dienst, ältere Mitarbeiter (über 50 Jahre) bis zum Herbst 1991. Sie wurden dort vorübergehend „geparkt“. Im „Wartestand“ befanden und befinden sich zudem mehrere hunderttausend Personen, die sich für eine Überbrückungstätigkeit auf dem zweiten Arbeitsmarkt entscheiden mußten: sei es im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) oder einer Vollzeit-Fortbildung und Umschulung (FuU).

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben Arbeitsangebot und -nachfrage in den neuen Ländern maßgeblich überlagert. Bereits kurz nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im 3. Vierteljahr 1990 lag der Entlastungseffekt dieser Maßnahmen bei nahezu 1 Mill. Erwerbstätigen.<sup>6)</sup> Zwischen dem 2. Vierteljahr 1991 und dem 1. Vierteljahr 1993 summierte sich die Entlastung auf 1,75 Mill.; seitdem ist die Zahl der Begünstigten um 500 000 gesunken (vgl. die Tabellen 2 und 3, S. 145).

Struktur und Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben sich über die Jahre hinweg stark gewandelt. Sie wurden insbesondere vom Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG-DDR) zum 01.07.1990, von der Geltungsdauer verschiedener Übergangs- und Sondervorschriften, von speziellen Vereinbarungen – etwa zwischen der Treuhandanstalt und den Landesregierungen – und von der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur – z. B. vom flächendeckenden Aufbau der Arbeitsämter und ihrer Nebenstellen – bestimmt.

Anfangs dominierten die Wirkungen der Kurzarbeit eindeutig. Dies hängt auch mit ihrer relativ unproblematischen Handhabung zusammen. Der massive Einsatz von ABM und FuU setzt dagegen nicht zuletzt eine institutionelle Trägerlandschaft voraus, für ABM beispielsweise in den Kommunen sowie in den gemeinnützigen und kirchlichen Institutionen. Zudem stieß die Übernahme einer ABM-Tätigkeit bei manchen Arbeitslosen in der Anfangsphase auf Vorbehalte. Schließlich wurden bei ABM teilweise neue Wege beschritten, die abzustimmen und vorzubereiten waren.

So wurden beispielsweise Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS) als Trägerform entwickelt. ABS-Gesellschaften waren als Träger von ABM mit stärker ausgeprägten Anteilen der beruflichen Qualifizie-

---

5) So betrug die Zahl der Kurzarbeiter im April 1991 2,02 Mill. Personen, ein Jahr später jedoch nur noch 0,47 Mill.

6) Einschl. Kurzarbeiter mit einem Arbeitszeitausfall von durchschnittlich 50 %, außerdem ABM, FuU sowie Vorruhestand und Altersübergangsgeld.

rung und Betreuung gedacht. Im Juli 1991 wurden durch eine Rahmenvereinbarung zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Landesregierungen und Treuhand regionale und sektorale ABS-Gesellschaften initiiert, die Projekte konzeptionell und planerisch entwickeln und beratend tätig werden sollten. Nachdem Ende 1991 eine große Zahl von Kurzarbeitern aus Treuhandbetrieben in ABS-Gesellschaften übernommen worden war, verringerte sich die Zahl der in ABM Beschäftigten seit Mitte 1992 ständig. Aus ABS-Aktivitäten sind auch Ausgründungen von kleineren Betrieben hervorgegangen – Durchschnittsgröße: ca. 10 Arbeitsplätze –, allerdings blieb deren Zahl hinter den Erwartungen zurück.

Seit Anfang 1993 werden im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes Lohnkostenzuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt, der Sozialen Dienste oder der Jugendhilfe gewährt (§ 249 h AFG). So wurde in den Bereichen Chemie, Bergbau und Metall unter Einbeziehung der Treuhand die Sanierung der industriellen Altlasten in Angriff genommen. Beseitigung von Umweltschäden und Altlasten sowie Demontage und Sanierung von industriellem Altgelände verlangten ein hohes Maß an konzeptionellen und organisatorischen Vorarbeiten. Zusätzlich war es nicht immer einfach, die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte effizient und sozialverträglich einzusetzen. Körperlich schwere Arbeiten oder Arbeiten mit schwerem Gerät dürften Forschern, Planern oder weiblichen Arbeitskräften in aller Regel so leicht nicht fallen. Auch sollte nicht unbeachtet bleiben, wie „großzügig“ diese Maßnahmen teilweise gehandhabt wurden. Deklariert wurde zwar eine Maßnahme nach § 249 h, in bestimmten Fällen konnte es sich aber z. B. um normale Aufräumarbeiten eines Unternehmens handeln.

Im Vergleich zum ABM-Bereich standen für Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung bereits frühzeitig Maßnahmeträger zur Verfügung, und zwar aus dem früheren Bundesgebiet. Indes konnten angesichts vager Kenntnisse über den (künftigen) Bildungsbedarf und in Anbetracht einer unübersichtlichen Vielfalt des Bildungsangebots auch Träger zum Zuge kommen, die nicht immer den erwarteten Qualitätsanforderungen genügten. Insofern müssen aus heutiger Sicht Äußerungen relativiert werden, die z. B. aufzeigen wollen, man hätte anfangs weniger Kurzarbeit akzeptieren, dafür aber mehr in FuU investieren sollen.

### **3.2 Risiko: Arbeitslosigkeit**

Das seit einiger Zeit geringe Ausmaß der Kurzarbeit, zurückgehende Zahlen bei ABM, FuU sowie beim Vorruhestand und der seit Anfang 1992 recht niveaustabile Bestand an Arbeitslosen überdecken, daß dahinter größere Bewegungen stattfinden. Im Laufe der beiden letzten Jahre meldeten sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost über 3 Mill. Personen arbeitslos, und es beendeten während dieser Zeit ebenfalls über 3 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit.

Auch haben arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und andere Entlastungsfaktoren (Abwanderung, Pendler) ihren Höhepunkt zwar schon eindeutig überschritten, aber in den ersten Monaten 1994 summierten sich ihre Effekte noch auf über 1,6 Mill. Personen (ohne Wanderungssaldo). Die Entlastungsmaßnahmen haben das Risiko, arbeitslos zu werden oder zu bleiben, mehr als halbiert (vgl. Tabelle 3, S. 145). Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, in dem früheren Bundesgebiet einen Arbeitsplatz zu finden oder über eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme aufgefangen zu werden einerseits oder arbeitslos zu werden andererseits, sehr unterschiedlich verteilt: sowohl nach Branchen und Regionen als auch nach Personengruppen.

In der ehem. DDR gab es verhältnismäßig viele weibliche Erwerbstätige. Lag 1989 in Westdeutschland die Erwerbsbeteiligung der Männer bei 82,2 % und der Frauen bei 55,5 %, so ergaben sich für Ostdeutschland Erwerbsquoten von 86 % und 78 %.<sup>7)</sup> Die ostdeutschen Frauen waren in der Regel kontinuierlich berufstätig; nach der Geburt eines Kindes setzten sie im allgemeinen nur für ein Babyjahr aus. In Westdeutschland wird dagegen das Berufsleben wesentlich länger unterbrochen.

Die nachhaltigen Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Ländern und Berlin-Ost hatten für Männer und Frauen unterschiedliche Konsequenzen. So führten sie bei männlichen Beschäftigten mehr zu Kurzarbeit, bei weiblichen eher zu Arbeitslosigkeit. Frauen waren deshalb von Anfang an überdurchschnittlich vom Verlust ihrer Arbeitsplätze betroffen. Ende 1990 lag – bei einem Anteil an der Erwerbstätigkeit von 47 % – der Anteil der Frauen an der registrierten Arbeitslosigkeit bei 55 %, an der Kurzarbeit bei 43 % und diese Tendenz setzte sich fort.

Weibliche Arbeitsuchende konnten 1991 bei einem Anteil von 39 % nur unterdurchschnittlich häufig vermittelt werden, ebenso wurden nur 36 % der ABM-Stellen von Frauen besetzt und auch der Anteil weiblicher Pendler lag mit 20 % niedrig. Überdurchschnittlich beteiligten sich Frauen dagegen an der beruflichen Fortbildung und Umschulung (57 %). Alles in allem verringerten sich die Chancen der Frauen, aus der Arbeitslosigkeit heraus eine Beschäftigung zu finden. Folglich stieg auch die durchschnittliche Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, während sie bei Männern leicht abnahm.<sup>8)</sup> Und die Diskrepanzen haben sich trotz partieller Verschiebungen zugunsten der Frauen auch im vergangenen Jahr weiter verstärkt. So liegt z. B. der Anteil der erwerbslosen Frauen inzwischen bei nahezu zwei Drittel der Arbeitslosigkeit insgesamt (April 1994: 64 %), und im Durchschnitt brauchen sie mehr als ein Jahr, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden (April 1994: 54 Wochen); Männer sind dagegen nur halb so lange auf Arbeitsuche (29 Wochen).

---

7) Erwerbspersonen bezogen auf die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren.

8) Von 1991 bis 1992 stieg die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Frauen von 44 auf 48 Wochen, bei den Männern sank sie hingegen von 32 auf 30 Wochen.

In Ostdeutschland war der Anteil der Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung ausübten, 1993 mit 19,1 % zwar fast nur halb so hoch wie im Westen der Republik; dort betrug die Teilzeitquote der Frauen 36,5 %. Doch nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) besteht in den neuen Ländern und Berlin-Ost ein zusätzlicher Bedarf an 900 000 Teilzeitarbeitsplätzen, die vor allem von Frauen gewünscht werden. Die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt könnten durch mehr Teilzeitarbeitsplätze merklich verbessert werden.

In Ostdeutschland hatte die berufliche Bildung ein höheres Gewicht und die Hochschulbildung einen geringeren Anteil als in Westdeutschland. Die aktuelle Situation im Bereich der beruflichen Bildung ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost durch einen spürbaren Mangel an Ausbildungsplätzen geprägt. Deshalb hat ein Teil der ostdeutschen Jugendlichen eine Ausbildungsstelle im früheren Bundesgebiet angenommen, andere strecken zunächst einmal ihre schulische Ausbildung. Verringerung der Ausbildungsplatzlücke bedeutet nicht nur mehr Stellen, sondern auch eine veränderte Struktur nach Ausbildungsbereichen. Wurden anfangs noch deutlich mehr als die Hälfte der Jugendlichen von Industrie und Handel ausgebildet, so liegt nunmehr ihr Anteil an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen deutlich unter 50 %. Dennoch ist das Defizit an Ausbildungsplätzen im Dienstleistungsbereich groß, da sich hier weit über die Hälfte der Jugendlichen bewerben. Regional betrachtet, fehlen Ausbildungsstellen insbesondere entlang der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik.

Verhältnismäßig niedrig war die Arbeitslosigkeit bei den älteren Erwerbspersonen ab 55 Jahren. Der dominierende Grund des geringen Anteils von älteren Arbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit ist die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen; dadurch wurde ihr Anteil an der Erwerbslosigkeit sogar deutlich unter die Quote im früheren Bundesgebiet gesenkt. Durch das Auslaufen der besonderen Vorruhestandsregelungen Ende 1992 ist die Zahl der Vorruhestands- und Altersübergangsgeldempfänger allerdings rückläufig. Entsprechend steigt nunmehr die Zahl der arbeitslosen Männer und Frauen ab 55 Jahren. Erheblich schwieriger war von Anfang an die Situation für ältere ostdeutsche Arbeitnehmer, für die Vorruhestandsregelungen altersmäßig noch nicht galten, die aber ihren Arbeitsplatz verloren hatten und einen neuen suchten. Insbesondere gelingt die Wiedereingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht in allzu vielen Fällen.

## **4 Modernisierung und Vitalisierung**

Der notwendige Umbruch der ostdeutschen Arbeitsplatzstrukturen geschah in den Jahren 1990 und 1991 zwar vor allem passiv über den drastischen Beschäftigungsabbau im gewerblich-industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbereich, nur vorübergehend durch Kurzarbeit gestreckt. Doch inzwischen nähern sich die ostdeutschen Beschäftigungsstrukturen auch stärker aktiv über Expansionsfelder an

westdeutsche Verhältnisse an, z. B. bei vielen Dienstleistungen, in der Bauwirtschaft und in verschiedenen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes. Annäherung der Verhältnisse bedeutet zudem Modernisierung von Produktionsapparat und Arbeitsplätzen in allen Sektoren. Umgestaltung und Erneuerung beginnen die ostdeutsche Wirtschaft seit der 2. Hälfte 1993 mit in Schwung zu bringen.

#### **4.1 Investitionen und Beschäftigung**

Investitionen zur Erneuerung des ostdeutschen Produktionsapparates und der Ost-Produkte sowie Instandsetzung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur sind zwar keine hinreichende Bedingung, keine Garantie für mehr Beschäftigung, aber eine notwendige Bedingung, eine grundlegende Voraussetzung für die Erneuerung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Durch private und öffentliche Investitionen sind bereits viele Projekte in Angriff genommen worden, teilweise auch durchgeführt und produktions- und beschäftigungswirksam geworden, und andere sind für die nächste Zeit fest eingeplant. Gleichzeitig kommt den Investitionen in das Humankapital große Bedeutung zu, etwa durch qualifizierte berufliche Fortbildung und Umschulung; zumal altes, planwirtschaftliches Wissen zum größten Teil nicht länger gebraucht wird. Allein an den von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung haben von Mitte 1990 bis Ende 1993 2,2 Mill. Ostdeutsche teilgenommen. Die Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost wollen wieder an die große Tradition weltweit anerkannter Qualitätsarbeit aus DDR-Vorzeiten anknüpfen.

1993 ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost je Einwohner erstmals mehr investiert worden als im Westen der Republik, und diese Tendenz soll sich 1994 fortsetzen, doch die neuen Arbeitsplätze kamen und kommen im Osten nicht so schnell, wie sie dringend benötigt werden.

Zum einen hat sich die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft auf dem heimischen Arbeitsmarkt nicht voll ausgewirkt, weil sie zum großen Teil im Westen nachfrage- und beschäftigungsrelevant geworden ist. Zwar waren ostdeutsche Auftragnehmer bei den Bauinvestitionen die mit Abstand größte Gruppe, aber zur Modernisierung der Maschinenparks in den neuen Ländern und Berlin-Ost gingen viele Aufträge nach Westdeutschland. 1991, 1992 und 1993 waren es nach Befragungsergebnissen des IWH nahezu zwei Drittel der geordneten Ausrüstungsinvestitionen. So lagen westdeutsche Anbieter auch bei Ausrüstungen und Bauten zusammen vorn.

Zum anderen brauchen Investitionen Zeit: von der Planung und Konzeption über die Umsetzung und Durchführung bis hin zu ihrer Produktions- und Produktivitätswirksamkeit. Die weiterführende Frage lautet deshalb: Wie hoch ist der Anteil der Investitionen, die bereits beendet wurden? Denn, wenn nicht hier, im modernen Teil der ostdeutschen Wirtschaft, wo sonst sollte die Zukunft bereits Konturen gewinnen – und zwar mit wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen?



Die Treuhandanstalt wurde zum Hauptakteur des Transformationsprozesses in den neuen Ländern und Berlin-Ost bestimmt. Sie hat mehr als 14 000 Unternehmen(seinheiten) privatisiert und mit den neuen Eigentümern Investitionszusagen in Höhe von über 190 Mrd. DM und 1,5 Mill. Arbeitsplatzzusagen ausgehandelt. Die Masse der Investitionszusagen wird sich erst von 1994 an beschäftigungspolitisch voll auswirken, da bei über 80 % der Zusagen die Realisierungsfristen 1994 und später enden. Allerdings sind das Tempo und die Intensität der Umstrukturierung und Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft nicht überall gleich hoch: Es gibt „Vorläufer“ und „Nachzügler“. Investitionstempo und -intensität werden einmal von der Unternehmensgröße und den Eigentumsverhältnissen beeinflusst. Zum anderen ist von Bedeutung, welche Märkte absatzrelevant sind und wie „sicher“ sie erscheinen. Die einzelnen Faktoren sind nicht unabhängig von einander, sondern überlagern sich.

Das als am sichersten angesehene Marktsegment dürften die ostdeutschen lokalen und regionalen Märkte sein. Ein hoher heimischer Marktanteil liegt bei Industrieunternehmen z.B. im Bereich Steine und Erden (über 90 %), im Druckgewerbe (knapp 90 %), bei Nahrungs- und Genußmittel (rd. 70 %), in der Chemie und Kunststoffverarbeitung (jeweils knapp 60 %) vor. Der westdeutsche Markt erscheint wohl nur dann als sicher, wenn der neue Eigentümer ein hohes westdeutsches Absatzpotential mitbringt. Teilweise mag auch ein hoher Anteil an westdeutschen Lohnfertigungsarbeiten eine Rolle spielen. Bei Unternehmen mit einem hohen sicheren Marktanteil kam es in der Regel bereits in den ersten Jahren zu einer hohen Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten).

Nach dem Kriterium Unternehmensgröße wiesen in den ersten Jahren kleinere Industrieunternehmen (bis zu 20, teilweise auch bis zu 50 Beschäftigten) die höchste Investitionsintensität auf. Bei diesen Unternehmen liegt der Anteil des heimischen Marktes an den Gesamtumsätzen durchschnittlich bei 75 %. Ein weiterer Grund dürfte sein, daß Investitionsvorhaben in kleineren Unternehmen leichter überschaubar sind und damit Planung und Umsetzung von Investitionen kurzfristiger durchgeführt werden können. Einiges spricht auch dafür, daß kleinere Unternehmen Investitionen tendenziell vorgezogen haben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit so schnell wie möglich zu erreichen, während größere Investitionsvorhaben angesichts sich rezessiv verengender Märkte eher zeitlich gestreckt wurden.

Bei Großinvestitionen ist zu beachten, daß sich in ihrem Umfeld erfahrungsgemäß eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Unternehmen ansiedelt, so daß durch die Investitionen der „zweiten Runde“ regelmäßig noch einmal so viele wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen wie durch die Großinvestitionen selbst, z. B. in Eisenach und Mosel mit dem Neubau von großen Automobilwerken oder in Bitterfeld und Schwarzheide mit den Großinvestitionen im Chemiebereich. Dabei zeigt sich auch: Egal ob Groß- oder Kleininvestoren, wo die öffentliche Infrastruktur bereits wesentlich verbessert worden ist, profitieren beide davon.

Ebenso wie kleinere Industrieunternehmen haben Handwerksunternehmen zwar auch einen hohen heimischen Absatz, sicher sind sie ebenfalls klein und ihre Investitionen ziehen sie überwiegend schnell durch, aber je Beschäftigten fallen ihre Investitionen relativ gering aus. Hohes Tempo von der Planung bis zur Durchführung der Investitionen, aber vergleichsweise geringe Investitionsintensität kennzeichnen auch 2 700 MBO-Unternehmen. Bei diesen privatisierten Betrieben in Form des „Management-Buy-Out“ (MBO) handelt es sich um kleinere und mittlere Unternehmenseinheiten, die vom eigenen ostdeutschen Management übernommen wurden; die durchschnittliche Größe beträgt 50 Beschäftigte. Die hohe Investitionsintensität in kleineren Industriebetrieben erklärt sich wohl vor allem damit, daß es sich hierbei vielfach um Betriebe westdeutscher und ausländischer Eigentümer handelt, denen es nicht so an Finanzmitteln (einschließlich öffentlicher Fördermittel) mangelt. Zudem dürften sie z. B. in Managementfragen tatkräftig unterstützt werden.

Trotz unterschiedlicher Investitionsintensität gleichen sich die Beschäftigungstendenzen in Handwerksbetrieben und kleineren Industriebetrieben. Beide wollen im Gegensatz zu den größeren Unternehmen ihre Belegschaft in diesem Jahr aufstocken. Damit setzt sich im Handwerksbereich der bisherige Trend fort: Von 1989 bis 1993 stieg die Zahl der Betriebe von 85 000 auf 138 000, die der Mitarbeiter von 426 000 auf 1,015 Mill. Personen. Ein Drittel der Handwerksbetriebe äußerte Ende 1993 bzw. Anfang 1994, daß sie Schwierigkeiten hätten, ihren Personalbedarf an Fachkräften zu decken. Dies gilt selbst für ein Fünftel der Industriebetriebe. Da personelle Reserven (z.B. Kurzarbeiter) in kleineren Betrieben kaum vorhanden sind, kommt es bei steigenden Aufträgen zu Einstellungen von Arbeitskräften. Doch nicht überall ist die Auftragsentwicklung positiv. Insbesondere geben Industrieunternehmen, in denen die Beschäftigung noch sinkt, als Hauptgrund unausgelastete Kapazitäten wegen schlechter Auftragslage an. Aber auch einige Handwerksbetriebe mit einer weniger guten Auftragsentwicklung wollen ihre Belegschaften 1994 noch reduzieren. Als weitere Gründe für einen Personalabbau in den kommenden Monaten werden nach Umfragen von Wirtschaftsforschungsinstituten vor allem genannt: bisher aus sozialen Gründen aufgeschobene Entlassungen, noch nicht abgeschlossene Investitionen und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vertraglich abgesicherte Arbeitsplatzzusagen gegenüber der Treuhandanstalt.

## **4.2    Beweglichkeit und Arbeitsplätze**

In der ehem. DDR wurde dem Mittelstand 1972 der Todesstoß versetzt; heute erfahren die Menschen in Ostdeutschland wieder, wie wichtig kleinere und mittlere Betriebe sind, z. B. für eine angemessene Versorgung der privaten Haushalte mit Waren und Dienstleistungen, für den Arbeitsmarkt, aber auch für ein effizientes Zusammenwirken im „Konzert“ mit Großunternehmen.

Aus der Vergangenheit der ehem. DDR ist eine weitere Lehre zu ziehen: Standorte mit Monostruktur haben, wenn überhaupt, nur eine Zukunft mit enormen Schwierigkeiten und Belastungen. Monostruktur und Strukturkonstanz aus DDR-Zeiten wirken in vielen Regionen Ostdeutschlands auch heute noch negativ, aber es entstehen immer mehr „durchmischte“ Standorte, und hier entwickeln sich vermehrt positive Aussichten. Die Mischung muß stimmen: zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben, zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren und zwischen den unterschiedlichen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte. Dies alles gewährleistet strukturelle Offenheit und Beweglichkeit, die eine wirtschaftliche Gegenwart und Zukunft erst ermöglichen.

Gegenwart und Zukunft der Unternehmen und ihrer Belegschaften lassen sich am besten auf einer Vielzahl von kleinen, unabhängig voneinander operierenden, aber miteinander vernetzten Einheiten gründen. Sie eröffnen Chancen für eine hohe Produktivität und Flexibilität, und damit für eine schnelle und rentable Ausführung von Aufträgen mit geringer Losgröße und von schwierigen Spezialaufträgen in Top-Qualität. Eigene und fremde, auch grenzüberschreitende Ressourcen lassen sich effizient kombinieren. Und qualifizierte, hoch motivierte Arbeitnehmer in Ostdeutschland sind nach den Erfahrungen Tausender von Investoren beweglich genug, um in diesem Zusammenspiel erfolgreich mitzuwirken. International erfolgreiche Unternehmen sprechen bereits davon, daß ihre modernisierten ostdeutschen Werke im internen Qualitätsvergleich nach kurzer Zeit einen Spitzenplatz einnehmen (werden).

Unter diesen Umständen war die Privatisierungsvariante der Treuhand, neben Großinvestoren durch Entflechtung überdimensionierter Altbetriebe die Entwicklung zahlreicher durchmischter Standorte – vom gewerblichen Vorlieferanten bis hin zum unternehmensnahen Dienstleister – anzustoßen, vom Ansatz her auch kein Fehler. Sie erweist sich trotz mancher Mängel in der Durchführung schon heute als Vorteil, wie es u. a. die Beschäftigungsentwicklung in kleineren Unternehmen bestätigt. Die positiven Beschäftigungseffekte könnten verstärkt werden, wenn die tarifpolitische Beweglichkeit der letzten Zeit fortgesetzt und akzentuiert wird. Und viele, insbesondere kleinere Unternehmen würden durch eine höhere sachgerechte Flexibilität in den öffentlichen Verwaltungen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten gefördert werden.

Seit dem vergangenen Jahr beginnt sich, wenn auch noch von einem insgesamt niedrigen Niveau, die Produktion neuer oder rasch modernisierter Werke in den amtlichen Statistiken deutlich niederzuschlagen. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erwarten, daß sich 1994 und 1995 das Wachstum in Ostdeutschland fortsetzen wird. Die Zahl der Erwerbstätigen wird indes erst mit Verzögerung merklich steigen; zumal der Umbruch- und Erneuerungsprozeß der Arbeitsplatzstrukturen weitergehen wird. Deshalb verringern arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach wie vor die Arbeitsplatzlücke auf dem ersten Arbeitsmarkt, aber

die modernisierten, erhaltenen und neu geschaffenen Arbeitsplätze erweisen sich zunehmend als wettbewerbsfähig. Der Phase der Modernisierung folgt an manchen Orten bereits die Phase der Erholung: Die aktuelle positive Auftragsentwicklung läßt in vielen Unternehmen ein anhaltendes Produktionswachstum erwarten. Dort beginnen Arbeitsplätze ihre Anfälligkeit zu verlieren und an Vitalität zu gewinnen.

## **Zusammenfassung**

Mit der Grenzöffnung im Spätherbst 1989 geriet der Arbeitsmarkt der ehem. DDR aus den Fugen. Seit Mitte 1990 wirkte sich zusätzlich die Wirtschafts- und Währungsunion aus, und wenige Monate später brachen die Ostexporte weg. Die beschäftigungspolitischen Folgen blieben nicht aus. Insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft und im gewerblich-industriellen Bereich kam es zu einem einschneidenden Abbau der Arbeitsplätze. Die Menschen in Ostdeutschland erfuhren, was es bedeutet, wenn aus einer strukturell antiquierten Beschäftigungswirtschaft mit zentralistisch geplantem Absatz eine wettbewerbsorientierte Effizienzwirtschaft mit Absatzrisiko und wenn aus verdeckter Arbeitslosigkeit offene Erwerbslosigkeit wird.

Investitionen in Milliarden-Höhe zur Erneuerung des ostdeutschen Produktionsapparates und der Ost-Produkte sowie Instandsetzung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur sollen bestehende Arbeitsplätze rentabel machen und neue schaffen. Aber es dauert. Denn die alten, nicht wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze sind schnell weggefallen, und die neuen, wettbewerbsfähigen wachsen nur langsam nach. Selbst wenn der Modernisierung mancherorts bereits die Phase der Erholung folgt und dort die Arbeitsplätze ihre Anfälligkeit verlieren und an Vitalität gewinnen, klafft in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach wie vor eine deutliche Lücke zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot. Nicht wenige Ostdeutsche befürchten den dauerhaften Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit einem hohen Anteil an Qualifizierung und Fortbildung bleiben vorerst unverzichtbar. Das Defizit an Ausbildungsplätzen erfordert neben betrieblichen Anstrengungen nach wie vor überbetriebliche Aktivitäten. Die Berücksichtigung des zusätzlichen Bedarfs an nahezu 1 Mill. Teilzeitarbeitsplätzen würde insbesondere die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Doch nach verhängnisvoller Monostruktur und Strukturkonstanz aus Zeiten der ehem. DDR kann die Bedeutung „durchmischter“ Standorte nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine marktorientierte Mischung zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren, zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben und zwischen den unterschiedlichen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte gewährleistet strukturelle Beweglichkeit, die eine wirtschaftliche Gegenwart und Zukunft für die Menschen in Ostdeutschland erst ermöglicht.

**Tabelle 1: Erwerbstätige in den neuen Ländern und Berlin-Ost\*)**

1 000

Wirtschaftsbereich	1990				1991			
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
Land- und Forstwirtschaft ...	960	830	1801	656	518	379	364	356
Produzierendes Gewerbe ...	4 266	4 097	3 900	3 584	3 417	3 239	2 871	2 619
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung .....	302	296	284	271	248	238	220	204
Verarbeitendes Gewerbe ..	3 145	3 055	2 906	2 653	2 572	2 432	2 098	1 845
Baugewerbe .....	819	746	710	660	597	569	553	570
Handel und Verkehr .....	1 623	1 547	1 433	1 320	1 322	1 331	1 291	1 269
Handel .....	910	878	794	729	737	747	728	718
Verkehr .....	713	675	639	592	585	584	563	551
Dienstleistungen, Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck .....	2 719	2 656	2 473	2 475	2 488	2 415	2 455	2 489
Dienstleistungen .....	806	751	625	670	704	765	856	926
Staat <sup>1)</sup> .....	1 748	1 745	1 708	1 705	1 699	1 551	1 482	1 433
Private Organisationen ohne Erwerbszweck .....	165	160	140	100	85	99	117	113
<b>Insgesamt ...</b>	<b>9 568</b>	<b>9 130</b>	<b>8 607</b>	<b>8 035</b>	<b>7 747</b>	<b>7 369</b>	<b>6 993</b>	<b>6 767</b>
davon: Selbständige und mithelfende Familien- angehörige .....	207	289	305	271	336	360	371	381
Abhängig Beschäftigte .....	9 361	8 841	8 305	7 764	7 411	7 009	6 622	6 386
Nachrichtlich: Pendlerüberschuß .....	14	28	101	175	222	274	311	353

\*) Inlandskonzept. - Erwerbstätige = Abhängig Beschäftigte sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

1) In ABM befindliche Beschäftigte sind weitgehend (zu ca. 90 %) dem Bereich Staat zugeordnet.

Quelle: Arbeitsmarktbilanz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Tabelle 1: Erwerbstätige in den neuen Ländern und Berlin-Ost\*)

1 000

Wirtschaftsbereich	1992				1993				1994
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj
Land- und Forstwirtschaft ...	324	396	283	278	220	195	190	185	180
Produzierendes Gewerbe ...	2 308	2 258	2 228	2 203	2 147	2 163	2 193	2 200	2 192
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung .....	186	176	164	158	146	139	131	126	119
Verarbeitendes Gewerbe ..	1 528	1 453	1 406	1 378	1 328	1 330	1 309	1 303	1 288
Baugewerbe .....	594	629	658	667	673	694	753	771	785
Handel und Verkehr .....	1 223	1 209	1 200	1 194	1 180	1 179	1 183	1 187	1 170
Handel .....	680	677	675	675	665	665	670	675	665
Verkehr .....	543	532	525	519	515	514	513	512	505
Dienstleistungen, Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck .....	2 537	2 551	2 561	2 564	2 568	2 570	2 526	2 532	2 545
Dienstleistungen .....	966	975	985	988	1 010	1 025	1 035	1 045	1 060
Staat <sup>1)</sup> .....	1 436	1 439	1 439	1 439	1 421	1 418	1 358	1 349	1 347
Private Organisationen ohne Erwerbszweck .....	135	137	137	137	137	137	138	138	138
<b>Insgesamt ...</b>	<b>6 432</b>	<b>6 354</b>	<b>6 314</b>	<b>6 276</b>	<b>6 137</b>	<b>6 135</b>	<b>6 114</b>	<b>6 126</b>	<b>6 110</b>
davon: Selbständige und mithelfende Familien- angehörige .....	392	406	417	429	435	439	447	459	469
Abhängig Beschäftigte .....	6 040	5 948	5 897	5 847	5 702	5 696	5 667	5 667	5 641
Nachrichtlich: Pendlerüberschuß .....	359	365	368	368	360	355	353	351	348

\*) Inlandskonzept. - Erwerbstätige = Abhängig Beschäftigte sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

1) In ABM befindliche Beschäftigte sind weitgehend (zu ca. 90 %) dem Bereich Staat zugeordnet.

Quelle: Arbeitsmarktbilanz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

**Tabelle 2: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen  
in den neuen Ländern und Berlin-Ost**

1 000 Personen

Maßnahme	1990				1991			
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
Vollzeitweiterbildung .....	—	—	—	43	82	126	206	277
In ABM befindlich .....	—	—	—	12	41	101	234	357
Kurzarbeit .....	—	—	1 295	1 736	1 926	1 962	1 464	1 113
Vorruhestand/Altersübergangsgeld .....	—	—	310	410	430	516	563	661
<b>Insgesamt ...</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1 605</b>	<b>2 201</b>	<b>2 479</b>	<b>2 705</b>	<b>2 467</b>	<b>2 408</b>

Maßnahme	1992				1993				1994
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj
Vollzeitweiterbildung .....	370	434	448	448	390	390	345	292	256
In ABM befindlich .....	396	404	386	366	323	276	220	221	230
Kurzarbeit .....	511	440	292	237	237	216	147	131	129
Vorruhestand/Altersübergangsgeld .....	776	792	844	835	893	868	840	802	730
<b>Insgesamt ...</b>	<b>2 053</b>	<b>2 070</b>	<b>1 970</b>	<b>1 886</b>	<b>1 838</b>	<b>1 750</b>	<b>1 552</b>	<b>1 446</b>	<b>1 345</b>

**Tabelle 3: Entlastungseffekte und Arbeitslosigkeit  
in den neuen Ländern und Berlin-Ost**

1 000 Personen

Maßnahme	1990				1991			
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen <sup>1)</sup> .....	—	—	957	1 333	1 516	1 724	1 735	1 851
Pendler <sup>2)</sup> .....	14	28	101	175	222	274	311	355
<b>Entlastungseffekt Insgesamt .....</b>	<b>14</b>	<b>28</b>	<b>1 058</b>	<b>1 508</b>	<b>1 738</b>	<b>1 998</b>	<b>2 046</b>	<b>2 206</b>
Registrierte Arbeitslose .....	13	83	309	556	7 575	835	1 022	1 038

Maßnahme	1992				1993				1994
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen <sup>1)</sup> .....	1 797	1 850	1 824	1 767	1 722	1 642	1 478	1 380	1 280
Pendler <sup>2)</sup> .....	359	365	368	368	360	355	353	351	348
<b>Entlastungseffekt Insgesamt .....</b>	<b>2 156</b>	<b>2 215</b>	<b>2 192</b>	<b>2 135</b>	<b>2 082</b>	<b>1 997</b>	<b>1 831</b>	<b>1 731</b>	<b>1 628</b>
Registrierte Arbeitslose .....	1 254	1 172	1 158	1 097	1 165	1 112	1 157	1 162	1 271

1) Zahl der Kurzarbeiter zur Hälfte berücksichtigt, da Arbeitszeitreduzierung um durchschnittlich 50 %.

2) Saldo zwischen Aus- und Einpendlern.

## Literaturhinweise

Akerlof, G. A.; Rose, A. K.; Yellen, J. L. und Hessenius, H. (1991): East Germany In From the Cold. The Economic Aftermath of Currency Union. Paper Presented at the Conference of the Brooking Panel of Economic Activity, 14./15. April, Washington D. C.

Bundesanstalt für Arbeit (versch. J.): Arbeitsmarkt 1990, 1991, 1992, Nürnberg.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - DIW (1994): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland (10. Bericht), in: DIW-Wochenbericht 15/94, Berlin.

Gusinski, G. von (1992): Chancen für strategische Unternehmenskooperationen, in: Fischer, J., Messner, F. und Wohlmuth, K. (Hrsg.): Die Transformation der osteuropäischen Länder in die Marktwirtschaft, Münster – Hamburg.

Gusinski, G. von (1993): Vom Plan zum Markt: Erfolge, die schmerzen, in: Die Wirtschaft (Hrsg.), Kombinate: was aus ihnen geworden ist, Berlin – München.

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (1990): Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, Kurzgutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, München.

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (1991): Neue Bundesländer in der Strukturanpassung, in: ifo schnelldienst 16/17, München.

Institut für angewandte Wirtschaftsforschung - IAW (1990): Die ostdeutsche Wirtschaft 1990/1991. Trends und Perspektiven, Berlin.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – IAB (versch. J.): IAB-Werkstattbericht, div. Hefte 1991 – 1994, Nürnberg.

Institut für Wirtschaftsforschung Halle - IWH (1992): Deutliche Belebung der Investitionstätigkeit in der ostdeutschen Industrie, in: Konjunkturbericht 2/92.

Ministerium für Wirtschaft der DDR (1990): Angaben zur Rentabilitätsentwicklung der Unternehmen der Industrie nach der Währungsunion, 15. Juni, Berlin.

Neubäumer, R., (Hrsg., 1993): Arbeitsmarktpolitik kontrovers. Analysen und Konzepte für Ostdeutschland, Darmstadt.

Schürer, G.; Beil, G.; Schalck, A.; Höfner, E. und Donda, A. (1992): Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED. Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 30. Oktober 1989, in: Deutschland Archiv 10/92, Köln.

Sinn, G. und Sinn, H.-W. (1991): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen.

Statistisches Bundesamt (versch. J.): Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, div. Hefte 1991 – 1994, Stuttgart.



# **Der Wandel der Wirtschaftsstruktur in Thüringen**

## **1 Die Gesamtwirtschaft Thüringens im Überblick**

### **1.1 Die Ausgangslage des wirtschaftlichen Geschehens**

Die Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hatte für die Wirtschaft Thüringens – wie für die der anderen neuen Länder und Berlin-Ost auch – einen Anpassungsschock zur Folge. Mit der Einführung der Deutschen Mark an Stelle der nicht konvertierbaren Währung der ehem. DDR wurde die Einbeziehung der ostdeutschen Wirtschaft in den internationalen Wettbewerb unter Weltmarktbedingungen vollzogen. Verschärft wurde der notwendige strukturelle Anpassungsprozeß durch die mit der Währungsumstellung verbundene Neubewertung aller Erzeugnisse und Dienstleistungen sowie der im Produktionsprozeß eingesetzten Faktoren. Nicht ein allmählicher, für langfristige Wachstumsprozesse charakteristischer Strukturwandel kennzeichnete die Entwicklung, es kam vielmehr zu einem Strukturbruch. Für eine derartige, übergangslose Integration zweier in ihrer Wettbewerbsfähigkeit so deutlich unterschiedlicher Volkswirtschaften kennt die Geschichte keinen Präzedenzfall.

Während für die Planwirtschaft der ehem. DDR die staatliche Planung und deren administrative Durchsetzung kennzeichnend war, erfordert eine funktionierende Marktwirtschaft einen evolutionären Prozeß der Auslese von marktwirtschaftlichen Ordnungsformen und Institutionen sowie leistungsfähigen Unternehmen über einen überschaubaren Zeitraum. Es konnte somit nur der Ordnungsrahmen für die Wirtschaft einschließlich der Wirtschaftsverfassung vorgegeben werden, nicht hingegen eine von vornherein reibungslos ablaufende Marktwirtschaft an sich.

Der Ausgangspunkt für die Umstrukturierung der gesamten ostdeutschen Wirtschaft war deren hochkonzentrierte und monopolisierte Organisationsstruktur. Für eine große Anzahl von Mittel- und Großbetrieben war eine weitgefächerte regionale Streuung der Produktionsstätten, eine Vielzahl erzeugter Produkte, eine große Fertigungstiefe sowie eine Arbeitsproduktivität auf vergleichsweise niedrigem Niveau charakteristisch. Insbesondere aufgrund der in vielen Kombinatbetrieben zutagegetretenen Autarkietendenzen wiesen viele Wirtschaftszweige nach der Wiedervereinigung hohe Überkapazitäten und veraltete Ausrüstungen auf.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft verfolgte die ehem. DDR eine auf möglichst weitgehende Selbstversorgung und Ausfuhr gerichtete Politik. Da auf zum Teil wenig ertragreichen Böden und mit hohem Arbeitskräfteeinsatz gewirtschaftet

---

\*) Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt.

wurde, fielen hierbei Produktionskosten an, welche noch nicht einmal auf dem subventionierten und protektionistischen EG-Agrarmarkt konkurrenzfähig waren. Entsprechend hoch war der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Er betrug 1989 in Thüringen 9,4 % und lag damit geringfügig unter dem ostdeutschen Durchschnitt (10 %). Im früheren Bundesgebiet hingegen waren im gleichen Jahr lediglich 3,7 % der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.

Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an den Beschäftigten bezifferte sich 1989 in Ostdeutschland auf 45 % (gegenüber 39,8 % in Westdeutschland), wobei Thüringen mit 51 % einen über dem Durchschnitt liegenden hohen Anteil aufwies. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes nahm im Gebiet des heutigen Thüringen<sup>1)</sup> der „Industriebereich“ Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau mit fast 30 % der industriellen Bruttoproduktion der ehem. DDR in diesem Bereich, gefolgt von der Leichtindustrie und der Textilindustrie, eine herausragende Bedeutung ein.<sup>2)</sup>

Diesem hohen Gewicht des Produzierenden Gewerbes stand hingegen ein nur gering ausgeprägter Dienstleistungsanteil gegenüber. Obgleich der Beschäftigungsstand in den Bereichen „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Bildungswesen und Kultur“ hoch war, entfielen in Thüringen auf die Erbringung von Dienstleistungen im weitesten Sinne (Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Dienstleistungsunternehmen sowie die Produktionstätigkeit der öffentlichen und privaten Haushalte einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck) nur 39,6 % der gesamten Erwerbstätigen. Damit war der tertiäre Sektor sogar im Hinblick auf das Gebiet der ehem. DDR (45 %) unterrepräsentiert und lag beträchtlich unter dem Niveau des früheren Bundesgebietes (56,5 %).

## **1.2 Die Entwicklung von Erwerbsbeteiligung und sektoraler Erwerbsstruktur**

Der infolge der Währungsumstellung ausgelöste Anpassungsschock führte gleichermaßen zu einer Verringerung der Anzahl der Erwerbspersonen wie auch zu beträchtlichen Verschiebungen der Erwerbstätigenstruktur in Gestalt ihrer Aufteilung auf die drei Wirtschaftssektoren.

Zwischen 1991 und 1993 sank die Anzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) in Thüringen von 1 428 400 um 112 300 auf 1 316 100, d. h. um knapp 7,9 %. Damit verringerte sich die altersspezifische Erwerbsquote (der Anteil der Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter an der entsprechenden Bevölkerung) von 82,1 % auf 76,5 %.

---

1) Die Angaben beziehen sich auf die ehem. DDR-Bezirke Erfurt, Gera und Suhl.

2) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR, Statistisches Amt der DDR, Berlin 1990, S. 65.

Tabelle 1: Altersspezifische Erwerbsquoten\*)

%

Gebiet  Jahr	Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 65 Jahren		
	Insgesamt	weiblich	männlich
Thüringen 1991 .....	86,7	77,7	82,1
Thüringen 1992 .....	80,0	74,9	77,4
Thüringen 1993 .....	79,1	74,0	76,5
Deutschland 1992 .....	82,0	62,5	72,4
Früheres Bundes- gebiet 1992 .....	82,2	59,5	71,1
Neue Länder und Berlin-Ost 1992 .....	80,8	74,8	77,8

\*) Ergebnisse des Mikrozensus.

Zu einem nicht unwesentlichen Teil wurde die Verringerung der Anzahl der Erwerbspersonen durch arbeitsmarkt- und einkommensbedingte Abwanderungen hervorgerufen. Zwischen Januar 1991 und September 1993 verzeichnete Thüringen einen Bevölkerungsverlust von über 24 000 Personen, wobei dieser vornehmlich aus einem negativen Wanderungssaldo mit dem früheren Bundesgebiet resultierte.

Weit größere Bedeutung ist jedoch dem „internen“ Absinken der thüringischen Erwerbsbeteiligung beizubemessen. So war insbesondere bei den 55 bis 65 jährigen Männern und Frauen ein dramatischer Rückgang der altersspezifischen Erwerbsquoten zu verzeichnen. Dieser verstärkte Rückzug älterer Personen aus dem Erwerbsleben ist vor allem auf den intensiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen. So machten in Thüringen zwischen April 1991 und Dezember 1993 mehr als 100 000 Personen<sup>3)</sup> von den erweiterten Altersübergangsregelungen der Bundesanstalt für Arbeit Gebrauch.

Des weiteren sind für den gesamten Beobachtungszeitraum deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung festzustellen. Während die Erwerbsquote der Frauen 1989 noch beinahe so hoch wie jene der Männer und damit deutlich über dem Niveau des früheren Bundesgebietes lag, belief sie sich 1993 nur noch auf 74 %. Die seit der Wende beobachtbare Tendenz einer rückläufigen Gesamtzahl der als Erwerbstätige oder Arbeitsuchende am Erwerbsleben beteiligten Frauen läßt erkennen, daß wegen der problembehafteten Lage auf dem Arbeitsmarkt vermehrt Frauen aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind. Hierbei dürfte der Wegfall von Unterstützungsleistungen der Arbeitsämter für Langzeitarbeitslose die wesentliche Ursache sein.

3) Nach Angaben des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen.

Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß die Erwerbsquote der thüringischen Frauen noch 1992 mit 74,9 % den Durchschnitt des früheren Bundesgebietes um 15,4 Prozentpunkte überstieg.<sup>4)</sup> Würde der weibliche Bevölkerungsanteil im früheren Bundesgebiet eine in etwa gleich hohe altersspezifische Erwerbsquote wie jener in Thüringen aufweisen, so wären im Jahre 1992 über 3,3 Mill. mehr Frauen am Arbeitsmarkt des früheren Bundesgebietes unterzubringen gewesen. Eine Aufgabe, welche auch die leistungsstarke bundesdeutsche Wirtschaft in der Vergangenheit nie zu lösen vermochte. Es ist daher anzunehmen, daß unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die weibliche Erwerbsquote in Thüringen weiter absinkt und sich im Zeitablauf allmählich dem westdeutschen Niveau angleicht.

Veränderungen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen Strukturen finden ihren Niederschlag nicht nur in der Anzahl der Erwerbstätigen einer Volkswirtschaft, sondern wirken insbesondere auch auf die sektorale Zusammensetzung der Erwerbstätigkeit ein:

Zwischen 1989 und 1993 haben sich beträchtliche Verschiebungen von der Land- und Forstwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsbereich (im weitesten Sinne) vollzogen. Der Anteil des tertiären Sektors an den thüringischen Erwerbstätigen (+ 16,1 Prozentpunkte) ist zu Lasten der beiden anderen Sektoren (Produzierendes Gewerbe – 10,7 sowie Land- und Forstwirtschaft – 5,4 Prozentpunkte) deutlich angestiegen.

**Tabelle 2: Die sektorale Struktur der Erwerbstätigkeit**

Wirtschaftssektor	Thüringen			Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet
	1989	1991	1993	1992	1993
Land- und Forstwirtschaft .....	9,4	6,2	4,0	4,4	3,0
Produzierendes Gewerbe .....	51,0	47,0	40,3	36,6	37,3
Tertiärer Sektor <sup>1)</sup> .....	39,6	46,8	55,7	59,0	59,7

1) Dienstleistungsbereich im weitesten Sinne.

4) Wegen der Austauschbeziehung zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit bei der Berechnung der altersspezifischen Erwerbsquote ist dieser Umstand jedoch keineswegs mit einem höheren Beschäftigungsstand gleichzusetzen.

Wie Tabelle 2 zeigt, nähert sich die sektorale Erwerbstätigenstruktur Thüringens der für eine moderne Volkswirtschaft typischen Verteilung allmählich an:

Das Gewicht der Land- und Forstwirtschaft wird zunehmend geringer, die Anzahl der abhängig Beschäftigten übersteigt jedoch derzeit noch jene der Selbständigen und mithelfenden Familienmitglieder. Die Anteile der mit der Erzeugung von Dienstleistungen (im weitesten Sinne) Beschäftigten sowie jene des Produzierenden Gewerbes nähern sich den westdeutschen Vergleichswerten im Zeitablauf an.

### **1.3 Die Entwicklung von Wirtschaftskraft und Produktivität**

Der nach der Einführung der Währungsunion beobachtbare Einbruch der wirtschaftlichen Tätigkeit führte auch in Thüringen zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der neuen Länder und Berlin-Ost belief sich im Jahre 1991 auf 180,87 Mrd. DM; dies waren 6,4 % des gesamtdeutschen Inlandsprodukts. Auf Thüringen entfielen hiervon 25,26 Mrd. DM, d. h. 14 % der in Ostdeutschland erzielten gesamtwirtschaftlichen Leistung. Je Einwohner wurden in Thüringen über 9 700 DM erwirtschaftet, im früheren Bundesgebiet hingegen mehr als 41 000 DM, d. h. pro Einwohner standen in Thüringen nur knapp 24 % der Wirtschaftsleistung im Vergleich zum früheren Bundesgebiet zur Verfügung. In der Rangfolge nach dem BIP je Einwohner nahm Thüringen 1991 unter den neuen Ländern und Berlin-Ost den letzten Platz ein.

Ähnlich ungünstig lagen die Verhältnisse im Hinblick auf die durchschnittliche Arbeitsproduktivität. Während im früheren Bundesgebiet 1991 das BIP je Erwerbstätigen über 90 000 DM betrug, lag der entsprechende Wert in Thüringen bei 21 800 DM. Dies waren lediglich knapp 87 % der durchschnittlichen Pro-Kopf-Leistung in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die Verteilung der Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftsbereichen liefert einen weiteren Anhaltspunkt für die geringe Wirtschaftskraft Thüringens stellvertretend für die Gesamtheit der neuen Länder und Berlin-Ost im Jahre 1991. Ein Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet macht dies deutlich:

Während der Anteil des Produzierenden Gewerbes mit 34,2 % der Bruttowertschöpfung unter dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes (39,6 %) lag, überstieg der Beitrag des Staates (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck) mit 26,3 % das westdeutsche Niveau (13,2 %) um fast das Doppelte.

Nachdem die thüringische Wirtschaft im Jahre 1991 ihre Talsohle erreicht hatte, wurde in den beiden Folgejahren ein anhaltendes Wirtschaftswachstum, wenn auch von niedrigem Niveau ausgehend, verbucht. Ein zeitlich differenziertes Bild der Entwicklung der maßgeblichen Indikatoren liefert die folgende Tabelle 3 (siehe S. 152).

**Tabelle 3: Die Entwicklung der realen Wirtschaftskraft Thüringens\*)**

Indikator	1991	1992	1993	Veränderung zum Vorjahr in %	
				1992	1993
Mrd. DM					
Bruttoinlandsprodukt .....	25,3	28,5	31,9	+ 12,8	+ 11,8
1 000 DM					
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner .....	9,7	11,2	12,6	+ 15,5	+ 12,5
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen .....	21,8	28,7	32,6	+ 31,5	+ 13,6

1) In Preisen von 1991.

Zwischen 1991 und 1993 konnte somit ein reales Wirtschaftswachstum von 26,3 % verzeichnet werden. Damit weist Thüringen die höchste Steigerungsrate der neuen Länder und Berlin-Ost auf, deren Durchschnittswert im gleichen Zeitraum 17,5 % betrug.

Dieser Prozeß war zugleich von einer Verschiebung der Anteile am ost- bzw. gesamtdeutschen BIP begleitet:

So wuchs der Beitrag Thüringens am BIP der neuen Länder und Berlin-Ost um einen Prozentpunkt, während im Hinblick auf Gesamtdeutschland eine Anteilssteigerung von 0,9 % auf 1,1 % im Beobachtungszeitraum verbucht werden konnte.

Ausdruck der positiven Entwicklung der Wirtschaftskraft Thüringens ist nicht zuletzt ein beträchtlicher Anstieg der Arbeitsproduktivität. Dennoch lag das BIP (in Preisen von 1991) je Erwerbstätigen 1993 hinter dem entsprechenden Durchschnittswert der neuen Länder und Berlin-Ost insgesamt (ca. 34 700 DM) zurück. Für das frühere Bundesgebiet wurde im gleichen Jahr ein BIP (in Preisen von 1991) je Erwerbstätigen in Höhe von 90 500 DM ermittelt.

Tabelle 3 läßt jedoch auch erkennen, daß die Entwicklung des BIP je Einwohner zunächst weit weniger günstig verlief als jene der Arbeitsproduktivität. Hauptursache hierfür ist der Umstand, daß das thüringische Wirtschaftswachstum von einem Beschäftigungsabbau begleitet war. Ein steigendes BIP wurde somit von immer weniger Erwerbstätigen erwirtschaftet.

Auch im Hinblick auf die Verteilung der Bruttowertschöpfung zwischen den Wirtschaftsbereichen sind zwischen 1991 und 1993 bereits erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Gesundung auszumachen. Der Anteil des Staates (– 4,9 Prozentpunkte) wurde zugunsten des Produzierenden Gewerbes (+ 7 Prozentpunkte) zurückgedrängt.

## **2 Der sektorale Strukturwandel**

### **2.1 Die Landwirtschaft**

Mit der übergangslosen Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost in den EG-Agrarmarkt war ein tiefgreifender Wandel der landwirtschaftlichen Strukturen verbunden. Gewissermaßen „über Nacht“ erlangte die in den Europäischen Gemeinschaften geltende Rechtsordnung – von einigen Übergangsregelungen abgesehen – Wirksamkeit. In Thüringen hatte dies die völlige Umstellung der landwirtschaftlichen Anbau- und Produktionsstrukturen zur Folge. Die aus der Umstrukturierung resultierenden beträchtlichen Rückgänge der Viehbestände und Anbauflächen blieben nicht ohne Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit.

Von einst 125 100 Personen im „Wendejahr“ 1989 ging die Anzahl der ständig Beschäftigten bis 1991 auf 57 700 zurück. Bis April 1992 sank deren Anzahl abermals um weitere 41 % auf 34 100 Personen. Zwar konnte bis 1993 der Beschäftigungsabbau abgebremsst werden, mit 30 200 Arbeitskräften waren jedoch immer noch 11 % weniger Personen in der Landwirtschaft beschäftigt als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Die erheblichen Einbußen an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft wurden begleitet und teilweise bedingt von einem beträchtlichen Anstieg der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität. Während 1989 noch 14 Arbeitskräfte (AK) 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) bewirtschafteten, betrug der hierfür notwendige Arbeitskräftebesatz im Jahre 1993 nur 4 AK/100 ha LF.

Im Zuge der Umgestaltung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sowie anderer Genossenschaften hat sich in Thüringen eine vielfältig gegliederte Struktur landwirtschaftlicher Betriebe herausgebildet. Dabei kam der Bildung von Personengesellschaften bei der Entflechtung dieser weiträumigen Produktionsstätten besondere Bedeutung zu. Auch die Anzahl der Einzelunternehmungen ist durch weitere Rückübertragungen von landwirtschaftlichen Flächen an die früheren Eigentümer beträchtlich angewachsen. Insgesamt stieg die Anzahl der von natürlichen Personen betriebenen landwirtschaftlichen Unternehmen zwischen 1991 und 1993 um fast 22 % auf 3 963 Einheiten. Diese bewirtschafteten 1993 mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 54 ha (1991: 15 ha, 1992: 42 ha) über ein Viertel der in Thüringen landwirtschaftlich genutzten Fläche. Der überwiegende Teil der Nutzfläche hingegen blieb den 259 eingetragenen Genossenschaften (1992: 278 Betriebe) und 201 Kapitalgesellschaften (1992: 172 Betriebe) vorbehalten. Deren durchschnittliche Flächenausstattung war 1993 mit 1 175 ha gegenüber 1 357 ha 1992 rückläufig.

Insgesamt belief sich im Jahre 1993 der Anteil des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) an der Bruttowertschöpfung des Landes Thüringen auf

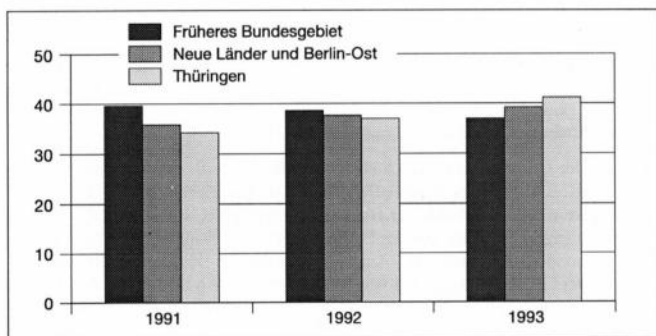
2,1 %. Der vergleichbare Anteil der neuen Länder und Berlin-Ost insgesamt betrug sich bei 1,9 %, wogegen er im früheren Bundesgebiet bei 1,4 % lag.

## 2.2 Das Produzierende Gewerbe

### 2.2.1 Überblick

Das Produzierende Gewerbe ist auch weiterhin eine der tragenden Säulen der thüringischen Wirtschaft, obgleich seine Bedeutung seit der „Wende“ zugunsten des Dienstleistungssektors geringer geworden ist. Während nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch im Jahre 1989 gut die Hälfte aller thüringischen Erwerbspersonen (51 %) in diesem Bereich eine Beschäftigung fand, waren es 1993 nur noch 40,3 % (vgl. Tabelle 2). Dennoch nahm die Bruttowertschöpfung im sekundären Sektor zwischen 1991 und 1993 real um 50,6 % zu, was eine Verschiebung des Gewichtes an der gesamtwirtschaftlichen Leistung nach sich zog.

**Schaubild 1**  
**Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung\*)**  
%



\*) In Preisen von 1991.

Hinsichtlich der Bruttowertschöpfung hatte der Strukturbruch zunächst dazu geführt, daß der Anteil des Produzierenden Gewerbes in den neuen Ländern und Berlin-Ost, wie auch in Thüringen, deutlich niedriger war als im früheren Bundesgebiet. Dies lag zum einen an dem starken Einbruch der Wertschöpfung im Bereich der Industriebetriebe unmittelbar nach der Währungsumstellung, zum anderen hatten umfangreiche Transferzahlungen sowohl den Handelsbereich gestützt, als auch den Bereich der öffentlichen Haushalte stark ausgedehnt. Seither haben überdurchschnittliche Steigerungsraten eine gegenläufige Entwicklung eingeleitet. 1993



lag der Beitrag des Produzierenden Gewerbes in Thüringen 4,2 Prozentpunkte über dem des früheren Bundesgebietes.

Nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung zusammen. Hierbei kommt dem Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe die bedeutendste Rolle zu. Nach den Ergebnissen der Erwerbstätigenschätzung waren im Jahresdurchschnitt 1992 in Thüringen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 65,3 %, im Baugewerbe 31,3 % und in der Energie- und Wasserversorgung 3,4 % der Erwerbstätigen beschäftigt.

### 2.2.2 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Die übergangslose Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen führte vor allem in jenen Wirtschaftsbereichen zu einem Produktions- und Beschäftigungseinbruch, in welchen sich die Wettbewerbsschwäche des planwirtschaftlichen Systems gegenüber westlichen Anbietern am deutlichsten offenbarte: im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Verschärft wurde diese Situation noch durch den Wegfall eines Großteils der bis dahin außerordentlich umfangreichen Lieferbeziehungen mit den ehem. Mitgliedstaaten des RGW. Erschwerend kam für Thüringen noch hinzu, daß sich der Strukturwandel vor dem Hintergrund einer gerade in diesem Lande hochkonzentrierten und überdimensionierten Industrie vollzog. Einen hinreichenden Einblick in die Entwicklung der wichtigsten Kennziffern in den vergangenen drei Jahren liefert die folgende Tabelle 4.

**Tabelle 4: Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Thüringens\*)**

Jahr	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Beschäftigten
	Anzahl		1 000 DM	DM
1991 .....	1 519	331 131	1 104 475	3 335
1992 .....	1 290	153 889	1 076 930	6 998
1993 .....	1 285	122 484	1 298 963	10 605

\*) Monatsdurchschnittswerte. – Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.

Auf den ersten Blick verzeichnete Thüringen im betrachteten Zeitraum einen Rückgang der in die zugrundeliegende Statistik einbezogenen Betriebe um 234 Einheiten bzw. 15,4 %. Bezieht man jedoch die in obiger Tabelle nicht berücksichtigten Kleinbetriebe (1 – 19 Beschäftigte) in die Betrachtung mit ein, so ergibt sich bereits ein etwas anderes Bild. Deren Anzahl stieg nämlich zwischen September 1991 und September 1993 stetig von 600 auf 838 Einheiten bzw. 39,7 %. Damit vermochten

sie ihren Anteil an den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes insgesamt von 29,2 % auf 39,1 % (im September 1992: 35,8 %) zu erhöhen. Gleichzeitig näherte sich Thüringen der Betriebsgrößenstruktur des früheren Bundesgebietes (im September 1992: 52,7 % Kleinbetriebe) allmählich an, wogegen die Gesamtheit der neuen Länder und Berlin-Ost (im September 1992: 32,2 %) dieser Entwicklung hinterherhinkt.

Zwischen 1991 und 1993 gingen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Thüringens fast zwei Drittel (63 %) aller Arbeitsplätze verloren. Unterscheidet man hierbei nach Wirtschaftshauptgruppen, so war der relative Beschäftigungsrückgang im Bergbau mit 74,3 % am höchsten, wogegen er sich im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 42 % am geringsten ausnahm. Eine tiefere wirtschaftssystematische Untergliederung des betrachteten Sektors nach Wirtschaftszweigen zeigt eine noch größere Spannweite des durchgängigen Schrumpfungsprozesses auf. Während die Büromaschinenherstellung im Vergleichszeitraum auf 7,3 % des ursprünglichen Niveaus absank, blieben im Stahl- und Leichtmetallbau 95,8 % der Arbeitsplätze erhalten.

Derartige Schrumpfungen geben jedoch wenig Aufschluß über die quantitative Bedeutung der Personalfreisetzungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So betrachtet, waren die gravierendsten Einschnitte im Maschinenbau (28 836 Beschäftigte), in der Elektrotechnik (32 004 Beschäftigte) und im Textilgewerbe (14 448 Beschäftigte) zu verzeichnen. Dagegen fielen die Rückgänge in den Branchen Holzbearbeitung (625 Beschäftigte) sowie Kunststoffwarenherstellung (328 Beschäftigte) nur unwesentlich ins Gewicht.

Eine sehr erfreuliche Entwicklung hingegen verzeichneten die getätigten Umsätze im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Thüringens. Allerdings weist deren Entwicklung in den fünf Wirtschaftshauptgruppen Unterschiede auf. Während das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit einer Umsatzsteigerung von 30 % Spitzenreiter war, verbuchte einzig das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ein Umsatzminus (2,5 %).

Betrachtet man die Strukturveränderungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, so läßt sich die folgende Entwicklung aufzeigen (siehe Tabelle 5, S. 157)

Die bereits angeführten überproportionalen Beschäftigungseinbußen im Bergbau sind vornehmlich auf die Einstellung des Uranerzbergbaus sowie weitreichende Beschränkungen im Bereich der Braunkohle- und Kaliförderung zurückzuführen. Als Ergebnis verstärkter Rationalisierungsbemühungen vermochten es die Reste des Thüringer Bergbaus dennoch, ihren Anteil am Gesamtumsatz aufrechtzuerhalten. Allerdings wurden hierfür vergleichsweise mehr Arbeitskräfte benötigt als im Durchschnitt der fünf Wirtschaftshauptgruppen.

**Tabelle 5: Entwicklung der Beschäftigung und des Umsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Thüringens nach Wirtschaftshauptgruppen\*)**

%

Wirtschafts- hauptgruppe	Beschäftigung			Umsatz		
	1991	1992	1993	1991	1992	1993
Bergbau .....	3,5	3,2	2,4	1,6	2,4	1,7
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe .....	10,3	12,4	13,1	15,3	16,8	15,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe .....	55,6	50,2	49,7	39,6	38,6	43,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe .....	23,8	24,7	24,2	17,5	18,0	17,6
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe .....	6,8	9,5	10,6	26,0	24,2	21,5

\*) Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.

Obleich sich die Beschäftigung im Vergleichszeitraum mehr als halbierte, wuchs das Gewicht des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes an der Gesamtbeschäftigung. Eine durchschnittliche absolute Umsatzsteigerung von mehr als 18 % ermöglichte eine Wahrung der relativen Umsatzposition. Hierfür zeichnete vor allem die günstige Entwicklung in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden verantwortlich, welche mit dem Aufwärtstrend im Baugewerbe einherging.

Die Strukturentwicklung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe Thüringens läßt auf einen hohen Anstieg der Umsatz-Beschäftigten-Relation schließen. Während sich einerseits der Beschäftigtenanteil um fast 6 Prozentpunkte, d. h. in absoluten Zahlen um mehr als 123 000 Beschäftigte, verminderte, erhöhte sich andererseits der Umsatzanteil um mehr als 4 Prozentpunkte (d. h. + 1 574 Mill. DM). Allerdings vollzog sich diese gegenläufige Entwicklung nicht zeitgleich: zunächst kam es zwischen 1991 und 1992 infolge von Rationalisierungsmaßnahmen in privatisierten Unternehmen zu einem hohen Beschäftigungsabbau. Erst mit dem schrittweisen Wirksamwerden von Investitionsmaßnahmen setzte im Laufe des Jahres 1992 die Umsatzexpansion ein.

Das Gewicht des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes verharrte während des gesamten Beobachtungszeitraumes nahezu unverändert. Dies ist das Ergebnis einer insgesamt durchschnittlichen Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung. Wirft man jedoch einen Blick auf verschiedene Wirtschaftszweige des Verbrauchsgütergewerbes, so zeigt sich, daß erfreulichen Tendenzen in den Branchen Kunststoffherstellung, Papier- und Pappeverarbeitung sowie Druckerei und Vervielfältigung, Be-

schäftigungs- und Umsatzeinbrüche im Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie der Ledererzeugung gegenüberstehen.

Eine Sonderstellung nimmt das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe in Thüringen ein. Während einerseits der Beschäftigungsanteil um 3,8 Prozentpunkte auf 10,6 % anstieg, mußte diese Wirtschaftshauptgruppe als einzige einen rückläufigen Umsatzanteil (- 4,5 Prozentpunkte) hinnehmen. Allerdings scheint diese Wirtschaftshauptgruppe ihre Talsohle bereits durchschritten zu haben, denn die letzten Monatsergebnisse des Jahres 1993 deuten bereits auf eine Aufwärtsentwicklung der zu erwartenden Umsätze hin.

Umsatzsteigerungen verbunden mit einem gleichzeitigen Personalabbau bedingen unmittelbar einen Anstieg der Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).<sup>5)</sup>

In der Gliederung nach Wirtschaftshauptgruppen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes läßt sich die Produktivitätsentwicklung wie folgt aufzeigen:

**Tabelle 6: Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Wirtschaftshauptgruppen\*)**  
1 000 DM

Wirtschaftshauptgruppe	Thüringen		Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet
	1991	1993	1993	1993
Bergbau .....	1,6	7,6	9,5	16,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ....	5,0	12,4	13,4	31,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe ....	2,4	9,3	8,9	19,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe ....	2,4	7,7	8,1	17,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe .....	12,8	21,4	23,3	38,3
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ...</b>	<b>3,3</b>	<b>10,6</b>	<b>11,1</b>	<b>22,3</b>

\*) Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.

Tabelle 6 verdeutlicht ein sprunghaftes Ansteigen der Produktivität im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Thüringens. Dabei bewegt sich die Spannweite des Produktivitätswachstums zwischen knapp 170 % im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und über 470 % im Bergbau.

5) Für eine Ermittlung der Arbeits- und Kapitalproduktivität steht derzeit das erforderliche Datenmaterial noch nicht zur Verfügung.

Trotz dieser enormen Steigerungen liegt Thüringen jedoch noch immer hinter dem entsprechenden Durchschnittswert Ostdeutschlands insgesamt zurück. Einzig das Investitionsgüter produzierende Gewerbe bildet hierbei eine Ausnahme.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen des früheren Bundesgebietes zeigt, daß Thüringen im Jahre 1993 im Durchschnitt bereits knapp die Hälfte des westdeutschen Produktivitätsniveaus erreicht hat. Angeführt wird dabei diese Entwicklung vom Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das bereits knapp 56 % des entsprechenden westdeutschen Wertes aufweist, während das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit fast 40 % das Schlußlicht bildet.

### **2.2.3 Baugewerbe**

Seit Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sieht sich das thüringische Baugewerbe einer hohen Nachfrage nach Bauleistungen gegenüber. Dies ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß die Bauwirtschaft, im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe, überwiegend für regionale Märkte produziert und ihre Leistungen nur in vergleichsweise geringem Umfang durch Einfuhren ersetzt werden können.

Mit der Einführung westlicher Produktionsmethoden kam es in den neuen Ländern und Berlin-Ost zur Entflechtung der großbetrieblichen Baukombinate sowie zur Herauslösung von Bauabteilungen aus branchenfremden Unternehmen. Da jedoch bei der Privatisierung vergleichsweise große Betriebe gebildet wurden, weist Thüringen noch heute Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur zum früheren Bundesgebiet auf. In der Abgrenzung der amtlichen Statistik setzt sich das Baugewerbe aus dem Bauhauptgewerbe (vor allem Hoch- und Tiefbau) und dem Ausbaugewerbe zusammen. Der Anteil der Handwerksbetriebe ist insbesondere im Ausbaugewerbe sehr hoch.

Im thüringischen Bauhauptgewerbe wurden Ende Juni 1993 im Rahmen der jährlichen Totalerhebung rund 65 400 Beschäftigte in 2 177 erfaßten Betrieben mit einem Gesamtumsatz in Höhe von knapp 812 Mill. DM gezählt. Dies bedeutete gegenüber dem Vergleichsmonat 1991 eine Zunahme der Anzahl der befragten Betriebe um 62 %, der Beschäftigten um 30 % und des Umsatzes um 125 %.

Das Bauhauptgewerbe des früheren Bundesgebietes weist eine überwiegend kleingewerbliche Struktur auf. Verschiebungen in diese Richtung waren – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – in allen neuen Ländern und Berlin-Ost zu beobachten. In der Unterscheidung nach Betriebsgrößenklassen erhöhte sich in Thüringen im Vergleichszeitraum die Anzahl der Arbeitskräfte in Betrieben mit 1 – 19 Beschäftigten um 81,5 % und in Betrieben mit 20 – 99 Beschäftigten um 136 %, während sie sich in Betrieben mit 200 Beschäftigten und mehr um 46,3 % verminderte.

Der hohe Beschäftigungsanstieg bei den Kleinbetrieben (1 – 19 Beschäftigte) führte dazu, daß sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der im Bauhauptgewerbe tätigen Personen von 13,8 % (1991) und 15,4 % (1992) auf 19,2 % (1993) erhöhte. Gleichzeitig verzeichnete diese Betriebsgrößenklasse die höchsten relativen Umsatzsteigerungen. Diese schlugen sich im betrachteten Zeitraum in einer Erhöhung des Umsatzanteils von 13,2 % über 13,3 % auf 15,5 % nieder. Auch das Gewicht der Betriebe mit 20 – 99 Beschäftigten nahm zu: von 35,5 % (1992) auf 42,5 % (1993) bei den Beschäftigten und von 40,0 % (1992) auf 41,9 % (1993) beim Umsatz.

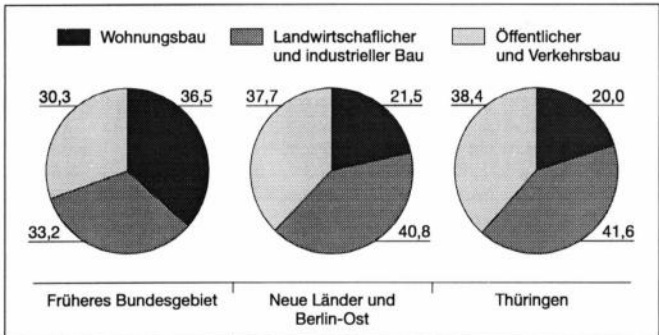
Damit lagen die Anteile der unteren Betriebsgrößenklassen an den Beschäftigten und dem Umsatz (wie auch der Betriebe) des Bauhauptgewerbes Thüringens über dem entsprechenden Durchschnitt des gesamten Beitrittsgebietes. Dabei erhöhte sich der Abstand im Vergleichszeitraum sogar noch, da die thüringischen Klein- und Mittelbetriebe auch die höheren Steigerungsraten hinsichtlich der angeführten Merkmale aufwiesen. Mit 39 Beschäftigten je Betrieb war die durchschnittliche Betriebsgröße in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Juni 1992 noch immer 2,3 mal so hoch wie im früheren Bundesgebiet (17 Beschäftigte je Betrieb), wobei Thüringen mit 35 Beschäftigten je Betrieb (Juni 1993: 30) die niedrigste Ausprägung für sich in Anspruch nahm.

Im Vergleich mit der Gesamtheit des Beitrittsgebiets und dem früheren Bundesgebiet haben die überproportional zur Beschäftigungsentwicklung gestiegenen Umsätze zu einer kräftigen Erhöhung der Produktivitätskennziffer geführt. Während im November 1992 der Gesamtumsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe Thüringens mit rund 10 950 DM noch fast 800 DM unter dem Niveau der neuen Länder und Berlin-Ost insgesamt lag, wurde dieses im November 1993 mit rund 13 400 DM um mehr als 400 DM überschritten. Auch die Relation der Produktivitätskennziffern Thüringens und Westdeutschlands läßt im Trend einen kontinuierlichen Aufholprozeß erkennen: Wurden im November 1992 noch 69 % des westdeutschen Durchschnitts erreicht, so waren es im November 1993 bereits 85,6 %.

Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß die dargestellte günstige Entwicklung derzeit noch in hohem Maße von den Aktivitäten der öffentlichen Hand getragen wird.

Die Umsatzstrukturen Thüringens entsprechen weitgehend dem Durchschnitt der neuen Länder und Berlin-Ost. Im Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet zeigt sich das starke Gewicht des öffentlichen und Verkehrsbaus.

**Schaubild 2**  
**Umsatzstrukturen im Bauhauptgewerbe im November 1993**  
 %



In der jährlichen Erhebung des Ausbaugewerbes werden im allgemeinen Betriebe von Unternehmen mit mehr als 9 Beschäftigten erfasst. Zum Stichtag (30. Juni 1993) wurden in Thüringen 803 befragte Betriebe mit 24 055 Beschäftigten und einem Umsatzvolumen in Höhe von knapp 241 Mill. DM gezählt. Damit war gegenüber 1991 eine Erhöhung der Anzahl der Betriebe um 140 % und der Beschäftigten um fast 80 % sowie eine 165 %ige Umsatzsteigerung zu verzeichnen.

Etwa die Hälfte aller erfaßten Betriebe entfiel auf die Größenklasse bis einschließlich 19 Beschäftigten. Diese erwirtschafteten 1993 mit einem Beschäftigtenanteil in Höhe von 22,3 % genau 23,4 % des ausbaugewerblichen Umsatzes. Gegenüber 1991 hat sich in dieser Größenklasse die Anzahl der Betriebe fast verdreifacht, die Beschäftigung stieg um 178 % und der ausbaugewerbliche Umsatz um 279 %.

Damit ist in Thüringen die Angleichung an die kleingewerbliche Struktur des Ausbaugewerbes im früheren Bundesgebiet bereits weit fortgeschritten: Im Juni 1992 war die durchschnittliche Betriebsgröße mit 36 Beschäftigten je Betrieb (Juni 1993: 30) nur noch 1,4 mal so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Allerdings lag Thüringen damit im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe über dem Durchschnitt der neuen Länder und Berlin-Ost insgesamt (Juni 1992: 34 Beschäftigte je Betrieb).

Im Hinblick auf die Produktivitätsentwicklung lagen die Verhältnisse im thüringischen Ausbaugewerbe nicht derart günstig wie im Bauhauptgewerbe: Mit einem Umsatz je Beschäftigten in Höhe von rund 11 300 DM im November 1993 (Ergebnisse für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) lag dieser zwar fast 12 % über dem Vorjahresmonat; doch waren dies knapp 400 DM

weniger als der ostdeutsche Durchschnitt. Dennoch wurden in den beiden Vergleichsmonaten 66,2 % bzw. 75,6 % des westdeutschen Niveaus erreicht.

## 2.2.4 Energie- und Wasserversorgung

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren in Thüringen im Dezember 1993 in 159 Betrieben insgesamt 12 025 Personen beschäftigt. Gegenüber Januar 1991 bedeutete dies einen Anstieg der Betriebe um 137 %, während sich gleichzeitig die Anzahl der in diesem Wirtschaftszweig tätigen Personen um 12,6 % verminderte. Umfangreiche strukturelle Veränderungen auf Grund des Ausbaus der Gasversorgungswirtschaft, der Bildung neuer Stadtwerke und der Aufspaltung der regionalen Wasserversorgungsunternehmen in Zweckverbände mit angegliederten Eigen-, Regel- und Betriebsführungsfirmen haben Verschiebungen zwischen einzelnen Versorgungsbereichen bewirkt. Diese Entwicklung wird durch die folgende Tabelle 7 veranschaulicht.

**Tabelle 7: Betriebe und Beschäftigte in der Energie- und Wasserversorgung Thüringens**

Versorgungsart	Betriebe	Beschäftigte insgesamt	Arbeiter	Angestellte
<b>31. Januar 1991</b>				
Elektrizität .....	5	5 595	2 696	2 899
Gas .....	4	822	497	325
Fernwärme .....	24	2 825	2 299	526
Wasser .....	34	4 521	2 817	1 704
<b>Insgesamt ...</b>	<b>67</b>	<b>13 763</b>	<b>8 309</b>	<b>5 454</b>
<b>31. Dezember 1993<sup>1)</sup></b>				
Elektrizität .....	31	4 236	1 738	2 498
Gas .....	33	1 172	470	702
Fernwärme .....	39	2 901	1 970	931
Wasser .....	56	3 716	1 998	1 718
<b>Insgesamt ...</b>	<b>159</b>	<b>12 025</b>	<b>6 176</b>	<b>5 849</b>

1) Ohne Abwasserwerke.

Wie aus Tabelle 7 abgeleitet werden kann, war die durchschnittliche Betriebsgröße (Beschäftigte je Betrieb) in allen Versorgungsbereichen rückläufig. Die augenfällige Tendenz zur Entflechtung der zu Zeiten der ehem. DDR überdimensionierten Versorgungsbetriebe hatte im Vergleichszeitraum auch eine Verschiebung des ursprünglichen Zahlenverhältnisses zwischen Arbeitern und Angestellten zur Folge: Waren im Januar 1991 noch 39,6 % aller tätigen Personen im Angestelltenverhältnis beschäftigt, so waren es im Dezember 1993 bereits 48,6 %. Demzufolge ist der



Anstieg der monatlichen Lohn- und Gehaltskosten (153 % bzw. 236 %) auch überwiegend dem nicht in der Produktion tätigen Personal zuzurechnen.

Die monatliche Stromversorgungsleistung aus dem öffentlichen Netz (ohne Klimabereinigung) erhöhte sich im betrachteten Zeitraum mit 835 Mill. kWh im Januar 1991 gegenüber 890 Mill. kWh im Dezember 1993 nur geringfügig, während sich die monatliche Gasversorgungsgröße der thüringischen Ortsgasunternehmen mit einem Anstieg von 467 Mill. kWh (Stadt- und Erdgas) auf 1 369 Mill. kWh (nur Erdgas) fast verdreifachte.

## 2.3 Der tertiäre Sektor

### 2.3.1 Gesamtbetrachtung

In der erst kurzen Zeit seit dem Zustandekommen der Währungsumstellung und dem damit verbundenen Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft hat sich im östlichen Teil Deutschlands bereits ein erheblicher Strukturwandel vollzogen. Dieser bewirkte nicht nur in Thüringen, daß die Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe auf das in einer modernen, marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft übliche Niveau heruntergeschraubt wurde. Gleichzeitig verbuchte der tertiäre Sektor der thüringischen Wirtschaft beträchtliche Anteilsverschiebungen. Betrug sein Gewicht an der Gesamtbeschäftigung im „Wendejahr“ noch 39,6 %, so bewegte es sich 1993 bereits bei 55,7 %. Dieser Wert entspricht fast dem Niveau des früheren Bundesgebietes.

**Tabelle 8: Anteil der Wirtschaftsbereiche des tertiären Sektors  
an der Gesamtbeschäftigung**  
%

Wirtschaftsbereich	Thüringen			Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet
	1989	1991	1993	1992	1993
Handel, Verkehr u. Nachrichten- übermittlung .....	13,5	13,9	14,1	18,3	19,3
Dienstleistungs- unternehmen <sup>1)</sup> .....	5,4	12,4	16,5	15,6	20,6
Öffentliche und private Haushalte .....	20,7	20,4	25,1	25,1	19,8
<b>Tertiärer Sektor ...</b>	<b>39,6</b>	<b>46,7</b>	<b>55,7</b>	<b>59,0</b>	<b>59,7</b>

1) Unter Dienstleistungsunternehmen werden – im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – verstanden: Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen; Wohnungsvermittlung; Gastgewerbe, Heime, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe; Gesundheits- und Veterinärwesen; übrige Dienstleistungsunternehmen.

Die aufgezeigten Anteilsgewinne sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der tertiäre Sektor der thüringischen Wirtschaft insgesamt von massiven Arbeitsplatzeinbußen gekennzeichnet ist. Während jedoch im Vergleichszeitraum der Beschäftigungsrückgang im primären Sektor 73,6 und im Produzierenden Gewerbe 51,4% betrug, schrumpfte der tertiäre Sektor „lediglich“ auf 86,4 % des Niveaus von 1989. Dieser weit unterdurchschnittliche Arbeitsplatzabbau schlug sich naturgemäß in einer Zunahme des Gewichtes an der Gesamtbeschäftigung nieder.

Bezogen auf den tertiären Sektor waren die Beschäftigungsverluste im Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 35,7 % am gewichtigsten. Da jedoch selbst eine derartige Schrumpfrate noch geringfügig unter dem 38,5 % betragenden Durchschnitt aller drei Sektoren lag, vermochte auch dieser Wirtschaftsbereich sein Gewicht an der Gesamtbeschäftigung zu erhöhen. Eine Gegenüberstellung mit den ost- und westdeutschen Vergleichswerten zeigt jedoch, daß der Anteil von Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Thüringen nur unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Dies trifft im Hinblick auf das frühere Bundesgebiet auch auf die thüringischen Dienstleistungsunternehmen zu. Allerdings verzeichneten diese im Gegensatz zu den beiden anderen Bereichen des tertiären Sektors eine gewaltige Beschäftigungsexpansion. Im Zuge der Ausweitung des Geschäftsstellennetzes fast aller namhaften westdeutschen Unternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes verdoppelte sich beinahe die Anzahl der hier erwerbstätigen Personen (+ 94,3 %). Auch der quantitativ bedeutsamere und durch wirtschaftliche Aktivitäten vielfältiger Art geprägte Bereich der sonstigen Dienstleistungen (Gastgewerbe, Heime, Bildung, Wissenschaft, Gesundheitswesen usw.) trug mit einer Zuwachsrate in Höhe von 86,6 % dazu bei, daß sich der Beschäftigtenanteil dieses Wirtschaftsbereiches im Beobachtungszeitraum mehr als verdreifachte.

Einschnitte hingegen mußten seit Beginn der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung auch im Bereich des Staates und der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (einschließlich private Haushalte) hingenommen werden. Bei letzteren ist der zunächst starke Rückgang zwischen 1989 und 1991 (51,4 %) vornehmlich auf den drastischen Personalabbau bei den Partei- und Massenorganisationen der ehem. DDR zurückzuführen. Einhergehend mit dem Aufbau neuer, dem früheren Bundesgebiet vergleichbarer Strukturen, ist seither ein erneutes Anwachsen der Beschäftigtenzahlen zu beobachten (+ 25,1 %). Hinsichtlich des Staates lassen sich zwei gegensätzliche Entwicklungen ausmachen:

Während die Gebietskörperschaften (hier einschließlich Soldaten und Zivildienstleistende) infolge des Truppenabbaus bei der Nationalen Volksarmee (NVA) bzw. der Bundeswehr sowie Personaleinsparungen in öffentlichen Verwaltungen als Begleiterscheinung von Umstrukturierungen, eine Verminderung des Personalstandes verbuchten, war mit dem Aufbau des Sozialversicherungssystems der

Bundesrepublik in den neuen Ländern und Berlin-Ost ein steiler Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Bereich der Sozialversicherungen zu verzeichnen. Per Saldo jedoch wies der Staatsdienst 1993 nur noch etwas mehr als drei Viertel (76,1 %) des Personalstandes von 1989 auf.

Dennoch zeigt ein Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet, daß der Anteil des Staates und der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in Thüringen noch 1993 ein um 26,8 % bzw. 5,3 Prozentpunkte höheres Niveau verzeichnete. Berücksichtigt man gleichzeitig den um 57,4 % bzw. 7,8 Prozentpunkte höheren Anteil des staatlichen Bereichs an der gesamten Wertschöpfung, so wird deutlich, daß innerhalb des tertiären Sektors Thüringens – wie der anderen neuen Länder und Berlin-Ost auch – noch ein erheblicher Anpassungsbedarf besteht.

**Tabelle 9: Anteil der Wirtschaftsbereiche des tertiären Sektors an der Bruttowertschöpfung\*)**

%

Wirtschaftsbereich	Thüringen			Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet
	1991	1992	1993	1993	1993
Handel, Verkehr u. Nachrichtenübermittlung .....	14,1	12,3	11,6	13,7	14,6
Dienstleistungsunternehmen <sup>1)</sup> .....	23,9	25,7	24,0	24,5	33,4
Öffentliche und private Haushalte .....	26,3	23,4	21,4	20,8	13,6
<b>Tertiärer Sektor ...</b>	<b>64,3</b>	<b>61,4</b>	<b>57,0</b>	<b>59,0</b>	<b>61,6</b>

\*) In Preisen von 1991.

1) Unter Dienstleistungsunternehmen werden – im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – verstanden: Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen; Wohnungsvermietung; Gastgewerbe, Heime, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe; Gesundheits- und Veterinärwesen; übrige Dienstleistungsunternehmen.

Bei Betrachtung der Tabelle 9 zeigt sich, daß die relative Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in Thüringen zumeist nicht parallel verlief. Ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen Niveau konnten zwischen 1991 und 1993 sowohl der primäre Sektor (70,7 %), wie auch das Produzierende Gewerbe (50,6 %) hinsichtlich der Bruttowertschöpfung weit über dem Durchschnitt der drei Sektoren (24,7 %) liegende reale Zuwachsraten verbuchen. Demgegenüber trat der tertiäre Sektor zurück: Obgleich auch hier insgesamt eine Steigerung in Höhe von 10,5 % ermittelt wurde, verzeichneten Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung lediglich eine 2,4 %ige Erhöhung der erwirtschafteten Bruttowertschöpfung. Hierfür zeichnete vor allem die veränderte Situation im thüringischen Handel verantwortlich. Nachdem Lücken im Angebot durch die zunächst rege Gründungstätigkeit nach

der Währungsunion zu einem großen Teil geschlossen werden konnten, wurde eine weitere Ausweitung der Umsätze durch die schwächer ansteigende Kaufkraft der privaten Haushalte eingeschränkt.

Im Gegensatz hierzu vermochten es die Dienstleistungsunternehmen die von ihnen erbrachte Bruttowertschöpfung weiter auszudehnen (25,4 %). Ursache hierfür ist vornehmlich der Umstand, daß in diesem Bereich Leistungen von Unternehmen angeboten werden, welche in der ehem. DDR fehlten bzw. nur gering vertreten waren: Werbeagenturen, Versicherungsunternehmen, Kreditinstitute und Wirtschaftsberatungen. Deren Angebot war zu Beginn des Beobachtungszeitraumes in Thüringen in quantitativer Hinsicht noch nicht ausreichend entwickelt.

Im Bereich der öffentlichen und privaten Haushalte erhöhte sich die reale Bruttowertschöpfung nur geringfügig um 1,3 %. Dies ist allerdings wenig verwunderlich, da hier der Beitrag zur gesamten Wertschöpfung im wesentlichen durch die Bruttoeinkommen und sozialen Kosten der Beschäftigten bestimmt wird, so daß nominale Zuwächse vornehmlich auf Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen sind, welche bei einer preisbereinigten Darstellung der Bruttowertschöpfung ausgeschaltet werden.

Wegen großer Lücken des derzeit der amtlichen Statistik bundesweit zur Verfügung stehenden Datenmaterials sind aktuelle Analysen der Entwicklung und des Strukturwandels innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche des tertiären Sektors nur unvollkommen möglich. In der folgenden Darstellung werden aus diesem Grunde nur noch der Handel und das Gastgewerbe einer ausführlichen Untersuchung unterzogen.

### **2.3.2 Handel**

Der Handel umfaßt in der Abgrenzung der amtlichen Statistik sämtliche Unternehmen, deren Hauptaufgabe im Vertrieb von Waren besteht. Er dient somit innerhalb des Wirtschaftsgeschehens als Bindeglied zwischen Produzenten und Verbrauchern und nimmt damit eine weitgefächerte Dienstleistungsfunktion wahr.

Der Einzelhandel in Thüringen – wie in den anderen neuen Ländern und Berlin-Ost – befindet sich derzeit in einer Phase der Umstrukturierung. Obgleich die Entflechtung und Privatisierung der staatlichen Handelsorganisationen (HO) und Konsumgenossenschaften bereits frühzeitig vollzogen wurde, mußten seither viele kleine Verkaufsstätten geschlossen werden, da sie sich auf Dauer als nicht konkurrenzfähig erwiesen. Das Angebot neu entstandener Einkaufszentren, Fachmärkte und größerer Verbrauchermärkte zeigte sich vielfach als reichhaltiger und vor allem preisgünstiger. Zudem scheiterte die Aufnahme von Fremdkapital durch kleinere Einzelhandelsgeschäfte oft wegen mangelnder Sicherheiten. Infolge des kräftigen Mietpreisanstieges für geeignete Gewerbeflächen in den Innenstadtbereichen verlagerte sich die Flächenexpansion auf die Außenbereiche der Städte. Hier investier-

ten vor allem Filialunternehmen aus dem früheren Bundesgebiet in großflächige Verkaufsmärkte.

Der Trend zu Großbetriebsformen des Einzelhandels konnte nicht ohne Rückwirkungen auf die Beschäftigungssituation bleiben. Obwohl der Umsatzrückgang zwischen 1991 und 1993 mit nominal 3,3 % im Jahresdurchschnitt verhältnismäßig gering war, wurden im gleichen Zeitraum 42,2 % der vorhandenen Arbeitsplätze abgebaut. Dabei wären die Einschnitte noch gravierender gewesen, hätte sich nicht der Anteil der Teilzeitbeschäftigten des Handels zwischen Januar 1991 und Dezember 1993 von 27,8 % um 15 Prozentpunkte auf 42,8 % der Beschäftigten insgesamt erhöht. Betrachtet man die Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung der verschiedenen Einzelhandelsbranchen, so zeigt sich ein durchweg unterschiedliches Bild.

Tabelle 10 (siehe S. 168) macht deutlich, daß eine positive Beschäftigungsentwicklung vor allem in den vorwiegend mittelständisch strukturierten Branchen des thüringischen Einzelhandels auszumachen ist. Dies gilt insbesondere für die Anbieter von Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren, deren Absatz größtenteils durch Fachgeschäfte erfolgt sowie pharmazeutischen und medizinischen Erzeugnissen, deren Verkauf Apotheken vorbehalten ist. Für den insgesamt erheblichen Beschäftigungsrückgang zeichnet hauptsächlich der Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art (Kaufhaussortiment in der Hauptrichtung Lebensmittel, Feinmechanik, Foto- und optische Erzeugnisse usw.) verantwortlich. Dennoch waren Ende 1993 in dieser Warengruppe mit 31 % der Beschäftigten des Einzelhandels, dicht gefolgt von den Anbietern von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (28 %), die meisten Personen tätig.

Im Hinblick auf das erzielte Umsatzvolumen lagen die Verhältnisse genau umgekehrt. Hier war der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren mit einem Anteil von 33,3 % am Gesamtumsatz die umsatzstärkste Einzelhandelsbranche, während der Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art mit 26,6 % den zweiten Rangplatz einnahm.

Insgesamt gilt es bei der Beurteilung der Umsatzentwicklung im thüringischen Einzelhandel zu beachten, daß das Versorgungsniveau in vielen Bereichen bereits 1991 hoch war. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes stellt sich die Situation im thüringischen Einzelhandel günstiger dar als in manch anderem Wirtschaftszweig des Landes. Freilich wies auch die Absatzlage in den verschiedenen Einzelhandelsbranchen zum Teil beträchtliche Unterschiede auf. Während sich der Umsatz im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen im Vergleichszeitraum mehr als verdoppelte, mußte der Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art fast eine Halbierung des Umsatzvolumens hinnehmen.

Der im Vergleich zur Umsatzentwicklung wesentlich höhere Beschäftigungsrückgang schlug sich unmittelbar in einer Erhöhung der Produktivitätskennziffer nieder. Der Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich daher im Vergleichszeitraum um rund 66 %.

**Tabelle 10: Die Entwicklung des Umsatzes (nominal) und der Beschäftigtenzahl im Handel Thüringens**

%			
Einzelhandel mit . . .	1992	1993	Veränderung 1993 gegenüber 1991
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
<b>Umsatz (nominal)</b>			
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren .....	45,6	20,0	74,8
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren .....	- 18,2	21,1	- 1,0
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische Erzeugnisse usw.) .....	43,8	15,9	66,7
elektronischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw. ....	2,2	- 13,4	- 11,5
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen .....	5,6	- 1,6	3,9
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw. ....	35,7	9,4	48,5
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen .....	102,3	- 0,4	101,5
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art .....	- 28,6	- 26,5	- 47,5
<b>Einzelhandel insgesamt ...</b>	<b>0,2</b>	<b>- 3,5</b>	<b>- 3,3</b>
<b>Beschäftigte</b>			
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren .....	3,0	10,5	13,8
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren .....	20,4	16,5	40,4
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische Erzeugnisse usw.) .....	3,1	- 0,1	2,8
elektronischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw. ....	- 2,6	- 30,2	- 32,0
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen .....	- 21,5	20,1	- 5,7
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw. ....	18,5	12,0	32,8
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen .....	11,7	2,5	14,5
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art .....	- 53,0	- 40,1	- 71,8
<b>Einzelhandel insgesamt ...</b>	<b>- 32,1</b>	<b>- 14,8</b>	<b>- 42,2</b>

Auch hinsichtlich des Großhandels war die Entwicklung von wettbewerbskonformen Verteilungs- und Absatzstrukturen mit einem erheblichen Personalabbau verbunden. Zwischen 1989 und 1992 gingen in diesem Bereich (einschließlich Handelsvermittlung) in Thüringen fast 43 % aller Arbeitsplätze verloren. Nach einer Studie des Münchner Ifo-Institutes<sup>6)</sup> gelang nur einer geringen Anzahl der ehemaligen ostdeutschen Großhandelskombinate eine erfolgreiche Anpassung an die neuen marktwirtschaftlichen Verhältnisse. Heute wird der Großhandel in Thüringen – wie in den anderen neuen Bundesländern auch – überwiegend von Neugründungen oder Filialbetrieben westdeutscher Großhandelsunternehmen beherrscht. Diese schritten in der Markterschließung zügig voran, da sie im Vergleich zu den ehemaligen Großhandelskombinaten über ein hohes Maß an Markterfahrung, ein weitgefächertes Produkt- und Leistungsangebot sowie ein leistungsfähiges Vertriebsnetz verfügten. Hinzu kam, daß sie zu einer Vielzahl von Einzelhandelsunternehmen, welche in Ostdeutschland neue Filialen eröffneten, bereits im früheren Bundesgebiet langjährige Lieferbeziehungen pflegten.

### 2.3.3 Gastgewerbe

Die Umgestaltung der vom planwirtschaftlichen System hinterlassenen Gastgewerbsstrukturen vollzog sich in Thüringen rascher als in manch anderem Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß eine Vielzahl von Einrichtungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes auch weiterhin unmittelbar genutzt bzw. mit vergleichsweise bescheidenen finanziellen Mitteln an marktwirtschaftliche Erfordernisse angepaßt werden konnten. Diese Umstände begünstigten eine verhältnismäßig vorteilhafte Entwicklung der wirtschaftlichen Betätigung.

**Tabelle 11: Entwicklung des Umsatzes (nominal) und der Beschäftigten im Gastgewerbe Thüringens\*)**

1991 = 100

Jahr	Vollbeschäftigte	Darunter im		Umsatz	Darunter im	
		Beherbergungsgewerbe	Gaststätten-gewerbe		Beherbergungsgewerbe	Gaststätten-gewerbe
1991 .....	100	100	100	100	100	100
1992 .....	89,0	94,1	86,5	126,3	149,6	120,6
1993 .....	79,4	89,9	74,9	120,3	140,2	112,7

\*) Stand: Dezember 1993.

6) Vgl. ifo-Schnelldienst 29/92, S. 7 – 19.

Der deutlich günstigere Verlauf im Bereich des Beherbergungsgewerbes ist insbesondere auch auf sowohl quantitativ als auch qualitativ verbesserte touristische Angebotskapazitäten zurückzuführen. Eine gezielte Investitionstätigkeit zur Ausschöpfung von zweifelsohne vorhandenen Nachfragepotentialen hat dazu beigetragen, daß in Thüringen zwischen Juli 1991 und Dezember 1993 fast 18 000 Gästebetten zusätzlich zur Verfügung gestellt werden konnten. Damit entfielen von der im Dezember 1993 in berichtspflichtigen Beherbergungsbetrieben (Betriebe mit 9 Gästebetten und mehr) in Deutschland vorhandenen Bettenkapazität fast 2,6 % alleine auf Thüringen (neue Länder und Berlin-Ost 12,5 %); mit 59 270 Gästebetten lag Thüringen somit zu diesem Zeitpunkt hinter Mecklenburg-Vorpommern (79 904) an zweiter Stelle unter den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Von den im Jahre 1993 in deutschen Beherbergungsbetrieben insgesamt registrierten Übernachtungen entfiel mit knapp 10,3 % ein deutlich unterdurchschnittlicher Anteil auf die neuen Länder und Berlin-Ost; das Land Thüringen verzeichnete mit fast 5,7 Mill. Übernachtungen für sich genommen einen Anteil von beinahe 2 %. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Kurzreisende mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 2,9 Tagen. Fast 96 % der Reisegäste benannten als Herkunftsland Deutschland.

Das im Hinblick auf die neuen Länder und Berlin-Ost günstige Abschneiden Thüringens ist nicht zuletzt Ergebnis eines in den vergangenen Jahren abgelaufenen Strukturwandels:

**Tabelle 12: Betriebsstruktur des Gastgewerbes im Dezember 1993**

Betriebsart	%					
	Thüringen		Neue Länder und Berlin-Ost		Früheres Bundesgebiet	
	Betriebe	Gästebetten	Betriebe	Gästebetten	Betriebe	Gästebetten
Hotels, Gaststätten, Pensionen usw. ....	73,1	64,6	66,8	61,4	75,9	65,0
Erholungsheime, Feriencentren usw. .	23,6	28,7	30,7	33,6	22,0	28,0
Sanatorien, Kurkrankenhäuser .....	3,3	6,7	2,5	5,0	2,1	7,0

Noch im Juli 1991 wies Thüringen eine durch die ehem. DDR geprägte Betriebsstruktur des Beherbergungsgewerbes auf.

Mit einem Anteil von 58,8 % an den Beherbergungsbetrieben und 57,2 % an den Gästebetten war das Gewicht der Hotellerie (Hotels, Gaststätten, Pensionen usw.) im Vergleich zum früheren Bundesgebiet nur gering ausgeprägt. Hingegen stand zum gleichen Zeitpunkt in 292 Einrichtungen der Parahotellerie (Erholungsheime,



Ferienzentren usw.) eine um fast 9 Prozentpunkte höhere relative Bettenkapazität als in Westdeutschland (Dezember 1993) zur Verfügung. Das Gewicht der Betriebe im Bereich der Sanatorien und Kurkrankenhäuser nahm im Beobachtungszeitraum um 13,2 % ab, während ihre anteilige Bettenkapazität einen Anstieg um 13,6 % bzw. 0,8 Prozentpunkte verbuchte.

Betrachtet man die obige Übersicht, so wird deutlich, daß sich die Betriebsartenstruktur des thüringischen Beherbergungsgewerbes jener des früheren Bundesgebietes bereits nahezu vollständig angepaßt hat. Ein Vergleich mit den neuen Ländern und Berlin-Ost insgesamt jedoch zeigt, daß hier noch ein nicht unbeträchtlicher Bedarf an Strukturwandel besteht. Während die durchschnittliche Auslastung der Gästebetten in der Parahotellerie (8,4 %) bei einem hohen Gewicht vergleichsweise gering ist, liegt diese in der Hotellerie (21,5 %) sogar über dem Niveau des früheren Bundesgebietes (19,8 %).

### **3     Ausblick: Die Chancen in Thüringen**

Auch vier Jahre nach Vollendung der deutschen Einheit hält der Wandel der wirtschaftlichen Strukturen Thüringens mit unveränderter Geschwindigkeit an. Was bei realistischer Einschätzung der Lage bereits zum Zeitpunkt der Währungsumstellung absehbar war, ist mittlerweile völlig offenkundig geworden: Das von der Planwirtschaft hinterlassene Wirtschaftsgefüge konnte unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht weiterbestehen. Die Inangasetzung eines umfassenden Umgestaltungsprozesses und der damit einhergehende Aufbau vollkommen neuer Strukturen war unabdingbar. Allerdings verliefen die beobachtbaren, diametral verlaufenden Entwicklungen nicht zeitgleich. Während der Abbau des bestehenden Produktionspotentials unmittelbar nach der Währungsunion schlagartig einsetzte, kam der Neuaufbau nur allmählich und teilweise zögerlich voran. Als Folge hiervon war zunächst ein dramatischer Produktions- und Beschäftigungseinbruch zu verzeichnen. Zwischenzeitlich scheint die gesamtwirtschaftliche Produktion ihren Tiefpunkt überwunden zu haben; erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Gesundung auf breiter Front sind bereits deutlich erkennbar.

Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher staatlicher Subventionsmaßnahmen ist der Strukturanpassungsprozeß in der thüringischen Landwirtschaft bereits weit vorangeschritten. Sowohl Agrarerzeugerpreise als auch Anbauflächenrelationen haben sich nahe an westdeutsche Verhältnisse herangetastet. Von einer zunehmenden Stabilisierung der Lage zeugt auch das Wiedererstarken von thüringischen Agrarerzeugnissen auf regionalen Absatzmärkten sowie deren wachsende Beliebtheit bei in- und ausländischen Verbrauchern.

Auch die Situation im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Thüringens ist durch die fortschreitende Entwicklung wettbewerbsfähiger Strukturen gekennzeichnet. Ein Großteil der vorhandenen Industrieunternehmen hat die Umstellungsprobleme mitt-

lerweile gemeistert. Als Ergebnis konnte die Produktion 1993 im Vergleich zum Vorjahr beachtlich ausgeweitet werden; der für den Monat Dezember berechnete Index der Nettoproduktion übertraf jenen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes (kalenderbereinigt) um 11,4 Prozentpunkte. Dies bezeugt, daß es den thüringischen Industrieunternehmen zunehmend gelingt, mit den von ihnen erstellten Erzeugnissen in bereits belieferte oder sogar neue Absatzmärkte einzudringen. Besonders ausgeprägt waren die Steigerungsraten in Wirtschaftszweigen, die von der aufstrebenden Bauwirtschaft benötigte Produkte fertigen, aber auch verschiedene andere Branchen, wie beispielsweise der Straßenfahrzeugbau, die Elektrotechnik oder die Kunststoffwarenherstellung waren in der Lage, wenn auch teilweise von einem niedrigen Leistungsniveau ausgehend, bemerkenswerte Zugewinne zu verbuchen. In anderen Wirtschaftszweigen, wie dem Maschinenbau, der Gummiverarbeitung und dem Bekleidungs-gewerbe kam der Aufschwung nur schleppend voran; in wiederum anderen, darunter vor allem im Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau, der Chemischen Industrie und der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen mußten auch 1993 Schrumpfungen der Nettoproduktion hingenommen werden.

Der sich gegenwärtig hinsichtlich der Auftragseingänge abzeichnende Trend nährt berechnete Hoffnungen auf ein fortwährendes positives Anwachsen des Produktionsvolumens. Insbesondere die stetige Zunahme von Bestellungen ausländischer Kunden läßt eine weitere Ankurbelung des Exportgeschäftes erwarten. In naher Zukunft dürfte daher insbesondere bei den florierenden Wirtschaftszweigen mit einer weiteren Aufwärtsentwicklung zu rechnen sein, während die Situation in den Problembranchen zumindest auf eine Stabilisierung der industriellen Nettoproduktion auf niedrigem Niveau hoffen läßt.

Hinsichtlich des thüringischen Baugewerbes ist der strukturelle Anpassungsprozeß schon beinahe abgeschlossen. Kräftige Nachfrageimpulse hervorgerufen von anhaltend hohen Modernisierungs- und Instandsetzungsinvestitionen begünstigen das Ausbaugewerbe noch stärker als das Bauhauptgewerbe. Insgesamt ist zu erwarten, daß das Baugewerbe seine Rolle als Konjunkturmotor in Thüringen auch auf absehbare Zeit weiterhin beibehält. Allerdings setzt dies anhaltend hohe Investitionen im Bereich des öffentlichen und Verkehrsbaus voraus.

Die zunehmende Tertiarisierung der thüringischen Wirtschaft verkörpert ein herausragendes Ergebnis des sich seit der Währungsunion vollziehenden Strukturwandels. Insbesondere im Bereich der Dienstleistungsunternehmen sind die erzielten Fortschritte beachtlich. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe, im Gastgewerbe, im Dienstleistungshandwerk und bei den Freien Berufen haben sich binnen kurzer Zeit Strukturen herausgebildet, die mit den Erfordernissen einer modernen, marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft in Einklang stehen.

Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß diese Entwicklung nur deshalb zustande kam, weil infolge umfangreicher Finanztransfers von West- nach Ost-

deutschland ein Einbruch bei den Realeinkommen der thüringischen privaten Haushalte verhindert werden konnte und die dergestalt staatlich finanzierten Einkünfte wiederum die Nachfrage nach Dienstleistungen stimulierten. Gemeinhin jedoch steht die Entwicklung im tertiären Sektor in einem engen Zusammenhang mit jener im Produzierenden Gewerbe: Modern geführte Produktionsunternehmen übertragen zunehmend Dienstleistungsfunktionen an externe Anbieter und die im industriellen Bereich erzielten Einkommen sind die Voraussetzung für die Nachfrage privater Haushalte nach Dienstleistungen.

Die gegenwärtig in Thüringen anzutreffenden Strukturen erscheinen daher noch als wenig stabil. Ihre weitere Entwicklung wird in Zukunft maßgeblich von der Lage im Produzierenden Gewerbe und – in den nächsten Jahren auch weiterhin – vom Umfang der staatlichen Transferleistungen bestimmt werden.

## **Zusammenfassung**

Die übergangslose Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen hatte für die Wirtschaft Thüringens einen Strukturbruch zur Folge. Die Ingangsetzung eines umfassenden Umgestaltungsprozesses und der damit einhergehende Aufbau eines vollkommen neuen Wirtschaftsgefüges erwies sich als unabdingbar. Allerdings verliefen die zu beobachtenden, diametral verlaufenden Entwicklungen nicht zeitgleich: Während der Abbau des bestehenden Produktionspotentials unmittelbar nach der Währungsunion schlagartig einsetzte, kam der Neuaufbau nur allmählich und teilweise zögerlich voran. Als Konsequenz hieraus war ein zunächst dramatischer Produktions- und Beschäftigungseinbruch zu verzeichnen. Zwischenzeitlich scheint die gesamtwirtschaftliche Produktion ihren Tiefpunkt überwunden zu haben; erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Gesundung auf breiter Front sind bereits deutlich erkennbar.

In der Landwirtschaft ist der Prozess der Strukturanpassung bereits weit vorangeschritten. Die Anteile an den Erwerbstätigen und der Bruttowertschöpfung entsprechen mittlerweile fast den westdeutschen Vergleichswerten.

Obgleich die Entwicklung in den vergangenen Jahren durch die Herausbildung wettbewerbskonformer Strukturen gekennzeichnet war, verkörpert das Verarbeitende Gewerbe auch weiterhin einen Problembereich der thüringischen Wirtschaft. Insbesondere waren gravierende Einbußen an Arbeitsplätzen zu verbuchen. Da es den Industriebetrieben des Landes dennoch gelang, ihr Umsatzvolumen insgesamt zu steigern, läßt sich ein beträchtlicher Anstieg der Produktivität nachweisen. Im Jahr 1993 betrug der Umsatz je Beschäftigten bereits fast 50 % des Niveaus des früheren Bundesgebietes.

Hinsichtlich des thüringischen Baugewerbes ist der strukturelle Anpassungsprozeß schon beinahe abgeschlossen. Kräftige Nachfrageimpulse hervorgerufen von anhaltend hohen Modernisierungs- und Instandsetzungsinvestitionen begünstigen das Ausbaugewerbe noch stärker als das Bauhauptgewerbe. Insgesamt ist zu erwarten, daß das Baugewerbe seine Rolle als Konjunkturmotor in Thüringen auf absehbare Zeit weiterhin beibehält.

Die zunehmende Tertiarisierung der thüringischen Wirtschaft verkörpert ein herausragendes Ergebnis des sich seit der Währungsunion vollziehenden Strukturwandels. Insbesondere im Bereich der Dienstleistungsunternehmen sind die erzielten Fortschritte beachtliche. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe, im Gastgewerbe, im Dienstleistungshandwerk und bei den Freien Berufen haben sich binnen kurzer Zeit Strukturen herausgebildet, die mit den Erfordernissen einer modernen, marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft in Einklang stehen.

## Literaturverzeichnis

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1993):* Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Wochenbericht 13/93, Berlin.

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1993):* Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Wochenbericht 41/93, Berlin.

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1994):* Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Wochenbericht 15/94, Berlin.

*Ifo-Institut (1992):* Zur Entwicklung des Großhandels in den neuen Bundesländern, in: ifo- Schnelldienst 29/1992, München.

*Institut für Wirtschaftsforschung Halle/IWH (1992):* Ostdeutschland 1992 und 1993: Zwischen Skepsis und Hoffnung, Herbstgutachten, Halle/Berlin.

*Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1991):* Die wirtschaftliche Integration in Deutschland, Perspektiven – Wege – Risiken, Jahresgutachten 1991/92, Wiesbaden.

*Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1992):* Für Wachstumsorientierung – gegen lähmenden Verteilungsstreit, Jahresgutachten 1992/93, Wiesbaden.

*Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1993):* Zeit zum Handeln – Antriebskräfte stärken, Jahresgutachten 1993/1994, Wiesbaden.

*Statistisches Amt der DDR (1990):* Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Berlin.

*Spörel, U. (1993):* Tourismus in den neuen Ländern, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, S. 22 – 27, Wiesbaden.

# Die Kehrseite des Wandels - Strukturelle Arbeitslosigkeit

## 1 Einleitung

Anfang 1994 befand sich die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland in der Talsohle eines tiefen Abschwungs in den alten Bundesländern. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat der durch die Einführung der Marktwirtschaft bedingte Schock zum Wegfall von ca. 2 Mill. Arbeitsplätzen geführt, für die zum großen Teil noch kein Ersatz geschaffen werden konnte. Dadurch hatten über 4 Mill. Menschen ihre Arbeit verloren oder konnten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt keine passende Stelle finden und waren als Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert.

Die Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre im früheren Bundesgebiet lassen befürchten, daß der erwartete Wirtschaftsaufschwung nicht ausreichen wird, um die Arbeitslosigkeit unter das Niveau vor der Rezession zu drücken, sondern daß für die neunziger Jahre mit höheren Arbeitslosenzahlen gerechnet werden muß. Denn nach der ersten Ölkrise 1972/73 nahm die Arbeitslosigkeit um 800 000 Personen zu, ging im Aufschwung aber nur um 200 000 zurück. Die Rezession nach 1980 ließ die Arbeitslosenzahl um 1,4 Mill. ansteigen, während der folgende Boom bis 1991 trotz einer Zunahme der Beschäftigung nur zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit um 700 000 führte. Damit sind Befürchtungen begründet, die auch für die Zukunft von einer Abkoppelung von Produktionsaufschwung und Arbeitslosigkeit ausgehen und einen Anstieg der *strukturellen Arbeitslosigkeit* erwarten lassen.

## 2 Typen von Arbeitslosigkeit

Zur Bezeichnung der seit Mitte der siebziger Jahre andauernden Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe wird in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion vielfach der Begriff „*strukturelle Arbeitslosigkeit*“ verwendet. Angespielt wird damit erstens auf den nicht nur vorübergehenden Charakter der Unterbeschäftigung und zweitens auf „verfestigte Strukturen“ im Arbeitsmarkt und in den Funktionsmechanismen der Marktwirtschaft allgemein, die mittelfristig einen Abbau der Arbeitslosigkeit verhindern. Dem folgt rasch der Hinweis auf die beruflichen und qualifikatorischen Merkmale der Arbeitslosen, die sie für die verfügbaren Arbeitsplätze als ungeeignet erscheinen lassen. Die verfestigten Strukturen des Arbeitsmarktes werden damit als Ursache der Arbeitslosigkeit selbst gedeutet. Der Diagnose *struktureller Arbeits-*

---

\*) Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.  
– Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. –

losigkeit schließen sich daher meist Empfehlungen an, durch mehr Flexibilität – in der Regel seitens der Arbeitslosen – die Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder doch wenigstens nennenswert zu reduzieren. Wegen zu hoher Lohnforderungen, zu geringer räumlicher Mobilität und mangelnder Bildungsbereitschaft, teilweise auch wegen mangelnder Arbeitsbereitschaft seien die Arbeitslosen zu einem wesentlichen Teil selber verantwortlich, wenn sie keine Arbeit finden.<sup>1)</sup>

## 2.1 Das Arbeitslosigkeitsrisiko

Zur Unterscheidung der Ursachen und Erscheinungsformen der Arbeitslosigkeit ist jedoch eine genauere Untersuchung der Prozesse im Arbeitsmarkt notwendig. Arbeitslosigkeit wird an der Zahl der bei den Arbeitsämtern zu einem Zeitpunkt registrierten Arbeitslosen gemessen.<sup>2)</sup> Mit der Arbeitslosenquote wird der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, das sind alle dem Arbeitsmarkt kurzfristig zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, gemessen. Sie ist ein Indikator für die Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials einer Volkswirtschaft und bezeichnet für die Arbeitnehmer das durchschnittliche Risiko, ohne Beschäftigung zu sein.<sup>3)</sup>

Auch bei gleichbleibenden Arbeitslosenzahlen nehmen monatlich eine Vielzahl von Personen eine neue Beschäftigung auf und melden sich andere Arbeitnehmer arbeitslos. Der Durchlauf der Arbeitslosigkeit vollzieht sich für einzelne Personen aufgrund ihrer jeweiligen Arbeitsmarktchancen schnell oder langsam und dauert für manchen mehrere Jahre, u. U. bis er sich vom Arbeitsmarkt zurückzieht. Dieser *Umschlagsprozeß* kann durch das *Zugangsrisiko* und das *Verbleibsrisiko* charakterisiert werden.

Das *Zugangsrisiko* in Arbeitslosigkeit (*Betroffenheit*) wird durch die Zugänge in Arbeitslosigkeit in % der Erwerbspersonen gemessen. Es ist besonders hoch für Berufsanfänger und jüngere Arbeitnehmer, für gering Qualifizierte, für Ausländer und Personen mit kurzer Betriebszugehörigkeit.<sup>4)</sup>

1) Vgl. Cramer (1979).

2) Wer als arbeitslos zu zählen ist, steht im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) § 101: Arbeitslos ist, wer als Arbeitnehmer vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung von weniger als 18 Std. pro Woche ausübt, sich persönlich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet hat, der Vermittlung zur Verfügung steht und eine zumutbare, beitragspflichtige Beschäftigung ausüben kann und darf.

3) Arbeitslosenquote: 
$$ALOQ = \frac{\text{Arbeitslose}}{\text{abhaeng. Erwerbstätige} + \text{Arbeitslose}} \text{ in } \%$$

4) Zugangsrisiko (Betr): 
$$\frac{\text{Betroffenheit}}{(\text{BETR})} = \frac{\text{Zugaenge in Arbeitslosigkeit}}{\text{abhaeng. Erwerbstätige} + \text{Arbeitslose}} \text{ in } \%$$

Das *Verbleibsrisiko* wird durch die durchschnittliche Dauer einer kompletten Arbeitslosigkeitsperiode (in Wochen) gemessen. Bei Perioden, die länger als ein Jahr dauern, spricht man nach weitgehender Übereinkunft von *Langzeitarbeitslosigkeit*. Mit Langzeitarbeitslosigkeit haben in besonderem Maße ältere Arbeitslose und Personen in strukturschwachen Regionen zu kämpfen. Gesundheitliche Probleme und geringes Ausbildungsniveau verstärken die Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden.

Das durchschnittliche Arbeitslosigkeitsrisiko läßt sich nun in ein Zugangs- und ein Verbleibsrisiko aufteilen. Die Arbeitslosenquote wird zerlegt in eine Betroffenheits- und eine Dauerkomponente. Dadurch wird erkennbar, ob sich die Unterbeschäftigung auf viele Personen mit kurzer Dauer oder auf wenige mit längerer Dauer verteilt.<sup>5)</sup>

Das heißt, eine Arbeitslosenquote von 5 % kann dadurch zustandekommen, daß z. B. 5 % der Erwerbspersonen für ein Jahr arbeitslos werden oder 10 % für ein halbes Jahr.<sup>6)</sup> Bezüglich der Zahl fehlender Arbeitsplätze unterscheiden sich beide Situationen nicht. Für den einzelnen Arbeitslosen allerdings macht es durchaus einen Unterschied, wie lange er auf Arbeitsplatz und Einkommen verzichten muß. So betrug 1990 bei einer Arbeitslosenquote von 7,2 % das Zugangsrisiko 13,6 % und das Verbleibsrisiko durchschnittlich 27,5 Wochen. Es konzentrierte sich auf weniger Personen mit längerer Arbeitslosigkeitsdauer als 1982 (ALOQ: 7,5 %), wo 20 % der Erwerbspersonen arbeitslos wurden, aber im Durchschnitt nur 20,3 Wochen ohne Beschäftigung blieben.<sup>7)</sup>

Die Unterscheidung nach Zugangs- und Verbleibsrisiko hilft auch bei einer genaueren Charakterisierung und Untersuchung der Typen von Arbeitslosigkeit. Je niedriger das Zugangs- und insbesondere das Verbleibsrisiko ist, desto besser funktioniert der Arbeitsmarktausgleich insgesamt.<sup>8)</sup> Je stärker die Risiken für einzelne Personengruppen abweichen, desto stärker wirken Strukturalisierungsprozesse im Arbeitsmarkt. Üblicherweise wird zwischen *friktioneller*, *saisonaler*, *konjunktureller* und *struktureller* Arbeitslosigkeit unterschieden.

---

5)  $\text{Arbeitslosenquote (ALOQ) (in \%)} = \text{BETR (in \%)} \cdot \text{Dauer der Arbeitslosigkeit (in Wochen)} / 52$ .

6) Vgl. Egle (1988).

7) Vgl. Tabelle A 1 im Anhang (S. 202 f).

8) Auch bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit scheiden laufend Personen aus der Arbeitslosigkeit aus und werden durch andere ersetzt. Die durchschnittliche Dauer gibt an, wie lange es dauern würde, den gesamten Bestand an Arbeitslosen einmal durch andere Personen zu ersetzen, wenn alle gleich lange arbeitslos wären. Kurze Dauer und geringe Differenzen der Dauer zwischen den Personengruppen besagen, daß für die Arbeitslosen der Arbeitsmarktausgleich weitgehend reibungslos funktioniert.

## 2.2 Friktionelle Arbeitslosigkeit

Friktionelle Arbeitslosigkeit entsteht bei einem im Prinzip ausreichenden Stellenangebot und funktionierendem Arbeitsmarktausgleich durch die notwendige Such- und Orientierungsphase bei Stellenwechseln aus persönlichen Motiven, wenn die beiden Arbeitsverhältnisse nicht nahtlos aneinander anschließen. Das kann auch der Fall sein, wenn einzelne Betriebe wegen Betriebsschließung oder Neuorganisation der Produktion Arbeitnehmer entlassen oder wenn Berufsanfänger oder Wiedereinsteiger eine Beschäftigung suchen.<sup>9)</sup> Friktionelle Arbeitslosigkeit wird auch als Sucharbeitslosigkeit oder Fluktuationsarbeitslosigkeit bezeichnet. Friktionelle Arbeitslosigkeit ist durch überwiegend kurze Dauer und niedrige Arbeitslosenquoten gekennzeichnet.

## 2.3 Saisonale Arbeitslosigkeit

Saisonale Arbeitslosigkeit entsteht aus regelmäßigen, jährlichen Schwankungen der Auslastung und der Beschäftigung in stark witterungsabhängigen Wirtschaftszweigen wie Landwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung und Bauwirtschaft. Durch vorübergehende Freisetzung entsteht hier Winterarbeitslosigkeit. Auch die Beschäftigung in Wirtschaftsbereichen wie dem Fremdenverkehr, dem Bahn-, Luft- und Straßenverkehr oder der Automobilindustrie unterliegt einem Jahresrhythmus, der sich z. B. an der Lage der Ferien orientiert. Darüber hinaus spielen institutionelle Termine wie die Quartaltermine für Beginn und Ende von Beschäftigungsverhältnissen oder Ausbildungsabschnitten sowie Feiertage eine Rolle.

Saisonbewegungen der Beschäftigung führen damit zu regelmäßigen Schwankungen der Arbeitslosigkeit. Sie wird nicht nur durch die vorübergehende Entlassung und Wiedereinstellung von Saisonkräften verursacht, sondern auch durch das Vorziehen von Entlassungen und das Zurückstellen von Einstellungen während der verringerten Aktivität. So steigt die Arbeitslosigkeit in den Ferienmonaten im Sommer an, da während der Betriebsferien keine Einstellungen vorgenommen werden.

Der Kern der saisonalen Arbeitslosigkeit ist von kurzer Dauer und konzentriert sich mit hohem Zugangsrisiko auf Außenberufe und innerhalb witterungsabhängigen Branchen. Sie ist mit starken Schwankungen der Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres verbunden.

## 2.4 Konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet die aus einem mittelfristigen Rückgang der Güter- und Arbeitskräftenachfrage entstehende Unterbeschäftigung. Die Definition unterstellt, daß bei einem Anspringen der Konjunktur die Arbeitslosigkeit quasi

---

9) Vgl. Riese (1986), S.102 f.



von selbst wieder abgebaut wird.<sup>10)</sup> Im konjunkturellen Abschwung steigt zunächst das Zugangsrisiko für geringqualifizierte Arbeiter in den besonders vom Nachfragerückgang betroffenen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und der Bauwirtschaft. Danach wächst die Dauer der Arbeitslosigkeit bei stagnierender oder bereits wieder rückläufiger Betroffenheit, und erst allmählich nimmt die Dauer im Aufschwung wieder ab.

## 2.5 Strukturelle Arbeitslosigkeit

Mit struktureller Arbeitslosigkeit wird generell das Ausmaß an Unterbeschäftigung bezeichnet, das im konjunkturellen Aufschwung nicht wieder abgebaut wird. Strukturelle Arbeitslosigkeit besteht daher über längere Zeiträume fort. Der Begriff wird in mindestens drei Bedeutungen verwendet, die nicht immer scharf von einander abzugrenzen und nebeneinander im Arbeitsmarkt zu beobachten sind:

1. Der Begriff bezeichnet anhaltende Arbeitslosigkeit, obwohl genügend Arbeitsplätze in der Volkswirtschaft vorhanden sind, die jedoch mit den Qualifikationen der Arbeitslosen nicht besetzt werden können. Es existieren also gleichzeitig genügend offene Stellen. Dies ist strukturelle Arbeitslosigkeit im engeren Sinne. Sie wird auch als Mis-Match-Arbeitslosigkeit bezeichnet, weil der Arbeitsmarkt nicht flexibel genug ist, um einen Ausgleich regionaler, beruflicher und qualifikatorischer Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage zu bewerkstelligen. Für das Vorliegen von struktureller Arbeitslosigkeit im engeren Sinn ist also Voraussetzung, daß mindestens in Teilarbeitsmärkten bestimmter Regionen, Berufe und Qualifikationen ein Arbeitskräftemangel herrscht, der sich in schwer besetzbaren offenen Stellen äußert. Anhaltend hohe Langzeitarbeitslosigkeit für bestimmte Regionen, Berufe und Personengruppen ist die Folge.
2. Eine weitere Verwendung des Begriffs strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet eine Situation mit anhaltendem globalen Arbeitsplatzdefizit aufgrund unzureichenden, weil das Arbeitskräfteangebot nicht absorbierenden, Wirtschaftswachstums und die daraus resultierende anhaltende Arbeitslosigkeit. Sie wird als strukturelle Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne bezeichnet. Sie wird häufig mit dem technischen Fortschritt in Verbindung gebracht, wenn überwiegend in die Rationalisierung von Produktionsprozessen und zur Einsparung von Arbeitskräften investiert wird, zu wenig aber in die Produktionserweiterung und damit in die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie wird als *stagnationsbedingt* oder als *Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit* angesehen.<sup>11)</sup>

10) Vgl. Riese (1986), S.103.

11) Priewe (1984), S.358.

3. Allgemeiner bezeichnet strukturelle Arbeitslosigkeit die teils vorübergehende, teils längerfristige Unterbeschäftigung, die durch den Strukturwandel in der Volkswirtschaft ausgelöst wird. Dabei bleibt offen ob prinzipiell genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, deren Besetzung jedoch durch die notwendige Umorientierung der Arbeitslosen erschwert ist, und ob genügend Arbeitsplätze als Ersatz für die in schrumpfenden Branchen verlorenen zur Verfügung stehen. Diese Begriffsverwendung umfaßt die beiden vorstehenden Abgrenzungen.

Je nach theoretischem und politischem Standpunkt wird die Verantwortung für strukturelle Arbeitslosigkeit wegen mangelnder Mobilität und Konzessionsbereitschaft den Arbeitslosen bzw. einer verfehlten Lohnstrukturpolitik zugeschrieben, wegen mangelnder Mobilität des Kapitals falschem Investitionsverhalten den Unternehmern zugerechnet oder wegen ungenügender Förderung von Qualifikationsanpassungen der Arbeitsmarktpolitik angelastet.<sup>12)</sup>

Aus Sicht neoklassischer Wirtschaftstheorie ist strukturelle Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne immer auf Störungen der Ausgleichsmechanismen von Märkten zurückzuführen. Die Störungen sind entweder im Arbeitsmarkt selbst zu suchen, wo zu hohe Mindestlöhne oder nicht marktgerechte Lohnstrukturen die Entfaltung einer genügenden Arbeitskräftenachfrage und die erforderlichen Investitionen der Unternehmen verhinderten (Mindestlohnarbeitslosigkeit). Oder die Störungen haben ihre Ursache in falschen Produktionsstrukturen und Störungen in den Gütermärkten mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit. Dies kann besonders bei veränderten Wettbewerbspositionen im Weltmarkt (Ölpreiskrise, Konkurrenz aus Billiglohnländern) eintreten.

Das charakterisierende Merkmal struktureller Arbeitslosigkeit ist ihre Dauerhaftigkeit: Das bedeutet sowohl hohe Arbeitslosenquoten über einen langen Zeitraum als auch lange Arbeitslosigkeitsperioden für die einzelnen Arbeitslosen.

Die vorgestellte kurze Typisierung ist eine Einteilung der Arbeitslosigkeit vorwiegend aus volkswirtschaftlicher Sicht, über deren Abgrenzung eine lange und andauernde wissenschaftliche und politische Debatte in bezug auf die wirtschaftspolitischen Konsequenzen geführt wird. Für den einzelnen Arbeitslosen kann dagegen nur ungenau unterschieden werden, zu welchem Teil er zu rechnen ist. Für den einzelnen Arbeitslosen ist das allerdings auch nur insofern von Belang als damit Aussagen über seine Wiederbeschäftigungschancen verbunden sind. Denn eine Phase der Sucharbeitslosigkeit nach der Berufsausbildung kann in einer Rezession leicht in konjunkturelle Arbeitslosigkeit übergehen und Entlassungen aus konjunkturellen Gründen zu struktureller Arbeitslosigkeit führen, wenn bei Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums nicht mehr genügend Arbeitsplätze für alle Entlassenen zur Verfügung stehen.

---

12) Vgl. Riese, a.a.O. und Priewe, a.a.O.

**Übersicht 1: Typisierung der Arbeitslosigkeit**

Typ	Kennzeichen	Ursache	Personengruppen
Friktionell	Ausreichendes Stellenangebot Kurze Dauer der Arbeitslosigkeit Niedrige Arbeitslosenquote	Arbeitsplatzwechsel aus persönlichen Gründen (Umzug, Verdienst, Arbeitsbedingungen) Eintritt in den Arbeitsmarkt Arbeitsplatzwechsel aus Marktgründen (einzelne Betriebsschließungen, Umstrukturierungen)	Berufsanfänger Frauen nach der Familienphase Zuwanderer Stellenwechsler
Saisonal	Regelmäßige jährliche Schwankungen Kurze Dauer der Arbeitslosigkeit Hohe Betroffenheit der saisonabhängigen Berufe und Wirtschaftszweige	Witterungseinflüsse Jahreszeitliche Nachfrageschwankungen Institutionelle Termine (Kündigungstermine, Ausbildungsjahre)	Außenberufe (Landwirtschaft, Bau)  Ausbildungsabsolventen
Konjunkturell	Hohe Betroffenheit in den konjunkturabhängigen Branchen Sprunghafter Anstieg der Arbeitslosenquote Mittlere Dauer der Arbeitslosigkeit	Nachfrage- und Produktionsrückgang	Arbeiter Gering qualifizierte Ältere Personen mit Abfindungen Jüngere Arbeitnehmer mit geringem Kündigungsschutz
Strukturell im weiteren Sinn	Hohe Arbeitslosenquoten Langzeitarbeitslosigkeit	Zu geringes Wachstum (Kapitalmangel, langfristige Nachfrageschwäche) Störung der Marktmechanismen (zu hohe Löhne oder falsche Lohnstrukturen; Anpassungsprobleme in Gütermärkten und in Produktionsbedingungen) Internat. Wettbewerb	Ältere Arbeitnehmer Gering Qualifizierte Bestimmte Berufe Berufsanfänger
Strukturell im engeren Sinn	Hohe Arbeitslosenquoten Langzeitarbeitslosigkeit Nebeneinander von Arbeitslosigkeit und Kräftermangel	Nicht funktionierender Arbeitsmarktausgleich, mangelnde Mobilität von Arbeitskräften und Kapital (Mis-Match)	Ältere Arbeitnehmer Gering Qualifizierte Bestimmte Berufe Regionale Arbeitslosigkeit

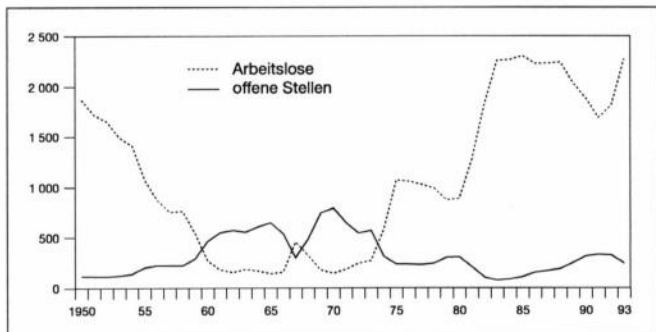
Quelle: Riese (1986), Eckey/Schaefer (1978) und Priewe (1984)

### 3 Rückblick

Die im vorigen Kapitel eingeführte Typisierung der Arbeitslosigkeit erweist sich als nützliches Instrument für einen Rückblick auf die verschiedenen Phasen der Wirtschaftsentwicklung, die die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen durchlebt hat.<sup>13)</sup> Sie waren durch jeweils eigene Herausforderungen an die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik charakterisiert und brachten aufgrund wechselnder Konstellationen von wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung des Arbeitskräfteangebots spezifische Problemlagen einzelner Arbeitnehmergruppen hervor, die deren Arbeitslosigkeitsrisiko und Wiederbeschäftigungschancen beeinflussten. Ein Rückblick in die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung läßt etwa folgende Phasen (siehe das folgende Schaubild 1) erkennen:

- 1950 – 1960: Phase des Wiederaufbaus.
- 1960 – 1973: Phase der Vollbeschäftigung mit
- 1966 / 1967: kurzfristigem Konjunkturerinbruch.
- 1973 – 1980: Erste Ölkrise und Ende der Vollbeschäftigung.
- 1981 – 1990: Massenarbeitslosigkeit.
- 1990: Wachstumskrise in Westeuropa und Marktwirtschaftsschock in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

**Schaubild 1**  
**Arbeitslose und offene Stellen im früheren Bundesgebiet\*)**  
1 000



\*) Jahresdurchschnittswerte.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

13) Die folgende Darstellung der Phasen von Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und des Wirtschaftswachstums lehnt sich an die Beschreibung von Klauder (1993) an.

### **3.1 Wiederaufbau 1950 bis 1960**

Die Ausgangssituation nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 war gekennzeichnet durch eine von den Folgen des Krieges gezeichnete Wirtschaft, zerstörte Städte, in denen der Wiederaufbau begann, und eine durch Evakuierung und Flucht entwurzelte Bevölkerung. 8 Mill. Vertriebene waren bis 1950 bereits in die Bundesrepublik gekommen und vor allem in den ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Bayerns untergebracht worden. In den Jahren bis 1960 kamen weitere 3 Mill. Flüchtlinge aus der ehem. DDR und aus Osteuropa hinzu. Die starke Zunahme der arbeitssuchenden Bevölkerung konnte in den ersten Jahren von der anlaufenden Wirtschaft nicht sofort aufgenommen werden, so daß zunächst hohe Arbeitslosigkeit herrschte (siehe Schaubild 1 sowie Tabelle A 2 im Anhang, S. 203). Das „Wirtschaftswunder“ sorgte aufgrund hoher Investitionen und jährlicher Wachstumsraten von etwa 8 % für einen raschen Beschäftigungsanstieg um 5 Mill. Erwerbstätigen im Verlaufe der fünfziger Jahre. Dadurch fiel die Arbeitslosenquote von 11 % 1950 auf nur noch 1,3 % 1960.

Die Arbeitslosigkeit Anfang der fünfziger Jahre ist als „industrielle Arbeitslosigkeit auf dem Lande“ gekennzeichnet worden,<sup>14)</sup> weil sie Arbeitnehmer betraf, die fern von den angestrebten Arbeitsplätzen in der Industrie auf dem Lande wohnten. In den städtischen Gebieten mit ihren industriellen Arbeitsplätzen betrug die Arbeitslosenquote 1951 im Durchschnitt 4,4 %, in den ländlichen Gebieten dagegen 17,4 %.<sup>15)</sup> Dieser regionale Mis-Match war durch die wegen fehlenden Wohnraums erzwungene Unterbringung der Flüchtlinge in den dünn besiedelten und kaum industrialisierten Landgebieten begründet. Ein Drittel der Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet 1950 waren Vertriebene, in Schleswig-Holstein sogar 57 %.<sup>16)</sup> Langzeitarbeitslosigkeit, die damals 22 % der Arbeitslosigkeit ausmachte, konzentrierte sich daher in den Aufnahmegebieten. Diese strukturelle Arbeitslosigkeit wurde im Verlauf der fünfziger Jahre durch ständige Wanderungen in die industriellen Ballungsgebiete in dem Maße abgebaut, wie dort neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die Beschreibung verdeutlicht die Schwierigkeiten einer Abgrenzung der strukturellen Arbeitslosigkeit im engen und im weiteren Sinn: Der regionale Mis-Match ist offenkundig, jedoch hätten die vorhandenen Arbeitsplätze in der Industrie selbst bei vollständiger Mobilität der Arbeitslosen kurzfristig nicht ausgereicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Außerdem konnten die offenen Stellen allgemein zügig besetzt werden, so daß kein hoher Bestand an Vakanzen entstehen konnte. Erst im Laufe der fünfziger Jahre entstanden aus den laufenden Investitionen die für die

14) Schelski, in: DGB (1952), Bd.2, S.283.

15) DGB (1952), Bd.1, S.174.

16) BMA (1950).

Vollbeschäftigung erforderliche Anzahl von Arbeitsplätzen. Insofern herrschte Anfang der fünfziger Jahre auch eine Art der Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit. Noch komplizierter wird die Situation dadurch, daß ja nicht nur die Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen zu Beginn der fünfziger Jahre geschaffen werden mußten, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze für die Flüchtlinge, die in den folgenden Jahren ins Land kamen, bereitzustellen waren. Diese halfen den Krätemangel in bestimmten Bereichen der Wirtschaft zu reduzieren soweit sie die gesuchten Qualifikationen hatten, erhöhten aber den Arbeitsplatzbedarf. D. h., das Ausmaß struktureller Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne ist auch immer eine Frage der Zu- und Abnahme des Erwerbspersonenpotentials, also der Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung, den Jahrgangsstärken der Erwerbsbevölkerung und der Auswirkungen von Wanderungen.

Unter den schwierigen Arbeitsmarktbedingungen zu Beginn der fünfziger Jahre hatten ältere Männer (über 55 Jahre) und Frauen über 35 Jahren mit Arbeitslosenquoten um 12 % besonders zu leiden. Es wird von besonderen Schwierigkeiten der älteren Angestellten berichtet, die oft froh waren, für 6 Monate Beschäftigung in den damaligen Notstandsmaßnahmen zu finden. Große Sorge bereitete in der Öffentlichkeit jedoch auch die hohe Zahl von jugendlichen Arbeitslosen, die 1950 über 20 % der Arbeitslosen ausmachten. Auch wenn die Arbeitslosenquote der Jugendlichen insgesamt unter dem Durchschnitt lag, so bereitete die hohe Zahl von Schulabsolventen aufgrund starker Jahrgänge und nachträglicher Abschlüsse junger Kriegsteilnehmer, verdeckte, nicht registrierte Arbeitslosigkeit und die damals herrschende Lehrstellenknappheit Sorgen in bezug auf die künftigen Berufschancen der Jugendlichen.<sup>17)</sup>

Neben dem großen strukturellen Block der Arbeitslosigkeit zeichnete sich die Arbeitsmarktsituation in den fünfziger Jahren durch starke saisonale Schwankungen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit aus. Die noch wenig mechanisierte Landwirtschaft benötigte in großer Zahl Saisonkräfte für die Feldarbeit im Sommerhalbjahr. Die boomende Bauwirtschaft entließ während der Schlechtwetterzeit alljährlich ihre Arbeiter. Im Winter 1950/51 stieg daher allein aus saisonalen Gründen die Arbeitslosigkeit um 600 000 an. Ca. 13 % der Arbeitslosigkeit war 1951 saisonbedingt. Mit dem Abbau der strukturellen Unterbeschäftigung waren in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre etwa 45 % der Arbeitslosigkeit saisonal.<sup>18)</sup>

### 3.2 Vollbeschäftigung 1960 bis 1973

Die Zuwanderung in den fünfziger Jahren von meist qualifizierten, deutschsprachigen Erwerbspersonen in die Bundesrepublik Deutschland kam durch den Mauerbau

---

17) Der DGB initiierte eine große sozialwissenschaftliche Untersuchung „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend“, die eindringlich die Schwierigkeiten analysiert; DGB (1952).

18) Karr (1983).

zu einem vorläufigen Ende. Schon Ende der fünfziger Jahre begann die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für den immer noch wachsenden Arbeitsmarkt. Aus den südeuropäischen Ländern, vor allem aus Italien, Griechenland und der Türkei, kamen jetzt vorwiegend ungelernte „Gastarbeiter“, die später ihre Familien nachholten. Bis 1973 wanderten 4 Mill. Menschen in die Bundesrepublik ein. Sie glichen teilweise die durch die Alterstruktur der deutschen Bevölkerung und durch zunehmende Bildungsbeteiligung bedingte Abnahme des deutschen Erwerbspersonenpotentials aus und befriedigten den nach Einführung der 40 Stunden-Woche und weiterem Wirtschaftswachstum steigenden Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft.

Mit Ausnahme des Konjunktureinbruchs 1967/68 herrschte Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquoten waren unter 1 % gefallen. 1966 gab es unter den Arbeitslosen 5,5 % Langzeitarbeitslose, weniger als 10 000 Personen, vor allem ältere Männer. Die Zahl der offenen Stellen überstieg die der Arbeitslosen zeitweilig um das dreifache, so daß bei einer durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit von 4 bis 6 Wochen allen Arbeitslosen genügend Beschäftigungsmöglichkeiten offen standen.

Arbeitslosigkeit war fast ausschließlich eine friktionelle und saisonale Erscheinung. Etwa 40 % der Arbeitslosigkeit ging auf die jährlichen Saisonschwankungen zurück, die im Laufe der Jahre abnahmen, weil die Saisonbetriebe damit rechnen mußten, daß entlassene Arbeitnehmer sich zwischenzeitlich eine stabilere Beschäftigung suchen würden und die Landwirtschaft als Beschäftigungssektor an Bedeutung verlor. Hinzu kamen Maßnahmen für die ganzjährige Beschäftigung in der Bauwirtschaft. Durch die Zahlung von Schlechtwettergeld und Subventionen für Ausrüstungen zum Winterbau wurden die Baufirmen zu einer Reduzierung von saisonbedingten Entlassungen veranlaßt.

### **3.3 Konjunktureinbruch 1967/1968**

1967/68 erlebte die Bundesrepublik Deutschland den ersten starken Konjunktureinbruch. Männer im Baugewerbe und in der verarbeitenden Industrie, darunter viele Ausländer, Frauen in der Textilbranche, in den Büros und im Handel, wurden entlassen. Die Beschäftigung nahm um 800 000 Personen ab, die Arbeitslosigkeit stieg um 300 000 Personen auf 459 000 im Jahresdurchschnitt 1967 (Arbeitslosenquote 2,1 %). Fast 12 % der Erwerbspersonen wurden von Arbeitslosigkeit betroffen. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer verdoppelte sich in einem Jahr auf 9 1/2 Wochen. Über 200 000 Gastarbeiter kehrten in ihre Heimatländer zurück. Es herrschte Krisenstimmung, die in Politik und Wirtschaft eine konzertierte Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auslöste.

Der Konjunktureinbruch erfaßte vor allem die Industrie, führte aber auch zu Nachfrageeinbußen bei den Dienstleistungen. So betraf die Arbeitslosigkeit nahezu alle Berufsgruppen, darunter Hilfskräfte aller Art in besonderer Weise.

Mit staatlichen Investitionsprogrammen versuchte die Regierung der großen Koalition, die Nachfrageschwäche in der Wirtschaft zu überwinden. Bereits 1969 war die Arbeitslosigkeit wieder auf das Niveau von 1966 gefallen, auch wenn die Beschäftigung noch um 200 000 unter dem Höchststand vor der Krise lag. Die Zahl der offenen Stellen betrug wieder das Vierfache der Arbeitslosigkeit.

Trotzdem ließ der Aufschwung eine größere Zahl von überwiegend älteren männlichen Langzeitarbeitslosen zurück. Die Langzeitarbeitslosigkeit betrug 1968 20,9 % und sank im folgenden Jahr auf 15,4 %. Auf ältere Arbeitslose über 55 Jahren entfiel in diesem Zeitraum nahezu die Hälfte der Arbeitslosigkeit. Viele von ihnen nahmen keine neue Arbeit mehr auf, sondern gingen in den Ruhestand.

### **3.4 Erste Ölkrise und Ende der Vollbeschäftigung 1973 bis 1980**

1973 lösten die Ölpreiserhöhungen einen Kostenschock in den westlichen Industriestaaten aus, der die deutsche Wirtschaft abermals in eine tiefe Rezession stürzte. Innerhalb von 2 Jahren vervierfachte sich die Arbeitslosigkeit auf knapp 5 %. Erstmals seit 1955 wurde wieder die Millionengrenze im Jahresdurchschnitt überschritten. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wurde eingestellt und nur noch der Familiennachzug gestattet. 1975 war jeder fünfte Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit wurde immer länger: Sie verdoppelte sich in der Rezession auf 12 Wochen und stieg in den folgenden Jahren bei leichtem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 17 Wochen an. Es wurden zwar weniger Personen arbeitslos, aber wer ohne Arbeit war, hatte wachsende Schwierigkeiten wieder eine Stelle zu finden, zumal das bei den Arbeitsämtern registrierte Stellenangebot ab 1974 weit hinter den Arbeitslosenzahlen zurückblieb (siehe Schaubild 1).

Zwischen 1974 und 1976 gingen 1,2 Mill. Arbeitsplätze verloren, ein Beschäftigungsverlust, der erst nach vier Jahren wieder aufgeholt war. Das im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren deutliche schwächere Wirtschaftswachstum reichte aber nicht mehr aus, die Arbeitslosigkeit auf das Vollbeschäftigungsniveau zu senken *und* die durch erhöhte Erwerbsbeteiligung der Frauen und wachsende Geburtsjahrgänge von Schulabsolventen gestiegene Erwerbspersonenzahl mit Arbeitsplätzen zu versorgen.

*Konjunkturell* war die Arbeitslosigkeit 1976 insofern, als sie durch die tiefe Rezession ausgelöst war. *Strukturell wurde* sie, weil die von den drastisch gestiegenen Ölpreisen ausgelösten Veränderungen der Kosten- und Nachfragestrukturen erst einen langsamen Beschäftigungsaufbau auf das alte Niveau erlaubten und das wachsende Erwerbspersonenpotential zusätzliche Arbeitsplätze für eine Vollbeschäftigung



erfordert hätte.<sup>19)</sup> Gleichzeitig nahm der Anteil der Arbeitsplätze für gering qualifizierte Arbeitnehmer seit Mitte der siebziger Jahre laufend ab, während weiterhin die Hälfte der Arbeitslosen ohne Ausbildung war. Es herrschte also ein Mangel an Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit 1980 überwiegend als strukturell im weiteren Sinne einzustufen. Trotz Strukturdiskrepanzen zwischen unqualifizierten Arbeitslosen und qualifizierten Bewerberanforderungen der offenen Stellen, dürfte Mis-Match-Arbeitslosigkeit nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.<sup>20)</sup>

In der Arbeitslosigkeit führte das zu zunehmenden Anteilen von Frauen und Jugendlichen unter den Arbeitslosen, die nach der Erziehungsphase bzw. nach Schul- und Berufsausbildung vor einem verschlossenen Arbeitsmarkt standen.

### **3.5 Massenarbeitslosigkeit 1981 bis 1990**

Die zweite Ölkrise trat 1981 in einer Arbeitsmarktsituation ein, in der bereits knapp 900 000 Arbeitslose registriert waren. Von 1981 bis 1983 ging die Zahl der Beschäftigten um 700 000 zurück, während die Arbeitslosigkeit um ca. 1,4 Mill. auch wegen des zunehmenden Erwerbspersonenpotentials anstieg. Der Arbeitsplatzabbau betraf überwiegend das Verarbeitende Gewerbe, wo insbesondere Hilfstätigkeiten wegrationalisiert wurden. Gleichzeitig verließen Jugendliche der geburtenstarken Jahrgänge das Ausbildungssystem. Daher stieg die Arbeitslosigkeit bis 1985 noch weiter an, obwohl die Beschäftigung ab 1984 bereits wieder zunahm.

Durch die Rezession und die anschließende Wachstumsphase vollzog sich ein beschleunigter Strukturwandel zwischen den Wirtschaftssektoren und in der Beschäftigung. Einige Industriezweige wie Bergbau, Stahlerzeugung, Schiffbau und Textil schrumpften zwischen 1980 und 1989 um 18 bis 39 %. Die verarbeitende Industrie bot 1989 trotz der anhaltenden Wachstumsphase im Verhältnis zu 1980 immer noch 300 000 Arbeitsplätze weniger an. Dies traf in besonderer Weise die Regionen, in denen sich die Standorte der altindustriellen Produktion konzentrierten wie das Ruhrgebiet und die Küstenregionen. Dagegen waren Baden-Württemberg und Südbayern aufgrund ihrer moderneren Produktionsstruktur mit Fahrzeug- und Maschinenbau sowie der Elektroindustrie begünstigt. Die Dienstleistungsbereiche wuchsen überproportional, wodurch die Frauenbeschäftigung gefördert wurde. Zwischen 1980 und 1990 stieg allein die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung um 32 % oder 500 000.

19) Vgl. das Schaubild 1 im Beitrag von Fuchs „Arbeitsmarkt 2000 – Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt“ in diesem Band (S. 239 ff.).

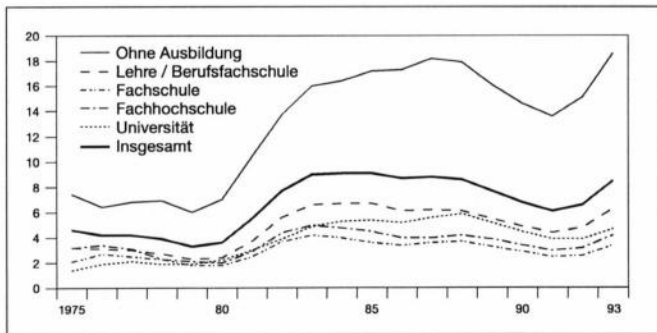
20) Im Ifo-Konjunkturtest meldeten nur wenige Unternehmen Produktionsbehinderungen wegen Fachkräftemangel. Mis-Match-Indikatoren wiesen nur niedrige Werte aus (vgl. Autorengemeinschaft (1976) und Franz (1991), S. 222), die auch das globale Stellendefizit nicht berücksichtigten.

Um den Druck aus dem Arbeitsmarkt zu nehmen, wurden Vorruhestandsregelungen und Arbeitszeitverkürzungen beschlossen sowie ein Rückkehrprogramm für ausländische Arbeitskräfte durchgeführt. Das anhaltende Wirtschaftswachstum zusammen mit diesen Entlastungsmaßnahmen und einer Halbierung der Schulabgängerzahlen bis 1990 ließen die Arbeitslosenzahlen zum Ausgang der achtziger Jahre jedoch nur in geringem Umfang sinken, da erneut eine Zuwanderungswelle von Aussiedlern und Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland kam. Erst im Jahr 1990 wurde die 2 Mill.-Grenze erstmals wieder unterschritten.

1981 bis 1983 traf die Rezession mit dem Arbeitsmarkteintritt geburtenstarker Jahrgänge zusammen. Mit großen Anstrengungen wurde versucht, allen Schulabgängern einen Ausbildungsplatz zu vermitteln, oft nicht in dem gewünschten Beruf und vielfach ohne Übernahme nach der Ausbildung. Auch Hochschulabsolventen, besonders aus sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengängen, standen vor einem sehr engen Arbeitsmarkt. Mitte der achtziger Jahre wurde daher durch eine Qualifizierungsoffensive versucht, jüngeren und den vom Strukturwandel ins Abseits gedrängten Arbeitslosen eine Anpassung ihrer Qualifikation (z. B. durch EDV-Lehrgänge), an benötigte Profile zu ermöglichen.

Als positives Ergebnis der Entwicklung in den achtziger Jahren kann der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit festgestellt werden. Ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit sank von knapp 30 % auf etwa 15 %, die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen von fast 11 % auf unter 5 %.

**Schaubild 2**  
**Arbeitslosenquote im früheren Bundesgebiet nach Qualifikationsmerkmalen**  
%



Quelle: Tessaring (1993)

Dagegen nahm die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer und der Anteil Langzeitarbeitsloser zu. Die stärker besetzten Jahrgangskohorten, die Anfang der fünfziger Jahre unter Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt eingetreten waren, fanden sich zu Beginn der neunziger Jahre beim Ausscheiden aus ihrem Erwerbsleben zum Teil wieder mit Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Das herausragende Merkmal der Arbeitslosigkeit der achtziger Jahre im Vergleich zu früheren Zeiten ist die dramatisch angestiegene durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit, die in diesem Zeitraum von 20 auf 30 Wochen anstieg. 1987 erreichte der Anteil der Langzeitarbeitslosen trotz einer Absenkung aufgrund eines geänderten Erfassungskonzept 30 %.<sup>21)</sup> Der Strukturwandel ließ vor allem ältere Arbeitslose und Personen ohne Berufsausbildung als Verlierer zurück. In 10 Jahren sank der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung von 35 % auf 25 %, ihr Anteil an den Arbeitslosen stieg dagegen bis auf 50 % an.

### **3.6 Wachstumskrise in Westeuropa Anfang 1990**

Anfang der neunziger Jahre erlebten die europäischen Industrieländer erneut eine Rezession, die sich nicht nur als Strukturwandel einiger Branchen darstellte, sondern auch die industriellen Kerne erfaßte. In der Bundesrepublik Deutschland trat die Rezession erst mit Verspätung im Laufe des Jahres 1992 ein, da die westdeutschen Unternehmen nach der Grenzöffnung und der Wiedervereinigung von einem gewaltigen Nachfragesprung aus den neuen Ländern und Berlin-Ost profitierten. Autos, Haushaltsgeräte, Nahrungsmittel: Alles, was aus dem Westen kam, schien besser zu sein als die bis dahin in der ehem. DDR verfügbaren Produkte. Begünstigt wurde der Kaufrausch durch die Umtauschrelation von 1:1 bei Einführung der DM in Ostdeutschland, die die Sparbücher der neuen Bundesbürger aufwertete und ihnen die Erfüllung vieler Konsumwünsche ermöglichte.

Der Nachfrageschub führte im früheren Bundesgebiet noch einmal zu kräftigen Wachstumsraten, die den seit 1984 dauernden Wachstumspfad verlängerten. Der zusätzliche Arbeitskräftebedarf verringerte die Arbeitslosigkeit im Westen auf 1,69 Mill. 1991, immer noch doppelt so viele Arbeitslose wie 1980. Gerade 1990/91 wurde erneut deutlich, daß Beschäftigungswachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit nicht zusammenfallen müssen, wenn andere Arbeitskräfte von den Unternehmen als leistungsfähiger angesehen werden. In diesem Fall erlaubte die Wiederver-

21) 1984 wurde das Berechnungskonzept für die Dauer der Arbeitslosigkeit von der „13-Wochen-Regel“, bei der kurze Unterbrechungen bis 13 Wochen zu einer Fortzählung der Dauer führten, durch die Messung ausschließlich der letzten Arbeitslosigkeitsperiode ersetzt. Dies senkte den Anteil Langzeitarbeitsloser um ca. 4 Prozentpunkte. Diese verwaltungsbezogene Abgrenzung unterschätzt die subjektive Bedeutung der Langzeitarbeitslosigkeit. In Befragungen wie dem Mikrozensus wird der Anteil um ca. 10 Prozentpunkte höher ausgewiesen, weil Arbeitslose kurze Beschäftigungen, Lehrgänge und Krankheitszeiten nicht als Beendigung der Arbeitslosigkeit ansehen.

einigung die Einstellung junger und qualifizierter Arbeitnehmer aus den neuen Ländern und Berlin-Ost, die in den Westen übersiedelten. Zeitweilig kamen mehr als 500 000 Fernpendler aus den neuen Ländern und Berlin-Ost zu ihren Arbeitsplätzen im Westen. Außerdem hatten Ende der achtziger Jahre eine neue Aussiedlerwelle und der Strom von Asylbewerbern das Arbeitskräftepotential vergrößert und den Rückgang der Arbeitslosigkeit gebremst.

Trotzdem ging der Beschäftigungsaufschwung seit 1984 an einem Teil der Arbeitslosen vorbei. Die Wirtschaft beklagte einen permanenten Fachkräftemangel, die Laufzeit der offenen Stellen signalisierte Probleme bei der Besetzung qualifizierter Arbeitsplätze. Der zunehmende Mis-Match zwischen den Qualifikationsmerkmalen der Beschäftigten und der zu besetzenden Arbeitsplätze einerseits und der Arbeitslosen andererseits wurde zum Problem. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß auch bei Einrechnung der nicht bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen weiterhin ein Arbeitsplatzdefizit bestand und die Arbeitgeber zunehmend höhere Qualifikationsanforderungen stellten, denen Arbeitslose ohne Ausbildung oder mit gesundheitlichen Einschränkungen vielfach nicht gewachsen waren. Sie verloren in der Konkurrenz mit den besser ausgebildeten jüngeren Jahrgängen, den qualifizierten Übersiedlern aus der ehem. DDR und den Zuwanderern aus anderen Ländern.

1992 traf die Rezession auch die Bundesrepublik Deutschland mit voller Härte. Selbst das „Musterlände“ Baden-Württemberg, das bisher lange Zeit die niedrigsten Arbeitslosenquoten aufwies, erlebte Personalabbau in den Kernbereichen seiner Industrie. Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik entließen nicht nur Angelernte, sondern auch Facharbeiter, Ingenieure und Angestellte unter dem Druck der Konkurrenz aus Japan und Fernost und der Nachfrageschwäche auf dem Weltmarkt.

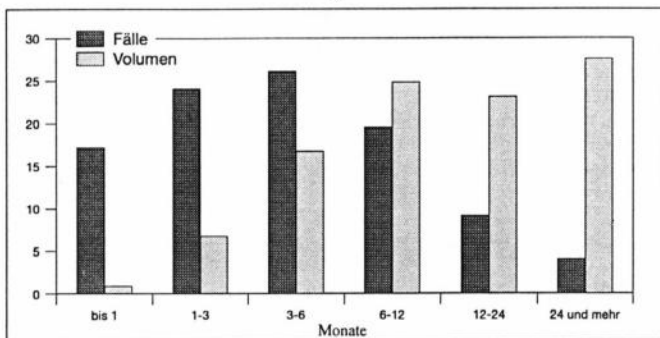
So stieg in zwei Jahren die Arbeitslosigkeit um ca. 600 000 Personen an. Und obwohl die Wachstumsaussichten für 1994 wieder positiv beurteilt werden, werden für 1994 weiterhin steigende Arbeitslosenzahlen vorausgesagt.

1993 erreichte die Arbeitslosenquote in den westlichen Bundesländern 8,2 %. Das Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit stieg auf 18,5 %, die Arbeitslosigkeit dauerte im Durchschnitt 23 Wochen. Über ein Viertel der Arbeitslosigkeit entfiel auf Langzeitarbeitslose.

Nach wie vor ist der Arbeitsmarkt stark gespalten. Eine große Zahl von Arbeitslosen findet nach relativ kurzer Suche wieder einen neuen Arbeitsplatz. Ein relativ kleiner Teil der Arbeitslosen trägt dagegen die Last langer Zeiten ohne Beschäftigung. Stellt man den aus der Arbeitslosigkeit ausscheidenden Personen die von ihnen erlebten

Zeiten der Arbeitslosigkeit<sup>22)</sup> gegenüber, so wird die Konzentration auf Langzeitarbeitslose deutlich (siehe das folgende Schaubild 3). Die 41 % der Arbeitslosigkeitsfälle, die innerhalb von 3 Monaten beendet wurden, machten nur 7,5 % der gesamten Arbeitslosigkeit aus. Dagegen entfielen auf 13 % der Fälle, die über 1 Jahr gedauert hatten, die Hälfte des Arbeitslosigkeitsvolumens, während die mittlere Gruppe mit 3- bis 12-monatiger Arbeitslosigkeit 46 % der Fälle und 42 % der Zeiten umfaßte.

**Schaubild 3**  
**Arbeitslosigkeitsfälle und Volumen im früheren Bundesgebiet 1993**  
**nach Dauer der Arbeitslosigkeit**



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (1993); eigene Berechnungen

### 3.7 Marktwirtschaftsschock in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1990

Die Öffnung der Grenzen nach Westen im Oktober 1989 und die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 setzten die Wirtschaft der ehem. DDR schockartig dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Industrieländern aus. Die Einführung der DM im Umtauschverhältnis von 1:1 verteuerte die Produkte für die bisherigen Abnehmer mindestens auf das dreifache. Dadurch verloren die ostdeutschen Betriebe einen großen Teil ihrer Abnehmer, zumal die osteuropäischen Länder nun auch in Devisen bezahlen mußten. Die Bürger Ostdeutschlands zogen die plötzlich erreichbaren Konsumgüter aus dem Westen vor, so daß auch die Binnennachfrage stark zurück-

22) Man bezeichnet als Arbeitslosigkeitsvolumen die aufsummierten Zeiten, die verschiedene Arbeitslose zusammen durchlebt haben. Ein Jahresdurchschnitt von 2 Mill. Arbeitslosen entspricht einem Volumen von 2 Mill. Personenjahren Arbeitslosigkeit.

ging. Geringe Produktivität und teilweise veraltete Produktionsverfahren zwangen unter dem Druck der Marktwirtschaft zu Anpassung und Rationalisierung.

Die Stilllegung von Betrieben und der Abbau von Arbeitsplätzen führten innerhalb von 3 Jahren zu einem Rückgang der Beschäftigung von 9,8 Mill. auf 6,6 Mill. 1993. Die Arbeitslosigkeit, die in der ehem. DDR vorher offiziell nicht existierte, stieg schnell auf 1,3 Mill. Durch Kurzarbeit, teilweise ohne jede Beschäftigung, Vorruhestand, später auch durch Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen versuchte die Arbeitsmarktpolitik einen Teil des Beschäftigungsrückgangs abzufangen. Das Defizit an Arbeitsplätzen ist daher mehr als doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote von 15,8 % (1993) ausweist.

Die Arbeitslosigkeit ist offenkundig durch den aufgrund der plötzlichen Weltmarktkonkurrenz ausgelösten Anpassungsschock und den dadurch ausgelösten Strukturwandel bedingt, für den nicht die erforderlichen Investitionsmittel bereitstehen, um Arbeitsplätze in dem benötigten Umfang zu schaffen. Strukturelle Arbeitslosigkeit wird auch längerfristig in erhöhtem Umfang in den neuen Ländern und Berlin-Ost fortbestehen.<sup>23)</sup> Die Arbeitslosigkeit betraf auch in großem Umfang die Facharbeiter und Ingenieure der früheren Kombinate, so daß geeignete Fachkräfte in der Regel für die wenigen offenen Stellen vorhanden sind. Durch die umfangreichen Qualifizierungsmaßnahmen als Instrument gegen Arbeitslosigkeit dürften auch etwaige Qualifikationsdefizite für neuere Technologien die Stellenbesetzung nicht behindern, wie auch die kurzen Laufzeiten der den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen belegen. Daher dürfte Mis-Match-Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht von Bedeutung sein.

Die Arbeitslosen in Ostdeutschland sind durchschnittlich jünger und besser qualifiziert als die im Westen. Der Frauenanteil erreicht fast 2/3. Die Langzeitarbeitslosigkeit liegt bereits höher als im früheren Bundesgebiet (siehe Schaubild 4, S. 198).

Durch Vorruhestandsregelungen von Männern ab 60 Jahren und Frauen ab 55 Jahren und die zeitweilige Gewährung von Altersübergangsgeld an Arbeitnehmer ab 55 Jahren wurde älteren Arbeitnehmern die Gelegenheit gegeben, bei Arbeitsplatzverlust sofort aus dem Erwerbsleben auszusteigen, da angesichts der hohen Arbeitslosigkeit kaum noch eine Chance auf Wiederbeschäftigung bestand und besteht. Dadurch blieb die Zahl der älteren Arbeitslosen bisher gering. Nach Auslaufen der Vorruhestandsregelung ist jedoch künftig mit wachsenden Anteilen zu rechnen, wenn die Jahrgänge, die die Regelung nicht mehr in Anspruch nehmen konnten, von Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Auch der Anteil von Arbeitslosen ohne Berufsausbildung war 1993 mit 23 % weniger als halb so hoch wie in Westdeutschland. Dies liegt an dem Schul- und

---

23) Vgl. den Beitrag von Fuchs „Arbeitsmarkt 2000 – Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt“ in diesem Band (S. 239 ff.).

Ausbildungssystem der ehem. DDR, das weniger Schulabgänger formell ohne Qualifizierung ließ. Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, daß anders als bei langsamem Strukturwandel, wo Unqualifizierte als Arbeitslose zurückbleiben, in den neuen Ländern und Berlin-Ost ganze Betriebe stillgelegt wurden und Qualifizierte und Unqualifizierte in gleicher Weise in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. Damit steht zunächst ein gutes Potential an Qualifikationen für Einstellungen zur Verfügung.

Die ehem. DDR hatte besondere Anstrengungen unternommen, die Gleichberechtigung der Frauen in der Arbeitswelt zu realisieren und Frauen in gleichem Umfang wie Männer zur Erwerbstätigkeit zu ermuntern. Gleichzeitig waren ihre Arbeitsplätze häufig die, die im Rahmen des Strukturwandels am stärksten gefährdet waren. Soziale Dienste der Betriebe wurden abgebaut, wodurch sowohl Frauenarbeitsplätze als auch Kinderbetreuungsmöglichkeiten verloren gingen, die Frauen eine Erwerbstätigkeit ermöglichten. Vielfach wurden Frauen auch entlassen, weil man ihren Anteil am Familieneinkommen als „Zuverdienst“ geringer wertete als den der Männer und Arbeitslosigkeit für sie eher als „zumutbar“ einstufte.

Es ist damit zu rechnen, daß die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost künftig sinken wird, da Erwerbstätigkeit für einen Teil von ihnen aufgrund niedriger Löhne erzwungen war und nicht unbedingt einem Wunsch nach Berufstätigkeit entsprach. Damit wird allmählich auch der Frauenanteil in der Arbeitslosigkeit etwas absinken.

Die Schwierigkeiten bei der Stellensuche drücken sich auch in der langen durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit aus, die in Ostdeutschland 1993 mehr als 40 Wochen betrug (Westdeutschland: 23 Wochen). Daher hat sich innerhalb der vergangenen 2 Jahre auch die Langzeitarbeitslosigkeit aufgebaut. Ihr Anteil betrug 1993 fast 31 % nach etwa 25 % im Jahr davor. Wenn man bedenkt, daß durch Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Arbeitslosigkeit vielfach unterbrochen wurde, wird aus diesen nüchternen Zahlen das dramatische Ausmaß der strukturellen Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich.

### **3.8 Resümee**

Die Bundesrepublik Deutschland hat sowohl Anfang der fünfziger Jahre als auch seit Beginn der siebziger Jahre mit struktureller Arbeitslosigkeit aufgrund eines Defizits an Arbeitsplätzen zu kämpfen gehabt. Die Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost erleben gleich nach ihrem Eintritt in die Marktwirtschaft dieses Problem in drastischer Weise, das uns auch bis zur Jahrtausendwende in Ost und West begleiten wird, weil das Wirtschaftswachstum aufgrund von Produktivitäts-

steigerungen nicht ausreichen wird, das steigende Arbeitsangebot mit Arbeitsplätzen zu versorgen.<sup>24)</sup>

Die Bezeichnung „strukturelle Arbeitslosigkeit“ bleibt weiter ein zwar viel gebrauchter, aber recht vager Begriff, da ihre Ursachen sowohl bei steigendem Arbeitskräfteangebot und den Qualifikationen der Arbeitnehmer als auch bei den Bedingungen von Güternachfrage, Investitionsverhalten und veränderten Qualifikationsanforderungen zu sehen sind. Angesichts stärkerer internationaler Konkurrenz und weltweiter Märkte, technischem Fortschritt und flexiblerer Produktion ist eine weitere Abkoppelung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit zu erwarten. Daraus ergibt sich ein hohes Arbeitsmarktrisiko für die Personengruppen, die der Konkurrenz nicht gewachsen sind oder einfach nur das Pech hatten, keinen Arbeitsplatz zu finden.

Weil eine Ursachenbestimmung nicht eindeutig möglich ist, spricht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) statt von struktureller Arbeitslosigkeit eher von *Strukturalisierung* der Arbeitslosigkeit, um den Auswahl- und Sortierprozeß zu beschreiben, der Personen mit schlechten Arbeitsmarktchancen in der Arbeitslosigkeit verbleiben läßt. Die „schlechten Strukturen“ der Arbeitslosen erklären sich damit viel eher als *Folge* des anhaltenden Arbeitsplatzdefizits und weniger als *Ursache* der fortbestehenden Arbeitslosigkeit.

## 4 Strukturelle Arbeitslosigkeit der neunziger Jahre

### 4.1 Der Prozeß der Strukturalisierung

Strukturelle Arbeitslosigkeit stellt eine längerfristige Unterauslastung des nur innerhalb gewisser Grenzen beeinflussbaren Erwerbspersonenpotentials dar. Strukturalisierung bezeichnet den Prozeß, der die Arbeitslosigkeit auf bestimmte Personengruppen verteilt und sie einem besonders hohen Arbeitslosigkeitsrisiko und vor allem langer oder wiederholter Arbeitslosigkeit aussetzt. Merkmale der Betroffenen werden zu Signalen für schlechte Chancen auf Wiedereingliederung und für vermutete mangelnde Leistungsfähigkeit.

Strukturalisierung ist Ergebnis spezifischer sozialer und ökonomischer Auswahlmechanismen und persönlicher Entscheidungen in verschiedenen Phasen des Erwerbslebens. Verpaßte Bildungschancen, die Wahl eines vom technischen Wandel bedrohten Berufs, ein Arbeitsplatz in einer Branche mit rückläufiger Beschäftigung oder in einer wenig prosperierenden Region erhöhen bereits frühzeitig das Zugangsrisiko in einer späteren Phase des Erwerbslebens. Beispielhaft sei auf die Jugendlichen verwiesen, die angesichts der Lehrstellenknappheit zu Anfang der achtziger

---

24) Vgl. den Beitrag von Fuchs „Arbeitsmarkt 2000 – Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt“ in diesem Band (S. 194 ff.).



Jahre keine Lehrstelle fanden und als ungelernte Hilfskräfte ihr Berufsleben begannen oder die eine Ausbildung in einem Beruf mit nur geringen Übernahmechancen aufnahmen. Sie haben bereits am Beginn des Erwerbslebens häufiger als andere die Erfahrung von Arbeitslosigkeit machen müssen.

Bei der Übernahme von Auszubildenden auf eine Dauerstelle im Betrieb oder bei betrieblichen Kündigungen wegen Auftragsmangels oder Umstellungen der Produktion wählen die Unternehmen bewußt nach beruflicher Qualifikation und nach individueller Leistungsfähigkeit aus. Dabei haben sie die Kriterien der Sozialauswahl des Kündigungsschutzes zu berücksichtigen. Bei vergleichbarer Qualifikation sind daher ältere Arbeitnehmer, Beschäftigte mit längerer Betriebszugehörigkeit und Mitarbeiter mit abhängigen Familienangehörigen besser geschützt als Jüngere und Alleinstehende. Auch bei Berücksichtigung dieser Kriterien entlassen die Betriebe aus ökonomischem Interesse in erster Linie die Leistungsschwächeren. Über Abfindungen und Sozialpläne wird gerade von Großunternehmen versucht, die Zustimmung älterer Mitarbeiter zu einem Ausscheiden zu erreichen. Für viele bedeutet das einen auch vom Gesetzgeber tolerierten Übergang in den Ruhestand mit einer Zwischenstation meist längerer Dauer in der Arbeitslosigkeit.

Ist Arbeitslosigkeit eingetreten, so entscheidet nicht nur die lokale Nachfrage nach spezifischen Qualifikationen und Fähigkeiten über die Beschäftigungschancen. Noch stärker als bei Kündigungen werden die Arbeitgeber versuchen, die leistungsfähigsten Bewerber auszuwählen. Jüngeren wird der Vorzug gegeben, wenn die Tätigkeit eine längere Einarbeitung und firmenspezifische Fortbildung verlangt, weil das Erlernte den Betrieben für einen längeren Zeitraum als bei Älteren von Nutzen sein kann. Auch die Anstrengungen bei der Arbeitsplatzsuche und die Bereitschaft des Arbeitslosen, sich neu zu orientieren, Zugeständnisse bei Lohn, Arbeitsbedingungen oder Arbeitswegen zu machen oder seine Bereitschaft zum Wohnortwechsel beeinflussen seine Chancen. Oft reicht das mehr oder weniger geschickte Auftreten eines Bewerbers, um bei der Vielzahl gleichqualifizierter Konkurrenten über Einstellung oder Ablehnung zu entscheiden. Es ist klar, daß gesundheitliche Probleme, auch wenn sie nicht direkt in Zusammenhang mit der Ausübung des Berufs stehen, Arbeitgeber bei einer Einstellung zögern lassen, weil häufige Krankheitszeiten vermutet werden. Lange Arbeitslosigkeit, eine Vielzahl vergeblicher Bewerbungen oder die Tatsache einer betrieblichen Kündigung dienen vielen Arbeitgebern als Signale, „Arbeitsentwöhnung“ oder eine mangelnde Leistungsfähigkeit zu vermuten und die Arbeitslosigkeit durch Nicht-Einstellung zu verlängern. Manche Arbeitgeber ziehen auch generell Bewerber, die sich aus einer anderen Arbeitsstelle bewerben, Arbeitslosen vor, weil sie aus dem beabsichtigten Stellenwechsel eine höhere Motivation und Identifikation mit dem Betrieb ableiten. So wird Arbeitslosigkeit „durch sich selbst“ verstärkt und die Beschäftigungschancen mit der Folge von Langzeitarbeitslosigkeit weiter geschwächt.

Auch die Art einer neuen Beschäftigung birgt latent Kriterien für künftige Arbeitslosigkeit. Ist die Stelle nur befristet oder selbst wieder von Rationalisierung bedroht, werden Weichen für erneute Arbeitslosigkeit gestellt.

Es muß betont werden, daß die Arbeitslosen nur in sehr geringem Umfang selbst Einfluß auf die Auswahlmechanismen haben. Sie wirken verschärft, wo das Arbeitsplatzdefizit am größten ist, z. B. bei den Arbeitslosen ohne Ausbildung. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist auch dort am höchsten, wo die regionale Arbeitslosenquote über dem Durchschnitt liegt.

## 4.2 Die Problemlagen einzelner Personengruppen

Wie unterschiedlich sich die Arbeitsmarktrisiken für verschiedene Gruppen von Arbeitslosen gestalten, kann aus der folgenden Altersgliederung der Arbeitslosenquoten abgelesen werden (siehe folgende Tabelle 1).

**Tabelle 1: Zugangs- und Verbleibsrisko nach Altersgruppen**

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	1983			1990		
	Arbeits- losen- quote (ALQ)	Betroffen- heit (BETR)	Dauer der Arbeits- losigkeit	Arbeits- losen- quote (ALQ)	Betroffen- heit (BETR)	Dauer der Arbeits- losigkeit
	%		Wochen	%		Wochen
unter 20 Jahre .....	9,0	19,6	23,7	4,0	15,5	13,3
20 – 25 .....	12,1	22,7	27,5	5,5	17,8	15,9
25 – 35 .....	9,9	16,3	31,4	6,6	14,1	24,1
35 – 45 .....	6,3	10,1	32,3	5,5	9,4	30,1
45 – 55 .....	6,1	9,2	34,4	5,6	7,0	41,3
55 – 60 .....	10,1	12,1	43,0	13,8	8,8	80,0
60 – 65 .....	10,1	7,6	68,8	12,4	7,8	82,1
<b>Insgesamt ...</b>	<b>9,1</b>	<b>18,9</b>	<b>25,9</b>	<b>7,2</b>	<b>13,6</b>	<b>27,5</b>

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen

Insgesamt nahm die Arbeitslosenquote 1990 gegenüber 1983 ab. Das Zugangsrisiko ging stark zurück, aber die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit stieg an. Vergleicht man jetzt einzelne Altersgruppen, so erkennt man eine gewichtige Umstrukturierung: Für die jüngeren und mittleren Jahrgänge sank die Arbeitslosenquote, für die älteren ab 55 Jahren nahm sie jedoch zu. Für alle, bis auf die Arbeitslosen ab 60 Jahren, nahm das Zugangsrisiko ab. Bis zum Alter von 45 Jahren verkürzte sich auch die durchschnittliche Länge der Arbeitslosigkeitsperiode, während sie sich für die über 45 Jahre zum Teil dramatisch verlängerte. Als Ergebnis des Strukturalisierungsprozesses kann man hier also eine deutliche Ver-

lagerung des Arbeitslosigkeitsrisikos von den Jüngeren zu einer relativ kleinen Gruppe von Älteren feststellen, die durch lange Verweilzeiten eine überproportionale Belastung zu tragen haben.

Wie stark die Arbeitslosigkeit nach Alter, Qualifikation und gesundheitlichem Status strukturiert ist, zeigen die Statistiken von 1993 (siehe folgende Tabelle 2). Einerseits kommt darin zum Ausdruck, wie sehr heute Arbeitslosigkeit ein Problem der Älteren ist. Andererseits werden auch die Zusammenhänge zwischen Gesundheitszustand und Alter und beruflicher Ausbildung und Alter sichtbar gemacht. Es ist natürlich, daß mit zunehmendem Alter gesundheitliche Probleme zunehmen. Aber auch Jüngere haben bei Gesundheitsproblemen unabhängig von ihrer Ausbildung längere Arbeitslosigkeitsdauern. Eine fehlende berufliche Ausbildung alleine erhöht für alle Altersgruppen die Arbeitslosigkeitsdauer nur wenig. Aufgrund des besseren Ausbildungssystems verfügen heute jüngere Arbeitnehmer und daher auch Arbeitslose häufiger über eine abgeschlossene Berufsausbildung als die älteren, die in den Jahren nach dem Krieg ihr Erwerbsleben begannen.

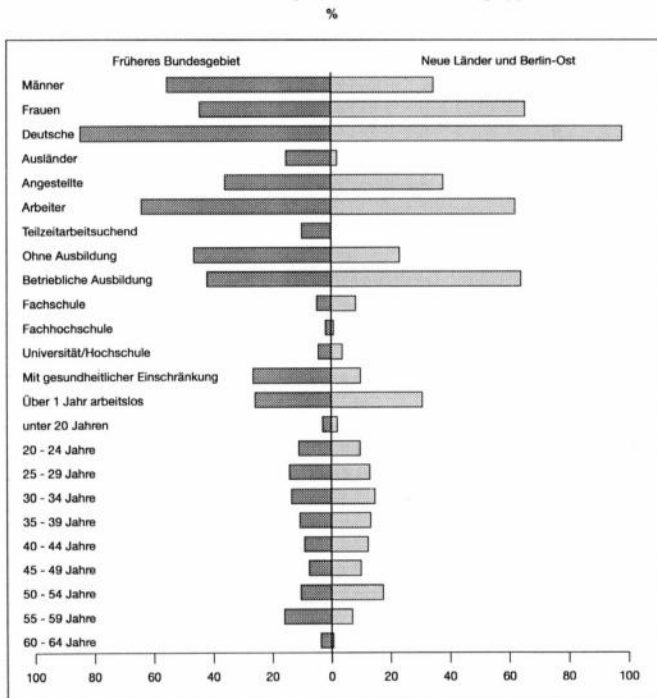
**Tabelle 2: Dauer der Arbeitslosigkeit 1993 nach Alter und vermittlungsrelevanten Merkmalen**  
Wochen

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Dauer der Arbeitslosigkeit ...		
	mit Berufsausbildung, ohne gesundheitliche Einschränkungen	ohne Berufsausbildung, ohne gesundheitliche Einschränkungen	mit gesundheitlichen Einschränkungen
unter 20 Jahre .....	11,1	15,8	16,9
20 – 25 .....	14,2	18,6	22,4
25 – 30 .....	18,7	22,1	26,1
30 – 35 .....	22,9	24,9	32,6
35 – 40 .....	24,9	26,5	35,1
40 – 45 .....	25,8	28,0	39,4
45 – 50 .....	29,3	32,2	44,1
50 – 55 .....	33,8	36,5	51,5
55 – 60 .....	47,5	49,2	64,8
60 – 65 .....	89,9	97,0	103,0
<b>Insgesamt ...</b>	<b>23,2</b>	<b>26,3</b>	<b>44,4</b>

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen

Die lang anhaltende Arbeitslosigkeit in Westdeutschland und die durch die Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland entstandene Arbeitslosigkeit unterscheiden sich noch deutlich in ihren Strukturen (vgl. das folgende Schaubild 4). Durch die bereits beschriebenen Auswahlmechanismen wird sich dabei eine ähnliche Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit wie in Westdeutschland ergeben. Es ist damit zu rechnen, daß die Anteile der gering qualifizierten und der älteren Arbeitslosen (nach Auslaufen der Vorruhestandsregelungen) zunehmen werden und die Langzeitarbeitslosigkeit weiter ansteigen wird.

**Schaubild 4**  
**Struktur der Arbeitslosigkeit 1993 nach Merkmalsgruppen**



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (1993); eigene Berechnungen

### **4.3 Arbeitslosigkeit von Frauen**

Trotz steigender Erwerbsbeteiligung und gestiegener Frauenbeschäftigung<sup>25)</sup> sind Frauen in Teilbereichen des Arbeitsmarkts nach wie vor benachteiligt. Dieser Sachverhalt drückt sich in den im Vergleich zu den Männern höheren Arbeitslosenquoten aus. Dies gilt seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der Jahre der Vollbeschäftigung in den sechziger Jahren. In Westdeutschland hat sich 1993 der Abstand zwischen den Arbeitslosenquoten von Frauen (8,4 %) und Männern (8,0 %) durch die Rezession reduziert, die stärker Arbeitsplätze von Männern bedrohte. Dagegen war die Arbeitslosenquote der Frauen in Ostdeutschland mit 21 % nahezu doppelt so hoch wie die der Männer (11 %).

Dafür sind eine Reihe von Gründen maßgeblich. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sicher eine Verdrängung von Frauen im Arbeitsmarkt stattgefunden (vgl. Abschnitt 3.7, S. 191 ff.). Darüberhinaus schränkt die Doppelbelastung vieler Frauen durch Familie und Beruf ihre Wettbewerbsfähigkeit im Arbeitsmarkt<sup>26)</sup> ein. Sie haben Schwierigkeiten, nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zur Erziehung ihrer Kinder wieder im Berufsleben Tritt zu fassen. Sie müssen mit Männern und Kolleginnen konkurrieren, die durchgehend gearbeitet haben, Qualifikation und Erfahrung gesammelt haben. Oft ist ihr Erwerbswunsch an Teilzeitarbeit oder eine günstige Lage des Arbeitsplatzes sowie an Arbeitszeiten gebunden, die mit häuslichen Aufgaben vereinbar sind. In Westdeutschland suchen ein Fünftel der arbeitslosen Frauen eine Teilzeitbeschäftigung (in Ostdeutschland: 6 %). Nach wie vor stehen jedoch viele Betriebe und Verwaltungen einer Teilzeitbeschäftigung vor allem auf höherwertigen Arbeitsplätzen zurückhaltend gegenüber. Kleinere Betriebe haben bei der Einstellung von Frauen Vorbehalte, weil sie Probleme durch Fehlzeiten bei Schwangerschaft oder zur Kinderbetreuung befürchten.

Heute sind junge Frauen im Durchschnitt genauso gut oder besser ausgebildet als junge Männer. Trotzdem ergeben sich bereits durch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Berufswahl Benachteiligungen im Arbeitsmarkt. Die Berufswünsche junger Frauen konzentrieren sich auf ein engeres Spektrum von Lehrberufen. Schwierigkeiten beim Berufsstart führen bereits für die unter 20jährigen Frauen zu höheren Arbeitslosenquoten als die der männlichen Jugendlichen. Im Alter zwischen 20 und 30 Jahren werden die Nachteile jedoch gegenwärtig aufgeholt. In dieser Altersgruppe liegt die Frauenarbeitslosigkeit unter der der Männer, ein Hinweis auf Teilerfolge in der Gleichberechtigung in der Ausbildung.

Neben den genannten Gründen für eine höhere Arbeitslosigkeit der Frauen, die aus der fortbestehenden Rollenteilung der Geschlechter in der Familie erwachsen, kann

---

25) Vgl. die Abschnitt 1.3 und 1.4 im Beitrag von Cornelsen „Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels für den Arbeitsmarkt“ in diesem Band (S. 66 ff.).

26) Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (1994).

eine generelle Diskriminierung der Frauen im Arbeitsmarkt nicht belegt werden. In Berufen und Wirtschaftszweigen mit hoher Frauenbeschäftigung haben auch Männer ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko. Auch ist das Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit für Frauen im Durchschnitt eher niedriger. Allerdings dauert für sie die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt länger.

## **Ausblick**

Auch für die neunziger Jahre und über das Jahr 2000 hinaus muß in der Bundesrepublik mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit gerechnet werden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost werden die Folgen des Strukturumbruchs nach der Einführung der Marktwirtschaft noch einige Jahre andauern. Gerade dort wird die Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit sich verstärkt auswirken und in dem Maße, wie die Auswahlprozesse wirken, zu noch zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit, höheren Anteilen an gering Qualifizierten und Älteren führen. Eine leichte Abnahme des Frauenanteils an der Arbeitslosigkeit ist zu erwarten, wenn der bisher unterentwickelte Dienstleistungsbereich expandiert, aber auch wenn sich Frauen weiter vom Arbeitsmarkt zurückziehen, weil sie keine Beschäftigungschancen sehen und ihre Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung ausgelaufen sind.

Angesichts abnehmenden Bedarfs an Arbeitskräften ohne Ausbildung dürfte die fortdauernde Strukturalisierung die Arbeitsmarktsituation für diese Gruppe verschärfen. Der Anteil der älteren Arbeitslosen in Westdeutschland könnte etwas zurückgehen, weil die gegenwärtig starken Jahrgänge in den Ruhestand gehen und die nachwachsenden Kohorten weniger zahlreich sind. Auch wird eine Übergangsarbeitslosigkeit von Älteren vor Erreichen der Rente weiterhin eher akzeptiert werden, sofern die soziale Absicherung über das Arbeitslosengeld ausreicht. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wird dagegen der Anteil älterer Arbeitsloser nach Auslaufen der erleichterten Vorruhestandsregelungen vermutlich stark zunehmen.

Eine gute Berufsausbildung wird künftig notwendige Bedingung für die Verringerung des Arbeitslosigkeitsrisikos bleiben, aber allein weniger als bisher ausreichen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

## **Zusammenfassung**

Zu Beginn der fünfziger Jahre und seit Mitte der neunziger Jahre ist der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland durch verschiedene Formen struktureller Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die Perioden gingen einher mit jeweils einem starken Bevölkerungswachstum, durch das das Erwerbspersonenpotential erhöht wurde. In den fünfziger Jahren konnte durch ein hohes Wirtschaftswachstum und starke Wanderungsbewegungen von ländlichen Regionen in die städtischen Ballungszentren der Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten und aus der ehemaligen DDR allmählich integriert werden. In Landwirtschaft und schrumpfenden Branchen entlassene Arbeitnehmer fanden in den wachsenden, meist exportorientierten Zweigen der Industrie neue Arbeitsplätze. Geburtenstarke Jahrgänge, Rationalisierungen nach der ersten Ölkrise und eine langsamer wachsende Industrie führten in den siebziger Jahren erneut zu einem Defizit an Arbeitsplätzen und einem Anstieg von struktureller Arbeitslosigkeit. Dieses Defizit wurde durch die Rezession in Folge der zweiten Ölkrise verschärft. Gleichzeitig verringerten sich durch den Strukturwandel von Industrie- zu Dienstleistungsbeschäftigung die Chancen geringqualifizierter Industrie-arbeiter. Durch eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen stieg auch der Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt, der durch Zuwanderung von Aussiedlern, Übersiedlern und Flüchtlingen aus aller Welt verstärkt wurde. Die höheren Qualifikationsanforderungen technisch immer komplizierterer Arbeitsplätze konnten von einer wachsenden Anzahl geringqualifizierter Arbeitsloser trotz breit angelegter Qualifizierungsprogramme nicht erfüllt werden, so daß in Teilbereichen der Wirtschaft Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel nebeneinander bestanden und bestehen. Strukturelle Arbeitslosigkeit bedeutet vor allem ein Defizit an Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen. Unter diesen Bedingungen wirkten die Auswahl-mechanismen im westdeutschen Arbeitsmarkt immer stärker zu Ungunsten älterer oder gesundheitlich eingeschränkter Arbeitnehmer sowie von Arbeitslosen ohne Ausbildung. Frauen sind – trotz steigender Erwerbsbeteiligung und gestiegener Frauenbeschäftigung – in Teilbereichen des Arbeitsmarktes nach wie vor benachteiligt.

Der tiefgreifende Strukturwandel in den neuen Ländern und Berlin-Ost, dem ein Drittel der früheren Arbeitsplätze zum Opfer fielen, hinterließ trotz beträchtlicher Entlassungsmaßnahmen seitens der Arbeitsmarktpolitik mehr als eine Million Arbeitsloser. Die strukturelle Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist durch erheblich höhere Frauenanteile und bisher geringere Anteile von Älteren und gering Qualifizierten als in Westdeutschland geprägt. Trotz des derzeitigen hohen Wirtschaftswachstums ist mit einer schnellen Reduzierung leider nicht zu rechnen.

**Tabelle A 1: Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet**

Jahr	Arbeitslose <sup>1)</sup>	Arbeitslosenquote	Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>2)</sup>	Betroffenheit <sup>3)</sup>	Langzeitarbeitslose <sup>4)</sup>	Frauen <sup>1)</sup>	Jugendliche unter 25 Jahre	Ältere (55 Jahre und älter) <sup>5)</sup>	Ohne abgeschl. Berufsausbildung	Ausländer
	1 000	%	Wochen	Anteil in %						
1950 .....	1 869	11,0	—	—	22,1	32,8	20,3	12,8	—	33,8 <sup>6)</sup>
1951 .....	1 714	10,4	—	—	—	35,7	—	—	—	—
1952 .....	1 652	9,5	—	—	—	37,2	—	—	—	—
1953 .....	1 491	8,4	—	—	—	36,4	—	—	—	—
1954 .....	1 411	7,6	—	—	—	37,0	—	—	—	—
1955 .....	1 074	5,6	—	—	—	41,2	—	—	—	—
1956 .....	876	4,4	—	—	—	41,0	—	—	—	—
1957 .....	754	3,7	—	—	—	39,7	—	—	—	—
1958 .....	764	3,7	—	—	—	34,9	—	—	—	—
1959 .....	540	2,6	—	—	—	34,4	—	—	—	—
1960 .....	271	1,3	—	—	—	33,9	—	—	—	—
1961 .....	181	0,8	4,4	9,5	—	34,8	—	—	—	—
1962 .....	155	0,7	4,3	8,5	—	33,5	—	—	—	—
1963 .....	186	0,8	4,8	8,7	—	29,6	—	—	—	—
1964 .....	169	0,8	5,6	7,4	—	31,9	—	—	—	—
1965 .....	147	0,7	5,4	6,7	—	28,6	—	—	—	—
1966 .....	161	0,7	4,9	7,4	5,5	27,9	11,8	52,1	—	—
1967 .....	459	2,1	9,4	11,6	3,8	27,0	12,8	41,4	—	—
1968 .....	323	1,5	9,4	8,3	20,9	27,2	11,8	48,0	—	—
1969 .....	179	0,9	8,6	5,4	15,4	30,2	14,4	42,0	—	—
1970 .....	149	0,7	6,4	5,7	8,9	37,6	18,6	31,3	—	—
1971 .....	185	0,9	5,6	8,4	5,3	45,4	19,8	26,1	—	—
1972 .....	246	1,1	6,9	8,3	5,6	43,1	19,9	28,0	—	—
1973 .....	273	1,2	7,4	8,4	8,5	45,4	21,8	24,4	52,0	7,5
1974 .....	582	2,6	8,5	15,9	5,2	44,3	27,4	12,5	56,9	12,3
1975 .....	1 074	4,7	12,1	20,2	9,6	42,1	28,6	10,2	55,5	13,4
1976 .....	1 060	4,6	15,9	15,0	17,9	46,6	28,6	11,8	55,0	8,9
1977 .....	1 030	4,5	15,3	15,3	18,6	49,7	29,4	11,8	54,3	9,3
1978 .....	993	4,3	16,2	13,8	20,3	50,8	28,4	13,4	52,3	10,4
1979 .....	876	3,8	17,4	11,4	19,9	52,4	26,1	16,7	53,2	10,5
1980 .....	889	3,8	15,5	12,8	12,9	52,0	27,3	15,5	54,4	12,1
1981 .....	1 272	5,5	16,2	18,0	12,8	48,7	29,9	12,6	53,3	13,3

Fußnoten siehe S. 203.



Tabelle A 1: Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet

Jahr	Arbeits- lose <sup>1)</sup>	Arbeits- losen- quote	Dauer der Arbeits- losigkeit <sup>2)</sup>	Betref- fenheit 3)	Lang- zeit- arbeits- lose <sup>4)</sup>	Frauen 1)	Jugend- liche unter 25 Jahre	Ältere (55 Jahre und älter) <sup>5)</sup>	Ohne ab- geschl. Berufs- ausbil- dung	Aus- länder
	1 000	%	Wochen	Anteil in %						
1982 .....	1 833	7,5	20,3	20,0	17,8	44,3	30,3	10,8	51,8	13,4
1983 .....	2 258	9,1	25,9	18,9	23,5	43,6	30,2	11,0	50,8	12,9
1984 .....	2 266	9,1	28,6	16,5	27,3	43,7	27,2	12,5	49,4	11,9
1985 .....	2 304	9,3	28,9	14,7	28,9	44,1	26,2	13,0	49,7	11,0
1986 .....	2 228	9,0	30,5	15,3	29,4	46,1	24,6	12,5	50,8	11,1
1987 .....	2 229	8,9	29,7	15,4	30,1	45,8	22,7	13,5	50,5	12,5
1988 .....	2 242	8,7	30,0	15,1	30,5	46,5	19,7	14,8	48,8	12,5
1989 .....	2 038	7,9	31,5	13,0	29,0	47,5	17,3	16,6	47,2	11,6
1990 .....	1 883	7,2	27,5	13,6	27,3	48,6	15,8	18,4	46,8	11,1
1991 .....	1 689	6,3	25,4	12,8	26,9	46,9	15,2	19,8	47,3	12,8
1992 .....	1 808	6,6	25,3	13,6	26,2	45,7	14,8	20,5	47,7	14,4
1993 .....	2 270	8,2	23,0	18,5	26,0	43,7	14,1	19,8	46,5	15,2

1) Jahresdurchschnittswerte.

2) Durchschnittswerte.

3) In Prozent der abhängigen Erwerbspersonen.

4) Berechnungsmodus: Bis einschl. 1979 bisherige Dauer nach der 13-Wochen-Regel; ab 1980 letzte Arbeitslosigkeitsperiode (Absenkung um 4 Prozentpunkte).

5) Bis einschl. 1974 auch über 65jährige; ab 1975 im Alter von 55 bis 64 Jahren.

6) Vertriebene.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen

Tabelle A 2: Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Jahr	Arbeits- lose <sup>1)</sup>	Arbeits- losen- quote	Dauer der Arbeits- losigkeit	Betref- fenheit	Lang- zeit- arbeits- lose	Frauen 1)	Jugend- liche unter 25 Jahre	Ältere (55 Jahre und älter)	Ohne ab- geschl. Berufs- ausbil- dung	Aus- länder
	1 000	%	Wochen	Anteil in %						
1991 .....	913	10,3	38,0	14,1	–	58,1	17,0	2,6	–	1,5
1992 .....	1 170	14,8	39,0	19,7	24,4	63,3	12,9	4,5	23,8	1,3
1993 .....	1 148	15,8	41,0	20,0	30,7	63,9	11,5	7,6	23,2	1,3

1) Jahresdurchschnittswerte.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen

## Literaturhinweise

- Autorengemeinschaft (1976):* Zum Problem der „strukturellen Arbeitslosigkeit“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 1/1976, S. 70 – 83.
- Bundesanstalt für Arbeit - BA (1994):* Arbeitsmarktreport Frauen, in: Beilage zu Amtliche Nachrichten der BA, Heft 1.
- Bundesanstalt für Arbeit – BA (1994):* Arbeitsmarkt 1993 und Strukturanalyse 1993, in: Beilage zu Amtliche Nachrichten der BA, Heft 5.
- Bundesministerium für Arbeit (1950):* Die Struktur der Arbeitslosigkeit, in: Dauer der Arbeitslosigkeit und Alter der Arbeitslosen, Bonn, November.
- Cramer, U. (1979):* Zur Messung struktureller Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaftsdienst, Heft 3.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg., 1952):* Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend (2 Bde), Köln.
- Egle, F. (1988):* Komponenten der Arbeitslosen- und Offene-Stellen-Quoten; in: Dieter Mertens (Hrsg.): Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in: BeitrAB 70, Nürnberg.
- Eckey, H.F. und Schaefer, H. (1978):* Das Phänomen der strukturellen Arbeitslosigkeit und Maßnahmen zu seiner Beseitigung, Bochum.
- Franz, W. (1991):* Arbeitsmarktökonomik, Heidelberg.
- Karr, W. (1983):* Aspekte saisonaler Arbeitslosigkeit; in MittAB 1/1983, S.17 – 27.
- Klauder, W. (1993):* Zu den demographischen und ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderungen in die Bundesrepublik Deutschland in Vergangenheit und Zukunft; in: MittAB 4/1993, S. 477 – 494.
- Priewe, J. (1984):* Konkurrierende Arbeitsmarkttheorien und Typologien von Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaftsdienst, Heft 7, S. 353 – 360.
- Riese, M. (1986):* Die Messung der Arbeitslosigkeit, Berlin.
- Rudolph, H. (1992):* Struktur und Dynamik der Langzeitarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1980 – 1990, in: Chr. Brinkmann und K. Schober (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit im Zeichen des Strukturwandels, Nürnberg.

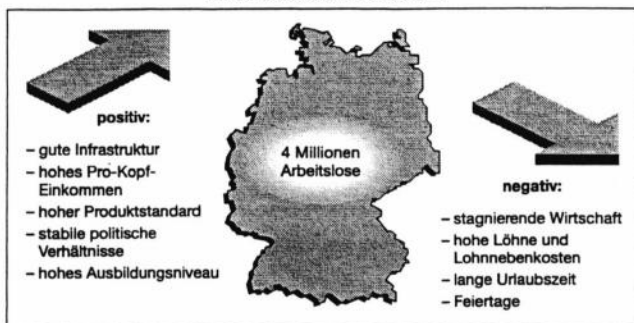
# Die internationale Herausforderung

## 1 Einführung in die Problematik

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik sei Ausdruck des sich seit einigen Jahren stetig verschlechternden Wirtschaftsstandortes Deutschland. Deutsche Produkte seien im internationalen Vergleich zu teuer geworden und ließen sich deshalb weder im Inland vollständig absetzen, noch seien sie im Export überall konkurrenzfähig. Löhne bzw. Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern und Umweltschutzkosten, um die wesentlichsten Kosten zu nennen, seien weltweit am höchsten, außerdem arbeiteten die Deutschen am wenigsten auf der Welt, denn dreißig Urlaubstage plus vierzehn Feiertage würden in keinem anderen der bedeutenden Industrieländer gewährt.

Diese oder ähnliche Aussagen werden in letzter Zeit häufiger gemacht, womit man gleichsam zu verstehen geben möchte, daß bei Umkehrung dieser Tendenzen das Problem der hohen Arbeitslosigkeit eingedämmt oder gar beseitigt werden könnte.

Schaubild 1  
Wirtschaftsstandort Deutschland



In diesem Beitrag soll, wie der Titel bereits zu erkennen gibt, die Stellung der Bundesrepublik Deutschland im Kontext zur weltweiten Situation dargestellt und erörtert werden.

Deutschland als hochentwickeltes Industrieland und klassische Exportnation ist Teil eines sich immer stärker weltweit verflechtenden Systems wirtschaftlicher und poli-

\*) Dr. Jürgen Hertel, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

tischer Abhängigkeiten. Auf der ganzen Welt schließen sich Staaten zu politischen und wirtschaftlichen Bündnissen zusammen. Nationale, nur den eigenen Vorteilen dienende Restriktionen werden beseitigt. Märkte werden transparent. Kommunikationstechniken schaffen Offenheit und Nähe. Diese als Globalisierung der Weltwirtschaft charakterisierte Entwicklung hat zur Folge, daß Entscheidungen kaum noch unter Binnenmarktgesichtspunkten getroffen werden können, sondern auch weltweite Bezieher- und Lieferstrukturen einbezogen werden müssen. Die unbeschränkte Verbreitung von bestimmten Massenfertigungsverfahren und der mit der Schaffung hochwertiger Produkte sinkende Anteil an Transportkosten führt in vielen Wirtschaftsbereichen zur Verlagerung der Produktionsstandorte. Ausschlaggebend dafür sind z. T. komparative Kostenvorteile, aber auch stabile politische Verhältnisse, ausreichende Infrastrukturen und eine geographisch günstige Lage. Die zunehmend sich entwickelnde Konkurrenzsituation kann notabene nicht ohne Einfluß auf ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland bleiben. Der Frage, ob die z. Z. hohe Arbeitslosigkeit ursächlich mit der Verschlechterung der Rahmenbedingungen einhergeht, soll anschließend auf der Grundlage allgemeingültiger Indikatoren nachgegangen werden, und zwar anhand einer Vergleichsbetrachtung zwischen mehreren Nationen und einer Analyse der Entwicklung internationaler Handelsströme. Hierdurch läßt sich möglicherweise die veränderte Weltmarktposition der Bundesrepublik Deutschland aufzeigen.

Betrachtungen gesamtwirtschaftlicher Indikatoren und des Welthandelsmarktes stehen am Anfang. Danach werden die Beschäftigungsstrukturen im internationalen Vergleich behandelt. Hieran schließen sich Standortvergleiche an. In einem Abschlußkapitel werden die wichtigsten Indikatoren aus allen drei Bereichen nochmals in einem Rangfolgevergleich gegenübergestellt.

Die Untersuchung bleibt auf bestimmte Länder beschränkt. Die Auswahl wurde jedoch so vorgenommen, daß jedes Land exemplarisch für eine bestimmte Region oder für eine bestimmte wirtschaftliche Situation steht. Für den direkten Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland sind die Industrieländer Vereinigte Staaten, Großbritannien und Nordirland sowie Japan vorgesehen. Aus dem in den letzten Jahren besonders ins Blickfeld des Weltinteresses geratenen asiatischen Wirtschaftsraum wurden die Republik Korea, Taiwan und Malaysia ausgewählt. Als weitere Vertreter der zu den Schwellenländern hin tendierenden Staaten sind Brasilien und Mexiko, für Mittel- und Osteuropa Ungarn und Polen vorgesehen.

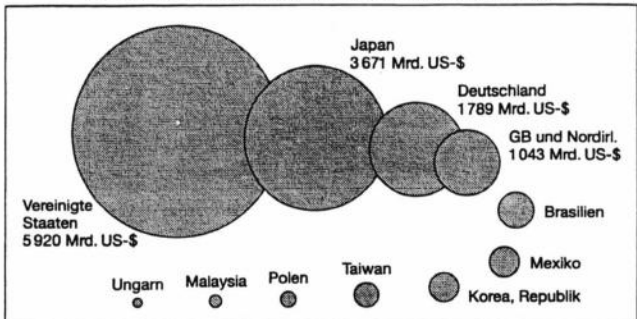
Die Entwicklungsländer im eigentlichen Sinne, obwohl sie von der Anzahl her die Mehrheit bilden, wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Sie stehen bisher in keiner bedeutenden Konkurrenzsituation zu Deutschland. Vieles deutet eher darauf hin, daß sich ihr Einfluß auf die Weltwirtschaft verringert. Die erdölfördernden Länder stellen ein besonderes Segment dar. Ein direktes Konkurrenzverhalten ist jedoch für diese Länder aufgrund ihrer weltweit nachgefragten Ölreserven nicht erforderlich.

## 2 Wirtschaftsleistung, Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Strukturen im internationalen Vergleich

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird international als allgemeiner Indikator zur Messung der wirtschaftlichen Leistungskraft einer Volkswirtschaft verwendet. Das BIP gibt den Wert aller Waren und Dienstleistungen an, die in dem jeweiligen Land innerhalb eines Jahres produziert bzw. erbracht worden sind. Das Bruttosozialprodukt (BSP) wird als internationale Vergleichsgröße weniger herangezogen. Im Gegensatz zum BIP stellt das BSP auf das Einkommen ab, das letztlich den Inländern zugeflossen ist, unabhängig davon, ob es aus inländischer oder ausländischer Produktion stammt. Beide Größen unterscheiden sich häufig nur geringfügig. Für allgemeine Vergleiche kann man deshalb beide Größen verwenden.

Mit seiner gesamtwirtschaftlich erbrachten Leistung steht Deutschland (Früheres Bundesgebiet) weltweit an dritter Stelle. An der Spitze rangieren die Vereinigten Staaten mit einer 3,3mal so hohen Wirtschaftskraft. Japans Bruttosozialprodukt ist etwas mehr als doppelt so groß wie das von Deutschland. Dagegen betrugen die 1992 gesamten erbrachten Güter und Dienstleistungen der Republik Korea nur 17 % und Taiwans 12 % des deutschen Wertes. Polens Gesamtleistung belief sich lediglich auf ein Zwanzigstel vom deutschen Bruttosozialprodukt.

**Schaubild 2**  
**Das Bruttoinlandsprodukt als Indikator der Wirtschaftskraft 1992**



Dieser Vergleich vermittelt zunächst den Eindruck einer Konkurrenzsituation von sehr ungleichen Partnern. Betrachtet man dazu jedoch die jährlichen Wachstumsraten, so stellt man fest, daß die sogenannten „kleinen Tiger“ (Republik Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur) seit 1960 erheblich aufgeholt haben. Lag die durchschnittliche Wachstumsrate für Deutschland zwischen 1950 und 1960 mit 8,2 % noch über der Taiwans und der Republik Korea, so kehrt sich das Bild danach um. Japan erreichte in den sechziger Jahren noch zweistellige Zuwachsraten, die in den

Jahren danach auf weniger als die Hälfte zurückgingen; allerdings war bis 1990 das Wachstum immer noch knapp doppelt so stark wie das in Deutschland.

**Tabelle 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts**  
%

Land	1950 / 1960 D	1960 / 1970 D	1970 / 1980 D	1980 / 1990 D	1990	1991	1992	1993
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	8,2	4,4	2,7	2,2	5,7	4,5	1,6	- 1,9
Großbritannien und Nordirland .....	2,8	2,9	1,9	2,7	0,4	- 2,3	- 0,5	2,0
Vereinigte Staaten ...	3,3	3,8	2,8	2,6	1,2	- 0,7	2,6	2,8
Japan .....	13,6	10,5	4,5	4,1	4,8	4,0	1,3	- 0,5
Korea, Republik .....	4,8	8,4	8,2	9,3	9,2	8,5	4,8	4,3 <sup>1)</sup>
Malaysia .....	4,0	.	8,0	6,0	9,7	8,7	8,5	8,5 <sup>1)</sup>
Taiwan .....	8,0	9,6	9,7	7,7	4,9	7,2	6,5	6,0 <sup>1)</sup>
Brasilien .....	6,8	6,0	8,5	1,5	- 4,1	1,2	- 0,8	4,0 <sup>1)</sup>
Mexiko .....	6,1	7,3	6,6	1,6	4,4	3,6	2,7	1,9 <sup>1)</sup>
Polen .....	7,7	6,1	5,2	- 0,1	- 11,6	- 7,6	1,5	3,0 <sup>1)</sup>
Ungarn .....	5,9	5,3	4,7	1,1	- 3,5	- 11,9	- 4,5	- 1,0 <sup>1)</sup>

1) Prognose der OECD.

1993 stehen Japan und Deutschland vor einer ähnlichen Situation; ihre Wirtschaftsleistung hat erstmals gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Zwar hat bei den asiatischen Schwellenländern (mit Ausnahme von Malaysia) die wirtschaftliche Entwicklung auch nachgelassen, dennoch werden Zuwächse erreicht, die Deutschland – sieht man von den beiden Boomjahren 1990/91 ab – nach 1960 nicht mehr registrieren konnte. Die Vereinigten Staaten hatten in der Nachkriegszeit nie vergleichbar hohe Zuwächse zu verzeichnen, sondern ihre Wirtschaft entwickelte sich gleichmäßig und kontinuierlich. Auch 1993 betrug die Zuwachsrate wieder fast 3 %. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens und Nordirlands nahm einen ähnlichen Verlauf wie in den Vereinigten Staaten. Der weltweit in den Jahren 1990 bis 1992 stagnierende oder leicht zurückgehende Wirtschaftsprozess scheint in Großbritannien und Nordirland überwunden zu sein, denn für 1993 wird bereits wieder eine zweiprozentige Zunahme ausgewiesen.

Brasiliens Wirtschaftsleistung, die zwischen 1970 und 1980 noch durchschnittlich um 8,5 % jährlich zunahm, hat in der zurückliegenden Dekade an Schubkraft erheblich eingebüßt, auch wenn für 1993 wieder ein günstiges Ergebnis prognostiziert wird.

Von den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich alle noch in einer sehr schwierigen Transformationsphase befinden, begleitet von starken Schrumpfungsprozessen und exorbitanten Inflationsraten, hat offensichtlich Polen als erstes Land

die Talsohle durchschritten. Bereits 1992 wurde ein geringer Zuwachs beim BIP registriert.

Insgesamt ist festzustellen, daß sich Deutschlands Wirtschaftskraft zumindest relativ im Vergleich zu anderen Nationen der Erde verschlechtert hat und, falls die Entwicklungen der Volkswirtschaften weiterhin gleichermaßen unterschiedlich verlaufen, weiter verschlechtern wird.

Hohe Wachstumsraten werden vielfach als wesentliche Voraussetzung für den Abbau der Arbeitslosigkeit angesehen. Wachstumsraten sind ein Indiz für eine Ausweitung der Wirtschaftsleistung, wodurch normalerweise, d. h., bei unveränderter Produktivität, ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften entsteht. Da Deutschlands Wirtschaftsleistung z. Z. stagniert bzw. sogar leicht zurückgeht, sind positive Beschäftigungseffekte als Ursache gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen in nächster Zeit kaum zu erwarten.

Die volkswirtschaftliche Gesamtleistung eines Landes und deren Veränderung vermittelt zwar einen Eindruck über die wirtschaftlichen Potentiale der einzelnen Länder untereinander. Eine Aussage über Wohlstand und Lebensniveau der Bevölkerung lassen diese Größen allein jedoch nicht zu. Erst der Bezug des Bruttosozial- (bzw. Bruttoinlands-)produkts auf die Bevölkerung gibt einen ersten Eindruck darüber. Allerdings können sich hinter dieser Durchschnittsgröße enorme Ungleichheiten im Einkommen und Vermögen verbergen.

Von den bei dieser Untersuchung in den Vergleich einbezogenen Staaten ist lediglich die Position Japans beim BIP je Einwohner 1991 und 1992 besser als die Deutschlands (Früheres Bundesgebiet). Der US-amerikanische Wert ist geringfügig niedriger als der deutsche. Großbritannien und Nordirland weist schon einen erheblich niedrigeren Pro-Kopf-Wert aus. Von den wirtschaftlich prosperierenden Schwellenländern nimmt das BIP-pro-Kopf von Taiwan einen Wert von gut einem Drittel des deutschen an, für die Republik Korea beträgt diese Größe nur noch knapp ein Viertel. Bezogen auf das BIP-pro-Kopf Deutschlands erreichen die Werte für Brasilien und Polen noch nicht einmal ein Zehntel.

Unter der Annahme, der deutsche BIP-pro-Kopf-Wert würde die nächsten Jahre gleich bleiben, d. h., die deutsche Wirtschaft stagnierte weiterhin und die Bevölkerung veränderte sich nicht, würde Taiwan als Land, das unter den Schwellenländern der deutschen Wirtschaftsleistung am nächsten kommt, etwa 17 Jahre benötigen, um das deutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu erreichen. Und das auch nur, wenn sich die Wachstumsraten jährlich um etwa 6 % bewegten, was sicherlich eine äußerst optimistische Unterstellung wäre.

**Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner\*)**  
Deutschland = 100

Land	1960	1970	1980	1990	1991	1992
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	100	100	100	100	100	100
Großbritannien und Nordirland .....	106,3	73,2	72,5	71,5	70,4	65,3
Vereinigte Staaten .....	219,2	162,2	90,4	92,1	89,3	84,1
Japan .....	36,7	64,6	68,9	100,0	108,7	107,0
Korea, Republik .....	12,3	8,9	12,5	24,0	26,4	24,6
Malaysia .....	20,8	12,5	13,6	10,2	10,3	11,1
Taiwan .....	12,3	12,8	17,7	32,5	34,3	36,1
Brasilien .....	18,5	15,1	14,8	13,4	10,6	9,1
Mexiko .....	26,9	23,0	21,2	11,9	13,1	13,5
Polen .....	.	19,1	12,2	6,9	8,2	7,9
Ungarn .....	.	17,8	15,7	13,4	12,0	12,5

\*) In jeweiligen Preisen.

Für alle anderen Schwellenländer, die neuerdings als zusätzliche Konkurrenz auf den Weltmärkten angesehen werden, würde, um auf das deutsche Niveau zu kommen, die Aufholzeit noch erheblich länger werden.<sup>1)</sup>

Auch dieses Ergebnis unterstreicht die bedeutende wirtschaftliche Stellung, die Deutschland zum augenblicklichen Zeitpunkt in der Welt noch einnimmt.

Die „Tertiarisierung“, d. h. die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivität auf den Dienstleistungsbereich, wird bei beschäftigungspolitischen Diskussionen immer häufiger als ein wesentliches Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen angesehen. In Deutschland tragen Dienstleistungen gut 60 % zur Entstehung des BIP bei, weniger als beispielsweise in Großbritannien und Nordirland oder in den Vereinigten Staaten (über 70 %). Gerade das amerikanische Beispiel hat gezeigt, daß auch in schwachen Expansionsphasen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können. Alle Industrieländer (mit Ausnahme von Japan) weisen eine gemeinsame – wenn in ihrer Intensität auch unterschiedliche – Tendenz auf: der Anteil des Produzierenden Gewerbes am BIP nimmt ab bei gleichzeitiger Zunahme des Dienstleistungsbereichs. In den asiatischen Schwellenländern hat sich der Anteil des tertiären Sektors am Bruttoinlandsprodukt zwar auch vergrößert, jedoch hier auf Kosten des primären Sektors. Der industrielle Sektor hat in den asiatischen Schwellenländern im Gegensatz zu den Industrieländern in den letzten zwanzig Jahren nicht nur absolut, sondern auch relativ (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) ständig zuge-

1) Z.B. bei einer jährlichen Zuwachsrate von 6 %: Republik Korea 24 Jahre, Malaysia 38 Jahre und Brasilien 40 Jahre.



nommen. In der Republik Korea liegt der Anteil des Produzierenden Gewerbes um fast acht Prozentpunkte höher als der vergleichbare deutsche Wert, der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes, der wichtigsten Teilgröße im Produzierenden Gewerbe, entspricht in etwa dem der Bundesrepublik Deutschland. In Taiwan liegen beide Anteilswerte höher als in Deutschland. Allerdings findet in Taiwan seit 1980 bereits wie in Industrieländern eine Rückentwicklung des sekundären Sektors zugunsten des tertiären statt.

Tendenziell lassen sich in allen südamerikanischen Staaten sowie in den ehem. Ostblockstaaten gleiche Entwicklungen feststellen. Schrumpfenden industriellen Bereichen auf der einen Seite stehen wachsende Dienstleistungsbereiche auf der anderen Seite gegenüber, jedoch immer noch komplettiert von einem relativ bedeutenden Agrarsektor.

Das einzige Land, das diesem weltweiten Trend der Tertiarisierung nicht gefolgt ist, ist Japan. In Japan hat sich der Beitrag sowohl des gesamten Produzierenden Gewerbes als auch des Untersegmentes Verarbeitendes Gewerbe am Bruttoinlandsprodukt seit 1980 nicht weiter reduziert. Dennoch hatte Japan oder möglicherweise gerade deshalb bis 1991 die höchsten Zuwachsraten aller Industrieländer.

In allen Ländern ist nachweisbar, daß eine gewisse Parallelität zwischen dem Anteil des produzierenden Bereichs am BIP und der Höhe der Wachstumsraten besteht. Der Rückgang der Zuwächse geht in vielen Staaten einher mit dem sich vermindern den Beitrag des Produzierenden Gewerbes zum Inlandsprodukt. Dies könnte als Indiz dafür angesehen werden, daß Tertiarisierungsentwicklungen zwar beschäftigungspolitisch positive Wirkungen nach sich ziehen, daß aber der Austausch von Arbeitsplätzen vom zweiten zum dritten Sektor offenbar zu einer Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums beiträgt. Ob zwischen beiden Indikatoren Kausalität besteht oder ob es sich nur um einen Scheinzusammenhang handelt, kann an dieser Stelle, wegen der Komplexität der Zusammenhänge, nicht beantwortet werden. Ein rasanter Tertiarisierungsprozeß wie er besonders in den Vereinigten Staaten stattgefunden hat, wurde offensichtlich nur durch Schaffung von überproportional vielen Niedriglohnarbeitsplätzen erreicht.

Tabelle 3: Entstehung des Bruttoinlandsprodukts\*)

Land	Jahr	%			
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dar. Verarbeiten- des Gewerbe	Dienst- leistungen
Deutschland (Früheres Bundes- gebiet) .....	1970	3,2	49,4	38,4	47,4
	1980	2,1	42,4	32,4	55,5
	1990	1,5	38,7	30,6	59,8
	1992	1,2	37,3	28,7	61,5
Großbritannien und Nordirland .....	1970	2,4	38,1	28,7	59,5
	1980	1,8	36,9	23,4	61,3
	1990	1,6	30,6	20,6	67,7
	1992	1,6	28,6	19,2	69,8
Vereinigte Staaten .....	1970	3,2	36,3	21,7	60,6
	1980	2,5	33,2	21,7	64,3
	1990	2,0	27,5	18,4	70,5
	1992	2,3	41,9	29,0	55,8
Japan .....	1970	6,1	46,7	36,0	47,2
	1980	3,7	41,9	29,2	54,4
	1990	2,5	42,0	29,1	55,5
	1992	2,3	41,9	29,0	55,8
Korea, Republik .....	1970	26,7	29,0	21,2	44,3
	1980	14,9	41,3	29,7	43,7
	1990	9,0	44,7	28,9	46,3
	1992	7,6	44,9	27,3	47,4
Malaysia .....	1970	28,8	27,3	14,7	43,9
	1980	21,9	37,8	20,6	40,3
Taiwan .....	1970	15,5	36,8	29,2	47,7
	1980	7,7	45,7	36,0	46,6
	1990	4,1	42,5	34,4	53,3
	1992	3,5	41,4	32,9	55,1
Brasilien .....	1970	10,3	32,0	24,7	57,7
	1980	9,9	39,5	30,2	50,5
	1990	9,2	33,8	23,1	57,0
	1992	9,9	31,6	20,5	58,5
Mexiko .....	1970	12,2	32,7	23,6	55,2
	1980	8,2	32,8	22,1	59,0
	1990	8,0	30,7	22,8	61,3
	1992	7,7	30,0	22,3	62,2
Polen .....	1985	14,5	51,0	.	34,4
	1990	8,4	54,2	.	37,4
	1992	7,4	46,6	.	46,0
Ungarn .....	1970	18,2	46,5	37,1	35,3
	1980	17,1	42,4	33,8	40,5
	1990	12,5	33,8	26,7	53,7
	1992	7,4	33,0	20,9	59,6

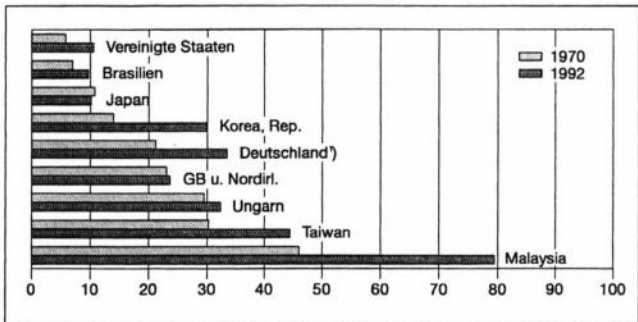
\*) In jeweiligen Preisen. - Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

### 3 Deutschlands Stellung im Welthandel

#### 3.1 Exportbetrachtung

Das Auftreten neuer Anbieter von Waren und Dienstleistungen auf den Weltmärkten muß aus deutscher Sicht besondere Aufmerksamkeit erwecken. Deutschland ist, im Gegensatz zu den vergleichbaren Industrieländern, besonders abhängig vom Verkauf seiner Produkte im Ausland. Im Jahr 1992 lag die Exportquote, d. h. der Wert der exportierten Güter und Dienstleistungen am BIP, bei über einem Drittel. In Großbritannien und Nordirland betrug die Exportquote weniger als ein Viertel, in Japan und den Vereinigten Staaten gar nur etwas mehr als 10 %. Deutschland trifft ein Strukturwandel im Welthandel wesentlich stärker als andere große Industrienationen. Hinzu kommt, daß die aufstrebenden asiatischen Schwellenländer nur bestehen können, wenn sie einen Großteil ihrer Produkte auch im Ausland absetzen, da ihre Binnenmarktnachfrage noch zu gering ist. Malaysia liefert im Wert von fast 80 % am BIP Waren und Dienstleistungen ins Ausland. Für Taiwan beträgt dieser Wert fast 45 %, für die Republik Korea 30 %. Brasiliens Exportquote hat dagegen die 10-%-Schwelle noch nicht erreicht.

**Schaubild 3**  
**Anteil der Warenausfuhr am Bruttoinlandsprodukt**  
%



1) Früheres Bundesgebiet.

Deutschland hat sich – fast gleichauf zu den Vereinigten Staaten – zur führenden Welthandelsnation entwickelt. 11,3 % aller Waren und Dienstleistungen, die 1992 zwischen den Nationen untereinander ausgetauscht wurden, stammten aus Deutschland. Die Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland betrug 1970 zwar noch knapp einen Prozentpunkt mehr am Welthandel als heute, dennoch konnte sie ihre

Stellung auf den Weltmärkten weit besser behaupten als die anderen Industrienationen. Der Anteil der Ausfuhrwaren am Weltmarkt ging bei den Vereinigten Staaten seit 1960 um genau vier Prozentpunkte zurück. Großbritannien und Nordirland büßte seitdem annähernd drei Prozentpunkte ein.

Der Verlust an Weltmarktanteilen dieser Länder ist ursächlich zum einen mit der stetigen, seit 1960 besonders rapiden Zunahme des Ausfuhrvolumens Japans verbunden, zum anderen im Vordringen der asiatischen Schwellenländer auf dem Weltmarkt begründet. Brasiliens und Mexikos Weltmarktanteile stagnieren seit Jahrzehnten. Der Einfluß der Staaten des ehem. Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auf den Welthandel ist noch unbedeutend.

Das Auftreten der asiatischen Anbieter auf den Weltmärkten hat auf den deutschen Außenhandel weniger Einfluß gehabt, als auf die Außenhandelsaktivitäten anderer Staaten. Der deutsche Außenhandel wuchs in den letzten 40 Jahren stärker als der Welthandel. Allerdings lagen die Zuwachsraten der Ausfuhren von Japan und besonders von Taiwan noch über denen von Deutschland. Taiwans Anteil an der Weltausfuhr beträgt jedoch bisher noch weniger als ein Fünftel des deutschen Welt handelsanteils. Bei kurzfristiger Betrachtung - bezogen auf die Jahre 1990 bis 1992 - ergibt sich für den deutschen Außenhandel allerdings ein deutlich schlechteres Ergebnis. Der in diesen Jahren weltweite geringe Zuwachs der Ausfuhren von durchschnittlich 3,7 % wird von Deutschland nicht einmal mehr erreicht. Dagegen betrugen die Zuwachsraten der Ausfuhren von Japan durchschnittlich 9 %, von Taiwan 10,1 % und von Malaysia gar 17,6 %. Daß sich der deutsche Export Anfang der neunziger Jahre nur unterdurchschnittlich entwickelt hat, hängt entscheidend mit der völlig veränderten Situation auf dem deutschen Binnenmarkt zusammen. Die Lieferungen vom früheren Bundesgebiet in die neuen Länder und Berlin-Ost betrugen 1992 63,4 Mrd. DM, was etwa dem Neunfachen des 1988 in die ehem. DDR exportierten Warenwertes entspricht. Das sind knapp 10 % des gesamten deutschen Ausfuhrwertes.

Tabelle 4: Entwicklung der Ausfuhr

Land	Anteil an der Weltausfuhr						Ausfuhr	Rang- folge	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate	
	1950	1960	1970	1980	1990	1992	1992		1950/ 1992	1990/ 1992
	%						Mrd. US-\$	Position	%	
Welt .....	100	100	100	100	100	100	3 721,4	x	8,7	3,7
Vereinigte Staaten .....	8,9	16,0	15,2	11,3	11,4	12,0	448,2	1	9,4	6,7
Deutschland <sup>1)</sup> .....	1,7	9,0	12,2	10,0	11,5	11,3	421,6	2	13,6	2,9
Japan .....	0,7	3,2	6,9	6,5	8,3	9,1	340,5	3	15,4	9,0
Großbritannien und Nordirland ...	5,3	7,8	6,9	5,5	5,4	5,1	190,5	5	8,5	1,2
Taiwan .....	0,1	0,1	0,5	1,0	1,9	2,2	81,5	12	18,0	10,1
Malaysia .....	1,1	0,8	0,6	0,6	0,9	1,1	40,7	21	8,5	17,6
Brasilien .....	1,2	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	36,1	23	8,1	7,2
Mexiko .....	0,4	0,6	0,5	0,8	0,8	0,7	27,5	29	10,0	1,9
Polen .....	0,6	1,0	1,3	0,9	0,4	0,4	13,2	36	7,5	- 4,0
Ungarn .....	0,3	0,7	0,8	0,4	0,3	0,3	10,7	42	8,6	4,9

1) Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Hinter der generellen Entwicklung der letzten Jahre verbergen sich verschiedene strukturelle Besonderheiten. Über 70 % der deutschen Ausfuhren verteilen sich lediglich auf zehn Länder der Erde (sechs EG-Länder, Österreich, Schweiz, Vereinigte Staaten und Japan). Für Großbritannien und Nordirland liegt eine ähnliche Exportstruktur vor. Die japanischen Ausfuhren werden zu zwei Dritteln mit zehn Ländern abgewickelt, davon aber allein fast 30 % mit den Vereinigten Staaten. Von den Ausfuhren der Vereinigten Staaten gehen 64 % in die zehn wichtigsten Partnerländer, allein ein Fünftel der Waren ist für Kanada bestimmt. Einen noch wesentlich konzentrierteren, nur auf wenige Länder ausgerichteten Außenhandel als Deutschland betreiben dagegen die asiatischen Schwellenländer. 77,4 % der Ausfuhren Taiwans verteilen sich auf zehn Partnerländer, bei Malaysia sind es fast vier Fünftel.

Auffallend bei dieser Gegenüberstellung ist, daß alle asiatischen Länder ihren Außenhandel überwiegend auf den amerikanischen Markt ausgerichtet haben. Japan liefert annähernd drei von zehn Gütern seines Exports in die Vereinigten Staaten. Für Taiwan gilt gleiches, bei Malaysia sind es knapp 20 %. Der Anteil der für den amerikanischen Markt bestimmten Güter erhöht sich noch um den Teil, der über Singapur und Hongkong seinen Weg in die Vereinigten Staaten nimmt. Diese beiden Länder liefern etwa ein Fünftel ihrer Exportwaren in die Vereinigten Staaten.

Tabelle 5: Ausfuhr in die wichtigsten Absatzländer 1992

Land	Ausfuhr in die 10 wichtigsten Absatzländer	%		
		Darunter		
		Vereinigte Staaten	Deutschland	Japan
Deutschland .....	70,5	6,5	x	2,2
Großbritannien und Nordirland .....	68,9	11,5	14,0	2,1
Vereinigte Staaten ...	63,6	x	6,5	18,0
Japan .....	66,8	28,3	4,6	x
Malaysia .....	79,5	18,7	4,2	26,0
Taiwan .....	77,4	28,9	28,9	4,4
Brasilien .....	64,0	19,8	5,8	6,4
Polen .....	76,6	2,3 <sup>1)</sup>	31,3	1,1 <sup>1)</sup>
Ungarn .....	78,4	3,2	27,8	0,9 <sup>1)</sup>

1) Nicht bei den 10 wichtigsten Ländern enthalten.

Beide Stadtstaaten erfüllen dabei z. T. lediglich Durchfuhrfunktionen, worauf ihre hohen Importquoten hindeuten.

Deutschlands Exporte sind dagegen weniger stark auf ein Land ausgerichtet, sondern verteilen sich gleichmäßiger auf mehrere Staaten, hauptsächlich auf die unmittelbaren westlichen und südlichen Nachbarstaaten. Für die Vereinigten Staaten waren 1992 nur 6,5 % der deutschen Exporte bestimmt, für Japan nur 2,2 %. Seit den siebziger Jahren, als der Anteil der in die Vereinigten Staaten gelieferten Exporte noch bei knapp 10 % lag, geht der Warenstrom in die Vereinigten Staaten in Relation zum deutschen Gesamtexport kontinuierlich zurück, seit 1990 auch absolut. Der Handel mit den osteuropäischen Märkten entwickelt sich nur langsam (Deutschland ist allerdings Ungarns größter Handelspartner), alle anderen Märkte, darunter der asiatische Raum und Südamerika, sind bisher für die deutsche Exportindustrie von geringer Bedeutung. Auch aktuellere Ergebnisse lassen hierbei keine wesentlichen Veränderungen erkennen.

Die deutschen Ausfuhren bestehen etwa zur Hälfte aus Maschinenbauerzeugnissen. Dieser Bereich konnte in den letzten vier Jahrzehnten z. T. erheblich ausgebaut und insgesamt stabilisiert werden. Auch in den letzten beiden Jahren ist kein Rückgang eingetreten. Die Chemische Industrie konnte ihre relative Position am Gesamtexport nicht nur halten, sondern noch leicht steigern. Dagegen hat bei Eisen und Stahl und den NE-Metallen in den letzten Jahren ein permanenter Rückgang stattgefunden.

Japans Exportstruktur, die in den fünfziger Jahren noch zu 70 % aus Bearbeiteten Waren bestand, hat sich seitdem erheblich verändert. Zum einen hat die Ausfuhr von Maschinenbauerzeugnissen (Elektroindustrie, Fahrzeugbau) enorm zugenommen, ebenso die verschiedener Fertigwaren (Fotoartikel). Bei den Bearbeiteten

Waren ist dagegen nicht nur ein erheblicher relativer, sondern in den letzten beiden Jahren auch ein leichter absoluter Rückgang (hauptsächlich bei Eisen und Stahl) eingetreten.

Ähnliche Entwicklungen wie in Japan lassen sich auch für die asiatischen Schwellenländer (Malaysia, Republik Korea) feststellen. Der Ausbau der Produktion in den klassischen Exportbereichen Deutschlands, „Bearbeitete Waren“ (vor 1980) und „Maschinenbauerzeugnisse“ sowie „Verschiedene Fertigwaren“ (Bekleidung, Schuhe, Möbel), wurde auch in diesen Ländern besonders vorangetrieben.

**Tabelle 6: Ausfuhr nach Warengruppen**  
in % der Gesamtausfuhr

Warengruppe	Deutschland		Vereinigte Staaten		Japan		Korea, Republik		Malaysia	
	1980 <sup>1)</sup>	1992	1980	1992	1980	1992	1980	1992	1980	1992
Bearbeitete Waren (u. a. Eisen und Stahl, NE-Metalle) ...	20,3	16,5	10,3	8,5	24,0	11,3	35,7	24,1	13,1	7,3
Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse (u. a. Straßenfahrzeuge) .....	44,3	49,6	38,1	48,0	58,4	71,4	20,3	42,5	11,4	39,0
Verschiedene Fertigwaren (u. a. fotogr. Apparate, Bekleidung, Möbel) ....	9,3	11,3	7,5	11,4	8,3	8,2	29,7	20,7	2,6	10,2

1) Früheres Bundesgebiet.

Der deutsche Außenhandel konnte seine relativ gute Position im Welthandel wahren und auch partiell verbessern. Deutschland hat aber in den letzten Jahrzehnten erhebliche Konkurrenz, hauptsächlich aus dem asiatischen Raum erhalten. Diese Länder drängen mit z. T. gleichartigen Produkten auf die wesentlichen amerikanischen und europäischen Märkte vor und konkurrieren hier besonders stark mit Produkten, die den niedrigen und mittleren Technologien zuzurechnen sind. Im Hochtechnologiebereich spielen die Vereinigten Staaten und Japan eine dominierende Rolle auf den Weltmärkten. Der deutsche Außenhandel hat in den europäischen Nachbarländern seine guten Marktpositionen halten und teilweise erweitern können, neue Märkte konnten bisher aber kaum hinzugewonnen werden.

Insbesondere ist es nicht gelungen, den Handel mit dem weltweit mit Abstand bedeutendsten nationalen Binnenmarkt, den Vereinigten Staaten, auszubauen. Auf diesen Markt gelangen aus Deutschland weniger als ein Drittel an Waren (wertmäßig), gemessen an denen, die aus Japan kommen. China und Taiwan haben

das deutsche Exportvolumen in die Vereinigten Staaten fast erreicht. China konnte seine Exporte in die Vereinigten Staaten seit 1980 auf das 25fache, Singapur auf fast das 6fache, die Republik Korea etwa auf das 4fache und Deutschland lediglich auf das 2,4fache steigern.

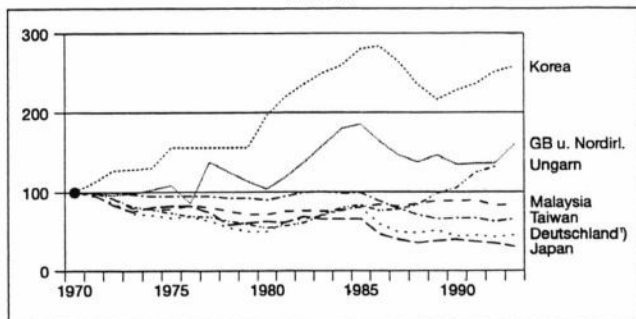
### 3.2 Wechselkurs

Ein weiterer Umstand, der dazu beigetragen hat, daß deutsche Produkte nicht noch stärker auf den amerikanischen oder anderen Märkten abgesetzt werden konnten, ist sicherlich auch die Bewertung der DM zum US-Dollar.

1970 bekam man für einen US-Dollar 3,66 DM, 1993 nur noch 1,65 DM. D. h., daß sich in dieser Zeit der Wert der DM gegenüber dem US-Dollar mehr als verdoppelt hat. Gegenüber 1970 ist der US-Dollar auf 45 % seines damaligen Außenwertes gefallen. Eine international starke Währung wird zwar u. a. als Ausdruck einer soliden und stabilen Wirtschaft angesehen, es bedeutet andererseits aber, daß sich deutsche Produkte in den Vereinigten Staaten entsprechend dem veränderten Wechselkurs auch verteuert haben.

Im Jahr 1973 wurden die festen Wechselkurse freigegeben (Floating). Seitdem bildet sich das Austauschverhältnis zwischen den westeuropäischen Währungen und dem US-Dollar wie auf den Gütermärkten nach Angebot und Nachfrage. Innerhalb der EG bestehen weiterhin feste Wechselkurse. Die Freigabe der Wechselkurse führte bis 1980 bereits zu erheblichen Wechselkursveränderungen. In dieser Zeit ging auch der deutsche Anteil am Welthandel um über zwei Prozentpunkte zurück, stieg danach jedoch wieder um mehr als einen Prozentpunkt an.

**Schaubild 4**  
**Entwicklung des Außenwertes des US-\$**  
1970 = 100



1) Früheres Bundesgebiet



Japans Währung, der Yen, ist noch stärker gegenüber dem US-Dollar gestiegen als die DM. Im Vergleich zu 1970 ist der US-Dollar gegenüber dem Yen auf etwa 30 % gefallen. Dennoch war es Japan möglich, seinen Anteil am Welthandel auf über neun Prozentpunkte auszudehnen, ein Zeichen dafür, daß die Preise der japanischen Waren den Wechselkursänderungen nicht im vollen Umfang gefolgt sind.

Auch Taiwan wurde in den letzten zehn Jahren mit dem Problem eines steigenden Außenwertes seiner Währung gegenüber dem US-Dollar konfrontiert. Die Währung der Republik Korea fiel dagegen in den letzten fünf Jahren.

#### 4 Wandel der Beschäftigungsstrukturen

Knapp vier Mill. Arbeitslosen, dazu etwa 600 000 Kurzarbeiter, (eine Arbeitslosenquote von 8,5 % im früheren Bundesgebiet und 16,8 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost) stehen etwa nur 300 000 gemeldete offene Stellen gegenüber. Selbst wenn man eine größere Zahl offener Stellen, die offiziell nicht registriert sind, mit berücksichtigt, ist die Bilanz sehr unausgeglich. Sie zeigt, daß ein Großteil der Arbeitsuchenden kurzfristig nicht wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden kann.

Seit Kriegsende ist dies die höchste Zahl von Arbeitslosen in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit stellt für die neuen Länder und Berlin-Ost ein viel größeres gesellschaftliches Problem dar als für die alten Bundesländer. Dennoch soll an dieser Stelle die Betrachtung auf das frühere Bundesgebiet beschränkt bleiben. Das Ausmaß der durch die Wiedervereinigung entstandenen Arbeitslosigkeit wird bereits an anderer Stelle ausführlich behandelt. Außerdem wäre bei Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost eine Trennung von nationalen und weltwirtschaftlichen Einflüssen schwierig.

**Tabelle 7: Erwerbstätige**

Land	Jahr	Erwerbstätige	Jahr	Erwerbstätige	Veränderung in %
		1 000		1 000	
Deutschland					
(Früheres Bundesgebiet) .....	1970	26 169	1991	29 684	+ 13,4
Großbritannien					
und Nordirland .....	1970	24 381	1991	25 726	+ 5,5
Vereinigte Staaten .....	1971	79 120	1992	117 598	+ 48,6
Japan .....	1970	50 930	1992	64 360	+ 26,4
Korea, Republik .....	1971	10 066	1992	18 921	+ 88,0
Malaysia .....	1982	5 249	1990	6 685	+ 27,4
Taiwan .....	1970	4 576	1991	8 439	+ 84,4
Brasilien .....	1976	38 038	1990	62 100	+ 63,3
Ungarn .....	1970	4 095	1991	4 710	+ 15,0
Polen .....	1970	15 604	1991	15 560	- 0,3

Im Zeitraum 1970 – 1991 hat die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland (Früheres Bundesgebiet) um rund 3,5 Mill. zugenommen, was einer Steigerung von 13,4 % entspricht. Diese durchaus beachtenswerte Zunahme ist weltweit kein Einzelfall. Im selben Zeitraum fiel der Zuwachs in Großbritannien und Nordirland mit 5,5 % geringer aus als das deutsche Ergebnis. Japan kann dagegen eine doppelt so hohe Veränderungsrate ausweisen, die, aufgrund der auch doppelt so hohen Basiszahl, für eine absolute Ausweitung der Erwerbstätigen um über 13 Mill. steht.

Aber selbst diese, im Vergleich zu Deutschland erheblich günstigere Entwicklung wird von den Vereinigten Staaten noch übertroffen. 48 % mehr oder gut 38 Millionen zusätzlich in den Arbeitsprozeß eingegliederte Personen stellen das beste Ergebnis unter den Industriestaaten dar. Das von seiner sonstigen wirtschaftlichen Entwicklung eher unbedeutendere Brasilien schaffte es, in 15 Jahren die Zahl der Erwerbstätigen um 63 % zu erhöhen. Taiwans Erwerbstätige nahmen in 20 Jahren um 84 % zu, in der Republik Korea erreichte man mit knapp 88 % fast eine Verdoppelung der Erwerbstätigenzahlen.

Im Kontext der Beschäftigungszunahmen in anderen Ländern relativiert sich der zunächst günstige Eindruck über die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in Deutschland. Allerdings ist bei diesen Entwicklungen die unterschiedliche Ausgangssituation der Schwellenländer zu berücksichtigen. Ausgehend von einem relativ geringen Industrialisierungsgrad haben sie in kürzester Zeit arbeitsintensive Industrien aufgebaut, wodurch ein großer Arbeitskräftebedarf erzeugt worden ist.

Sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten sind die zusätzlichen Arbeitsplätze (fast) ausschließlich durch Schaffung zusätzlicher Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, besonders im Bereich Banken, Versicherungen und Immobilien entstanden. Diese Entwicklung trifft aber nur noch bedingt für Japan zu. Japan konnte seinen Dienstleistungsbereich ebenfalls erheblich ausbauen, aber auch im Produzierenden Gewerbe wurde im Laufe des Betrachtungszeitraumes für über ein Fünftel mehr Personen ein zusätzlicher Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt. In den asiatischen Schwellenländern stellt sich der Beschäftigtenzuwachs ganz anders dar. Zumindest in den stellvertretend hierfür stehenden Ländern Republik Korea und Taiwan hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Produktionssektor gleich bzw. etwas besser entwickelt als im Dienstleistungsbereich. In Deutschland (Früheres Bundesgebiet) ist dagegen die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe leicht (8 %) und in Großbritannien und Nordirland um fast 35 % zurückgegangen.

Dieses unter dem Aspekt der Beschäftigungszahlen betrachtete Ergebnis verdeutlicht noch einmal die Strukturveränderung in der internationalen Arbeitsteilung. Nicht Nachfragemangel ist es, der dazu geführt hat, daß in den traditionellen Industrieländern Europas eine Rückentwicklung des Produzierenden Sektors eingesetzt hat, sondern hauptsächlich das Auftreten neuer Anbieter auf den Weltmärkten.

**Tabelle 8: Entwicklung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen**

%

Land	Jahre	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungen	Insgesamt
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	1970 – 1991	– 53,8	– 8,1	+ 52,4	+ 13,4
Großbritannien und Nordirland .....	1970 – 1991	– 28,4	– 34,5	+ 42,0	+ 5,5
Vereinigte Staaten .....	1971 – 1992	– 3,6	+ 11,5	+ 72,1	+ 48,6
Japan .....	1970 – 1992	– 53,7	+ 22,4	+ 58,3	+ 26,4
Korea, Republik .....	1971 – 1992	– 38,0	+ 263,5	+ 175,9	+ 88,0
Malaysia .....	1982 – 1990	+ 6,2	+ 43,7	+ 33,2	+ 27,4
Taiwan .....	1970 – 1991	– 35,0	+ 164,9	+ 144,9	+ 84,4
Brasilien .....	1976 – 1990	+ 2,8	+ 59,7	+ 119,4	+ 63,3
Mexiko .....	1975 – 1979	+ 16,3	+ 20,5	+ 19,4	+ 18,4
Ungarn .....	1970 – 1991	– 41,6	– 21,1	+ 46,3	+ 15,0
Polen .....	1970 – 1991	– 18,6	+ 6,1	+ 34,4	– 0,3

Die Folge der zunehmenden internationalen Konkurrenz ist, daß für immer mehr Beschäftigungswillige in Deutschland kein Arbeitsplatz bereitgestellt werden kann. Wenn auch die Arbeitslosenquote Deutschlands im EG-Vergleich zumeist niedriger ausfällt, so ist doch der deutsche Wert dreimal so hoch wie der japanische (bezogen auf die letzte internationale Vergleichszahl im Jahr 1992). Die Arbeitslosenquote der Republik Korea entspricht in etwa der japanischen, in Taiwan sind lediglich 1,5 % aller Erwerbspersonen arbeitslos. Lag der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen zum letzten internationalen Vergleichszeitraum in den Vereinigten Staaten noch um 0,7 Prozentpunkte höher als in Deutschland (Früheres Bundesgebiet), so hat die günstige Beschäftigungsentwicklung der letzten Zeit in den Vereinigten Staaten jedoch bereits dazu geführt, daß die Arbeitslosenquote dort mittlerweile unter die von Deutschland gefallen ist.

Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten zwei Dekaden in allen bedeutenden Industrienationen zugenommen. Bezieht man den Vergleich auf das Jahr 1970, so ist allerdings festzustellen, daß das Ausmaß in Deutschland besonders gravierend war. Während sich in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosenquote in den letzten zwanzig Jahren nur auf das 1,5fache erhöht hat, in Japan auf das Doppelte, in Großbritannien und Nordirland auf über das Dreifache, veränderte sich dieser Meßwert in Deutschland auf fast das Zehnfache. In den asiatischen Schwellenländern lassen sich dagegen stagnierende oder rückläufige Entwicklungen beobachten.

Tabelle 9: Arbeitslose und Arbeitslosenquote \*)

Land	Arbeitslose		Arbeitslosenquote	
	1970	1992	1970	1992
	1 000		%	
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	148,8	1 820,6	0,7	6,6
Großbritannien und Nordirland .....	612,2	2 678,0	2,6	9,5
Vereinigte Staaten .....	4 088,0	9 384,0	4,9	7,3
Japan .....	590,0	1 420,0	1,1	2,2
Korea, Republik .....	454,0	464,0	4,5	2,4
Malaysia .....	.	401,1	.	5,4
Taiwan .....	79,0	132,0 <sup>1)</sup>	1,7	1,5 <sup>1)</sup>
Brasilien .....	.	.	3,4 <sup>2)</sup>	5,8 <sup>1)</sup>
Mexiko .....	.	.	4,4 <sup>2)</sup>	4,0 <sup>3)</sup>
Ungarn .....	.	663,0	.	12,3
Polen .....	.	2 355,0 <sup>4)</sup>	.	13,3 <sup>4)</sup>

\*) Jahresdurchschnittswerte.

1) Stand: November.

2) 1985. – Nur Stadtgebiete.

3) 1991.

4) Stand: Dezember.

Andererseits ging die weltweite Zunahme der Arbeitslosenzahlen einher mit einer Erhöhung der Erwerbsquote. In allen Ländern, die in diese Untersuchung einbezogen sind, ist der Anteil der Erwerbspersonen bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren gestiegen. In den Industriestaaten gehen bis zu drei von vier Personen einem Erwerb nach oder streben diesen an. Die höchste Erwerbstätigenquote hat von den westlichen Industrieländern Großbritannien und Nordirland (75,4 % im Jahr 1991), die geringste Deutschland (70,5 %). Eine Ursache dafür ist die relativ geringe Frauenerwerbsquote (58,4 %), obwohl sie sich in den letzten 20 Jahren um 12,2 Prozentpunkte erhöht hat. Japans Frauen nehmen anteilig in gleicher Weise wie in Deutschland (58,3 %) am Erwerbsleben teil.

In den Vereinigten Staaten sowie in Großbritannien und Nordirland arbeiten zwei von drei Frauen, was auch der Grund für die hohe generelle Erwerbsquote in diesen Staaten ist. In den asiatischen Schwellenländern ist die Erwerbsbeteiligung, insbesondere die der Frauen, z. T. noch erheblich niedriger als in den westlichen Industriestaaten. Dies mag auch mit dazu beitragen, daß die Arbeitslosigkeit noch nicht zu einem volkswirtschaftlich bedeutenden Problem geworden ist.

In Polen ist, im Gegensatz zu den anderen Ländern, die Erwerbsquote zurückgegangen, liegt aber dennoch auf der gleichen Höhe wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Tabelle 10: Altersstrukturbereinigte Erwerbsquoten\*)

Land	Jahr	Erwerbsquote		Jahr	Erwerbsquote		Veränderung	
		ins- gesamt	dar. Frauen		ins- gesamt	dar. Frauen	ins- gesamt	dar. Frauen
		%			%		%	
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) ..	1970	66,9	46,2	1991	70,5	58,4	+ 3,6	+12,2
Großbritannien und Nordirland ...	1971	71,5	51,9	1991	75,4	65,8	+ 3,9	+13,9
Vereinigte Staaten	1970	63,4	46,0	1992	74,0	67,0	+10,6	+21,0
Japan .....	1970	70,4	54,4	1992	71,2	58,3	+ 0,8	+ 3,9
Korea, Republik ..	1970	58,4	40,4	1992	63,7	50,2	+ 5,3	+ 9,8
Malaysia .....	1970	58,8	37,0	1990	63,5	45,2	+ 4,7	+ 8,2
Taiwan .....	1970	57,5 <sup>1)</sup>	35,4 <sup>1)</sup>	1991	59,1 <sup>1)</sup>	44,4 <sup>1)</sup>	+ 1,6 <sup>1)</sup>	+ 9,0 <sup>1)</sup>
Brasilien .....	1970	53,4	22,0	1990	63,6 <sup>1)</sup>	44,0 <sup>1)</sup>	.	.
Mexiko .....	1970	49,3	18,5	1991	59,9	35,7	+10,6	+17,2
Ungarn .....	1970	61,1 <sup>1)</sup>	48,0	1990	65,7	57,3	.	.
Polen .....	1970	74,2	66,5	1992	69,5	62,9	- 4,7	- 3,6

\*) Erwerbspersonen im Alter von 15 – 64 Jahren, bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters.

1) Erwerbspersonen im Alter von 15 Jahren und mehr, bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters.

Obwohl die Entwicklung der Erwerbstätigen- und Arbeitslosenzahlen in Deutschland tendenziell nicht anders verlief als in den anderen Industriestaaten, so stellt doch der erheblich geringere Erfolg bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze eine Besonderheit im internationalen Vergleich dar.

## 5 Standortbetrachtung

### 5.1 Arbeitskosten

Als Hauptursache für den sich anscheinend verschlechternden Wirtschaftsstandort Deutschland wird am häufigsten die Höhe der Arbeitskosten genannt. Die Entlohnung der menschlichen Arbeit sei im internationalen Standard zu hoch, die Produktionskosten für die Betriebe deshalb zu teuer. Zu hohe Preise für deutsche Waren und Dienstleistungen seien die logische Folge, um noch gewinnbringend arbeiten zu können, was andererseits dazu führe, daß der Verbraucher auf die in anderen Ländern produzierten, preisgünstigeren Güter übergehe. Stagnation oder sogar Rückgang der Produktion reduzierten den Arbeitskräftebedarf. Eine Änderung der jetzigen Arbeitsmarktsituation trete erst ein, wenn deutsche Produkte wieder kostengünstiger hergestellt würden und man damit gegenüber den ausländischen Produkten wieder konkurrenzfähig werde.

Richtig ist, daß die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland unter allen hier betrachteten Ländern am höchsten sind. Sie betrugen 1992 22,52 DM je Arbeitsstunde und lagen damit um 3,50 DM über den Löhnen in den Vereinigten Staaten und etwa 6 DM über der Bezahlung, die ein vergleichbarer Arbeiter in Japan oder in Großbritannien und Nordirland erhält. Ein mexikanischer Arbeiter bekommt für die gleiche Leistung nicht einmal 4 DM, in Polen wird ein noch geringerer Betrag bezahlt.

**Tabelle 11: Durchschnittliche Bruttostundenlöhne der Arbeiter  
im Verarbeitenden Gewerbe\*)**

Land	DM		
	1990	1991	1992
Deutschland (Früheres Bundesgebiet)	20,06	21,28	22,52
Großbritannien und Nordirland .....	14,47	15,43	16,39
Vereinigte Staaten .....	17,87	18,34	18,91
Japan <sup>1)</sup> .....	14,67	15,62	16,63
Mexiko .....	3,38	3,63	3,79
Polen <sup>1)2)</sup> .....	307,96	299,91	308,23
Ungarn .....	4,55	4,40	4,89

\*) Umgerechnet nach Verbrauchergeldparitäten (deutsches Verbrauchsschema).

1) Verdienste der Arbeitnehmer.

2) Nettomonatsverdienst.

Hohe Löhne sind aber gleichzeitig ein wesentlicher Kostenfaktor für die Unternehmen. In Deutschland kommt hinzu, daß neben den Löhnen fast gleich hohe Beträge (86,5 % der Löhne) an Lohnnebenkosten für Rentenversicherungen, Krankenkassen und sonstige Vorsorgeleistungen und Aufwendungen anfallen. In Großbritannien und Nordirland beträgt dieser Anteil nur etwas über 40 %, in den Vereinigten Staaten fast 40 % und in Japan nur gut 30 %. Dadurch erhöht sich der Abstand bei den aufzubringenden Arbeitskosten für einen Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe zwischen Deutschland und den anderen Ländern noch mehr als bei dem Vergleich der reinen Stundenverdienste.

Für einen deutschen Arbeiter müssen mittlerweile etwa 40 DM je Arbeitsstunde von den Unternehmen aufgebracht werden, in Japan ca. drei Viertel davon, in den Vereinigten Staaten sowie Großbritannien und Nordirland sind es nur etwas über 60 %, in den asiatischen Schwellenländern rund ein Fünftel der deutschen Kosten, in Mexiko und Ungarn ungefähr ein Zehntel und in Polen kostet durchschnittlich jeder Arbeiter nur noch ein Zwanzigstel von dem, was für einen deutschen Arbeiter von den deutschen Unternehmen aufgewendet werden muß. In den Ländern der ehem. Sowjetunion ist die Relation zu den deutschen Arbeitskosten noch größer.

Der Hauptgrund für diese Situation liegt in den überdurchschnittlich hohen Zusatzkosten in Deutschland, die in den letzten zwanzig Jahren fast doppelt so stark gestiegen sind wie die Direktentgelte. Auch in den meisten anderen westlichen Industriestaaten hat eine ähnliche Entwicklung stattgefunden, jedoch weniger extrem bezüglich der Nebenkosten.

Andererseits haben sich die Realverdienste in den einzelnen Ländern teilweise sehr unterschiedlich entwickelt. Im Zeitraum 1972 bis 1990 konnte ein deutscher Arbeitnehmer (Verarbeitendes Gewerbe) – ähnlich wie in Großbritannien und Nordirland sowie Japan – einen Mehrverdienst von annähernd 50 % verbuchen. In der Republik Korea stiegen die Realeinkommen der vergleichbaren Arbeitnehmergruppe hingegen um mehr als 300 %. Völlig konträr dazu die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, wo die Realverdienste seit einer Reihe von Jahren leicht unter dem Niveau von 1972 stagnieren.

**Tabelle 12: Index der Realverdienste der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe**  
1972 = 100

Land	1975	1980	1985	1990
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	111,6	128,1	131,2	148,7
Großbritannien und Nordirland .....	107,8	114,5	128,0	143,2
Vereinigte Staaten .....	96,8	93,5	99,0	96,7
Japan .....	113,4	120,5	132,1	145,4
Korea, Republik .....	130,0	217,0	270,3	410,1
Malaysia .....	97,7	124,9	168,2	159,7
Brasilien .....	104,3	117,2	193,4	141,5
Polen .....	132,8	149,4	132,6	116,4
Ungarn .....	114,1	125,7	136,7	150,8

## 5.2 Arbeitszeit

Kritiker erwähnen bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands häufig die im Vergleich zu anderen Ländern geringeren Arbeitszeiten als weiteren negativen Indikator.<sup>2)</sup> Deutschland hat von allen OECD-Ländern die geringste durchschnittliche Wochenarbeitszeit (37,6 Stunden) und die meisten Urlaubs- und Feiertage (42 Tage). Deutsche Arbeiter werden in ihren Fehlzeiten (148 Stunden/Jahr) nur von den Niederländern, Norwegern und Schweden übertroffen. Deutsche Arbeiter arbeiten effektiv jährlich 136 Stunden weniger als die Arbeiter in Großbritannien und Nordirland, 348 Stunden weniger als ihre

2) Zu dieser Problematik steht nur sehr unvollständiges und bedingt vergleichbares Zahlenmaterial zur Verfügung, so daß alle hierzu gemachten Aussagen nur eine allgemeine Tendenz vermitteln können.

amerikanischen und fast 640 Stunden weniger als ihre japanischen Kollegen. D. h., jeden Monat arbeiten japanische Arbeiter durchschnittlich fast 7 Tage mehr. In der Republik Korea und Taiwan liegen bereits die geleisteten Wochenarbeitsstunden um etwa 10 Stunden höher als in Japan.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß in Deutschland der Arbeitskräfteeinsatz am geringsten ist. Andererseits kann die Forderung aufgrund dieser Situation nicht ohne weiteres sein, die Arbeitszeiten wieder zu erhöhen, da hierdurch beschäftigungspolitisch unerwünschte Effekte entstehen würden. Wenn es nicht gelingt, zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften durch Ausweitung der Produktion und der Dienstleistungen zu schaffen, läßt sich die Zahl der Erwerbstätigen nur vergrößern, indem man die Arbeit auf mehr Personen verteilt.

### 5.3 Lohnstückkosten und Produktivität

Hohe Lohnkosten und kurze Arbeitszeiten geben nur bedingt einen Eindruck über die Belastung der Unternehmen. Sie zeigen lediglich die Inputseite, aber nicht, was damit produziert worden ist. Aufschlußreichere Indikatoren, die über die Effektivität des Einsatzes der Arbeitskräfte eine Aussage zulassen, sind die Lohnstückkosten und die Arbeitsproduktivität. Beide Maße haben ihren Ursprung als betriebswirtschaftliche Kennziffern. Bei Vergleichen zwischen mehreren Ländern lassen sie sich jedoch auch als gute volkswirtschaftliche Indikatoren verwenden. Bei den Lohnstückkosten werden alle Einkommen einer Volkswirtschaft aus unselbständiger Arbeit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt. Je geringer der sich daraus ergebende Quotient ist, desto kostengünstiger wird in einem Land produziert. Diese Meßgröße läßt sich im Zähler dadurch beeinflussen, daß die Einkommenszahlungen an die unselbständig Beschäftigten oder die Zahl der Erwerbstätigen niedrig gehalten werden.

**Tabelle 13: Entwicklung der realen Lohnstückkosten\*)**

Deutschland = 100

Land	1960	1970	1980	1990	1991	1992
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	100	100	100	100	100	100
Großbritannien und Nordirland .....	124,3	111,5	102,0	105,0	105,8	105,4
Vereinigte Staaten .....	122,0	115,0	104,3	111,6	111,8	111,1
Japan .....	85,2	81,7	92,8	101,3	102,8	103,5
Korea, Republik .....	68,3	63,5	67,7	84,5	86,9	87,1
Malaysia .....	73,2	66,1	.	.	.	.
Taiwan .....	79,0	78,4	80,2	97,9	98,2	97,4
Brasilien .....	57,8	64,3	59,9	.	.	.
Mexiko .....	65,9	66,9	61,6	46,0	47,4	.
Ungarn .....	.	.	73,8	99,1	.	.

\*) Einkommen aus unselbständiger Arbeit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt.



Im Ländervergleich wird deutlich, daß die deutschen Lohnstückkosten in den letzten Jahren gegenüber den hier betrachteten Industrieländern günstiger lagen. Selbst Japans Lohnstückkosten, die 1970 nur gut vier Fünftel des deutschen Wertes betrugen, liegen seit 1990 höher als die deutschen. Außerdem wird deutlich, daß in den Vereinigten Staaten der Arbeitskräfteeinsatz generell weniger effektiv war als in Deutschland. Taiwan hat mittlerweile das deutsche Niveau fast erreicht, in der Republik Korea nehmen die Lohnstückkosten kontinuierlich seit 1970 zu. Dieser Vergleich verdeutlicht, daß, obwohl die Arbeitskosten in Deutschland zu den höchsten auf der Welt gehören, sie dennoch keinen Faktor darstellen, der den Wirtschaftsstandort Deutschland schwächt.

Für einzelne Wirtschaftsbereiche trifft diese Aussage allerdings nicht mehr zu. Besonders bei den exportabhängigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes befinden sich Japan und das hier stellvertretend für die asiatischen Schwellenländer stehende Taiwan in einer günstigeren Lage. Aus der folgenden Tabelle 14 ist zu erkennen, daß bei den Grundstoffindustrien der Abstand zwischen diesen beiden Staaten und Deutschland rund 30 Prozentpunkte ausmacht und bei den Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrie noch etwa 15 Prozentpunkte beträgt. Bei den Mineralölprodukten und chemischen Produkten ist der Lohnstückkostenanteil bereits doppelt so hoch wie in Japan.

**Tabelle 14: Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe 1992  
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen\*)**

Wirtschaftszweig	%			
	Deutschland <sup>1)</sup>	Japan	Taiwan	Vereinigte Staaten <sup>2)</sup>
Grundstoffindustrie für Metalle	73,1	42,1	41,7	76,4
Erzeugung von bearbeiteten Metallprodukten, Maschinen und Ausrüstungen .....	76,8	59,7	62,2	80,1
Erzeugung von Chemikalien und chemischen Produkten sowie Produkten aus Erdöl, Kohle, Gummi und Kunststoffwaren .....	57,2	28,1	37,7	51,7

\*) Einkommen aus unselbständiger Arbeit gemessen an der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Bereiches.

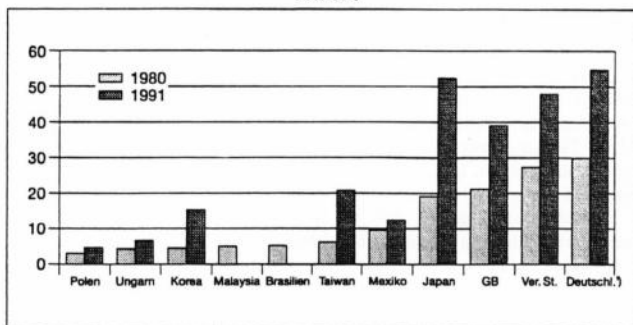
1) 1991. – Früheres Bundesgebiet.

2) 1987.

Diese gegenüber Deutschland und anderen westlichen Industrieländern geringere Kostenbelastung wichtiger Industriezweige ist sicherlich auch der Hauptgrund dafür, daß Japan und die asiatischen Schwellenländer die Weltmärkte mit ihren Produkten erobern konnten und ihren Anteil am Welthandelsvolumen insgesamt erheblich zu ihren Gunsten – und zum Nachteil der westlichen Industrieländer – ausbauen konnten.

Die Arbeitsproduktivität mißt das BIP in Relation zu den Erwerbstätigen.<sup>3)</sup> Zwar läßt auch dieser Indikator keinen eindeutigen kausalen Schluß zum effektiven Einsatz der Arbeitskräfte zu, da er sich aus verschiedenen Einflußfaktoren ergibt. Im internationalen Vergleich kann diese Größe aber durchaus als Vergleichsmaß herangezogen werden.

**Schaubild 5**  
**Entwicklung der Arbeitsproduktivität\***  
1 000 US \$



\*) Bruttowertschöpfung in nationaler Währung (jeweilige Preise) je Beschäftigten, umgerechnet über Wechselkurse.

1) Früheres Bundesgebiet

Beim Produktivitätsvergleich schneidet Deutschland unter allen hier einbezogenen Ländern am günstigsten ab. Der deutsche Wert betrug im Jahr 1991 durchschnittlich je Beschäftigten über 50 000 US-\$. Nur für Japan lag ein etwa gleich hoher Wert vor. 1980 bestand zwischen den beiden Produktivitätskennziffern noch ein Abstand von über 10 000 US-\$. Auch die Vereinigten Staaten sowie Großbritannien und Nordirland hatten 1980 noch eine höhere Arbeitsproduktivität als Japan. Ein zusätzlicher Blick auf die Veränderungsraten zeigt, daß Japan zwischen 1980 und 1985 überdurchschnittliche Wachstumsraten von fast 5 % bei der Arbeitsproduktivität hatte, die Vereinigten Staaten dagegen nur 1 %. Allerdings sind in den Jahren 1990 und 1991 die japanischen Werte wieder niedriger als die deutschen. 1992 trat in Japan fast keine Veränderung mehr ein.

Ein höheres durchschnittliches Produktivitätswachstum als in Japan hat seit 1980 nur noch in der Republik Korea und Taiwan stattgefunden, allerdings auch mit abflachender Tendenz. Die absolute Arbeitsproduktivität dieser Länder liegt, wie die

3) Besser wäre die Relation zu den Erwerbstätigenstunden, was jedoch aufgrund der international lückenhaften Arbeitszeitstatistiken z.Z. nicht möglich ist.

folgende Tabelle 15 deutlich ausweist, noch erheblich unter denen der Industrieländer. Die Republik Korea erreicht nur etwa ein Viertel, Taiwan rd. ein Drittel der in Deutschland im Durchschnitt für jeden Erwerbstätigen erzielten Arbeitsproduktivität.

**Tabelle 15: Arbeitsproduktivität zu konstanten Preisen**  
Veränderung in %

Land	1980/85 D	1985/90 D	1991	1992
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	1,5	1,9	2,8	1,1
Großbritannien und Nordirland .....	2,7	1,4	1,1	1,8
Vereinigte Staaten .....	1,0	0,7	0,1	1,9
Japan .....	4,9	3,0	2,3	0,1
Korea, Republik .....	6,5	6,2	5,3	2,9
Malaysia .....	1,8	3,2	.	.
Taiwan .....	4,1	6,4	5,3	.
Brasilien .....	- 2,3	- 1,0	.	.
Mexiko .....	0,3	0,9	1,0	.
Polen .....	0,7	0,2	- 2,1	.
Ungarn .....	1,5	0,9	- 6,9	.

Ebenso ist in deutschen Unternehmen der Stückgewinn, d. h. das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, gemessen am Bruttosozialprodukt, mit Ausnahme von Japan, höher als in den anderen Industrieländern. In den Schwellenländern liegt der reale Stückgewinn allerdings noch 30 bis annähernd 50 % über dem deutschen Ergebnis.

**Tabelle 16: Realer Stückgewinn \*)**  
Deutschland = 100

Land	1992
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	100
Großbritannien und Nordirland .....	86,3
Vereinigte Staaten .....	85,1
Japan .....	102,7
Korea, Republik .....	146,4
Taiwan .....	130,6

\*) Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, gemessen am Bruttosozialprodukt.

Geringe Lohnstückkosten einerseits und hohe Stückgewinne andererseits deuten eher auf eine ungleichmäßige Verteilung der Einkommen hin. Deutschland ist das Land, das unter allen westlichen Industriestaaten bisher die gleichmäßigste Einkommensverteilung vorweisen kann. Andererseits sind hohe Gewinne aber auch die

Basis dafür, betriebliche Investitionen zu tätigen und damit dazu beizutragen, den Produktionsprozeß zukünftig rationeller neben anderen Arbeitsplatzverbesserungsmaßnahmen zu gestalten. Unter diesem Aspekt ist die deutsche Entwicklung eher ungünstig verlaufen. Die Investitionsquote in Deutschland ist seit 1970 ständig geringer geworden und beträgt nunmehr noch gut ein Fünftel des BIP. Der kontinuierliche Rückgang der Investitionsquote hat zwar auch bei den anderen Industriestaaten stattgefunden, Japans Investitionsausgaben haben aber immer noch einen Anteil von gut 30 % am BIP, knapp 10 Prozentpunkte mehr als der deutsche Wert. Noch höhere Quoten haben die Republik Korea und Malaysia (ca. 35 %), Taiwan liegt dagegen nur noch zwei Prozentpunkte über dem deutschen Investitionsanteil.

**Tabelle 17: Investitionsquote  
in % des Bruttoinlandsprodukts**

Land	1970	1992
Deutschland (Früheres Bundesgebiet) .....	25,5	21,2
Großbritannien und Nordirland .....	18,9	15,6
Vereinigte Staaten .....	18,0	15,4
Japan .....	35,5	30,6
Korea, Republik .....	23,0	35,6
Malaysia .....	17,7	35,4
Taiwan .....	18,9	23,2
Brasilien .....	24,0	19,1
Mexiko .....	20,0	19,4
Polen .....	18,7	16,5
Ungarn .....	34,0	20,4

Die Belastung der deutschen Unternehmen mit Ertrags- und sonstigen Steuern, was manchmal auch als zusätzlicher Beweis eines bestehenden Standortnachteils angeführt wird, ist im Vergleich zu den anderen Industrieländern nicht außergewöhnlich stark. Zwar sind die Grenzsteuersätze in Deutschland höher als in anderen Staaten, dafür sind die steuerlichen gewinnreduzierenden Möglichkeiten (Abschreibungen, Rückstellungen) günstiger als in anderen Ländern.

#### 5.4 Direktinvestitionen

Im Rahmen der Standortdiskussion stellen Direktinvestitionen eine weitere wichtige Kennziffer zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage dar. Je nachdem, welchen Blickwinkel man ansetzt, implizieren Direktinvestitionen bestimmte Absichten und Hintergründe. Aus der Sicht desjenigen, der Investitionen im Ausland vornimmt, verbinden sich damit neue Markteroberungen, letztlich ein zukünftig größeres Exportvolumen.<sup>4)</sup> Aus der Sicht des empfangenden Landes werden Direktinvestitionen des Auslandes als Signale positiver Einschätzung des eigenen Standortes interpretiert.

4) Ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Direktinvestitionen und den Exporten ist nachweisbar.

Deutschlands Direktinvestitionen erreichten 1990 insgesamt rd. 28 Mrd. US-\$, sanken jedoch im folgenden Jahr auf 21 Mrd. US-\$. Dieser Rückgang steht im Zusammenhang mit dem Aufbau der Industrie in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Großbritannien und Nordirlands Auslandsinvestitionen waren etwas geringer. Die Vereinigten Staaten investierten 6 Mrd., Japan 9 Mrd. US-\$ mehr im Ausland als Deutschland. Deutsche Investitionen flossen bisher überwiegend in die EG-Länder. Nur 1,8 % aller bisher im Ausland vorgenommenen Investitionen gingen in die Länder Südostasiens, etwa 23 % in die Vereinigten Staaten.

Über 40 % der Auslandsinvestitionen wurden im Verarbeitenden Gewerbe, darunter überwiegend in der Chemischen Industrie, angelegt. Knapp ein Fünftel der gesamten getätigten Auslandsinvestitionen waren für den Handel bestimmt.

Die Investitionen von ausländischen Unternehmen in Deutschland (einschl. der neuen Länder und Berlin-Ost) haben zwar 1990 gegenüber dem durchschnittlichen Wert in den Jahren davor (1986 – 1989) auf knapp das Doppelte zugenommen, dennoch betrug der Umfang noch nicht einmal ein Drittel von dem, was deutsche Firmen im Ausland investieren. Allerdings gingen 1991 die Direktinvestitionen gegenüber 1990 bereits wieder um fast 2 Mrd. US-\$ zurück. Bevorzugte Investitionsländer sind Großbritannien und Nordirland sowie die Vereinigten Staaten, in die 1990 im Vergleich zu Deutschland fast das Vier- bzw. Fünffache an Investitionen vorgenommen worden sind. Dagegen ist Japan ein Land, das am meisten von allen Industriestaaten im Ausland investiert, in dem andererseits aber nur sehr wenig ausländisches Kapital angelegt wird, was hauptsächlich in der Abschottungspolitik der Japaner liegen dürfte.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland haben in Relation zu den wichtigsten Industrienationen ein durchaus gleichwertiges Niveau erreicht, allerdings gelangen die Investitionsmittel nach wie vor hauptsächlich in die EG-Partnerländer. Deutschland ist offenbar für ausländische Investoren erheblich weniger attraktiv als andere Industrienationen. Auch in den asiatischen Schwellenländern entwickelten sich die ausländischen Direktinvestitionen nicht in dem Maße, wie das teilweise für andere Kennziffern gilt.

**Tabelle 18: Direktinvestitionen**  
**Mill. US-\$**

Land	Direktinvestition					
	vom Ausland			im Ausland		
	1989	1990	1991	1989	1990	1991
Deutschland .....	4 420	8 390	6 590	15 816	28 380	21 480
Großbritannien und Nordirland .....	20 084	32 576	21 104	27 939	17 840	19 135
Vereinigte Staaten .....	52 930	45 140	11 500	25 860	32 690	27 150
Japan .....	316	1 760	1 370	32 084	48 050	30 740
Korea, Republik .....	676	715	1 116	314	820	1 357
Malaysia .....	1 163	2 514	3 454	.	.	.
Taiwan .....	987	1 330	1 271	3 417	5 243	1 854
Brasilien .....	1 336	901	.	329	665	.
Mexiko .....	2 606	2 632	4 762	.	.	.
Polen .....	29	89	291	14	.	9
Ungarn .....	.	.	1 462	.	.	.

## 5.5 Weitere Standortfaktoren

Neben den Direktinvestitionen, die sich unmittelbar in der Schaffung eines zusätzlichen Arbeitskräftebedarfs bzw. einer Sogwirkung auf den Export mit anschließenden Beschäftigungseffekten auswirken können, gibt es weitere Investitionen, die nur mittelbar positive Wirkungen auf die Standortbedingungen eines Landes ausüben. Darunter fallen die Bildungsausgaben und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Das deutsche Bildungswesen ist allgemein anerkannt. Immer mehr Menschen in Deutschland verfügen über höhere Bildungsabschlüsse. Deutschland (Früheres Bundesgebiet) wendete 1990 4,1 % des BIP für Bildungsausgaben auf, 0,6 Prozentpunkte weniger als vor zehn Jahren. Dieser Anteil entspricht dem der Republik Korea. In allen anderen Ländern sind, z. T. auch mit rückläufiger Tendenz, die Quoten höher. Die Vereinigten Staaten haben den Anteil der Bildungsausgaben am BIP weiter erhöht, so daß dieser mehr als einen Prozentpunkt über dem deutschen liegt. Ungarn weist mit 6,1 % den höchsten Wert aus.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung haben einen ähnlich zukunftsorientierten Charakter wie die Bildungsausgaben. Im europäischen Vergleich hat hier nur Frankreich einen höheren Anteil am BIP als Deutschland. Die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegen leicht über einem Prozent des BIP und damit über dem Durchschnitt der Länder der EG. Allerdings haben die öffentlichen Ausgaben für Forschung nur noch eine bedingte Aussagekraft, da die von den Industriebetrieben dafür aufgewendeten Mittel an Bedeutung gewinnen.

Standortvor- und -nachteile sind nicht nur nach reinen Kostengesichtspunkten zu beurteilen. Infrastrukturelle Bedingungen sind ebenso wichtig. Schnelle Verfügbar-

keit von Arbeitskräften, rationelle Transportmöglichkeiten und gut ausgebaute, störungsfreie Kommunikationstechniken sind zusätzliche Beurteilungskriterien eines Standortes.

Deutschland besitzt ein sehr gut ausgebautes und dichtes Straßennetz, das in Europa konkurrenzlos ist, das, auf die Fläche bezogen, dichteste Schienennetz von allen in die Vergleichsbetrachtung einbezogenen Ländern und ein Telekommunikationsnetz, womit reibungslos und schnellstens, soweit es die Kommunikationstechniken anderer Länder ebenso zulassen, weltweite Verbindungen überbrückt werden können. Die geographische Lage, die Größe des Landes, die See- und Luftverbindungen und die günstigen klimatischen Verhältnisse sind Parameter, die letztlich zum Ergebnis führen, daß die Infrastruktur Deutschlands optimale Standortbedingungen bietet.

## **6 Internationale Konkurrenzsituation im Überblick**

Abschließend soll eine Gesamtbetrachtung der wichtigsten international zur Verfügung stehenden Indikatoren vorgenommen werden. Die statistischen Werte wurden in ein grobes qualitatives Raster einsortiert, wobei hinsichtlich der Eingruppierung die Abweichung zum entsprechenden deutschen Wert zugrunde gelegt worden ist.

Welche Schlüsse lassen sich nun aus den zusammengetragenen Daten ziehen? Ist der Wirtschaftsstandort Deutschland in Gefahr? Besteht eine ernstzunehmende internationale Konkurrenzsituation? Und letztlich, hat die zunehmende internationale Verflechtung Einfluß auf die heutige Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt gehabt und läßt sich aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse über die Entwicklung in den anderen Ländern eine Empfehlung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland abgeben?

Obwohl nur etwa ein Drittel aller Einstufungen besser ausfällt als der entsprechende deutsche Wert, besteht dennoch kein Anlaß, die internationale Konkurrenzsituation als unbedeutend anzusehen. Besonders die großen Industrienationen Vereinigte Staaten und Japan haben in mehr als der Hälfte aller einbezogenen Indikatoren günstigere Werte als Deutschland vorzuweisen. Aber auch in den asiatischen Schwellenländern vermitteln besonders einige in die Zukunft gerichtete Indikatoren ein besseres Bild, als es sich in Deutschland darstellt. Die hier stellvertretend für Mittel- und Südamerika stehenden beiden Staaten haben insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und auch bei den Arbeitskosten eine günstigere Situation vorzuweisen. Als ebenbürtige Konkurrenten treten sie jedoch bei weitem noch nicht auf. Die mittel- und osteuropäischen Länder können lediglich die äußerst günstige Kostenkomponente für sich anführen, ansonsten sind sie weit von dem entfernt, was auf eine Konkurrenzsituation hindeuten könnte.

Tabelle 19: Rangfolgevergleich für ausgewählte Indikatoren

Wirtschaftsindikator	Westliche Industrieländer			Asiatische Schwellenländer			Mittel- und Süd-amerikanische Länder		Mittel- und osteuropäische Länder	
	GB	USA	Ja	Ko	Tai	Mal	Bra	Mex	Un	Pol
<i>Volkswirtschaftliche Kennziffern</i>										
BIP .....	0	++	+	-	-	-	--	--	--	--
Wachstum										
- langfristig .....	-	-	++	++	++	++	+	+	--	--
- kurzfristig .....	+	+	0	+	++	++	0	+	--	+
BIP-pro-Kopf .....	-	-	0	--	--	--	--	--	--	--
<i>Welthandel</i>										
Anteil 1992 .....	-	+	-	--	--	--	--	--	--	--
Entwicklung des Marktanteils .....	0	-	++	x	+	0	0	0	-	-
<i>Beschäftigung</i>										
Schaffung neuer Arbeitsplätze .....	-	++	+	++	++	+	++	+	0	-
Arbeitslosenquote .....	-	0	+	+	+	x	+	+	-	-
Erwerbsquote .....	0	+	+	-	-	-	-	-	-	0
<i>Standortbetrachtung</i>										
Geringe Arbeitskosten .....	+	+	+	++	++	++	++	++	++	++
Lohnstückkosten .....	0	+	0	+	0	+	+	++	x	x
Produktivität .....	-	-	0	--	--	--	--	--	--	--
Investitionsquoten .....	-	-	+	++	0	++	0	x	0	-
Direktinvestitionen im Ausland .....	0	+	++	--	--	-	--	x	--	--
Direktinvestitionen vom Ausland .....	++	+	--	--	--	-	--	-	--	--
Infrastruktur .....	0	0	0	-	-	-	--	--	--	--
Summe "+" und "++" .....	3	9	9	7	6	6	5	6	1	2
Summe "0" .....	6	2	5	-	2	1	3	1	2	1
Summe "- und "--" .....	7	5	2	8	8	8	8	7	12	12
Summe "x" .....	-	-	-	1	-	1	-	2	1	1

Legende:

GB	=	Großbritannien und Nordirland	Mal	=	Malaysia
USA	=	Vereinigte Staaten von Amerika	Bra	=	Brasilien
Ja	=	Japan	Mex	=	Mexiko
Ko	=	Korea, Republik	Un	=	Ungarn
Tai	=	Taiwan	Pol	=	Polen

++ = erheblich besser als in Deutschland

+ = besser als in Deutschland

0 = gleich oder etwa gleich wie in Deutschland

- = schlechter als in Deutschland

-- = erheblich schlechter als in Deutschland

x = keine Angaben



Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist zwar nicht in massiver Gefahr, die Konkurrenzsituation der Schwellenländer darf aber nicht unterschätzt werden. Die deutschen Bestandsdaten wie BIP, Produktivität, Weltmarktposition nehmen weltweit immer noch Spitzenwerte ein, alle kurzfristigen Veränderungsdaten wie Wachstum, Schaffung neuer Arbeitsplätze, höhere Weltmarktanteile und Arbeitskostenentwicklung sind aber für die Schwellenländer und z. T. auch für die anderen Industrienationen gegenwärtig günstiger. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird seine noch herausragende Weltmarktposition nur halten können, wenn sich die Indikatoren wieder adäquat zu denen der bestehenden und aufkommenden Konkurrenzländer entwickeln. Auch wenn die Lohnstückkosten in Deutschland nicht höher sind als die der auf den Weltmärkten mitauftretenden Hauptkonkurrenten, so darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitskosten in Deutschland eine besondere Belastung für die deutsche Wirtschaft darstellen. Der für unser Wirtschaftssystem immer wieder positiv gepriesene Marktmechanismus scheint offensichtlich auf dem Arbeitsmarkt nicht zu funktionieren. Weltweit höchste Löhne und Lohnnebenkosten einerseits und eine Arbeitslosenquote von etwa 10 % andererseits zeigen, daß hier Angebot und Nachfrage nicht im Einklang stehen.

Deutsche Produkte sind in vielen Bereichen nicht mehr besser, sondern nur noch teurer. Von daher muß die internationale Konkurrenz ernst genommen werden. Die Anbietersituation auf den Weltmärkten wird sich eher verschärfen. Indirekt hat die Stagnation des deutschen Außenhandels am Weltmarkt schon Einfluß gehabt auf die Arbeitsmarktsituation in Deutschland. Obwohl die Nachfrage nach Gütern des Produzierenden Gewerbes weltweit gestiegen ist, schrumpft dieser Sektor in Deutschland. Japan und die Schwellenländer geben den Beweis, daß die Ausweitung des tertiären Sektors nicht zwangsläufig auf Kosten des Produktionssektors gehen muß. Andererseits haben die Vereinigten Staaten gezeigt, daß durch Tertiarisierung ein großes Potential an zusätzlichen Arbeitsplätzen geschaffen werden kann. Allerdings geht diese Entwicklung einher mit einer Anpassung der Löhne mit der Folge, daß das Durchschnittseinkommen sinkt, was wiederum auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum dämpfend wirkt.

Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, daß es viele Beispiele gibt, wie man neue Arbeitsplätze schaffen kann, ein allgemeingültiges Muster für einen optimalen Strukturwandel läßt sich aber nicht erkennen. Eines wird jedoch deutlich: Ein Strukturwandel, der dazu führen soll, die deutsche Position auf den Weltmärkten zu halten oder sogar noch auszubauen und die Zahl der Erwerbstätigen erheblich zu steigern, wird nicht ohne Einbußen im Bereich der Reallohnentwicklung vonstatten gehen können, wenn Deutschland der internationalen Herausforderung standhalten will.

## Zusammenfassung

Die höchsten Arbeitslosenzahlen in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg werden ursächlich auch mit der sich stetig verschärfenden Konkurrenzsituation auf den Weltmärkten in Zusammenhang gebracht.

Obwohl Deutschland noch zu den drei größten Industrienationen der Erde zählt, die deutschen Indikatoren über die wesentlichen wirtschaftlichen Bestandsgrößen (BIP, Produktivität und Außenhandelsvolumen) ein solides Fundament ausweisen, sind kritische Hinweise auf eine zunehmende internationale Konkurrenz für den Wirtschaftsstandort Deutschland durchaus berechtigt.

Während andere Staaten (insbesondere Japan und die asiatischen Schwellenländer) ihre Auslandsgeschäfte kontinuierlich ausdehnen, stagniert Deutschlands Außenhandel auf hohem Niveau, weitgehend einseitig regional auf die westeuropäischen Nachbarländer konzentriert.

Deutsche Produkte sind überwiegend teurer als ausländische, was hauptsächlich auf die extrem hohen Arbeitskosten in Deutschland zurückzuführen ist.

Trotz der sehr guten Infrastruktur übt Deutschland keine besondere Anziehungskraft auf ausländische Investoren aus.

Die seit 1970 geschaffenen 3,5 Mill. zusätzlichen Arbeitsplätze sind im europäischen Vergleich zwar beachtlich, international gesehen aber bestenfalls ein mittelmäßiges Ergebnis. Deutschlands Arbeitslosenquote ist gegenüber seinen europäischen Nachbarn tendenziell niedriger, die Entwicklung dieser Größe in den letzten 20 Jahren mit einer Erhöhung auf fast das Zehnfache ist jedoch besonders gravierend.

Daß durch Tertiarisierungsprozesse eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden kann, haben insbesondere die Vereinigten Staaten gezeigt; Japan und die asiatischen Schwellenländer haben den Beweis erbracht, daß auch im Produzieren der Ausbau von Arbeitsplätzen möglich ist.

Gesamtwirtschaftliche Impulse, die auf dem Arbeitsmarkt Wirkung zeigen, sind kurzfristig nicht zu erkennen. Bei einem weiteren Rückgang der Investitionsquote ist aber auch mittelfristig keine gesamtwirtschaftlich induzierte Auswirkung auf den Arbeitsmarkt zu erwarten.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird sich international zukünftig nur behaupten können, wenn es gelingt, daß deutsche Produkte ihr Gütesiegel behalten und auch preislich konkurrieren können. Diese Voraussetzung allein reicht jedoch noch nicht aus, um alle Arbeitsuchenden wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Nur wenn auch Arbeit, Zeit und Einkommen gleichmäßiger verteilt werden, scheint Vollbeschäftigung und damit auch sozialer Frieden erreichbar zu sein.

## Literaturhinweise

*Berliner Bank* (1993): Standort auf der Waage und Direktinvestitionen in Wachstumsmärkten – Eine Voraussetzung für neue deutsche Exporterfolge, in: Monatsbericht 2/1993.

*Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände* (1992):, Arbeitgeber, 10/1992.

*Council for Economic Planning and Development, Republic of China, Taiwan* (1992): Statistical Data Book 1992, Taipeh.

*Deutsche Bundesbank* (1993): Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland von Ende 1989 bis Ende 1991, in: Monatsbericht 4/1993.

*Hauptamt für Statistik* (1993): Statistisches Handbuch 1993, Warschau.

*Institut der Deutschen Wirtschaft* (1992): iw-trends, 2/1992, Köln.

*International Labour Office* (versch. J.): Yearbook of Labour Statistics 1980, 1984, 1987, 1993, Genf.

*International Monetary Fund* (1993): Direction of Trade Statistics Yearbook, Washington.

*International Monetary Fund* (1993): International Financial Statistics Yearbook, Washington.

*International Monetary Fund* (1993):, International Financial Statistics, Februar 1993, Washington.

*Organisation for Economic Co-Operation and Development* (versch. J.): Labour Force Statistics, 1971 – 1991, Paris.

*Organisation for Economic Co-Operation and Development* (1992): Statistics Directorate Foreign Trade by Commodities, Serie C, Paris.

*Organisation for Economic Co-Operation and Development* (1993): National Accounts Detailed Tables Volume II, 1979 – 1991, Paris.

*Organisation for Economic Co-Operation and Development* (1994): National Accounts Main Aggregates Volume I, 1960 – 1962, Paris.

*Pollau, Wolfgang/Stankowsky, Jan* (1993): Lohnkosten, Wettbewerbsfähigkeit und Integration am Beispiel der USA, in: WIFO, Monatsbericht 10/1993.

*Rinninsland, Gudrun* (1992): Internationaler Arbeitszeitvergleich, in: Personal, Jg. 44, H. 10.

Salowsky, Heinz (1993): Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich 1970-1992, in: iw-trends 2/1993.

Salowsky, Heinz (1993): Soziale Sicherheit, Lohnfindung und Arbeitskosten in den Reformländern Mittel- und Osteuropas, in: iw-trends 1/1993.

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – EUROSTAT (1992): Verdienste 1992, Luxemburg.

Statistisches Bundesamt (versch. J.): Außenhandel nach Waren und Ländern, Fachserie 7, Reihe 2, 1991, 1992, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (versch. J.): Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, 1950 bis 1990, 1993, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3 Konten und Standardtabellen 1992, Hauptbericht, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (versch. J.): „Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland“, 1950, 1960 (Teil 1) 1970 (Fachserie 6, Reihe 1), 1980, 1992 (Fachserie 7, Reihe 1), Wiesbaden.

The Central Bank of China (1994): Financial Statistics Taiwan District, the Republic of China, Taipeh.

The Department of Statistics (1993): Ministry of Finance, Monthly Statistics of Exports and Imports Taiwan Area, the Republic of China, Taipeh.

The World Bank (1993): World Tables 1993, Washington.

United Nations (versch. J.): International Trade Statistics Yearbook, 1950, 1953 – 1991, New York.

United Nations (1993): Monthly Bulletin of Statistics, 1960 – 1992, 10/1993, New York.

United Nations (1992): National Accounts Statistics: Main Aggregates and detailed Tables, 1990, New York.

United Nations (o.J.): Statistical Papers, Serie D, Commodity Trade Statistics, 1990 – 1992, New York.

United Nations (1982): Yearbook of National Accounts Statistics 1980, New York.

U.S. Department of Labor Bureau of Labor Statistics (1993): International Comparisons of Hourly Compensation Costs for Production Workers in Manufacturing, 1975, 1980 and 1985-92, in: Report 844, 4/93.

# Arbeitsmarkt 2000 – Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt

## 1 Rahmenbedingungen der künftigen Arbeitslandschaft

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit wird die Unterbeschäftigung in Deutschland auch in den kommenden Jahren noch hoch sein. Die relativ hohe Arbeitslosigkeit wird wahrscheinlich bis zum Jahr 2000, ja sogar darüber hinaus anhalten. Gleichzeitig werden Fachkräftemangel und mögliche Qualifikationsdefizite bei den Erwerbspersonen gesehen. Wie paßt das nun zusammen? Und welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen?

Im folgenden werden dazu einige der wichtigsten Tendenzen des Arbeitsmarktes dargestellt. Diese Vorausschau auf die künftige Arbeitsmarktlage kann natürlich nur Möglichkeiten darstellen, Chancen aufzeigen und auf Risiken verweisen. Inwieweit sich die Einschätzungen später bewahrheiten ist offen, denn vieles hängt davon ab, wie die (Wirtschafts-)Politik die anstehenden Aufgaben anpackt – mutig, offensiv oder ängstlich, defensiv. Verharrt man wie ein Kaninchen vor der Schlange, werden viele Schwierigkeiten größer sein, wird sich die Lage eher schlechter gestalten. Packt man die anstehenden Probleme dynamisch an, sucht und probiert man intelligente Lösungen, dann wird das Resultat günstiger sein.

Deutschland befindet sich – wie alle anderen Industrieländer – in der Anfangsphase eines fundamentalen Strukturwandels der gesamten Wirtschafts- und Arbeitswelt, wie er vielleicht nur mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu vergleichen ist.<sup>1)</sup>

Technisch-wirtschaftlich nimmt die Informationsgesellschaft Gestalt an. Im Detail lassen sich einige Trends als treibende Kräfte unserer wirtschaftlichen Zukunft herausarbeiten, die wiederum ganz konkret mit dem Arbeitsmarkt der Zukunft zu tun haben. Dabei wird in Deutschland das Arbeitskräfteangebot, also die Anzahl verfügbarer Arbeitskräfte, von drei zentralen, übergeordneten Trends, sogenannten Megatrends geprägt.

---

\*) Dr. Johann Fuchs, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.  
– Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. –

1) Vgl. Klauder (1990).

Es sind dies:

- Niedrige Geburtenziffern, mit der langfristigen Folge einer Überalterung der Bevölkerung.
- Eine Zunahme internationaler Wanderungen, vor allem von Arbeitskräften. Die Gründe hierfür liegen in der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt, verbunden mit wirtschaftlich begründetem Abwanderungsdruck in diesen Ländern, Vertreibung und Flucht, der Öffnung von Grenzen wie in Osteuropa und der Bildung größerer wirtschaftlicher und politischer Einheiten, wie z. B. dem EG-Binnenmarkt. Für (West)Deutschland heißt das vor allem Zuwanderungen von Aussiedlern aus Mittel- und Osteuropa, von Asylsuchenden aus der Dritten Welt und von Bürgern anderer EG-Länder.
- Steigende Frauenerwerbsbeteiligung, denn immer mehr Frauen wollen und werden künftig erwerbstätig sein, und sie haben auch eine immer bessere (Erst-)Ausbildung.

Folgende Megatrends könnten die großen langfristigen Herausforderungen der Zukunft sein, die die Arbeitskräftenachfrage, quantitativ und qualitativ, unter Ein-schluß der Gestaltung der Arbeitsplätze, bestimmen:

### **Neue Technologien**

Es findet derzeit geradezu eine technologische Revolution durch grundlegend neue Technologien statt. Damit sind Informationstechniken, Mikrosystemtechniken, Bio-technik, Lasertechnik, Solarenergie gemeint. Im Haushalt und in Dienstleistungsbereichen könnten vielleicht schon bald Serviceroboter einfache Arbeiten übernehmen, so wie es bisher nur von Industrierobotern in Fertigungsbetrieben bekannt ist. Die Biotechnologie (Gentechnik etc.) erweitert das Spektrum industrieller Fertigung usw.

Die zunehmende Verbreitung der Mikroelektronik und der neuen Informationstechnologien führt nach Einschätzung mancher Experten u. a. dazu, daß durch weitgehende Automatisierung Routinetätigkeiten wegfallen, daß der bisherige Trend zur innerbetrieblichen Arbeitsteilung umgekehrt wird (Integration, Verzahnung, Vernetzung bisher getrennter Arbeitsbereiche, Bildung ganzheitlicher Aufgaben- und Organisationsstrukturen). Einige Zukunftsforscher sehen schon eine Entkoppelung von Arbeitszeiten und Betriebszeiten – bis hin zu individuellen Arbeitszeiten. Vorreiter scheinen hier die USA zu sein, wo es in Einzelfällen selbst schon Spitzenmanagern und Firmenleitern möglich sei – so wird berichtet –, die Arbeit mit Hilfe der Telekommunikation von zu Hause aus zu leisten.

## **Ökologisierung des Wirtschaftens**

Die weltweiten Umweltprobleme werden eine Umstellung auf umweltverträgliche und ressourcenschonende Produktionsverfahren und Produkte erzwingen. Es erschließen sich damit gleichzeitig neue Aufgaben und Wachstumsfelder.

## **Internationalisierung des Wirtschaftens**

Stichworte hierzu sind EG-Binnenmarkt, weiter wachsende weltwirtschaftliche Verflechtung und Einbindung junger Nationalökonomien aus der Dritten Welt wie z. B. die Republik Korea, Taiwan u. a. Hinzu kommt die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Gerade in diesem Zusammenhang ist der Standort Deutschland ins Gerede gekommen: „Korea liegt vor der Haustüre“, in der Tschechischen Republik, Polen etc. Mit den enorm günstigen Arbeitskosten in diesen Ländern können die deutschen Firmen natürlich nicht konkurrieren. Sie müssen sich aber der Herausforderung dieser neuen Konkurrenten stellen. Hierzu ist es wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu stärken und gleichzeitig die Stärken der deutschen Wirtschaft, wie Qualität, und Zuverlässigkeit, auszubauen.

Die genannten grundlegenden Trends werden in vielfältiger Weise am Arbeitsmarkt wirksam. Die einen sagen etwas über die künftig überhaupt verfügbaren Erwerbspersonen und deren Struktur aus. Die anderen bestimmen das Beschäftigungsniveau, die künftigen Tätigkeitsfelder und die erforderlichen Qualifikationen. Die Arbeitsmarktentwicklung in Westdeutschland wird wesentlich davon abhängen, wie rasch Wirtschaft und Gesellschaft auf die Herausforderungen reagieren und wie erfolgreich der nötige Strukturwandel bewältigt wird.

Nun ist der deutsche Arbeitsmarkt ja tief gespalten. Im früheren Bundesgebiet sind es vor allem oder immer noch, trotz aller gegenwärtigen Probleme, strukturelle Aspekte, die Sorgen bereiten, z. B. Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Facharbeitsmangel. Ganz anders in den neuen Ländern und Berlin-Ost, wo immer noch ganze Wirtschaftsbereiche wegbrechen. Es bietet sich deshalb an, die weitere Analyse weitgehend jeweils nach West- und Ostdeutschland zu trennen.

## **2 Das Arbeitskräfteangebot in Deutschland**

### **2.1 Bevölkerungsentwicklung**

Umfang und Struktur der Bevölkerung bestimmen wesentlich das Arbeitskräfteangebot. Die Bevölkerung ihrerseits verändert sich entsprechend der allgemeinen Lebenserwartung, der Geburtenentwicklung und der Wanderungsbewegungen.

Die Lebenserwartung wird wahrscheinlich weiterhin leicht steigen. Gleichzeitig bleiben die Geburtenziffern niedrig. Die heute noch vorhandenen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland hinsichtlich der Lebenserwartung und der Geburtenziffern werden – so nimmt man allgemein an – nach und nach kleiner.

Im Ergebnis führt dies zu einer sinkenden Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, deren Durchschnittsalter langsam zunimmt. (Das Tempo dieser Entwicklungen steigert sich jedoch nach 2010 enorm.) Am Arbeitsmarkt spürbar würde diese Bevölkerungsentwicklung erst ab etwa dem Jahr 2010, dann aber wäre es – gesetzt den Fall, zwischendurch geschieht nichts, um den Trend aufzuhalten – zu spät um gegenzusteuern. Der Grund: Ein Kind, das in 2010 zur Welt kommt, wird frühestens im Jahr 2025, 15jährig, in den Arbeitsmarkt eintreten; durchschnittlich werden die dann geborenen Kinder sogar, bildungsbedingt, erst 5 Jahre später berufstätig sein.

Doch ist Deutschland seit langem de facto Zuwanderungsland, denn der Saldo aus Zu- und Fortzügen über die Grenzen hinweg ergab in der Vergangenheit für Westdeutschland fast immer einen mehr oder weniger starken Wanderungsgewinn, und das wird sich für Gesamtdeutschland in nächster Zeit kaum ändern.<sup>2)</sup>

Die (Netto-)Zuwanderung wird demnach vermutlich das Arbeitskräfteangebot in Deutschland stark beeinflussen, strukturell sogar verbessern, weil die Zuwanderer im Durchschnitt jünger sind als die Auswanderer und auch jünger als die bereits ansässige Bevölkerung.

1990 wohnten in Deutschland 79,4 Mill. Menschen,<sup>3)</sup> im Jahr 2000 werden es nach Modellrechnungen des IAB fast 82,9 Mill. sein, im Jahr 2010 noch fast 81,6 Mill. (siehe Tabelle 1, S. 246). Berücksichtigt sind dabei Nettozuwanderungsströme (Aussiedler, Ausländer) von fast 3 Mill. Personen von 1991 bis 2000 und weiteren 1,6 Mill. von 2001 bis 2010, womit die Zuwanderung den bevölkerungsmindernden Effekt des Geburtenrückganges kompensiert.<sup>4)</sup>

## 2.2 Das Arbeitskräftepotential

1993 waren in West- und Ostdeutschland zusammen 35,1 Mill. Personen erwerbstätig, d.h. als Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Beamte oder Selbständige bzw.

---

2) Alleine in den Nachfolgestaaten der ehem. UdSSR sollen noch rund 2 Mill. Deutschstämmige wohnen (neuere Schätzungen nennen sogar noch höhere Zahlen). Allerdings steht diese Zahl schon seit Jahren in der Presse; belegt sind lediglich Schätzungen auf Basis der sowjetischen Volkszählung aus dem Jahr 1989 in Höhe von eben diesen 2 Mill. Erhebliche Abgrenzungsprobleme bezüglich des Begriffs „deutschstämmig“ erlauben kaum verlässliche Angaben.

3) Ein Hinweis zu den Zahlenangaben im Text: Sofern nichts anderes angegeben wird, handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte.

4) Vgl. Thon (1991a).



als mithelfende Familienangehörige in Arbeit. Nicht beschäftigt waren 3,4 Mill. von der Statistik erfaßte und bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose, sowie 1,8 Mill. Personen, die zur sogenannten Stillen Reserve zählen.<sup>5)</sup> Die Summe aus Erwerbstätigen, registrierten Arbeitslosen und Stiller Reserve wird als Erwerbspersonenpotential (auch: Arbeitskräftepotential) bezeichnet. Es ist nicht völlig vergleichbar mit der effektiven Anzahl an Erwerbspersonen, die sich aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen zusammensetzt. Vor allem für längerfristige Betrachtungen ist das Erwerbspersonenpotential vorzuziehen (weil gewissermaßen konjunkturbereinigt).<sup>6)</sup>

### **2.2.1 Westdeutschland**

Das westdeutsche Arbeitskräfteangebot nahm in der Vergangenheit in den meisten Jahren zu. Und das wird auch in den kommenden Jahren noch so sein, denn vor allem Frauen, insbesondere verheiratete, werden auf den Arbeitsmarkt drängen, einer Beschäftigung nachgehen wollen. Nach Schätzungen des IAB könnte die Erwerbsneigung der verheirateten 30 bis 50jährigen deutschen Frauen bei forcierter Fortschreibung der Trends in knapp 20 Jahren, im Jahr 2010, um bis zu 30 Prozentpunkte höher liegen als heute. Beispielsweise waren im Jahr 1990 etwa 63 % aller 40 bis 45jährigen verheirateten Frauen Teil des Arbeitskräfteangebots. 20 Jahre später, im Jahr 2010, wird diese Quote (die Erwerbsneigung) zwischen 80 % und 90 % betragen.

Die Erwerbsneigung der Männer und der nichtverheirateten Frauen wird dagegen nur noch wenig steigen – deren Erwerbsquoten liegen nämlich schon heute nahe am möglichen Maximum von 100 %.

Die Veränderungen in der Erwerbsneigung führen zusammen mit den oben getroffenen Überlegungen zur Lebenserwartung und Geburtenhäufigkeit sowie einer Nettozuwanderung im Umfang von 4,3 Mill. (der Saldo von Zu- und Fortzügen Ostdeutscher, Aussiedler und Ausländer) zu einem Arbeitskräftepotential, das im

---

5) Die Stille Reserve ist der Teil des Arbeitskräfteangebots, der nicht arbeitslos gemeldet ist. Nicht unbedingt sofort, aber zumindest in besseren konjunkturellen Zeiten stehen diese Personen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Zur Stillen Reserve gehören u.a. viele „Vorruheständler“, die wegen der schlechten Arbeitsmarktlage vorzeitig in den Ruhestand gingen. Dazu zählen auch Schüler und Studenten, die arbeitsmarktbedingt ihr Examen hinauszögern, um z. B. mit einem besseren Abschluß ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Einen großen Teil der Stillen Reserve bilden Frauen. Viele von ihnen haben keinen Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes und sind deshalb nicht arbeitslos gemeldet. Andere haben sich nach längerer vergeblicher Stellensuche frustriert vom Arbeitsleben vorübergehend zurückgezogen, würden aber bei einer günstigeren Arbeitsmarktlage gerne wieder arbeiten.

6) Vgl. Thon (1991b).

Jahr 2010 mit 33,8 Mill. Personen deutlich über dem von 1993 mit 32,8 Mill. liegt.<sup>7)8)</sup> (Vgl. dazu Tabelle 1, S. 246.)

### **2.2.2 Das ostdeutsche Arbeitskräfteangebot**

Wie sieht es in Ostdeutschland aus? In der ehem. DDR waren 1989 fast 9,9 Mill. Personen erwerbstätig. Schon 1990 zählten – vor allem aufgrund von Abwanderungen nach Westdeutschland – nur noch 9,4 Mill. Personen zum ostdeutschen Arbeitskräftepotential; unter Berücksichtigung des Vorruhestands sogar nur 9,2 Mill. Inzwischen ist das Potential (ohne „Vorruheständler“) auf 8,1 Mill. (Anfang 1994) gesunken und wird wahrscheinlich über die Jahrtausendwende hinaus etwa auf diesem Stand bleiben.

Die Projektionen des IAB zu den längerfristigen Tendenzen der Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland weisen so auch für die Zeit nach der Jahrtausendwende ein Potential von nur noch knapp über 8 Mill. in Ostdeutschland lebenden Erwerbspersonen aus (vgl. Tabelle 1, S. 246).

### **2.2.3 Gesamtdeutsches Erwerbspersonenpotential**

Das gesamtdeutsche Erwerbspersonenpotential ergibt sich aus der Zusammenfassung der Projektionen für West- und Ostdeutschland. Für am wahrscheinlichsten wird eine Vorausschätzung gehalten, wonach im Jahr 2000 mit 41,5 Mill. Personen rund eine halbe Mill. mehr Arbeitskräfte als 1990 verfügbar wären. Im Jahr 2010 könnte das Potential sogar einen Umfang von über 42 Mill. haben; von da an aber ist die Tendenz stark rückläufig (2030: 33,5 Mill.).<sup>9)</sup>

## **2.3 Strukturen des Arbeitskräfteangebots**

Zugleich bzw. durch die angesprochenen grundlegenden Tendenzen finden erhebliche strukturelle Verschiebungen des westdeutschen wie auch des ostdeutschen Arbeitskräftepotentials statt.

### **2.3.1 Frauenerwerbsbeteiligung**

In Westdeutschland wird die Frauenerwerbsneigung stark zunehmen, in Ostdeutschland dürfte sie gewaltig zurückgehen. In der Zusammenfassung für Gesamtdeutschland gleichen sich diese beiden gegenläufigen Tendenzen beinahe aus.

---

7) Vgl. Thon (1991 b).

8) Danach geht das Arbeitskräftepotential aber schnell zurück: Im Jahr 2030 umfaßt es gerade noch 27 Mill. Personen.

9) Vgl. Thon (1991 a).

Der Frauenanteil am gesamtdeutschen Arbeitskräfteangebot steigt somit nur leicht an (von 43 % auf 44 bis 45 % in 2010), d. h. fast die Hälfte des Arbeitskräfteangebots ist weiblich.

Infolgedessen wird es erforderlich sein, mehr frauengerechte (Teilzeit-)Arbeitsplätze sowie Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu schaffen und verstärkt Anpassungsfortbildung anzubieten.

Bezogen auf alle 15 bis 75jährigen Frauen in Gesamtdeutschland verändert sich die durchschnittliche Frauenerwerbsbeteiligung nicht nennenswert. Neben der Ausgleichstendenz, bedingt durch die entgegengesetzten Entwicklungsrichtungen in Ost und West, wirkt sich hier auch die veränderte Altersstruktur aus. Der steigende Anteil älterer Frauen, mit niedriger Erwerbsbeteiligung, nimmt so sehr zu, daß dies die durchschnittliche Frauenerwerbsbeteiligung drückt.

### **2.3.2 Alter der Erwerbsbevölkerung**

Das Durchschnittsalter wird steigen und die Altersverteilung des Arbeitskräfteangebots deutlich von der heutigen verschieden sein. Diese Aussage trifft für Ost- wie für Westdeutschland zu.

Erwartet werden für Gesamtdeutschland bis zur Jahrtausendwende erheblich weniger jüngere Arbeitskräfte (im Alter von 15 bis unter 30 Jahren) und etwas mehr ältere Arbeitskräfte, 50 Jahre und älter. Und dieser Prozeß hört nicht mit dem Jahr 2000 auf. Im Gegenteil, er setzt sich beschleunigt fort (vgl. Tabelle 1, S. 246). Dabei zeigt sich der in Wellen erfolgende Wechsel von geburtenstarken und -schwachen Jahrgängen, weshalb z. B. die Zahl der Jüngeren zuerst deutlich zurückgeht, dann sogar wieder leicht zunimmt. Die Zunahme ist jedoch weitaus schwächer als die vorherige Abnahme, so daß per Saldo die jüngeren Arbeitskräfte weniger werden. Ohne die Zuwanderer würde die Altersstruktur sogar noch ungünstiger aussehen.

Mit anderen Worten: Die Wirtschaft muß sich auf einen Rückgang des Arbeitskräftepotentials jüngerer Erwerbspersonen einstellen. Möglicherweise wird guter Nachwuchs bald Mangelware sein. Somit werden die mittleren und älteren Jahrgänge künftig den Innovationstransfer leisten müssen.

**Tabelle 1: Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot**  
**– Projektion bis 2010 –**

Gegenstand der Nachweisung	1990	2000	2010
<b>1 000</b>			
Bevölkerung Deutschlands			
Ohne Wanderungen .....	79 432	77 962	74 637
Mit Wanderungen <sup>1)</sup> .....	79 432	82 856	81 558
Erwerbspersonenpotential <sup>2)</sup>			
Deutschland <sup>3)</sup> .....	40 927	41 485	42 058
Früheres Bundesgebiet <sup>4)</sup> .....	31 542	33 255	33 803
Neue Länder und Berlin-Ost <sup>5)</sup> .....	9 385	8 230	8 255
<b>%</b>			
Frauenerwerbsbeteiligung			
Anteil am Potential .....	42,6	42,7	43,7
bezogen auf die Frauen			
im Alter von 15 – 75 .....	55,6	52,8	56,7
<b>1 000</b>			
Altersstruktur Deutschlands			
15 bis unter 30 Jahre .....	12 992	9 494	9 921
30 bis unter 50 Jahre .....	18 523	22 668	21 121
50 Jahre und älter .....	9 412	9 323	11 016

1) Wanderungsannahme: 1991 bis 2000: 3 Mill. Nettozuwanderung, 2001 bis 2010: 1,6 Mill. Nettozuwanderung.

2) Inländerkonzept, Variante mit Wanderungen.

3) Kombination untere westdeutsche/obere ostdeutsche Variante der Erwerbsquoten.

4) Untere Variante der Erwerbsquoten.

5) Obere Variante der Erwerbsquoten. - Einschl. Vorruhestand.

Quelle: Thon (1991 a,b), Fuchs, Magvas und Thon (1991) sowie aktualisierte Berechnungen (Stand 7/93)

### 3 Der Bedarf an Arbeitskräften

Die Frage, wieviele und welche Arbeitskräfte die Wirtschaft in Deutschland künftig benötigen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht leicht zu beantworten. Der deutsche Einigungsprozeß hat in eine Situation des Umbruchs geführt. Nachdem zuerst im Zusammenhang mit der „Wende“ Wirtschaft und Beschäftigung einen unerwarteten Wachstumsschub erlebten, haben Stagnation und Beschäftigungsrückgang eingesetzt.

Die derzeitige hohe Arbeitslosigkeit ist zum einen dadurch bedingt, daß wir – historisch gesehen – eine enorm hohe Steigerung des Arbeitskräftepotentials haben. Begleitet wird das stetige Anwachsen des Angebots von einem Beschäftigungseinbruch, der für westdeutsche Verhältnisse neu ist. Kann dieser Einbruch wettgemacht

werden? Oder anders ausgedrückt: Unter welchen Bedingungen und bis wann ist ein Beschäftigungsstand erreichbar, bei dem die Arbeitslosigkeit auf ein „normales“ Maß zurückkehrt.

Um die Frage nach der künftig erforderlichen Anzahl an Arbeitskräften beantworten zu können, müssen die eingangs genannten Megatrends in konkrete Modellrechnungen umgesetzt werden, ergänzt um einige Annahmen. Zusammen ergeben sie ein denkbare Szenario der wirtschaftlichen Entwicklung, woraus sich der Bedarf an Arbeitskräften unserer Wirtschaft ableiten läßt.<sup>10)</sup>

### **3.1 Ein Szenario für den westdeutschen Arbeitsmarkt**

Wie könnte ein Zukunftsszenario für den westdeutschen Arbeitsmarkt aussehen? Bedacht werden muß dabei, daß die Arbeitsmärkte von West- und Ostdeutschland bereits jetzt in einem Zusammenhang stehen. Entwicklungen im früheren Bundesgebiet werden auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost wirksam und umgekehrt. Und viele wirtschaftliche und gesellschaftliche Einflußfaktoren spielen für beide Teile Deutschlands gleichermaßen eine Rolle. Einige der wichtigsten Annahmen seien deshalb vorab genannt.

Zunächst eine Vorausschau auf mögliche internationale Entwicklungen: Die meisten Prognosen besagen, daß die Weltwirtschaft moderat wachsen wird. Zwischen 1992 und 2010 könnte die Weltproduktion real um rund 2,4 % jährlich zunehmen. Insbesondere kommen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die positiven Wachstumsimpulse durch den EG-Binnenmarkt zum Tragen.

Auch die Inflation könnten die meisten Länder im Griff haben. Etwa ab der Jahrtausendwende könnten jedoch die Rohstoff- und Ölpreise wieder anziehen, mit der Folge einer etwas stärkeren internationalen Preissteigerungstendenz.

Für das Inland werden keine gravierenden Einbrüche und Umwälzungen befürchtet. Im allgemeinen wird sich das in der Vergangenheit beobachtete vernünftige Verhalten der Wirtschaftspartner nicht ändern.

Die Ausgabenpolitik des Staates muß den Haushaltsgegebenheiten Rechnung tragen und wird etwas restriktiver als bisher sein. Zurückhaltung ist geboten.

Die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bleibt dem Ziel der Geldwertstabilität im bisherigen Maß verpflichtet. Eine hohe Inflation ist nicht zu befürchten.

---

10) Im Gegensatz zum Arbeitskräftepotential, wofür wissenschaftlich gut fundierte Vorausschätzungen möglich sind, sind Prognosen für den Arbeitskräftebedarf weitaus unsicherer. Wiedergegeben werden im weiteren zumeist sehr vorsichtige, zurückhaltende Tendenzrechnungen. Eigentlich müßten die Ergebnisse immer mit einer nicht zu kleinen Spannweite „von ... bis ...“ dargestellt werden, was die Unsicherheit charakterisierte. Der Einfachheit halber wird darauf zugunsten von sogenannten „Punktp prognosen“ verzichtet.

Die Lohnsteigerungen orientieren sich am Produktivitätsfortschritt, an der Preisentwicklung und der allgemeinen Arbeitsmarktlage. Mit anderen Worten: Auch in Zukunft werden die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben.

Die tariflich vereinbarte Arbeitszeit, die sich aus der wöchentlichen Arbeitszeit und dem Urlaub zusammensetzt, wird weiter sinken. Die tatsächliche Arbeitszeit, unter Berücksichtigung von Teilzeit, Kurzarbeit etc., wird nach IAB-Berechnungen sogar noch stärker sinken. Zwischen 1992 und 2000 wird die tatsächliche Arbeitszeit der Gesamtwirtschaft im Durchschnitt jährlich um 0,9 % zurückgehen, danach um 0,7 % jährlich. Zurückzuführen ist dies hauptsächlich auf vermehrte Teilzeitarbeit (von 16 % in 1993 auf 20 % in 2000 und 24 % in 2010).

Für die neunziger Jahre wird von einigen Forschungsinstituten ein Produktivitäts- bzw. Rationalisierungsschub erwartet, der sich mit einem gewissen Nachholbedarf begründen läßt. Im Zuge des Vereinigungsbooms setzte so manches Unternehmen Speck an, der nun im Zuge der „Lean-Welle“ durch Rationalisierung schwindet. Nach 2000 wird das Produktivitätswachstum nachlassen, so daß auch am Arbeitsmarkt eine Entspannung eintritt.<sup>11)</sup>

Die Wettbewerbsfähigkeit (West-) Deutschlands, in den letzten Jahren unter Druck geraten, wird infolge der Rationalisierungsanstrengungen deutlich besser, wofür es bereits erste Anzeichen gibt. Beispielsweise steigt der deutsche Export schon wieder. Und Ex- und Import werden künftig noch stärker zunehmen. 1992 wurden Waren (ohne Dienstleistungen) im Umfang von 30 % des gesamten Bruttosozialprodukts exportiert; die entsprechende (Waren-)Importquote war 23 %. Den Modellrechnungen zufolge werden aber im Jahr 2000 bereits 33 % des Bruttosozialprodukts exportiert und ab 2005 liegt die (Waren-)Exportquote über 37 % (Importquote: 30 %).

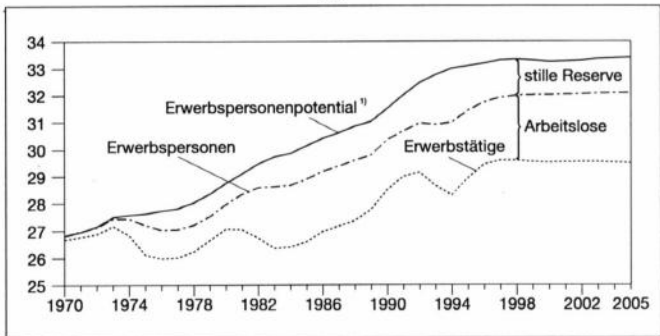
Die genannten Entwicklungstendenzen ergeben im Zusammenspiel die Arbeitsmarktbilanz für Westdeutschland (vgl. Schaubild 1, S. 249). Sie zeigt deutlich den seit 1970 andauernden Anstieg beim Arbeitskräftepotential, dem das konjunkturelle

---

11) Dieses Produktivitätswachstum, das höher ist als das Wirtschaftswachstum, hat entsprechende Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Daher eine Anmerkung zur Janusköpfigkeit des technischen Fortschritts. Höhere Produktivität aufgrund technischen Fortschritts führt zum einen zu Entlassungen, weil mit weniger Personal genausoviel oder sogar noch mehr und Besseres produziert werden kann. Andererseits stehen diesen Beschäftigungsverlusten auch -gewinne gegenüber. Erstens wird in neue Maschinen investiert, die ihrerseits produziert werden müssen. Zweitens entstehen neue Märkte für neue Güter und damit neue Betätigungsfelder. Drittens wirken Kostensenkungen und eine Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nachfragefördernd. Nicht zuletzt wären Arbeitszeitkürzungen und Lohnsteigerungen (im Rahmen des Produktivitätswachstums) ohne technischen Fortschritt undenkbar. Also: Technischer Fortschritt kann, muß aber keineswegs per Saldo Arbeitsplätze vernichten. Historisch gesehen hat der technische Fortschritt der westdeutschen Bevölkerung einen ungeheuren Lebensstandard ermöglicht, bei gleichzeitig immer höherem Beschäftigungsstand.

auf und ab bei den Erwerbstätigen gegenübersteht. Noch nicht enthalten ist dabei der erwartete Produktivitätsschub, so daß das in 1993/1994 sichtbare Beschäftigungstief schnell überwunden wird. Berücksichtigte man den Produktivitätsschub, dann würde die Überwindung des derzeitigen rezessionsbedingten Einbruchs länger dauern. Nach diesen ersten, noch vorläufigen Projektionsergebnissen, die eine Art Status quo-Variante darstellen, bleibt ein recht hoher Sockel von 2,3 bis 2,4 Mill. Arbeitslosen auch über das Jahr 2000 hinaus – leider – erhalten. Sollten sich die Rahmenbedingungen günstiger gestalten, wofür einige Indizien sprechen, dann dürfte die künftige Arbeitslosenzahl jedoch deutlich darunter liegen.

**Schaubild 1**  
**Arbeitsmarktbilanz des früheren Bundesgebietes\*)**  
Mill.



\*) Inländerkonzept.

1) Ohne Personen im Vorruhestand.

Quelle: IAB – Westphal – Szenario 1994 (SYSIFO-Projekt)

### 3.2 Die neuen Länder und Berlin-Ost im Anpassungsprozeß

Wie könnte nun ein Szenario für den ostdeutschen Arbeitsmarkt aussehen? Eine drastisch gesunkene Beschäftigung und hohe Arbeitslosigkeit kennzeichnen den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Wie wird es – unter Berücksichtigung der schon für den westdeutschen Arbeitsmarkt genannten Aspekte – weitergehen? Die kurz- und mittelfristigen Beschäftigungsaussichten sind eher düster. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt kann sich bestenfalls mittel-, eher aber erst langfristig von dem starken Transformationsschock erholen.

In Ostdeutschland waren bzw. sind z.T. noch viele Branchen jeweils auf wenige Regionen relativ stark konzentriert. Diese Monostruktur der ehem. DDR zählt somit

zusammen mit verrotteten Maschinen und Gebäuden und einer wenig attraktiven Produktpalette zu den Standortfaktoren, mit denen Ostdeutschland in die Marktwirtschaft eintrat und im Vergleich zum Westen, zur EG und anderen Industrieländern eine relativ schlechte Position einnahm, z.T. noch einnimmt.<sup>12)</sup>

Der in Ostdeutschland erforderliche Strukturwandel müßte diese Standortbedingungen verbessern, z. B. also die alten Monostrukturen auflösen und die Konkurrenzfähigkeit der Produkte stärken. Die Chance der meisten ostdeutschen Firmen muß an ihrer Exportfähigkeit gemessen werden. Nur wer in der Lage ist, mit dem Ausland, und der westdeutschen Industrie zu konkurrieren, kann auch das ostdeutsche Inland versorgen oder kann exportieren. Andernfalls wird der inländische Versorgungsgrad gering bleiben, werden westdeutsche und ausländische Firmen hohe Marktanteile behalten.<sup>13)</sup>

Eine Änderung dieser Situation setzt moderne, hochproduktive Arbeitsplätze voraus, wozu umfangreiche Investitionen nötig sind. Nach einer Studie des IAB könnten in Ostdeutschland fast 7 Mill. Personen Arbeit haben und nach westdeutschem Niveau entlohnt werden, wenn Unternehmensinvestitionen in Höhe von 750 Mrd. DM (in Preisen von 1990) getätigt werden.<sup>14)</sup> Daneben sind noch private Wohnungsbauinvestitionen und staatliche Infrastrukturinvestitionen notwendig, deren notwendiger Mindestumfang auf rund 550 Mrd. DM geschätzt wurde.

Investitionen alleine reichen allerdings für einen Aufschwung Ost nicht aus. Lange Zeit werden z.B. noch immense staatliche Subventionen erforderlich sein. Und erforderlich ist eine möglichst rasche Erholung der Exportwirtschaft. Eine endgültige Angleichung der Lebensverhältnisse wird wohl frühestens zwischen 2005 und 2010 erreichbar sein, d.h. trotz hoher Wachstumsraten werden die neuen Länder und Berlin-Ost den Lebensstandard und das wirtschaftliche Niveau des früheren Bundesgebietes also erst bis dahin in etwa erreicht haben. Ab etwa 2005/2010 könnten dann z. B. die ostdeutschen Löhne und Renten, Arbeitszeiten und Produktivitäten ungefähr den westdeutschen entsprechen, von gewissen regionalen Abweichungen einmal abgesehen, die es natürlich weiter geben wird. Es gibt ja auch zwischen den Ländern des früheren Bundesgebietes Unterschiede.

Bilanzierend folgt aus diesen Überlegungen ein allmählicher Anstieg der Beschäftigung in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Unter Berücksichtigung des ab 1994 etwa konstanten Arbeitskräfteangebots ergibt sich ein langsamer Rückgang der Unterbeschäftigung in Ostdeutschland (vgl. Schaubild 2, S. 251).

---

12) Vgl. Klauder/Kühlewind (1991).

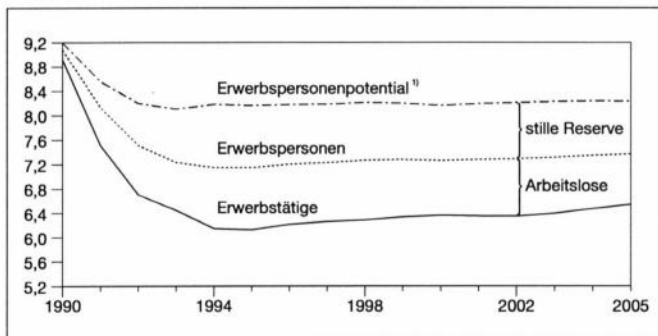
13) Vgl. Fuchs/Hoffmann (1993).

14) Vgl. Barth (1992).



Mit der angenommenen Angleichung ost- und westdeutscher Verhältnisse sind riesige Finanzierungsaufgaben verbunden. Alternativ wäre ein langsamerer Anpassungsprozeß denkbar. Der hätte eine zeitliche Streckung der erforderlichen Investitionen zur Folge, womit der Kapitalbedarf leichter finanziert werden könnte. Gleichzeitig würde damit auch die oben angenommene Angleichung der Lebensverhältnisse länger dauern. Bis wann diese nun tatsächlich in etwa angeglichen sein werden, läßt sich schwer vorhersagen. Hier kommt es auch auf politische Prioritäten an.

**Schaubild 2**  
**Arbeitsmarktbilanz der neuen Länder und Berlin-Ost\*)**  
Mill.



\*) Inländerkonzept.

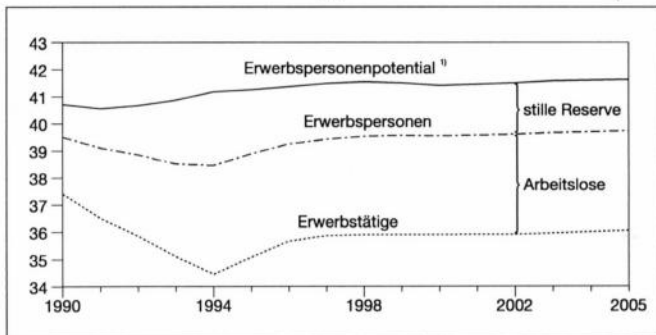
1) Ohne Personen im Vorruhestand.

Quelle: IAB – Westphal – Szenario 1994 (SYSIFO-Projekt)

### 3.3 Gesamtdeutsche Arbeitsmarktbilanz

Das Bild für Gesamtdeutschland entsteht durch einfache Zusammenfassung der Einzelergebnisse für Ost- und Westdeutschland. Nach Überwindung der Rezession bleibt, unter den gegebenen Annahmen für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die registrierte Arbeitslosigkeit auf einem Niveau von über 3,5 Mill. Personen. Die gesamte Unterbeschäftigung, Arbeitslose und Stille Reserve, bewegt sich sogar in der Größenordnung von über 5 Mill. Gleichzeitig sind im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends 36 Mill. Personen in Arbeit, etwas mehr als noch 1992 und ungefähr 1 Mill. mehr als 1993. Das Bruttoinlandsprodukt wächst von 1992 bis 2005 jährlich real um beinahe 1,5 %, d. h. um insgesamt fast 21 %. Und dies, das sei betont, bei einer eher zurückhaltenden Einschätzung der künftigen Rahmenbedingungen.

**Schaubild 3**  
**Arbeitsmarktbilanz Deutschlands\*)**  
 Mill.



\*) Inländerkonzept.

1) Ohne Personen im Vorruhestand.

Quelle: IAB – Westphal – Szenario 1994 (SYSIFO-Projekt)

## 4 Die Arbeitslandschaft im Zeichen des Strukturwandels

Mit den globalen wirtschaftlichen Zusammenhängen verknüpft sind strukturelle Veränderungen des Arbeitskräftebedarfs nach Wirtschaftszweigen, Tätigkeitsfeldern und Qualifikationen, die im weiteren grob skizziert werden. Es ist jedoch nur für Westdeutschland möglich, gut fundierte langfristige Vorausschätzungen durchzuführen, für die neuen Länder und Berlin-Ost muß man sich noch vorsichtig mit allgemeinen, qualitativ gehaltenen Aussagen begnügen.

### 4.1 Wirtschaftssektoren – Gewinner und Verlierer

Die bislang schon in Westdeutschland wie in anderen Industrieländern beobachteten Grundlinien des sektoralen Strukturwandels werden sich fortsetzen.<sup>15)</sup>

- Die prozentual stärksten Beschäftigungsverluste werden im Sektor Land-, Forstwirtschaft und Fischerei erwartet. Nachdem in diesem Sektor schon in der Vergangenheit ein beträchtlicher Beschäftigungsrückgang stattfand, wird in den kommenden 10 Jahren die Beschäftigtenzahl nochmals um ein Drittel reduziert, mit weiter nach unten gerichteter Tendenz.

15) Siehe die Beiträge von Essig „Der Strukturwandel als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ (S. 15 ff.) und von Cornelsen „Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels für den Arbeitsmarkt“ (S. 66 ff.) in diesem Band.

- In den Branchen des Warenproduzierenden Gewerbes, wie z. B. im Schiffsbau oder der Textilindustrie, muß langfristig ebenfalls mit Beschäftigungsrückgang oder -stagnation gerechnet werden. Die Ausnahme bildet die Bauwirtschaft, wo aufgrund der in den neuen Ländern und Berlin-Ost erforderlichen Bauinvestitionen die Beschäftigung zunimmt.
- Die prozentual und absolut stärksten Beschäftigungsgewinne haben die Dienstleistungsbranchen, also Handel, Verkehr, Finanzdienstleistungen, das Gaststättengewerbe, Wäschereien, Bildungsinstitutionen, die Unterhaltungsbranche u. a., sowie außerdem die Organisationen ohne Erwerbszweck, wozu z. B. Wohlfahrtsverbände zählen. Nach einer vorsichtigen Einschätzung könnten im Jahr 2000 ca. 46 % aller Erwerbstätigen dort beschäftigt sein, mit weiter leicht steigender Tendenz (gegenüber 43 % im Jahr 1992 und 40 % in 1987, dem Jahr der Volkszählung).
- Beinahe unverändert wird der Personalstand beim Staat bleiben (durchschnittlich etwa 4,3 Mill. Beschäftigte im Prognosezeitraum). Dies ist nicht zuletzt auf die knappen öffentlichen Kassen zurückzuführen.

Es wäre jedoch ein Irrtum, aus diesen Veränderungen auf De-Industrialisierung und die Realisierbarkeit einer reinen Dienstleistungsgesellschaft zu schließen. Die bei wachsender Komplexität und internationaler Verflechtung der Wirtschaft von der Industrie zunehmend benötigten Dienste werden von dafür spezialisierten Unternehmen bezogen. Vielfach gliedern Industrieunternehmen ihre Dienstleistungsabteilungen aus (Stichwort: „Outsourcing“). Es sind vor allem die wirtschaftsbezogenen Dienste wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, Forschung, Entwicklung, Planung, Werbung etc., die innerhalb des Tertiären Sektors am stärksten wachsen. Diese Dienstleistungen stützen die Fertigung, sind gewissermaßen ein produktivitätssteigerndes „Schmiermittel“, vergleichbar mit dem Zuliefererverkehr.

## **4.2 Der Trend zur Dienstleistungstätigkeit**

Eine Analyse der Tätigkeitsschwerpunkte der Beschäftigten zeigt die Tendenz des Strukturwandels noch stärker als die Verschiebungen zwischen den Branchen, denn auch in Industriebetrieben haben zunehmend mehr Arbeiten Dienstleistungscharakter.

Das heißt, in allen Wirtschaftsbereichen, nicht allein im Tertiären Sektor, wächst der Bedarf an Dienstleistungen. Danach könnten im Jahr 2000 fast 70 % und in 2010 beinahe 72 % aller Erwerbstätigen vorwiegend Dienstleistungstätigkeiten ausüben (1991: 67 %). Allerdings ist zu differenzieren: Wachsen wird der Anteil qualifizierter Dienstleistungstätigkeiten wie „Forschen, Entwickeln“, „Organisation, Management“, „Beraten“, „Publizieren“, „Lehren, Betreuen“. Nach vorsichtigen Schätzungen wird deren Anteil von 27 % auf mindestens 31 %, eher noch mehr, steigen. Die

Bedeutung allgemeiner Dienstleistungen (Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren, Sichern) und von Büro- und Handelstätigkeiten stagniert dagegen.

Unmittelbare Fertigungstätigkeiten (Herstellen, Reparieren etc.) verlieren an Bedeutung. Höchstens noch 30 % werden im Jahr 2010 mit z. B. Reparatur- und Wartungsarbeiten, handwerklicher oder maschineller Fertigung beschäftigt sein.

**Schaubild 4**  
**Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet nach Tätigkeitsfeldern\*)**

%

	1991	2010	
Sekundäre Dienstleistungen	27,3	31,2	Betreuen, Beraten, Lehren, Publizieren u.ä., Organisation, Management, Forschen, Entwickeln
Primäre Dienstleistungen	39,5	39,2	Allgemeine Dienste (Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren, Sichern) Bürotätigkeiten Handelstätigkeiten
Produktionsorientierte Tätigkeit	33,1	29,6	Reparieren, Maschinen einrichten/warten Gewinnen/Herstellen

\*) Ohne Auszubildende.

### 4.3 Steigende Qualifikationsanforderungen

Aus diesem Strukturwandel der Tätigkeiten folgen höhere Anforderungen an die formale Qualifikation der Erwerbstätigen. Das Anforderungsniveau steigt so sehr an, daß in 2010 wahrscheinlich 40 % aller Beschäftigten höherqualifizierte Tätigkeiten ausüben (1985 erst 28 %). Darunter sind die Beratung, das Lehren, die Forschung und das Management zu verstehen. Aber nur noch ca. 17 % einfache oder Hilfstätigkeiten, wie Reinigung, Bewirtung, Lagerhaltung, Transport, einfache Büro- und Verkaufsarbeiten, werden erforderlich sein (1985 noch 27 %).

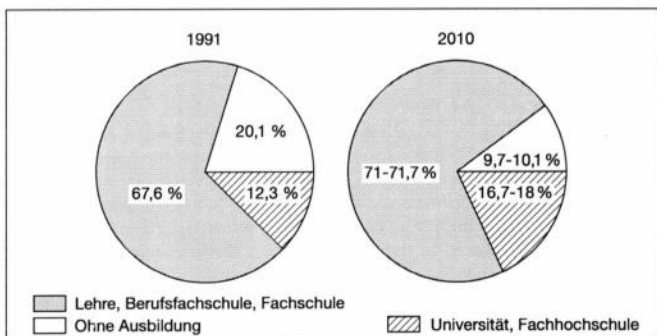
Eine Fortschreibung der Stellenbesetzungspraxis der Betriebe läßt für die Zukunft folgendes Bild erwarten:<sup>16)</sup>

- eine deutlich höhere Nachfrage nach Hochschul- und Fachhochschulabsolventen; ihr Anteil an den Erwerbstätigen wird von knapp über 12 % (1991) auf ungefähr 15 % im Jahr 2000 und bis zu 18 % in 2010 ansteigen;

<sup>16)</sup> Vgl. Tessaring (1994).

- ein noch stärkeres Gewicht bekommen die betriebliche Lehre und die Ausbildung in Fach- und Berufsfachschulen (u. ä. Einrichtungen), und zwar steigt deren gemeinsamer Ausbildungsanteil, bezogen auf alle Erwerbstätigen, von 68 % im Jahr 1991 auf 72 % in 2010;
- eine deutlich sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften ohne formalen Ausbildungsabschluß – statt 20 % in 1991 hat die Wirtschaft im Jahr 2010 nur noch einen Bedarf für höchstens 10 % aller Stellen.

**Schaubild 5**  
**Arbeitsplätze nach Qualifikationsmerkmalen\*)**  
1991 = 100



\*) Ohne Auszubildende.

#### 4.4 Anmerkungen zum Strukturwandel Ostdeutschland

Hinsichtlich des Strukturwandels in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind wir noch mehr oder weniger auf Plausibilitätsüberlegungen angewiesen, obwohl erste Ergebnisse und Vorstellungen über den weiteren Weg vorliegen. Deshalb nur einige ganz grobe Bemerkungen, mehr Vermutungen.

Was sind das für Arbeitsplätze, die durch die oben erwähnten Investitionen in Ostdeutschland entstehen? Investiert wird in modernste Anlagen. Es entstehen allermodernste Fabriken – natürlich auch nicht überall, aber doch sehr häufig. Die Fabrik der Zukunft hat jedoch ein anderes Tätigkeitsprofil. Die Aufgaben heißen Maschinen überwachen, nicht bedienen, es gilt zu leiten, planen und reparieren, nicht zu transportieren. Das sind hohe Anforderungen an das Qualifikationsniveau der Arbeitenden.

Infolgedessen ist zu vermuten, daß die für Westdeutschland beschriebenen Trends in Richtung „höherwertige“ Dienstleistungen – auch innerhalb industrieller Tätigkeiten – und höherer Qualifikationsanforderungen für die neuen Länder und Berlin-Ost genauso, vielleicht sogar noch mehr gelten. Noch mehr, weil der Strukturwandel in Ostdeutschland stärker, radikaler verläuft.

Immerhin gibt es bereits erste Erkenntnisse darüber. Die erheblichen Arbeitsplatzverluste in Ostdeutschland gehen Hand in Hand mit einem starken Wandel der Berufsstruktur. Der Anteil der Produktions-, Wartungs- und Instandhaltungstätigkeiten sank zwischen 1989 und 1991 um 3 Prozentpunkte von 33,5 % auf 30,4 %; entsprechend stieg der Anteil der Dienstleistungs- und Infrastrukturaufgaben. Und wie aus einer gemeinsamen Erhebung des IAB und des Bundesinstituts für berufliche Bildung (BIBB) hervorgeht, stimmen die Tätigkeitsprofile der beiden Teile Deutschlands bereits 1991/92 recht gut überein (obwohl die Unterschiede geringer waren, als gemeinhin angenommen; zumindest gilt das für 1989/90).<sup>17)</sup>

## Resümee

Noch vor kurzem klagten viele West-Betriebe über Nachwuchsmangel und erwarteten Experten eine Fachkräftelücke mit wachstumshemmendem Ausmaß. Deshalb forderten die IG Metall und das BIBB, die 1,6 Mill. Ungelernten im Alter zwischen 20 und 30 Jahren zu qualifizieren, denn Ungelernte haben ein höheres Arbeitsmarktrisiko, werden schneller und bleiben länger arbeitslos. Für sie ist eine Ausbildung besonders wichtig. Tatsächlich werden sie nach Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung deutlich weniger häufig arbeitslos als ohne.

Die Ausbildung sollte allerdings über das fachliche Können hinaus gerichtet sein. Schlüsselqualifikationen werden gefordert. Nicht etwa, weil in der Industrie plötzlich soziale Aspekte der Arbeit im Vordergrund stehen, sondern weil bestimmte neue Arbeitsformen sich eben eher rechnen; Arbeitsformen, die mit Stichworten wie „Lean Production“, Gruppenarbeit u. a. beschreibbar sind und die im allgemeinen eine bessere Qualifikation erfordern, und zwar hinsichtlich der Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz.

Schlüsselqualifikationen beziehen sich auf grundlegende Fähigkeiten, z. B.:

- das Beherrschen der eigenen Sprache in Wort und Schrift und Grundkenntnisse/Verständigungsfähigkeit in fremden Sprachen,
- die Fähigkeit selbständigen Lernens, Denkens und Handelns,
- Motivations-, Anpassungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft,
- Kooperationsfähigkeit, Toleranz und Teamgeist,
- Einsatzbereitschaft, Zuverlässigkeit und Qualitätsbewußtsein.

---

17) Vgl. Jansen/Stooß (1993).

Hier treffen sich vielleicht die Interessen von Betrieben, Beschäftigten und Arbeitslosen und auch der gesamten Volkswirtschaft. Denn das Humankapital, also der Bildungsstand, die Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Arbeitsmotivation der Arbeitskräfte, sind wohl der wichtigste Produktionsfaktor des Standortes Deutschland. In naher Zukunft ist nicht mit einer Entspannung am Arbeitsmarkt zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit wird weiter hoch sein. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Beschäftigten, so daß das individuelle Arbeitsplatzrisiko, die Gefahr arbeitslos zu werden, um so größer wird, je geringer die Qualifikation ist; und nicht nur die fachliche Qualifikation. Andererseits erhöht eine steigende Qualifikation der Beschäftigten die Produktivität, wodurch sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert, mit wiederum günstigen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

## **Zusammenfassung**

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist 1993/1994 dramatisch gestiegen, nicht zuletzt durch eine starke Zunahme des Arbeitskräfteangebots. Und dieses Arbeitskräfteangebot wird sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren durch Zuwanderungen und eine zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung weiter erhöhen. Außerdem wird das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigen.

Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritte könnten sich langfristig in etwa die Waage halten. Die Unterbeschäftigung wird deshalb auch künftig hoch sein. Gleichzeitig ist mit der Herstellung von qualitativ und technisch hoch entwickelten Produkten die Tendenz zu einem immer größeren Dienstleistungsanteil verbunden, und damit vor allem zu qualifizierten Dienstleistungstätigkeiten.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen werden, so eine wichtige Schlußfolgerung, bestimmte, insbesondere berufsübergreifende Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt immer mehr an Gewicht gewinnen.

## Literaturhinweise

- Barth, A. (1992):* Investitionsbedarf bis zum Jahr 2000, IAB-Werkstattbericht 12/92.
- Barth, A./Klauder, W. (1994):* Arbeitsmarkttendenzen bis zum Jahr 2000 – Ergebnisse auf Basis eines makroökonomischen Modells, Konjunkturpolitik, Beiheft 42 (im Erscheinen).
- Fuchs, J./Hoffmann, E. (1993):* Der Arbeitsmarkt in Deutschland bis 2010 – quovadis?, in: Fricke, W. (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 1993, Bonn.
- Fuchs, J./Magvas, E./Thon, M. (1991):* Erste Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Gebiet der neuen Bundesländer, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 4/91.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg., 1992):* Zahlenfibel, Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Tabellen, Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 101, Ausgabe 1992.
- Jansen, R., Stooß, F. (1993):* Qualifikation und Erwerbssituation im geeinten Deutschland, Berlin und Bonn.
- Klauder, W. (1990):* Ohne Fleiß kein Preis: Die Arbeitswelt der Zukunft. Bd. 227 der Taschenbuchreihe Texte und Thesen, Zürich-Osnabrück.
- Klauder, W. (1992):* Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit heute und morgen, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 18, H 4, S. 435 – 463.
- Klauder, W./Kühlewind, G. (1991):* Arbeitsmarkttendenzen und Arbeitsmarktpolitik in den neunziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B34 – 35, 16.8.1991.
- Prognos AG (Hofer, P./Weidig, I./Wolff, W.) (1989):* Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen, in: BeitrAB 131.1 (Textband), 131.2 (Anlagenband), Nürnberg.
- Tessaring, M. (1994):* Der Bedarf an Arbeitskräften nach Tätigkeiten und Qualifikationen, in: MittAB 1/94.
- Thon, M. (1991 a):* Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: MittAB 4/91.
- Thon, M. (1991 b):* Neue Modellrechnungen zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im bisherigen Bundesgebiet bis 2010 mit Ausblick bis 2030, in: MittAB 4/91.



Reinhard Ebert\*)

## **Was ist zu tun ? – Konsequenzen für die Arbeitsmarktpolitik**

### **1      Zuallererst und dringend geboten: Grundlegende und umfassende Beschäftigungspolitik über ergänzende Arbeitsmarktpolitik hinaus**

Die Beschäftigung in Westdeutschland hatte 1992 mit 29,5 Mill. Erwerbstätigen einen historischen Höhepunkt erreicht. Alleine in den letzten 10 Jahren stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 3,3 Mill. Trotzdem verharrte die Arbeitslosigkeit auf relativ hohem Niveau und unterschritt auch 1991, dem besten Jahr dieser Dekade, kaum 1,7 Mill. Seither haben binnenwirtschaftliche wie weltwirtschaftliche Rezession und Strukturkrise zu empfindlichen Beschäftigungsverlusten insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und zu einem alarmierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, der zu Jahresbeginn 1994 – allerdings nun in Gesamtdeutschland – sogar die 4 Mill.-Grenze überschritt. Während die fundamentale Anpassungskrise in Ostdeutschland zwar noch nicht überwunden ist, aber Stabilisierungstendenzen unübersehbar sind, stellen sich die Aussichten für Westdeutschland eher pessimistisch dar. Auf eine hohe Sockelarbeitslosigkeit droht sich ein neuer Schub von Dauerarbeitslosigkeit aufzubauen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird zur zentralen Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den neunziger Jahren.

Da die Ursachen der Krise vielschichtig, tief wurzelnd und bereits lange wirksam sind, kann ein konjunktureller Aufschwung allein, weder schnell noch automatisch, Abhilfe schaffen. Die Überwindung der offenkundig gewordenen strukturellen Defizite des Wirtschaftsstandorts Deutschland und die Besserung der Beschäftigungslage können nur mit einem grundsätzlichen und längerfristigen Gesamtkonzept erreicht werden.

Eine erfolgversprechende Strategie, die Wege zu mehr Beschäftigung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit aufzeigt, muß deshalb dreifachen Anforderungen genügen:

- Zuallererst ist eine umfassende, koordinierte gesamtwirtschaftliche Offensivstrategie notwendig. Der Prozeß, der bei entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Kostenbedingungen über Wachstum, Innovationen und Investitionen mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze hervorbringt, muß revitalisiert werden.

---

\*) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln.

- Eine gezielte Arbeitsmarktpolitik muß den Wachstums- und Beschäftigungsprozeß fördern und ausgleichend flankieren. Dabei bedarf insbesondere die Überdimensionierung und Überforderung der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland einer kritischen Überprüfung und zielgerichteten Korrektur.
- Schließlich sind in gewissen Grenzen beschäftigungspolitische Interventionen und öffentliche Stützmaßnahmen notwendig, um wenigstens einige Folgen von Dauerarbeitslosigkeit aufzufangen. Dabei hat allerdings der „erste“ Arbeitsmarkt absoluten Vorrang vor Ersatzbeschäftigungen.

## **2 Die wichtigsten strategischen Handlungsziele: Beherrschung der Kosten und Schaffung beschäftigungsfreundlicher Rahmenbedingungen**

Eine wichtige Ursache der Arbeitslosigkeit ist, daß der Faktor Arbeit zu teuer und zu unflexibel geworden ist. Viele Arbeitsplätze haben wegen hoher Löhne und Lohnzusatzkosten ihre Rentabilität eingebüßt. Zwischen dem Nettoeinkommen, daß das Arbeitsangebot der Arbeitnehmer bestimmt, und den Arbeitskosten, die die Arbeitsnachfrage der Unternehmen bestimmen, klappt eine stetig wachsende Lücke.

Hinzu kommt, daß der Staat und die Sozialsysteme immer größere Bereiche des privaten Wirtschaftens okkupiert, so Eigeninitiative und Eigenverantwortung zurückgedrängt und marktwirtschaftliche Funktionstüchtigkeit und Tatkraft geschwächt haben. Ein Staatsanteil von 52 % am Sozialprodukt, eine Staatsverschuldung von fast 2 Bill. DM, ein Sozialbudget, das bereits jede dritte Mark aufzehrt und eine volkswirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote von 45 % sprengen alle ökonomischen Belastungsgrenzen; Regulierungsdichte, Erstarrung und Verkrustung im gesamten Arbeitsrechtssystem tun ein übriges.

Die Lohn- und Arbeitszeitpolitik muß ausdrücklich in den Dienst der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gestellt werden. Der Faktor Arbeit muß aus seiner Kostenfalle befreit werden. Die Lohnzusatzkosten müssen ebenso wie die soziale Überfrachtung des Faktors Arbeit reduziert werden.

Lohn und Leistung sind aus dem Gleichgewicht geraten, so daß eine Korrektur des Kostenniveaus notwendig ist. Die tarifliche Lohnpolitik muß wieder angemessen flexibel und ausreichend differenziert gestaltet werden, damit der Lohn seine Lenkungs- und Marktausgleichsfunktion erfüllen kann. Die Tarifverträge müssen wieder Mindestvereinbarungen im tatsächlichen Wortsinn festlegen, mit denen auch schwächere Unternehmen unter dem Dach eines Flächen- und Branchentarifes leben können. Insgesamt brauchen die Betriebe deutlich größere Spielräume bei der konkreten Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen vor Ort. Spezielle tarifliche Wiedereinstiegsklauseln sind ein Weg, gezielt die Einstellungschancen von Arbeitslosen zu erhöhen.

Eine beschäftigungsfördernde Lohnpolitik muß durch eine offensive Arbeitszeitpolitik flankiert werden, die eine flexible Anpassung an die tatsächliche Beschäftigungslage der Unternehmen erlaubt. Tarifpolitische Ansatzpunkte hierfür können die Vereinbarung von Arbeitszeitkorridoren und Jahresarbeitszeitregelungen sein. Ein System „atmender Arbeitszeiten“ senkt die Arbeitskosten, indem es automatisch Minder- und Mehrarbeit in einer Spannbreite untereinander verrechnet. Zugleich können durch flexible Arbeitszeitgestaltungen die Betriebsnutzungszeiten stärker als bisher von den individuellen Arbeitszeiten entkoppelt werden.

Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß einen konsequenten Konsolidierungskurs verfolgen, um Vertrauen in die zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zurückzugewinnen. Entscheidende Impulse müssen für die unternehmerischen Innovationsaktivitäten gegeben werden. Mehr Freiräume für private Betätigung müssen eröffnet werden. Das Sozialsystem muß gezielt im Sinne einer Stärkung von Eigenverantwortung unter Beschränkung auf das Wesentliche umgebaut werden.

### **3 Oft überschätzt und überfordert: Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarktpolitik**

Arbeitsmarktpolitik soll die Ausgleichsvorgänge auf dem Arbeitsmarkt unterstützen und durch ein vielfältiges Förderinstrumentarium die Brücke zu neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen schlagen. Arbeitsmarktpolitik kann kein Ersatz für eine schlüssige Wirtschafts- und Sozialpolitik sein und kann von sich aus – entgegen weit verbreiteter Erwartung – keine Arbeitsplätze schaffen. Aus diesem Mißverständnis, das zu ihrer totalen Überforderung führen würde, muß sich die Arbeitsmarktpolitik befreien. Es gilt, Effizienz und Finanzierbarkeit sowie Gestaltungsspielräume mit Blick auf die großen Herausforderungen zurückzugewinnen bzw. neu zu bestimmen.

Vor eine völlig neue Situation wurde die Arbeitsmarktpolitik durch die deutsche Einigung und die dadurch ausgelösten tiefgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche in Ostdeutschland gestellt. Der Systemwechsel in den neuen Ländern brachte erheblich veränderte Aufgabenstellungen bei der Überbrückung von Arbeitsmarkteinbrüchen und der Hinführung zu neuen Arbeitsmarktstrukturen mit sich. Die Arbeitsmarktpolitik mußte die Hauptlast dieses Anpassungsprozesses tragen und ist dabei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und Gestaltbarkeit gestoßen.

Weil neue Arbeitsplätze nicht so schnell und in dem Umfang entstanden, wie alte wegfielen, mußte der Anpassungsprozeß arbeitsmarktpolitisch flankiert, gefördert, erleichtert und zum Teil überhaupt erst angestoßen werden. Es galt diese Überbrückungszeit sowohl sozial abzusichern wie auch produktiv zur Vorbereitung für künftige Anforderungen, z. B. in qualitativer Hinsicht, zu nutzen.

Der arbeitsmarktpolitische Aufwand in Höhe von jährlich rund 20 Mrd. DM, den allein die Bundesanstalt für Arbeit (BA) für Qualifizierung und Arbeitsbeschäftigung im Osten betrieben hat, ist ungeheuer groß: 1991 wurden fast 2 Mill., 1992 rund 1,8 Mill., 1993 rund 1,4 Mill. und 1994 werden noch 1,1 Mill. Menschen durch Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und durch Kurzarbeit aufgefangen.

Grenzen und Mängel einer solchen überdimensionierten Arbeitsmarktpolitik in qualitativer, administrativer und finanzieller Hinsicht wurden immer unübersichtlicher. Eine kritische Überprüfung von Effizienz und Effektivität läßt Zweifel an der grundsätzlichen Geeignetheit der Mittel im Hinblick auf die Frage aufkommen, ob die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze dadurch gefördert oder vielleicht sogar behindert wurde. Die tatsächlichen Ergebnisse sind – jedenfalls mit dem Blick auf das Ziel einer Beschäftigungsverbesserung – als unbefriedigend zu bewerten. Dies betrifft vor allem die vermeintlich und im guten Glauben postulierten, aktiven und perspektivischen Instrumente Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die zunächst in großem Umfang akut gebotenen und sozialpolitisch durchaus berechtigten mehr passiven Instrumente Altersübergangsgeld und Kurzarbeitergeld hatten durchaus erwartungsgemäß im Verlauf des Stabilisierungsprozesses an Gewicht verloren.

Festgehalten werden muß, daß die Arbeitgeber einen offensiven Kurs der Arbeitsmarktpolitik aktiv unterstützt haben und bei der konkreten Umsetzung praktisch und initiativ mitgewirkt haben. Mit dem Konzept der Arbeitsförderungsgesellschaften wurde z. B. ein spezieller organisatorischer Aktivitätsverbund vorgeschlagen. Dort sollten Möglichkeiten, inhaltliche Konzepte und öffentliche Förderung von Arbeitsmarktpolitik systematisch und professionell mit dem Ziel verbunden werden, schnell und in notwendigem Umfang und vor allem mit Perspektive zu qualifizieren. Dies war allerdings an die Voraussetzung gekoppelt, daß das alte Arbeitsverhältnis beendet wird und ein besonderes befristetes Verhältnis in einem rechtlich, personell und organisatorisch eigenständigen Gesellschaftstyp begründet wird. Die Arbeitgeber haben andererseits aber auch frühzeitig auf einen Strategiewechsel in der Arbeitsmarktpolitik gedrängt, auf Konsolidierung und Qualitätssicherung, auf den Umstieg vom Auffangen und Versorgen, zum Vermitteln in reguläre Beschäftigung.

#### **4 Kritische Bewertung der Haupttypen praktizierter Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland**

- *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)*  
sind eine sozialpolitisch gebotene Übergangs- und Nothilfe für schwer vermittelbare Arbeitslose.

Wegen des massenhaften und flächendeckenden Einsatzes im Osten (in der Spitze 1992 jahresdurchschnittlich rund 400 000 ABM-Beschäftigte) und durch die inhaltliche wie finanzielle Überforderung den fundamentalen Umstrukturierungsprozeß zu bewerkstelligen, sind statt der vielfach suggerierten Patentlösung, hauptsächlich Zweifel an der Eignung und Wirksamkeit dieses arbeitsmarktpolitischen Instrumentes übrig geblieben. Wenn der Flankenschutz zur Hauptstrategie wird, sind Fehlallokationen unvermeidlich, dann wird nicht das getan was wirtschaftlich am dringendsten ist, sondern das, wofür es Geld vom Arbeitsamt gibt. Fehlverhaltensweisen sind die Folge; passives Abwarten verschleppt den notwendigen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß auf Seiten der Betriebe gleichermaßen wie den beruflichen Neuorientierungsprozeß auf Seiten der Arbeitnehmer. Bei der Durchführung der Arbeiten spielen Leistungs- und Effizienzgesichtspunkte oft nur eine untergeordnete Rolle. Unerwünschte Mitnahmeeffekte, z. B. die Umfinanzierung von öffentlichen Aufgaben zu Lasten der Beitragszahler und kontraproduktive Verdrängungseffekte zu Lasten privater Initiativen, sind nicht von der Hand zu weisen.

Die Bezahlung in ABM muß reduziert werden, und zwar deutlich unter das vergleichbare tarifliche Entgelt. ABM-Sondertarifverträge sind keine allgemeine und realistische Lösung. Gesetzlich sollte die Absenkung des Lohnes sowie eine Höchstgrenze des zuschufähigen Lohnes festgelegt werden. Bei der letzten Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes wurde dieses Ziel nur zur Hälfte verwirklicht. Die Begrenzung der Förderung auf 90 % des Lohnes sowie die Einführung einer Kappungsobergrenze (80 % des Durchschnittslohnes, wurde schließlich ganz fallen gelassen) senkt nur die Bemessungsgrundlage für die Bezuschussung, nicht aber unmittelbar die Bezahlung für den Betroffenen.

Konkurrenzprobleme mit der Privatwirtschaft sind durch bewußte Verstärkung des Vergabeanteils von ABM an Wirtschaftsunternehmen sowie durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Kammern, z. B. durch die vorherige verbindliche Einholung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen, besser zu lösen. Mittlerweile hat sich die Lage einigermaßen normalisiert.

#### – *Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen*

sind ein wichtiges Instrument um die Kluft zwischen objektiven Arbeitsplatzanforderungen und subjektiven Befähigungen zu überbrücken. Qualifizierung ist kein Selbstzweck, sondern das entscheidende Bindeglied zum neuen Arbeitsplatz.

Bei den explosionsartig angestiegenen Eintritt in Bildungsmaßnahmen allein im Osten (in der Spitze 1991 und 1992 jeweils rund 900 000 im Jahresverlauf) muß jedoch bezweifelt werden, ob sie tatsächlich in diesem Ausmaß notwendig waren, um die Eingliederungschancen auf dem Arbeitsmarkt wirklich zu verbessern. Qualifizieren statt entlassen heißt das Zwischenziel, Qualifizieren und

Beschäftigung das Endziel! Bildungsmaßnahmen dürfen nicht zur – teureren – Warteschleife werden. Bildungsziele und -inhalte müssen konkret und mit Aussicht auf Beschäftigung bleiben, wenn Desorientierungen und Frustrationen bei den Beteiligten vermieden werden sollen.

Die Gefahr ist groß, daß die abstrakt erwünschte Zielsetzung und nicht die tatsächliche Zielerreichung zur Handlungsmaxime wird. Mittlerweile hat mehr als jeder dritte und bald schon jeder zweite Erwerbstätige im Osten Deutschlands eine Bildungsmaßnahme absolviert. Insgesamt sind bis 1993 schon über 20 Mrd. DM für die Qualifizierung von über 2 Mill. Personen im Osten ausgegeben worden.

Dringend erforderlich sind eine rationale Steuerung, Qualitätssicherung und Effizienzkontrolle der beruflichen Bildungsförderung. Mittlerweile ist eine gewisse Konsolidierung eingetreten.

- *Arbeitsförderung Umwelt-Ost nach § 249 h Arbeitsförderungsgesetz (AFG)* ist eine begrüßenswerte innovative arbeitsmarktpolitische Weiterentwicklung, ein vergleichsweise produktiv orientiertes Instrument der Beschäftigungsförderung. Die Ausrichtung ist mehr investitionsvorbereitend und – fördernd und damit stärker arbeitsplatzanregend als passiv verharrend. Als Zuschuß wird lediglich pauschal das ansonsten fällige Arbeitslosengeld gezahlt.

Durch die Notwendigkeit der Mitfinanzierung Dritter besteht der Druck auf ökonomisch prioritäre und sinnvolle Projekte. Eine 100 %ige Finanzierung des Maßnahmeträgers sollte ausgeschlossen sein, damit das wirtschaftliche Eigeninteresse erhalten bleibt. Wichtig ist, daß die wirtschaftliche Effizienz der Aufgabendurchführung im Vordergrund steht und nicht die Absicht, möglichst viele Arbeitslose unterzubringen. So sollten tatsächlich auch stärker private Wirtschaftsunternehmen in die Ausführung solcher Projekte eingeschaltet werden.

Die anstehende Ausweitung dieser speziellen Lohnkostenzuschüsse auf den Westen ist unter regionaler, sachlicher und personeller Begrenzung durchaus sinnvoll. Einbezogen werden sollten Maßnahmen zur Strukturverbesserung, nicht aber die Beschäftigungsfelder „soziale Dienste“ und „Jugendhilfe“. Anders als im Osten gibt es im Westen eine ausgebildete Infrastruktur der vielfach als öffentliche Aufgabe etablierten sozialen Dienste, so daß sich eine subventionierte Parallelbeschäftigung arbeitsmarktpolitisch nicht rechtfertigen läßt und die Umfinanzierung zu Lasten der BA nicht vertretbar ist.

## **5 Korrektur des arbeitsmarktpolitischen Finanzierungssystems**

Die großen arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen bei der Transformation der neuen Länder und Berlin-Ost in das marktwirtschaftliche System Deutschlands sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die dementsprechend von der Gesamtheit aller Staatsbürger und nicht nur – wie dies bisher systemwidrig der Fall ist – von den Beitragszahlern zur BA getragen werden muß. Immerhin haben die westdeutschen Beitragszahler vom Gesamt-Ostdefizit 1990 bis 1993 in Höhe von 105 Mrd. DM schon 65 Mrd. DM netto in die neuen Länder und Berlin-Ost transferiert. Ganz grundsätzlich muß die Arbeitsmarktpolitik auf eine breitere und ausgewogenere Finanzierungsbasis gestellt werden. Die Aufgabenbereiche, die mit der Arbeitslosenversicherung in engerem Sinne verbunden sind, müssen von den arbeitsmarktpolitischen Aufgaben im weiteren Sinne finanziell getrennt werden. Die versicherungsbezogenen Leistungen – wie Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld – müssen systemgerecht beitragsfinanziert, die versicherungsfremden Leistungen – wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen – müssen demgegenüber steuerfinanziert werden. Durch diese Mitfinanzierung aus allgemeinen Steuermitteln würde die über die BA hinausreichende beschäftigungspolitische Gesamtverantwortung von Staat und Gesellschaft deutlich und zugleich mit der Gesamtpolitik und deren Finanzierungsgrundlagen verknüpft. In der Beschäftigungskrise könnten so prozyklische Beitragserhöhungen vermieden werden. Im Gegenteil könnte der bisher kontraproduktiv hohe Beitragssatz durch Befreiung des Faktors Arbeit von Zusatzlasten spürbar reduziert und so mehr Beschäftigung gefördert werden. Dies hätte insbesondere in den personalintensiven Bereichen unmittelbar positive Wirkungen.

## **6 Stärkung der regionalen Kompetenzen am Arbeitsmarkt**

Mit der Überprüfung des Finanzierungssystems sollte eine stärkere Einbindung von Ländern und Kommunen in Mitfinanzierungsstrukturen und beschäftigungspolitische Verantwortlichkeiten erfolgen. Dies würde die Reaktionsgeschwindigkeit der Arbeitsmarktpolitik erhöhen und ihre Zielgenauigkeit und Effektivität verbessern.

Eine regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik könnte die Verzahnung von Wirtschafts-, Struktur-, Bildungs- und Sozialpolitik mit der Arbeitsmarktpolitik unterstützen. Die wesentlichen Entscheidungen im arbeitsmarktlichen Steuerungsprozeß sind mit den lokalen Akteuren abzustimmen. Neue Wege der dezentralen Aufgabenerledigung und der Optimierung von Arbeitsabläufen sind notwendig. Hierdurch kann auch der Einsatz arbeitsmarktrelevanter Fördermittel der Länder mit den übrigen Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung optimiert werden. Dies gilt insbesondere auch für die Nutzung beschäftigungspolitischer Förderhilfen aus EG-Mitteln, die im Rahmen eines abgestimmten regionalen

Gesamtkonzeptes eingesetzt werden und die die Wirkung der AFG-Förderung möglichst verstärken und nicht konterkarieren sollen.

## **7 Verbesserung der Arbeitsvermittlung**

Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt es eine Vielzahl von offenen Stellen, deren Zahl faktisch dreimal größer ist, als das bei den Arbeitsämtern registrierte Stellenangebot. Der geltende gesetzliche Vorrang der Vermittlung in Arbeit vor jedem Leistungsbezug muß wieder stärker in das allgemeine Bewußtsein gehoben und zur Richtschnur des praktischen Handelns gemacht werden. Wir brauchen eine Vermittlungsoffensive, die die Arbeitsvermittler, die Arbeitslosen und die Arbeitgeber gleichermaßen einbezieht und herausfordert. Offene Stellen müssen so schnell wie möglich besetzt, Beschäftigungsmöglichkeiten konsequent genutzt werden. Jeder unmittelbar besetzte Arbeitsplatz ist zugleich ein individueller, ein arbeitsmarktpolitischer und ein gesamtwirtschaftlicher Gewinn. Private Vermittlungskonkurrenz kann diesen Prozeß erheblich fördern. Die allgemeine Zulassung privater Arbeitsvermittlung in Ergänzung zur öffentlichen Vermittlung ist im Grunde längst überfällig, weil sich die Rechtfertigung für das sogenannte Vermittlungsmonopol rechtlich und tatsächlich überholt hat. Wir erwarten einen substantiellen Beitrag zur Verbesserung des Ausgleichs auf dem Arbeitsmarkt. Private Vermittler können mithelfen, freie Arbeitsplätze schnell und mit den richtigen Personen zu besetzen. Unternehmen hätten so einen zusätzlichen Weg der Personalgewinnung – Arbeitnehmer eine zusätzliche Chance bei der Stellensuche.

Teilweise irrationale Ängste gegen eine Öffnung sind durch praktizierte private Vermittlung in vielen anderen Ländern empirisch widerlegt. Danach verdrängt private Vermittlung nicht etwa die öffentliche Vermittlung, sie tangiert nicht das Schutzbedürfnis der Arbeitssuchenden, geht nicht zu Lasten der Zielgruppen des Arbeitsmarktes, reizt nicht die Arbeitskräftefluktuation an, vermindert nicht die Arbeitsmarkttransparenz.

Die Arbeitsämter müssen unbürokratischer als bisher agieren und die Arbeitsvermittlung unter Nutzung aller modernen Methoden deutlich stärker in den Mittelpunkt ihrer Dienstleistungsfunktion stellen. Die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern ist bewußt auszubauen, um damit zusätzliches Vermittlungspotential zu erschließen. Aber auch die Arbeitslosen sollten verstärkt zur Kooperation verpflichtet werden. Mehr Eigeninitiative bei der Arbeitsplatzsuche sollte zur Regel werden. Die Ablehnung von Arbeitsangeboten darf leistungsrechtlich nicht folgenlos bleiben. Die strikte und systematische Anwendung der Zumutbarkeitsregeln bis hin zur Verhängung von Sperrzeiten ist im Interesse des Abbaus von Arbeitslosigkeit und zum Schutze der Solidargemeinschaft dringend notwendig.



Die Unternehmen sollen den Arbeitsämtern mehr als bisher ihre offenen Stellen melden. Sie sollten auch stärker von sich aktiv aus bei der Gestaltung des Vermittlungsgeschehens mitwirken, z. B. durch Nutzung der „assistierten“ Vermittlung oder durch Beteiligung an Gruppenbewerbungsgesprächen. Arbeitgeber sollten sich nicht scheuen, dem Arbeitsamt in jedem Fall die wahren Gründe für das Nichtzustandekommen eines Arbeitsverhältnisses mit einem Arbeitslosen mitzuteilen.

## **8 Gezielter Einsatz der aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Förderung regulärer Beschäftigung**

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sollten einer zügigen und paßgenauen Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt dienen und Initiative, Anpassungsfähigkeit wie auch Mobilität stärken. Es sollten die Arbeitsaufnahme gefördert und Hilfen und Anreize zum Ein- oder Umstieg in reguläre Beschäftigung gegeben werden. Dazu gehören die Behebung von Qualifikationslücken durch Förderung von Fortbildung und Umschulung, insbesondere in der praxisbezogenen Betriebsvariante der Einarbeitungszuschüsse. In Betracht kommen weiterhin insbesondere Eingliederungsbeihilfen und Lohnkostenzuschüsse zum Ausgleich verschiedener persönlicher Merkmale der Schwervermittelbarkeit, sowie flankierende Überbrückungshilfen für Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen.

Durch gezielte Lohnkostenzuschüsse kann das Beschäftigungsniveau zwar generell kaum beeinflußt werden, wohl aber sind bei struktureller Arbeitslosigkeit zeitlich befristete und degressiv gestaltete Vermittlungshilfen für Problemgruppen aus sozialpolitischen Gründen durchaus wirksam und unbestritten. Einstellungshilfen für schwer vermittelbare Arbeitslose, für Langzeitarbeitslose und für ältere oder behinderte Arbeitslose verbessern deren Wettbewerbsposition. Sie verhindern zugleich, daß sich das Arbeitslosenrisiko ungleich verteilt und verfestigt.

Gerade diese Arbeitsförderungsinstrumente mit unmittelbarer Wirkung auf den ersten Arbeitsmarkt sind angesichts der finanziellen Überforderung der BA besonders stark zurückgefahren worden. Sie müssen wieder attraktiver ausgestaltet und entsprechend finanziell ausgestattet werden. Dabei müssen Rückschnitte u. a. bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Kauf genommen werden.

## **9 Stärkere Einbeziehung der Betriebe in die operative Arbeitsmarktpolitik**

Die Betriebe müssen als Akteure und Träger der Arbeitsmarktpolitik stärker als bisher mit den Arbeitsämtern präventiv und gestaltend zusammenwirken. Dies gilt für Personaleinstellungen, aber auch bei notwendigen Personalanpassungen. Das Instrumentarium muß auf die akuten, praktischen Belange ausgerichtet werden.

Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen sind möglichst betriebsnah, praxisgerecht und überschaubar durchzuführen. Auch neue Kombinationen der verschiedenen Varianten von Kurzarbeit mit entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen sollten entwickelt werden.

Das Kurzarbeitergeld und damit die Lebensunterhaltsleistung wird vom Arbeitsamt weiter gewährt, wenn die Kurzarbeit nicht allein wegen der Qualifizierung erfolgt. In einem weiter bestehenden Arbeitsverhältnis erfolgt die Umorientierung auf künftige Anforderungen im Betrieb. Im Falle späterer Entlassung bedeutet die Qualifizierung eine bessere Verwendung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Für die Gestaltung der Weiterbildungsmaßnahmen sind Phantasie und Flexibilität erforderlich. Sie können für alle Kurzarbeiter oder für bestimmte Gruppen im Betrieb, durch den Betrieb, aber auch außerhalb und durch Dritte durchgeführt werden.

Auch die Kombination von Teilzeitarbeit und Teilzeit-Unterhaltsgeld für bestimmte Personengruppen sollte stärker genutzt werden.

Ein unkonventionelles, praktisches Modell erfolgversprechender Zusammenarbeit läuft in Nordrhein-Westfalen, wo – in der speziellen Variante des sogenannten Struktur-Kurzarbeitergeld nach § 63 Abs. 4 AFG – kurzarbeitende, in einer betrieblichen Sondereinheit zusammengefaßte Montan-Arbeitnehmer durch eine vorübergehende praktische Qualifizierungsphase in Handwerksbetrieben schließlich dort einen neuen Arbeitsplatz finden sollen.

Neu bedacht werden muß auch die Möglichkeit der Qualifizierung bei Arbeitslosigkeit und weiterlaufendem Leistungsbezug. Die Frage der Verfügbarkeit kann nicht formalrechtlich defensiv, sondern muß arbeitsmarktpolitisch offensiv bewertet werden.

Die Ausschöpfung des großen Teilzeitreservoirs sollte offensiv gefördert werden. Alle Erhebungen ergeben ein großes Potential an Teilzeitwünschen auf seiten der Arbeitnehmer ebenso wie von Teilzeitmöglichkeiten auf seiten der Wirtschaft. Tatsächlich ist der Spielraum noch längst nicht ausgeschöpft. Der weitere Ausbau der Teilzeitarbeit verlangt Flexibilität bei allen Beteiligten. Ein konstruktives Weiterdenken ist nicht nur in den Betrieben erforderlich, sondern auch auf seiten der Gewerkschaften und Betriebsräte.

## **10 Möglichkeiten und Konditionen öffentlich subventionierter Ersatzbeschäftigung**

Angesichts der Größenordnung und strukturellen Verfestigung der Arbeitsmarktungleichgewichte läßt sich die Arbeitslosigkeit trotz des massiven Einsatzes aller beschäftigungspolitischen Gegenmittel weder schnell noch im erhofften Umfang

abbauen. Überlegungen zur Installierung eines „zweiten“ Arbeitsmarktes, die hier einsetzen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Beschäftigungsproblem nur durch Schaffung zusätzlicher wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zu lösen ist. Es muß feststehen: Ein subventionierter sogenannter Zweiter Arbeitsmarkt, der in Wahrheit das Gegenteil eines wirklichen Marktes ist, kann keine Alternative für den „ersten“ Arbeitsmarkt sein.

Programmatische Ansätze für staatlich subventionierte Ersatzbeschäftigung sind Ausdruck akuter, sozialpolitisch gebotener Notstandsmaßnahmen. Im Grunde gibt es kaum eine Arbeit, die nicht in einem regulären Beschäftigungsverhältnis getan werden könnte, solange sie nicht zu teuer ist. Mit Subventionierung wird in den Markt eingegriffen, indem hierdurch künstliche Arbeitsplätze geschaffen werden, die sonst nicht bestehen könnten. Wegen des absolut zwingenden Vorrangs regulärer Beschäftigung ist eine solche sozial motivierte Subventionierung nur in äußerst engen und klar definierten Grenzen denkbar. Folgende Konditionen sind hierbei unerlässlich:

- Der Lohnabstand muß so deutlich sein, daß der Anreiz zum baldmöglichen Übergang in den ersten Arbeitsmarkt bestehen bleibt.
- Die Betätigung muß befristet sein, um Verkrustungen und Beharrungstendenzen zu vermeiden.
- Eigeninteressen der Träger müssen zurückstehen, um einer Vonselbständigung und Perpetuierung von Trägerinteressen entgegenzuwirken.
- Die arbeitsrechtliche Bindung muß so flexibel sein, daß jederzeit der Ausstieg möglich und attraktiv ist und der Einstieg in reguläre Beschäftigungen sofort erfolgen kann.
- Die Einsatzfelder müssen deutlich von denen des ersten Arbeitsmarktes getrennt sein, damit die subventionierte Betätigung die reguläre Arbeit, z. B. im Bereich des Handwerks, nicht verdrängt.
- Es muß sich wirklich um Arbeiten handeln, bei denen Leistungs- und Effizienzkriterien gelten und diese auch kontrolliert werden und nicht um beschäftigungstherapeutische Aufbewahrungsmaßnahmen.
- Ersatzbeschäftigungen können jeweils nur für bestimmte Zielgruppen vorgesehen werden, weil es angesichts der großen Zahl der Arbeitslosen und der knappen Mittel illusorisch wäre, allen Arbeitslosen unterschiedslos ein solches Angebot zu machen.
- Die Zumutbarkeitsregeln müssen auch bei diesen Angeboten entsprechend Anwendung finden.

## 11 Nur rentable Arbeitsplätze beseitigen Arbeitslosigkeit wirklich

Bei einer massiven Expansion eines öffentlichen geförderten Arbeitsmarktsektors käme es zu Rückwirkungen und Verdrängungen auf dem ersten Arbeitsmarkt und zu einer drastischen Abgabenlast von Wirtschaft und regulären Arbeitsplätzen. Für die sich nicht selbst tragenden, unrentablen Beschäftigungen müßten die rentablen Arbeitsplätze zusätzlich herangezogen werden. Die vorgebliche Beseitigung des Mangels reißt dann weitere Lücken, indem die eigentlichen Ursachen, die Über-  
teuerung der Arbeitsplätze, gesteigert und so bestehende Arbeitsplätze zusätzlich gefährdet werden. Es wäre sehr viel durchschlagender, statt über den Umweg einer „Verbilligung“ der Arbeit durch Subventionierung aus öffentlichen Haushalten, den Faktor Arbeit direkt, allgemein und dauerhaft zu entlasten.

Vor einer weiteren Illusion muß gewarnt werden: Der behauptete hohe Selbstfinanzierungsgrad von Beschäftigungssurogaten ist eine Selbsttäuschung. Tatsächlich, konkret und heute zu leistende Ausgaben lassen sich nicht mit hypothetisch, vielleicht in der Zukunft irgendwo an anderer Stelle unseres Sozialsystems anfallenden fiktiven Ersparnissen finanzieren. Ausgaben für den einen Zweck mindern die Verwendungsmöglichkeiten der knappen Mittel für einen anderen. Gesamtfiskalische Mittel sollten geballt eingesetzt werden, um das Grundproblem der Arbeitslosigkeit anzugehen.

Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß ein hoher Beschäftigungsstand nur über rentable Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmen zu erreichen ist. Dazu ist eine umfassende, offensive, wachstumsorientierte Wirtschafts- und Innovationspolitik notwendig.

## **Rentable Arbeitsplätze in der Industrie – Lehren aus mehr als 40 Jahren Strukturwandel**

Wirtschaftswachstum und Strukturwandel sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Mit dem Begriff Wirtschaftswachstum verbinden wir in der Regel steigenden Wohlstand, mit dem Begriff Strukturwandel dagegen nur allzu oft den Verlust von Arbeitsplätzen. Die Industrie steht in mehrfacher Hinsicht im Zentrum der vielschichtigen Beziehungen zwischen Wirtschaftswachstum und Strukturwandel. Auf den ersten Blick scheint die Industrie im Strukturwandel auf der Verliererseite zu stehen. Der vielgepriesene Trend zur Dienstleistungsgesellschaft läßt anscheinend die Bedeutung der Industrie kontinuierlich schwinden. Längst sind im Dienstleistungssektor mehr Menschen beschäftigt als in der Industrie und auch im Hinblick auf den Anteil an der Wertschöpfung hat der Dienstleistungssektor der Industrie den Rang abgelaufen. Und selbst innerhalb der Industrie wächst der Dienstleistungsanteil beständig. Nur noch knapp ein Fünftel der Beschäftigten ist mit der direkten Herstellung von Produkten befaßt, alle übrigen mit den zur Herstellung und zum Verkauf notwendigen Dienstleistungen.

Dieser Trend ist in allen hochentwickelten Volkswirtschaften zu beobachten. Er hat in der Vergangenheit zu der These verleitet, hochentwickelte Volkswirtschaften könnten als sogenannte „Blaupausen-Wirtschaft“ ausschließlich von Dienstleistungen leben. Diese These beruht allerdings auf einem Trugschluß. Denn rund die Hälfte aller Dienstleistungen ist von der Industrieproduktion abhängig. Dienstleistungen von Ingenieur-Büros, Software-Anbietern, Werbeagenturen oder Leasing-Unternehmen werden überwiegend von der Industrie nachgefragt. In der Industrie findet eine originäre Wertschöpfung statt, die für den Wohlstand Deutschlands von entscheidender Bedeutung ist. Deutschland wäre zweifellos ohne die Industrie ein armes Land. Ohne eine leistungsfähige Industrie könnten wir weder Energie und Rohstoffe importieren, noch könnten wir uns Auslandsreisen oder so scheinbar banale Dinge wie Südfrüchte leisten. Die negativen Folgen, die der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf den Lebensstandard in einem Land hat, zeigt der Schrumpfungsprozeß, den die britische Industrie in den sechziger und siebziger Jahren hinnehmen mußte, nur allzu deutlich. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost hat uns im eigenen Land die Bedeutung der Industrie vor Augen geführt.

---

\*) Dr. Ludolf von Wartenberg, Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln.

## **1 Hat die Gesellschaft die Fähigkeit zum Strukturwandel verloren?**

Es wird in den nächsten Jahren entscheidend darauf ankommen, die Weichen richtig zu stellen für die Schaffung einer gesunden, international wettbewerbsfähigen Industrie in Ostdeutschland und für eine Festigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Westdeutschland. Die Erfahrungen des zurückliegenden überdurchschnittlich langen Konjunkturaufschwungs haben gezeigt, daß der negative Trend in der Beschäftigungsentwicklung in der Industrie umkehrbar ist. Die in der Phase von 1983 bis zur deutschen Vereinigung verfolgte Politik einer Zurückdrängung des Staates und einer Stärkung der Angebotskräfte haben uns vor Augen geführt, daß eine Re-Industrialisierung möglich ist und daß sie gesamtwirtschaftlich enorme Beschäftigungseffekte nach sich ziehen kann.

Seit dem Ende des konjunkturellen Höhenfluges sind im früheren Bundesgebiet wieder 500 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. In der Industrie wurde der gesamte Beschäftigungserfolg des zurückliegenden Aufschwungs zunichte gemacht. Dies zeigt, daß es im gegenwärtig stattfindenden Anpassungsprozeß um mehr geht als um die Bewältigung einer Rezession. Der Konjunkturzyklus wird überlagert von einer der schwersten Strukturkrisen der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Die wichtigsten Elemente dieser Strukturkrise sind:

- Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Vollendung der deutschen Einheit. Durch die Wiedervereinigung ist das Inlandsprodukt pro Kopf gesunken, wir sind alle relativ ärmer geworden. Dies erfordert Veränderungen im persönlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhalten.
- Der intensiver gewordene internationale Wettbewerb und die zunehmende Globalisierung der Märkte. Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Chemie sind die Branchen, die das Wirtschaftswunder Deutschland geschaffen haben. Sie sind auch weiterhin die Basis der Beschäftigung in Deutschland. Dies wird schnell deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in diesen vier Branchen rd. 47 % der Industriebeschäftigten tätig sind und daß dort 47 % der Bruttowertschöpfung in der Industrie und fast 58 % der deutschen Exporte erwirtschaftet werden. Die starke Position wurde durch neue Wettbewerber jedoch unter Druck gesetzt. Japan ist mit hochentwickelter Produktionstechnik, hoher Arbeitsdisziplin, langfristigen Strategien in die Kernmärkte der deutschen Industrie eingedrungen. Gleichzeitig entstand eine neue Konkurrenz durch neue Industrieschwellenländer Asiens. Mit niedrigen Löhnen und im Technologieverbund mit Japan dringen sie in die Märkte der Standardprodukte der deutschen Industrie ein.

- Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, der durch den Abbau administrativer Barrieren und einer umfassenden Deregulierung zu einem intensiveren Wettbewerb in der Europäischen Union (EU) führt.
- Die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Staaten. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen entstehen vor unserer Haustür neue industrielle Produktionsstandorte mit niedrigen Lohnkosten. Der Aufbau moderner Fabriken in Osteuropa verändert die Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Unternehmen. Es erwachsen neue Konkurrenten; im Zuge der internationalen Arbeitsteilung entstehen aber auch neue Kooperationspartner.
- Die demographische Entwicklung in Deutschland. Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts glich die Bevölkerungsstruktur einer Pyramide. Auf dieser Basis war es leicht, daß die nachwachsenden Generationen durch ihre Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung für die alten Menschen Sorge trugen. Inzwischen ist die Bevölkerungspyramide jedoch zum Pilz geworden, d. h. immer weniger junge Menschen müssen für immer mehr alte Menschen sorgen und die Finanzlasten tragen.

### **1.1 Die Kostenkrise bedroht die Wettbewerbsfähigkeit**

Strukturwandel ist ein ständiger Prozeß in einer Marktwirtschaft. In der Geschichte der Bundesrepublik gibt es eine ganze Reihe von Beispielen für erfolgreichen Strukturwandel in der Wirtschaft. Auch größere Herausforderungen hat es in der Vergangenheit schon gegeben. Zu erinnern ist beispielsweise an die beiden Ölkrisen. Zu einer Bedrohung wird Strukturwandel immer dann, wenn in Wirtschaft und Gesellschaft die notwendige Flexibilität zum Wandel verlorengegangen ist. Und in der Tat sind Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Deutschland in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zur Bewältigung der aufgezählten Herausforderungen nicht in der besten Verfassung.

In mehr als 40 Jahren Sozialer Marktwirtschaft hat sich in vielen Bereichen ein ausgeprägtes Besitzstandsdenken ausgebreitet. Die Tatsache, daß ökonomische Positionen am Markt ständig neu erkämpft werden müssen, ist vielfach einer Vollkaskomentalität gewichen. Die Überprüfung langjähriger Gewohnheiten und die Setzung neuer Prioritäten angesichts der neuen Herausforderungen erfolgt noch nicht in ausreichendem Maße. Nur wenn Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Herausforderungen in ihrer wahren Dimension erkennen und in ihrem Handeln gebührend berücksichtigen, kann der Zukunft Deutschlands ruhig entgegengesehen werden. Denn nur durch die Bewältigung dieser Herausforderungen können dringend notwendige rentable Arbeitsplätze in Ost- und Westdeutschland erhalten und geschaffen werden. Die Versäumnisse der zurückliegenden Jahre haben Deutschland in eine enorme Kostenkrise geführt.

Bislang ging steigender Wohlstand der Gesellschaft einher mit einem immer engmaschigeren sozialen Netz. Der fürsorgende Wohlfahrtsstaat, der den Bürgern immer mehr individuelle Risiken abnimmt, ist in Deutschland schrittweise Realität geworden. Im Interesse zukunftssicherer Arbeitsplätze können wir diesen Weg nicht mehr weiterbeschreiten. Wettbewerbsnachteile bei den Arbeitskosten sind zum guten Teil den unaufhaltsam steigenden Personalzusatzkosten, die in der Industrie 1992 bereits 84 % des Direktlohns betrug, anzulasten. Sie drohen damit zu Lohnhauptkosten zu werden. Hauptkostentreiber in den letzten Jahren waren dabei die Beitragserhöhungen der Sozialversicherungen.

Die steigende Zahl älterer Menschen und die längere Lebenserwartung werden weitere dramatische Kostensteigerungen in den sozialen Sicherungssystemen verursachen. Aber nicht nur dies hat dazu geführt, daß in Deutschland die Arbeitskosten mit fast 42 DM je Stunde weltweit am höchsten sind. Die hohen Lohnkosten werden nicht mehr durch eine hohe Arbeitsproduktivität gerechtfertigt. Die Folge ist, daß Deutschland inzwischen auch bei den Lohnstückkosten weltweit führend ist. Trotz enormer Kostenbelastung erlauben wir uns die weltweit kürzeste Wochen- und Jahresarbeitszeit, die größte Anzahl von Urlaubs- und Feiertagen und eine deutlich unter dem Durchschnitt der EU-Länder liegende Betriebsnutzungszeit.

Ein Wettbewerbsnachteil für deutsche Unternehmen ist auch nach Verabschiedung des Standortsicherungsgesetzes die hohe steuerliche Belastung. Im Verlauf der zurückliegenden Jahre ist der Abstand durch Steuersenkungen im Ausland größer geworden. Kein Unternehmer würde beispielsweise in Bayern investieren, wenn dort der Steuersatz 50 %, in Baden-Württemberg aber nur 37 % betrüge. Genau dies ist aber beispielsweise die Situation im Vergleich zu Großbritannien. Ein weiterer wichtiger Kostenfaktor ist der Umweltschutz. Die Bundesrepublik Deutschland hat im Bereich des Umweltschutzes durch beträchtliche Investitionen durchgreifende Erfolge in den Bereichen Luftreinhaltung und Gewässerschutz erzielt. Umweltschutz hat jedoch auch einen Preis. Insbesondere dann, wenn international nicht abgestimmte Maßnahmen ergriffen werden, droht eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Die Kostenkrise in der deutschen Wirtschaft wurde auch durch die Wiedervereinigung und den damit verbundenen Finanzbedarf mitverursacht. Die notleidende Infrastruktur sowie die sozialpolitische Abfederung der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost und die Beseitigung der Altlasten des ehem. SED-Regimes erfordern Transferleistungen in ganz beträchtlichen Größenordnungen. Gleichzeitig ist es jedoch nicht gelungen, im früheren Bundesgebiet die Ansprüche seitens des Staates im notwendigen Umfang zurückzufahren. So wuchsen Staatsquote und Staatsverschuldung immer schneller, trotz gleichzeitiger mehrfacher Steuer- und Abgabenerhöhung von über 100 Mrd. DM pro Jahr.



Die Erfolge der in den achtziger Jahren vorangetriebenen Konsolidierung wurden durch diese Entwicklung nicht nur wieder zunichtegemacht, alle relevanten Indikatoren weisen im Gegenteil eine rapide gestiegene Staatstätigkeit aus. Die Staatsquote ist von 1989 bis 1993 von 45,8 auf 52 % angewachsen und steigt weiter an. Zum Vergleich: In den USA und Japan liegen die Staatsquoten mit 36 % bzw. 32 % deutlich niedriger. Die deutsche Steuer- und Abgabenquote stieg im gleichen Zeitraum von 42,4 % auf 43,7 % an, ebenfalls mit steigender Tendenz. Das staatliche Sozialbudget hat mittlerweile eine Größenordnung von 1 000 Mrd. DM, die Verschuldung der Gebietskörperschaften zusammen ein Volumen von über 1 200 Mrd. DM erreicht. Fast 10 % der öffentlichen Haushalte müssen heute für eine Verzinsung der staatlichen Schulden aufgewendet werden. Überspitzt formuliert bedeutet diese Entwicklung: Deutschland ist auf dem Weg in die Staatswirtschaft. Der Staat mit seinem überzogenen Zugriff auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung ist zur Wachstumsbremse geworden. Der vielfach bestätigte Wirkungszusammenhang zwischen der Rentabilität unternehmerischer Investition und der Schaffung neuer Arbeitsplätze kann sich so nicht mehr entfalten.

## **1.2 Ist die technologische Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr?**

Wichtig für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben ist auch die Beantwortung der Frage, inwieweit die Versäumnisse der Vergangenheit schon zu nachhaltigen Schäden in der Volkswirtschaft geführt haben. Ein wichtiger Indikator für den Zustand unserer Volkswirtschaft ist die Attraktivität Deutschlands für ausländische Investoren. Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist in der Frühphase nicht am Produktions- und Exportvolumen, sondern am Investitionsverhalten ablesbar. Seit Jahren ist zu beobachten, daß deutsche Investitionen zunehmend ins Ausland verlagert werden und daß gleichzeitig Deutschland von ausländischen Investoren gemieden wird.

Auch in anderer Hinsicht sind bereits gravierende Auswirkungen einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit und damit ein Verlust an Arbeitsplätzen erkennbar. Deutschland besitzt nach wie vor in den klassischen Industrien eine starke Position auf den Weltmärkten. In den neuen Schlüsseltechnologien sind jedoch Schwächen unübersehbar. Gemessen am Weltmarktanteil für Industriewaren ist Deutschland mit 17 % vor den USA und Japan nach wie vor führend. Beim Handel mit forschungs- und entwicklungsintensiven Gütern liegt Deutschland hinter Japan und den USA nur noch an dritter Stelle und mußte in den zurückliegenden Jahren Marktanteilsverluste hinnehmen.

In den Bereichen Informations-, Gen-, Luft- und Raumfahrt- sowie Umwelttechnik finden derzeit weltweit große Innovationsschübe statt. Diese Schlüsseltechnologien und die mit ihnen eng verwobenen forschungs- und entwicklungsintensiven Produktionsbereiche waren auch in der Bundesrepublik Deutschland in den zurückliegenden 10 Jahren Hauptträger des wirtschaftlichen Wachstums. Es sind diese

Bereiche, in denen vorrangig neue Arbeitsplätze in der Industrie entstehen. Dies sind Arbeitsplätze mit hoher Produktivität, die notwendig sind, damit die hohen Löhne in Deutschland auch in Zukunft gezahlt werden können. Die neuen Technologien besitzen auch eine enorme Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der klassischen Industrie. Dies wird spätestens in dem Moment klar, wenn man sich vor Augen führt, daß bereits heute zwei Drittel aller Mikrochips direkt in Werkzeugmaschinen, Autos und Fernsehapparate eingebaut werden.

Der Verlust an technologischer Wettbewerbsfähigkeit einerseits und die nach wie vor bestehende Kostenkrise setzt die deutsche Wirtschaft einer doppelten Gefahr aus. Die Konkurrenz der Niedriglohnländer bedroht die klassische Produktion und die Konkurrenz aus den Hochtechnologieländern Japan und USA bedrohen die Marktanteile der Hochtechnologieindustrien. Beiden Entwicklungen muß entgegengewirkt werden, sollen die Arbeitsplätze in der deutschen Industrie auf Dauer gesichert werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hängt letztendlich von ihrer Innovationsfähigkeit ab. Die Chancen und Hoffnungen in der Industrie konzentrieren sich auf die Entwicklung neuer marktbezogener Technologien und deren gezielte Umsetzung in innovative kundengerechte Produkte. Doch ebenso sind die Unternehmen zu ständiger Verbesserung ihrer Organisationsstrukturen, zur Weiterentwicklung der Produktionsverfahren und Werkstoffe und zur strategischen Gewinnung neuer Märkte gezwungen. In den letzten Jahren wurde immer deutlicher, daß die führenden Industrienationen heute alle um dieselben wertschöpfungsintensiven neuen Technologie- und Produktionsfelder konkurrieren. Es zeichnet sich ab, daß dieser Innovationswettbewerb eine neue Dimension erhält. Zunehmend wichtig wird, wo für forschungs- und wertschöpfungsintensive Produktion die besten Standortvoraussetzungen für Wissenschaft und Industrie geboten werden. Der Technologiewettbewerb wird damit auch zum Standortwettbewerb. Die technologiebezogene Qualität der Standorte wird zur entscheidenden Grundlage für Stärken und Schwächen der einzelnen Industrienationen.

Die Unternehmen können deshalb die Wende zu einer stärkeren Innovationskraft der deutschen Wirtschaft nicht allein vollziehen. Notwendig ist auch eine Neuorientierung des Bewußtseins in unserer Gesellschaft. Sie setzt eine Bejahung von Unternehmertum und technischem Fortschritt ebenso voraus wie eine positive Einstellung zu Arbeit und Leistung. Bislang ist die weitverbreitete Innovations skepsis in Bevölkerung und Politik ein entscheidendes Hemmnis für Veränderungen. Die Innovationsfähigkeit in Deutschland wird insbesondere durch eine begrenzte Technikakzeptanz nachhaltig behindert. Innovationschancen stoßen oft auf eine Wand von Skepsis und Ablehnung. Wir leben in einem gesellschaftlichen Klima, in dem technologische Entwicklungen und damit verbundene Entwicklungspotentiale von vornherein negativ besetzt sind.

## **2 Mit einer Doppelstrategie aus der Krise**

Die meisten Zukunftstechnologien wie beispielsweise Gentechnik, Kernenergie sowie neue Verkehrs- und Kommunikationssysteme erzeugen häufig ein zwar nur diffus begründetes, aber um so lauterer Nein! Von den im Gegensatz dazu positiv besetzten neuen Umwelttechnologien allein kann der Antrieb der ökonomischen Entwicklung aber nicht kommen.

Die notwendige Aufholstrategie gegenüber Japan und den USA erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft. Damit wird keinesfalls eine neue Industriepolitik gefordert. Der Staat muß jedoch seine Aufgabe als Moderator eines Zukunftsdialogs in unserer Gesellschaft annehmen. Das Ziel muß sein, die Attraktivität des Standorts Deutschland für Forschung, Entwicklung und Produktion inländischer und ausländischer Unternehmen zu verbessern. Es muß unser Interesse sein, daß auch ausländische Unternehmen ermutigt werden, in Deutschland Forschung und Entwicklung zu betreiben und so aktiv am Innovationsprozeß in Deutschland teilzunehmen. In Deutschland dürfen nicht länger nur die Ideen entwickelt und Basiserfindungen gemacht werden und die Umsetzung wird dann anderen überlassen.

Um dies zu ändern, sind erhebliche Anstrengungen notwendig. Deutschland ist das einzige hochindustrialisierte Land, in dem die Ausgaben des Staates für Forschung und Technologie seit Ende der achtziger Jahre real sinken. Dieser Trend ist kurzfristig und inakzeptabel.

Wir müssen in Deutschland auch und gerade angesichts dramatischer Finanzprobleme die Kraft aufbringen, Prioritäten für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft sowie Forschung und Entwicklung zu setzen. So müssen die Hochschulen grundlegend reformiert werden. Unsere Hochschulen leisten zugegebenermaßen viel. Aber die Studienzeiten sind viel zu lang und allzu oft ist nach der langen Studienzeit das Wissen schon wieder veraltet. Eine Verkürzung der Studienzeiten und eine stärkere Praxisorientierung der Ausbildung sind daher dringend notwendig. Ein Standortvorteil besteht auch für junge Menschen, so wie in Frankreich, England oder Spanien, die mit 25 Jahren anstatt mit mehr als 28 Jahren ins Berufsleben eintreten.

Die Förderung der Innovationskraft erfordert auch, junge Menschen für eine selbstständige Tätigkeit und Gründung technologieorientierter Unternehmen zu motivieren. Eine Förderung der Markteinführung innovativer Produkte, beispielsweise durch einen verlorenen Zuschuß oder die Bereitstellung von Risikokapital in größerem Umfang als bisher, wären geeignete Maßnahmen um Unternehmensneugründungen im Bereich der Schlüsseltechnologie zu erleichtern. Dadurch entstünden zahlreiche neue Arbeitsplätze mit jener hohen Wertschöpfung, die für die hohen Löhne in Deutschland erforderlich ist.

Eine Verbesserung des Innovationsklimas verlangt darüber hinaus einen Abbau der hohen Regelungsdichte, überzogener Auflagen sowie überlanger Behördenwege. So hat z. B. das deutsche Gentechnikgesetz zur Folge, daß von den jährlich in diesem Bereich getätigten Investitionen in Höhe von 1 Mrd. DM weniger als 50 % in Deutschland investiert werden.

Selbstverständlich muß die technologische Entwicklung auf Risiken überprüft werden. Im gleichen Maße ist es jedoch auch notwendig, den denkbaren Risiken die Chancen für Arbeitsplätze und Wohlstand gegenüberzustellen bzw. die Risiken in Betracht zu ziehen, die entstehen, wenn bestehende Chancen nicht wahrgenommen werden. In Deutschland ist kaum das erreichte Wohlstandsniveau zu halten, wenn gleichzeitig aus Angst vor Risiken technologische Entwicklungen grundlegend abgelehnt oder erschwert werden, während andere Staaten und Gesellschaften sie nutzen, um sich Wohlstandspotentiale zu erschließen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich besitzt eine große Bedeutung. Die Mehrzahl der industriellen Arbeitsplätze wird jedoch auch in der Zukunft in den klassischen Industrien zur Verfügung stehen. Der Erhalt dieser Arbeitsplätze wird nur möglich sein, wenn Kosten, insbesondere die Arbeitskosten wieder der Leistungskraft der Unternehmen entsprechen. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, daß es in der deutschen Industrie immer dann zu einem starken Zugewinn an Arbeitsplätzen kam, wenn die Lohnentwicklung der Produktivitätsentwicklung folgte und nicht vorauseilte. Auch in der gegenwärtigen Phase ist deshalb die Tarifpolitik gefordert. Die Tarifabschlüsse müssen stärker nach Regionen, Branchen und Betrieben differenziert werden. Zusätzlich sollte eine neue Arbeitsmarktordnung die Möglichkeit längerer individueller Arbeitszeiten und eine weitere Flexibilisierung der betrieblichen Arbeitszeiten ermöglichen.

Erfolgreich können all diese Anstrengungen aber nur sein, wenn auch der Staat die Überforderung unserer Volkswirtschaft beendet. Überzogene Leistungsansprüche an die volkswirtschaftliche Wertschöpfung zerstören Leistungsanreize und dämpfen die Wachstumsdynamik. Dieser Trend muß umgekehrt werden. Der Staat muß durch Privatisierung, Deregulierung und Neubestimmung seiner Aufgaben schlanker und bescheidener werden. Nicht nur Unternehmen, auch die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen im internationalen Wettbewerb. Die Politik muß deshalb durch die klare Selbstverpflichtung, die Steuer-, Abgaben- und Staatsquote bis zum Jahr 2000 wieder auf das Niveau der Jahre 1989/90 zurückführen, dem Markt und der privatwirtschaftlichen Aktivität wieder mehr Chancen einräumen.

Der hierzu notwendige Korrekturbedarf besteht in erster Linie in der Sozialpolitik. Unser Sozialstaat droht in einen Wohlfahrtsstaat umzukippen. Das soziale Netz muß dringend an die enger gewordenen Finanzspielräume angepaßt werden. Auch die Wirtschaft will sozialen Ausgleich und Solidarität mit den wirklich Bedürftigen und

Benachteiligten. Wir wollen aber keinen Wohlfahrtsstaat, der mit immer mehr Umverteilungen und Umlagen immer mehr Arbeitsplätze vernichtet. Damit das soziale Netz die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft nicht weiter übersteigt, ist ein Umbau in Richtung einer größeren Eigenverantwortung und Eigenvorsorge der Bürger sowie eine Bekämpfung von Mißbräuchen einschließlich der Beseitigung von falschen Anreizsystemen dringend erforderlich.

Eine Senkung des Kostenniveaus in Deutschland bedeutet auch, die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung zu unserem Vorteil zu nutzen. Es ist sicherlich richtig, daß durch die Niedrigkostenländer in Osteuropa in Deutschland Arbeitsplätze infolge Verlagerung von Produktion verlorengehen. Es ist aber genauso richtig, daß durch die Nutzung eines engen Produktionsverbundes mit diesen Ländern neue Arbeitsplätze an anderer Stelle entstehen. Es gilt die Kostenvorteile in Osteuropa zur Senkung der Produktionskosten in Deutschland zu nutzen. Die USA, vor allen Dingen aber Japan zeigen uns, daß diese Strategie zu einer Intensivierung des Handels, einer Verstärkung der Direktinvestitionen und einer verbesserten Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie und damit einem Zuwachs an Arbeitsplätzen führt. Die Öffnung Mittel- und Osteuropas bietet der deutschen Industrie die einmalige Chance, diesbezüglich mit unseren wichtigsten Konkurrenten gleichzuziehen.

### **3 Nur Investitionen sichern die Industriearbeitsplätze in den neuen Ländern und Berlin-Ost**

Das bisher Gesagte gilt im wesentlichen auch für die Überwindung der Anpassungskrise in Ostdeutschland. Allerdings gibt es dort einige spezifische Entwicklungen, die zusätzliche Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen erfordern.

Die ostdeutsche Industrie hat inzwischen den Tiefpunkt des dramatischen Schrumpfungsprozesses durchschritten. In seinem Verlauf sind weit mehr als 2 Mill. Industriearbeitsplätze vernichtet worden. Für 1994 ist zwar erstmals in der Industrie wieder mit einem kräftigen Produktionswachstum zu rechnen. Ein selbsttragender Aufschwung wird damit jedoch noch nicht erreicht. Denn nach wie vor gilt, daß die Ausweitung der Produktion nicht in allen Wirtschaftsbereichen gleichmäßig erfolgt. Die immensen Transferleistungen aus dem Westen begünstigen zunächst jene Branchen, die für lokale Märkte produzieren. Dazu gehören in erster Linie die Bauindustrie und die Branchen, die mit ihr in Verbindung stehen. Die Industriezweige, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen, haben es dagegen wesentlich schwerer. Hier war der Einbruch am schärfsten und die Erholung beginnt auf sehr niedrigem Niveau. Der Erfolg des industriellen Anpassungsprozesses ist jedoch erst dann gewährleistet, wenn die ostdeutschen Unternehmen ihre Marktanteile auf den Märkten der westlichen Industrieländer ausweiten können.

Die Voraussetzung hierfür bilden Investitionen in moderne Produktionsanlagen und in innovative Produkte. Die Förderung der Investitionstätigkeit in Ostdeutschland war und ist deshalb richtig, und sie muß auch in der Zukunft fortgesetzt werden. Die geplante Kürzung der Investitionszulage für Ostdeutschland, insbesondere ihre Beschränkung auf Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten ab nächstem Jahr, ist den Erfordernissen der ostdeutschen Industrie nicht angemessen. Bislang war die Investitionsförderung sehr erfolgreich. Die Investitionstätigkeit ist der Wachstumsmotor in Ostdeutschland. Die Investitionen pro Kopf liegen inzwischen über dem Niveau im früheren Bundesgebiet und die Investitionsquote hat gemessen an der Inlandsnachfrage mit 30 % ein Niveau erreicht, das den langfristigen Durchschnitt im Westen bei weitem übersteigt.

Allmählich erreicht eine immer größere Zahl von Investitionen auch die Produktionsreife. Damit dürfte sich im laufenden Jahr die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Exporterfolge der ostdeutschen Industrie erheblich verbessern. Eine große Zahl von Industriearbeitsplätzen wird dadurch sicherer. Es darf jedoch nicht außer acht bleiben, daß die Investitionstätigkeit in starkem Umfang von öffentlichen Transfers gestützt wurde. Eine weitere Ausdehnung dieser Mittel ist nicht zu erwarten. Die Unternehmen müssen in Zukunft das benötigte Geld für Investitionen also vorwiegend selbst erwirtschaften. Dazu muß das Kostenniveau spürbar sinken, soll der negative Beschäftigungstrend umgekehrt werden.

Eine Wiederaufforstung der ostdeutschen Industrie erfordert deshalb mehr noch als in Westdeutschland lohnpolitische Vernunft. Während in den ostdeutschen Unternehmen der Umsatz je Beschäftigten 1993 gerade 50 % des Westniveaus erreichte, überschritt die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten die 60 %-Marke. Die Produktivitätslücke zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich zwar vermindert, ist aber nach wie vor nicht geschlossen. Solange dies nicht geschehen ist, kann der Arbeitsplatzverlust in der Industrie nicht zum Stillstand kommen. Eine kräftige Produktionsausweitung bei einem weiteren, allerdings begrenzten Arbeitsplatzabbau wird 1994 noch die Industrieentwicklung prägen. Im Laufe dieses Jahres werden aller Voraussicht nach die aufbauenden Kräfte jedoch die Oberhand gewinnen, der Weg zu einem starken Industriestandort Ostdeutschland ist aber noch weit. Einer der sichersten Erfolgsgarantien wäre eine rasche Überwindung der wirtschaftlichen Krise in Westdeutschland. Denn bekanntlich lassen sich strukturelle Probleme in einem wachstumsfreundlichen Umfeld am leichtesten lösen.

## Für eine stärkere strukturpolitische Orientierung der Arbeitsmarktpolitik

### 1 Struktur- und beschäftigungspolitische Herausforderungen

Strukturwandel ist stets Kennzeichen und Voraussetzung für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Solange er Hand in Hand mit einem ausreichenden wirtschaftlichen Wachstum verläuft, lassen sich die notwendigen Mobilitätsprozesse für die Arbeitskräfte sozialverträglich gestalten. Übertrifft aber die Zahl der verlorengehenden Arbeitsplätze in einzelnen Wirtschaftsbereichen die in anderen Sektoren neu entstehenden, kommt es zu strukturellen Verwerfungen. Rückgestaute Massenarbeitslosigkeit ist die Folge. Die Arbeitsmarktp Probleme verschärfen sich noch, wenn die Strukturkrise von einer rezessiven Nachfrageschwäche überlagert wird. Das Zusammentreffen beider Probleme hat den Arbeitsmarkt in die tiefste Nachkriegskrise gestürzt. Zu den rd. 4 Mill. registrierten Arbeitslosen kommt eine Stille Reserve von etwas mehr als 2 Mill. hinzu, so daß die gesamte Beschäftigungslücke etwa 16 bis 17 % des Erwerbspersonenpotentials ausmacht.

Selbst wenn es gelingen sollte, die aktuelle konjunkturelle Nachfrageschwäche zu überwinden und auf einen kräftigen und dynamischen Wachstumspfad zurückzufinden, ist eine weiter anhaltende Massenarbeitslosigkeit zu befürchten. So schätzt das Prognos-Institut das Beschäftigungsdefizit für das Jahr 2000 immerhin noch auf 5,9 Mill. (2,5 Mill. Stille Reserve und 3,4 Mill. registrierte Arbeitslose).<sup>1)</sup> Diese Berechnungen gehen von der Annahme aus, daß in Westdeutschland im Prognosezeitraum 1991 bis 2000 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich um real 2 % und in Ostdeutschland um real gut 9 % steigt. Diese Werte sind ambitioniert, da das BIP 1993 real um 1,9 % zurückgegangen ist.

Die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Hauptaufgabe der nächsten Jahre besteht zweifellos darin, die riesige Beschäftigungslücke spürbar zu verringern. Hierzu ist eine umfassende Strategie gefordert, die möglichst sämtliche beschäftigungspolitisch relevanten Handlungsbereiche einschließt. Arbeitsmarkt- und strukturpolitische Aktivitäten können sicherlich einen guten beschäftigungspolitischen Beitrag beisteuern. Durchschlagende Erfolge bei der Lösung der quantitativen Arbeitsmarktp Probleme sind jedoch nur zu erwarten, wenn es gelingt, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kräftig anzukurbeln und außerdem das Tempo der Arbeitszeitverkürzungen deutlich über den langjährigen Trend hinaus zu beschleunigen.

\*) Dr. Wilhelm Adamy, Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf.

\*\*) Dr. Hartmut Seifert, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf.

1) Vgl. Prognos AG (1993).

Die quantitativen Strukturprobleme sind eng verwoben mit erheblichen sektoralen Umschichtungen. Dabei ist von folgenden Entwicklungsmustern auszugehen:

- Die rückläufige Beschäftigungsentwicklung in den Bereichen der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und dem Bergbau wird sich fortsetzen.
- Auch im warenproduzierenden Gewerbe wird sich langfristig die Beschäftigtenzahl verringern.
- Beschäftigungszuwächse werden vor allem in den Dienstleistungsbereichen erwartet. Schätzungen gehen davon aus, daß im Jahre 2010 in diesem Sektor etwa zwei Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigt sein werden. Mit vergleichsweise geringfügigen Beschäftigungsgewinnen ist auch im Bereich der staatlichen Dienstleistungen und in den privaten Haushalten zu rechnen.<sup>2)</sup>

Der relative Bedeutungsverlust des warenproduzierenden Gewerbes ist jedoch nicht als Prozess der De-Industrialisierung zu interpretieren. Angesichts der wachsenden Komplexität von Arbeits- und Produktionsstrukturen sowie der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft gewinnt die Spezialisierung einzelner Funktionen an Bedeutung. Unternehmen gliedern zunehmend ihre Dienstleistungsbeiriche aus. Diese Prozesse lassen ein Anwachsen der produktionsnahen Dienstleistungen wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, Forschung und Entwicklung, Planung, Marketing usw. erwarten.

Mit diesem sektoralen Strukturwandel eng verknüpft ist auch ein veränderter Qualifikationsbedarf. Vor allem die Beschäftigungschancen für Ungelernte schrumpfen. Ihr Anteil wird nach den vorliegenden Projektionen von derzeit ca. 20 % bis zum Jahre 2010 auf nur noch 13 % abfallen. Dagegen wächst der Bedarf an Beschäftigten mit mittleren Qualifikationen und der von Hochschulabsolventen.<sup>3)</sup>

Die quantitativen und qualitativen Anforderungen an Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik sind also vielfältig und komplex. Zum einen geht es darum, die riesige Beschäftigungslücke möglichst rasch zu schließen. Besondere Schwierigkeiten bereitet dabei sicherlich die berufliche Reintegration der zunehmenden Anzahl an Langzeitarbeitslosen, unter denen ältere und ungelernie Erwerbspersonen überproportional stark vertreten sind. Zum anderen haben gezielte arbeitsmarkt- und strukturpolitische Hilfestellungen den sektoralen sowie qualifikatorischen Strukturwandel zu flankieren und sozialverträglich abzusichern. Diesen Anforderungen können Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik nur gerecht werden, wenn sowohl bei den Instrumenten als auch bei den organisatorisch-institutionellen Handlungsstrukturen neue Wege eingeschlagen werden.

---

2) Vgl. Hofer/Weidig/Wolff (1989).

3) Vgl. ebenda.



## **2 Wachstums- und beschäftigungspolitische Initiativen zur Förderung des Strukturwandels**

Die Freisetzung von dynamischen Wachstumskräften setzt eine Beschleunigung des Strukturwandels voraus. Gesucht sind Strategien, die die Investitionslücke schließen, den Strukturwandel zu unternehmensbezogenen, öffentlichen und privaten Dienstleistungen beschleunigen und die Wachstumspotentiale im Bereich von Infrastruktur sowie beruflicher Aus- und Weiterbildung stärken.

Ohne Überwindung der konjunkturellen Krise werden die strukturellen Risiken kaum offensiv und sozialverträglich angegangen werden können. Je offensiver und vorausschauender die wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen angepackt und der nötige Strukturwandel sozial flankiert wird, um so günstiger wird sich die Beschäftigungslage entwickeln. Je länger jedoch die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme ungelöst liegenbleiben werden, desto eher ist mit größeren Wirtschaftskrisen und problematischen Anpassungsschocks zu rechnen.

Erforderlich ist eine Wirtschaftspolitik, die nicht auf gesellschaftliche Konfrontation und Polarisierung abzielt, sondern eine Politik, die sich dem sozialen Konsens verpflichtet fühlt und ein ausgewogenes Verhältnis von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik anstrebt. Die Gewerkschaften plädieren für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, für aktive Industrie- und Konjunkturpolitik im nationalen und europäischen Rahmen. Abgestimmte aktive beschäftigungspolitische Aktionen zwischen den Staaten erhöhen die Beschäftigungswirksamkeit gegenüber isolierten einzelstaatlichen Aktivitäten. Um den krisenverschärfenden Mechanismus zu durchbrechen, müssen insbesondere die öffentlichen Investitionen dringend gestärkt werden.

Längerfristig angelegte öffentliche Investitionsprogramme auf den Gebieten der Infrastruktur, der Dorf- und Stadterneuerung, des Umweltschutzes sind Beispiele hierfür. Über diese Konjunkturimpulse hinaus geht es kurzfristig insbesondere auch darum,

- den Sozialabbau zu Lasten von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu stoppen,
- die automatischen Konjunkturstabilisatoren wirken zu lassen, indem konjunkturbedingte Mindereinnahmen mit Kreditaufnahmen finanziert werden.

Die konjunkturellen Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte dürfen keine Rechtfertigung für beschäftigungspolitische Untätigkeit sein. Vielmehr sind Konjunkturimpulse erforderlich, um die öffentlichen Haushaltsgrundlagen zu sichern. Ein Bündel von betrieblichen, nationalen und internationalen Maßnahmen ist erforderlich, wobei sich die Maßnahmen gegenseitig verstärken müssen.

### 3 Strukturpolitische Orientierung der Arbeitsmarktpolitik

Insbesondere die ökonomische Umbruchsituation in den neuen Ländern, aber auch einschneidende Prozesse des industriellen Strukturwandels in westdeutschen Regionen haben die strukturpolitischen Defizite und die Notwendigkeit einer besseren Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik sichtbar werden lassen. Die aktuelle arbeitsmarktpolitische Reformdiskussion zielt daher unter anderem darauf ab, die Arbeitsmarktpolitik durch eine eigenständige strukturpolitische Komponente zu erweitern und die Verzahnung mit struktur- und wirtschaftspolitischen Instrumenten zu verbessern. Die strukturpolitische Orientierung der Arbeitsmarktpolitik ist im Grundsatz nicht neu.

#### 3.1 Strukturpolitischer Auftrag der Arbeitsmarktpolitik

Mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969 wurde der Arbeitsmarktpolitik ein direkter strukturpolitischer Auftrag erteilt. Nach § 2 AFG sind die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen so zu gestalten, daß

- „weder Arbeitslosigkeit und unterwertige Beschäftigung noch ein Mangel an Arbeitskräften eintreten oder fortauern,
- nachteilige Folgen, die sich für die Erwerbstätigen aus der technischen Entwicklung oder aus wirtschaftlichen Strukturwandlungen ergeben können, vermieden, ausgeglichen oder beseitigt werden,
- die Struktur der Beschäftigung nach Gebieten und Wirtschaftszweigen verbessert wird ...“.

In der Praxis ist es bisher zu keiner wirklichen Umsetzung dieses Grundgedankens gekommen, so daß dieser strukturpolitische Auftrag heute schon fast vergessen ist.

Die Gemeinsamkeit von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik kann insbesondere darin gesehen werden, daß beide Teilpolitiken gleichermaßen auf die Schaffung und Aufrechterhaltung qualifizierter Arbeitsplätze bzw. eines qualifizierten Arbeitskräftepotentials abzielen. Dennoch unterscheiden sich beide Politikbereiche in zentraler Weise. Die Förderkonzepte traditioneller Strukturpolitik beruhen vorrangig auf finanziellen Anreizen in Form von Investitionszulagen und Zuschüssen an Betriebe und Regionen, um die unternehmensnahe Infrastruktur zu verbessern und produktionsbezogene Engpässe zu beseitigen. Sie konzentrieren sich auf die Faktoren Kapital und Infrastruktur und damit die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Die klassischen Arbeitsmarktinstrumente zielen demgegenüber vorrangig darauf ab, Engpässe im Bereich des Arbeitskräfteangebots möglichst zu beheben. Arbeitsmarktpolitik ist in erster Linie auf die Förderung von Individuen zugeschnitten, während Strukturpolitik stärker unternehmenszentriert und produktionsbezogen ist.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal besteht darin, daß die beschäftigungspolitischen Auswirkungen strukturpolitischer Maßnahmen meist nur mittel- und längerfristig erkennbar sind, während sich Arbeitsmarktpolitik weit mehr für kurzfristige Beschäftigungsprobleme verantwortlich fühlt und verantwortlich gemacht wird.

Die traditionelle Arbeitsteilung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik wird meist darin gesehen, daß der Arbeitsmarktpolitik eine gegenüber dem wirtschaftlichen Strukturwandel nachrangige und nachsorgende Aufgabe zugesprochen wird. Richtig ist dabei, daß die arbeitsmarktpolitischen Instrumente weder Massenarbeitslosigkeit noch strukturelle Anpassungskrisen alleine auffangen können. Nach der Philosophie des AFG sollen sie vielmehr den Strukturwandel begleiten und möglichst vorbereiten, um auf diesem Wege Arbeitskräfte vor Beschäftigungsrisiken zu schützen. Bei sich abzeichnenden Strukturveränderungen mit drohender Arbeitslosigkeit sollten allenfalls über frühzeitige Konzepte Übergänge in neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden. Durch die wiederholten tiefen Leistungseinschnitte während der Vergangenheit ist der vorbeugende Charakter der Arbeitsmarktpolitik jedoch weitgehend verlorengegangen.

#### **4      Qualifizierung als strukturpolitisches Instrument**

Das Humankapital ist ein zentraler Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft. Ein Hochlohnland ist ohne gute und ständige Anpassung der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum wettbewerbsfähig.<sup>4)</sup> Aktive Bildungs- und Weiterbildungspolitik wird damit zur wichtigen Voraussetzung für den sich beschleunigenden Strukturwandel.

Die Weiterbildungspolitik der Arbeitsämter kann in einen Zielkonflikt zwischen einer stärkeren Konzentration auf benachteiligte Zielgruppen und der Notwendigkeit einer vorbeugenden – im Betrieb ansetzenden – Politik geraten, der in dem Maße an Bedeutung gewinnt, wie die Wiedereingliederung von Arbeitslosen immer schwerer fällt. Zugleich wird der Arbeitsmarkt sehr stark belastet, wenn die Betriebe die Anpassung der vom Umstellungsprozeß betroffenen unzureichend qualifizierten Arbeitnehmer über Entlassungen vornehmen und möglicherweise Arbeitskräfte mit den benötigten Qualifikationen neu einstellen.

Dieser Zielkonflikt wurde in der Vergangenheit – aus vordergründigen finanzpolitischen Motiven – eindeutig zu Lasten einer präventiven Arbeitsmarktpolitik gelöst. Die stärkere Konzentration der Weiterbildungspolitik auf die Problemgruppen ging zugleich damit einher, daß der vormalige Rechtsanspruch auf Weiterbildung für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedrohte sowie Arbeitnehmer ohne beruflichen Abschluß zum Ende des Jahres 1993 gestrichen wurde. Dabei galt die Qualifizierung von Arbeitskräften im Betrieb ohnehin grundsätzlich nicht als

---

4) Vgl. Prognos AG (1990).

öffentlich förderfähig. Es wurde unterstellt, daß - wie es im AFG heißt - diese Qualifizierung überwiegend im Interesse des Betriebes liege, wenn der Arbeitsplatz nicht unmittelbar gefährdet ist und die betroffenen Arbeitnehmer einen beruflichen Abschluß haben. Richtigerweise muß dann auch darauf geachtet werden, daß im Falle des sich ändernden betrieblichen Qualifikationsbedarfs Mitnahmeeffekte so weit wie möglich verhindert werden. Da die Fördermaßnahmen des AFG grundsätzlich an den Nachweis individueller Berechtigung geknüpft sind, wird die - vor allem präventiv erforderliche - kollektive Förderung im Falle betrieblicher, regionaler und branchenbezogener Beschäftigungs- und Strukturkrisen erschwert, wenn nicht gar verhindert. Die mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften gemachten Erfahrungen zeigen, daß betriebliche, regionale und branchenbezogene Umbruchkrisen zusätzliche arbeitsmarkt- und bildungspolitische Instrumente erfordern. Mit solchen Instrumenten sollte schon vor der „unmittelbaren Bedrohung von Arbeitslosigkeit“ (§ 44 AFG) bzw. nicht erst nach Eintritt der Arbeitslosigkeit (§ 94 AFG) die Bewältigung von Strukturkrisen arbeitsmarktpolitisch besser flankiert werden können.

Um Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu verhindern, müssen die Arbeitsmarktinstrumente stärker als bisher an betriebliche Vorgänge anknüpfen; dies gilt insbesondere bei drohendem Beschäftigungsabbau. Die Herausforderungen der kommenden Jahre verlangen eine bessere Abstimmung von betrieblicher Aus- und Weiterbildungspolitik mit der öffentlichen Arbeitsmarktpolitik unter verstärkter Förderung der benachteiligten Gruppen. Auch wenn betriebliche Weiterbildung in erster Linie eine Bringschuld der Betriebe ist, stellt sich die Frage, wie durch unterstützende Aktivitäten der Arbeitsämter Arbeitslosigkeit vorbeugend besser verhindert werden kann als bisher.

Als große Schwachstelle einer zukunftsorientierten Qualifizierungspolitik erweist sich allerdings die völlig unzureichende betriebliche Personalplanung. Nur etwa ein Zehntel der Betriebe plant den Personalbedarf. Soweit sie vorhanden ist, kann sie meist nicht mit der Investitionsplanung mithalten. Betriebliche Personalplanung muß daher zu einem integralen Element der Investitionsplanung werden. Von den Arbeitsämtern erwartet man zugleich eine vorausschauende Qualifizierungspolitik, die die Wünsche der Arbeitgeber heute erfüllt, die sie gestern nicht einmal selbst formulieren konnten. Eine gezielte, den Strukturwandel fördernde Weiterbildungspolitik setzt ferner engere Kooperationsformen zwischen Betrieben und Arbeitsämtern voraus. Die Arbeitsämter sind über die Personal- und Qualifizierungsplanungen der Betriebe zu informieren.

Die wenigen bisher durchgeführten Programme zur betrieblichen Qualifizierung zeigen, daß insbesondere kleinere und mittlere Betriebe häufig überfordert sind, ihren Qualifizierungsbedarf zu bestimmen und sich auf dem unübersichtlichen Weiterbildungsmarkt zu orientieren. Die Begleitforschung zum brandenburgischen Landesprogramm „Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten in kleinen und

mittleren Unternehmen" gelangte beispielsweise zu der Schlußfolgerung, daß eine trägerunabhängige und -übergreifende Weiterbildungsberatung sinnvoll erscheint. Zugleich werden besondere innovationsfördernde finanzielle Anreize empfohlen. Höhere Zuschüsse sollten für besondere Angebote und Leistungen wirtschaftlicher Weiterbildung gewährt werden. Des weiteren sollten weniger absolute als relative Fördersätze gewährt werden, „um eine dem tatsächlichen Qualifizierungsaufwand entsprechende ‚gerechtere‘ und effizientere Bezuschussung zu erreichen“.<sup>5)</sup>

### **3.3 Strukturpolitische Komponente von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, mit dem zusätzliche befristete Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Vielfach wird ihnen nur eine sozialpolitische Funktion zugunsten benachteiligter Personen zugesprochen, die ansonsten chancenlos auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Über individuelle Beschäftigungsbrücken und individuelle Arbeitsmarktperspektiven hinaus, können ABM aber auch die Infrastruktur und die unternehmensnahen Angebotsbedingungen verbessern und in begrenztem Umfang auch das Entstehen von Dauerarbeitsplätzen fördern. Dies gilt insbesondere für die neuen Länder, wo über das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ zeitweilig auch die Sachkostenfinanzierung und damit die Projektförderung sichergestellt wurde. Im Rahmen dieses Programms wurden ABM im beachtlichen Umfang zur Verbesserung von Infrastruktur und Umwelt eingesetzt. Gut die Hälfte der 1992 geförderten Maßnahmen waren im engeren Sinne investiv. Sie förderten die wirtschaftsnahe Infrastruktur, die bauliche Instandsetzung und die Umweltverbesserung. Bei den Großprojekten war die investive Komponente noch weit stärker.<sup>6)</sup>

Relativ selten waren diese Maßnahmen jedoch mit der Wirtschafts- und Strukturpolitik verzahnt. Lediglich in Treuhandbetrieben und in Beschäftigungsgesellschaften waren ABM häufig mit mehreren Programmen verknüpft. Soweit eine Verzahnung der ABM mit anderen Programmen erfolgte, kamen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie den Länderprogrammen die größere Bedeutung zu. Zwischenzeitlich dürften aber auch die gemeinschaftlichen Förderkonzepte ein stärkeres Gewicht erhalten haben. Die Gesamtkosten dieser Projekte wurden weit überdurchschnittlich aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit (BA) bzw. des Bundes finanziert.

Aber auch die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften spielen beim Strukturwandel eine wichtige Rolle und unterstützen neue beschäftigungspolitische Initiativen. Ende 1993 waren in den etwa 400 Beschäftigungsgesellschaften in Ostdeutschland rund 110 000 Teilnehmer tätig. Teils ist es diesen Gesellschaften gelungen, als regionale „Innovationsträger“ zu fungieren, teils nähern sie sich dem

5) Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (1993).

6) Vgl. Spitznagel (1992).

Charakter von regionalen Entwicklungsagenturen an. Sie tragen nicht nur dazu bei, die Kombination und Abstimmung unterschiedlicher Förderinstrumente zu verbessern und die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren auszubauen, sondern leisten u. a. auch durch eine im Osten beachtliche Auftragsvergabe an die örtliche Wirtschaft einen eigenständigen Beitrag zum strukturellen Wandel. Von den traditionellen Instrumenten der Wirtschaftsförderung sind diese zum Teil unkonventionellen Initiativen und Ausgründungen häufig ausgenommen. Auch das Kriterium des „öffentlichen Interesses“ erweist sich als hinderlich für Existenzgründungen aus ABM. Die von vielen Beschäftigungsgesellschaften und ABM-Trägern angestrebte Produkt- und Prozessinnovation – die bis zur Marktreife reichen kann – wird nicht als im öffentlichen Interesse liegend anerkannt und kann daher grundsätzlich nicht über das AFG gefördert werden. Demgegenüber fördern die Arbeitsämter aus Beitragsmitteln auch die Gründung selbständiger Existenzen durch ein Überbrückungsgeld. Für diese Leistungen an Selbständige wurden 1992 136 Mill. DM zur Verfügung gestellt, 1993 98,5 Mill. DM.

Soweit es um drohende Massenentlassungen, Betriebsschließungen bzw. um anstehende Betriebssanierungen geht, sollten mehr Möglichkeiten für die gemeinsame Entwicklung und Finanzierung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften geschaffen werden. Rechtlich und finanziell sollte beispielsweise eine angemessene Beteiligung der Arbeitsämter an diesen Gesellschaften durch den Einsatz von AFG-Instrumenten abgesichert werden. Die Erfahrungen in den neuen Länder zeigen zugleich, daß insbesondere bei investiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dringend eine Sachkostenförderung sichergestellt werden mußte.

Schließlich stellt das mit dem § 249 h AFG eingeführte neue arbeitsmarktpolitische Instrument eine gewisse konzeptionelle Weiterentwicklung dar, die auf eine gesamtfiskalische Betrachtungsweise und eine bessere Verbindung von Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik abzielt. Danach können die bisher passiven Lohnersatzleistungen von Arbeitslosengeld oder -hilfe in Lohnkostenzuschüsse umgewandelt werden, wenn Beschäftigung in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste oder Jugendhilfe geschaffen wird. Da diese Maßnahmen zeitlich länger laufen können als traditionelle ABM und auch eine Mischfinanzierung unterschiedlicher Programme erforderlich ist, können neue innovative Maßnahmen eingeleitet werden. Problematisch ist allerdings, daß die über diese Maßnahme Beschäftigten nur 90 % des Arbeitsentgelts vergleichbarer Arbeitskräfte und gleicher Arbeitszeit erhalten oder nur 80 % des Arbeitsentgelts bei 20 % weniger Arbeitszeit. Über die sozialen Härten für die Betroffenen hinaus führt dies zu einer faktischen Spaltung des Arbeitsmarktes über die Arbeitsmarktpolitik. Die angestrebten beruflichen Integrationsziele werden in Frage gestellt.

### **3.4 Kurzarbeit und Strukturwandel**

Die bislang vorrangig konjunkturpolitische Funktion von Kurzarbeit ist seit 1989 um eine strukturpolitische Dimension erweitert worden. Ursprünglich war Kurzarbeit ausschließlich auf die Überbrückung vorübergehender, durch zyklische Wirtschaftsabläufe verursachte Nachfrage- und Produktionseinbrüche ausgerichtet. Dadurch sollen kurzfristige Wechselbäder von Entlassungen und Wiedereinstellungen vermieden werden.

Im Unterschied zu konjunktureller Kurzarbeit wird strukturelles Kurzarbeitergeld auch dann geleistet, wenn es sich nicht nur um einen vorübergehenden Arbeitsausfall handelt, sondern dieser auf einer schwerwiegenden strukturellen Verschlechterung der Lage des gesamten Wirtschaftszweiges beruht oder wenn die Arbeitsmarktp Probleme, wie in Ostdeutschland, durch einen Systemwechsel verursacht sind. In Westdeutschland war strukturelles Kurzarbeitergeld zunächst auf die Krisenbereiche der Stahlindustrie und des Steinkohlenbergbaus beschränkt. In Ostdeutschland bezogen sich die Regelungen in der ersten Phase nach der Vereinigung auf die gesamte Wirtschaft, später wurden dann einzelne allmählich expandierende Wirtschaftsbereiche, wie die Bauwirtschaft, die Banken und Versicherungen oder andere Dienstleistungsbereiche aus dem Geltungsbereich der strukturellen Kurzarbeit herausgenommen.

Die besondere strukturpolitische Funktion von Kurzarbeit liegt darin, daß die ausgefallene Arbeitszeit für Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden kann. Damit lassen sich zwei Ziele verfolgen. Zum einen hilft Kurzarbeit, durch Strukturwandel bedingten Personalabbau zeitlich zu strecken. Zum anderen läßt sich die Phase des strukturellen Umbruchs dazu nutzen, Beschäftigte bzw. Kurzarbeiter auf neue Tätigkeiten vorzubereiten. Diese Qualifizierungen dienen der Einführung und Weiterentwicklung neuer oder qualitativ verbesserter Produkte und Produktionsverfahren innerhalb des bestehenden Betriebes. Den Betrieben soll auf diese Weise geholfen werden, sich auf neue Märkte umzustellen oder die Wettbewerbsposition zu verbessern und dadurch ein Überleben des Betriebes bzw. von Betriebsteilen und von bedrohten Beschäftigungsverhältnissen zu sichern. Zum anderen soll Kurzarbeit in Verbindung mit Qualifizierungsmaßnahmen den externen Strukturwandel fördern. Die Arbeitskräfte sollen ihre Qualifikationen an den Bedarf des externen Arbeitsmarktes anpassen und ihre Mobilitätsfähigkeit erhöhen.

Dieses arbeitsmarkt- und strukturpolitische Instrument hat sich in der schwierigen Umbruchsituation in den neuen Bundesländern erfolgreich bewährt. Mehr als 3 Mill. Beschäftigte haben in der Zeit zwischen Herbst 1989 und Sommer 1993 Erfahrungen mit Kurzarbeit machen müssen. Mehr als jeder zweite ehemalige Kurzarbeiter war innerhalb dieses Zeitraumes von gut 3 Jahren wieder vollzeitig erwerbstätig. Rund zwei Fünftel der ehemaligen Kurzarbeiter waren sogar im selben Betrieb tätig wie drei Jahre zuvor. In gut 600 000 Fällen hat die Kurzarbeit

erfolgreich dazu beigetragen, den regulären Arbeitsplatz im alten Betrieb (zunächst) zu erhalten.

Wie die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zeigen, haben etwa 17 % der Kurzarbeiter an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen.<sup>7)</sup> Das Schwergewicht der Weiterbildungsmaßnahmen lag auf der Qualifizierung für den externen Arbeitsmarkt. Zu einem Gutteil wurde dadurch die Umorientierung der im industriellen Sektor nicht mehr benötigten Arbeitskräfte zum tertiären Sektor gefördert.

Insgesamt hat sich die Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung bewährt. Aus strukturpolitischen Gründen empfiehlt sich eine breitere Anwendung. Dabei sollten allerdings einige organisatorische, bildungskonzeptionelle und finanzielle Aspekte Berücksichtigung finden, und zwar:<sup>8)</sup>

- Überschaubare Planung der Zeiträume für Kurzarbeit.
- Rechtzeitige Entwicklung von Qualifizierungsplänen auf Basis von betrieblichen Sanierungs- und Umstrukturierungskonzepten.
- Finanzierung von Qualifikationsberatern für kleine und mittlere Betriebe.
- Initiativrechte für betriebliche Interessenvertretungen, um Kurzarbeit und Weiterbildungsmaßnahmen als Alternative zu geplanten Entlassungen initiieren zu können.

#### **4 Zur Notwendigkeit einer besseren Kooperation von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik**

Da die beschäftigungspolitischen Effekte isolierter Maßnahmen begrenzt bleiben, sollten Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik weit besser aufeinander abgestimmt werden. Um die Wirksamkeit der Instrumente zu erhöhen, sollte die Arbeitsmarktpolitik möglichst in regionale Entwicklungs- und Handlungskonzepte eingebunden werden.

- So sollte beispielsweise sichergestellt werden, daß bei einer strukturpolitischen Ko-Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auch mehrjährige Mittelzusagen nach dem AFG gemacht werden können. Möglicherweise könnten bei diesen strukturverbessernden Maßnahmen auch einzelne AFG-Instrumente zeitlich verlängert werden.
- Aber auch die verwirrende Programmvieleit und die unzureichenden Kontrollmöglichkeiten bei wirtschafts- und regionalpolitischen Förderprogrammen sollten überdacht und stärker mit arbeitsmarktpolitischen Fördermöglichkeiten in Übereinstimmung gebracht werden.

---

7) Vgl. Besselmann/Machalowski/Ochs/Seifert (1993).

8) Vgl. Seifert (1994).



- Da Beschäftigungsgesellschaften vielfach eine wichtige Funktion zwischen Arbeits- und Wirtschaftsförderung übernehmen müssen, sollte dies auch bei einer Förderung von strukturpolitischen Programmen berücksichtigt werden.
- Für mischfinanzierte Förderprogramme sollte auch ein finanzieller Anreiz gegeben werden, um die beschäftigungspolitische Abstimmung dieser Ansätze zu fördern. Bei der Ausgestaltung und Abstimmung dieser verschiedenen Förderprogramme sollte darauf geachtet werden, daß die regionalen und lokalen arbeitsmarktpolitischen Akteure unmittelbar beteiligt sind, denn ihre Initiative und ihr Engagement sind von entscheidender Voraussetzung für die regionale Umsetzung beschäftigungspolitischer Initiativen.
- Auch die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung sollte sich stärker an Beschäftigungszielen orientieren und dabei arbeitsmarktpolitische Zielgruppen berücksichtigen.

Eine stärkere strukturpolitische Orientierung der Arbeitsmarktpolitik setzt darüber hinaus weitere institutionelle Änderungen voraus. Zum einen geht es um die Reform der Finanzierung von Arbeitsmarktpolitik und zum anderen um eine Dezentralisierung der Handlungsstrukturen.

Ein reformiertes Finanzierungsmodell hat vor allem zwei Probleme zu lösen. So lag eine zentrale Schwäche der Arbeitsmarktpolitik in der Vergangenheit darin, daß der Einsatz der aktiven arbeitsplatzerhaltenden und -schaffenden Instrumente zumindest in einzelnen Phasen eher prozyklisch erfolgte. Der relative Anteil der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik zeigt für Phasen ansteigender Arbeitslosigkeit eine abnehmende Bedeutung. Erfolgversprechend, um einen antizyklischen Mitteleinsatz zu gewährleisten, ist der Vorschlag, für aktive Arbeitsmarktpolitik einen mittelfristigen und regelgebundenen Bundeszuschuß einzurichten. Denkbar ist dabei eine Regelbindung ähnlich der in der Rentenversicherung, die an die Entwicklung der Beitragssätze und der Ausgaben anknüpft. Das zweite Problem betrifft die Verteilungsgerechtigkeit einer stärker strukturpolitisch orientierten Arbeitsmarktpolitik. Die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommen zwar der gesamten Gesellschaft zugute, sie werden bislang jedoch nur von den beitragspflichtigen Beschäftigten und den Betrieben aufgebracht. Die Einbeziehung sämtlicher Erwerbstätigen einschließlich der Selbständigen und der Beamten in die Beitragspflicht wäre deshalb sozial gerechtfertigt und würde außerdem die Finanzierungsbasis stärken.

Eine stärkere Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik scheint eine notwendige Voraussetzung zu sein, um die Verzahnung mit der regionalen Strukturpolitik sicherzustellen. Hierzu bedarf es eines systematischen institutionellen Unterbaus. Denkbar sind ressortübergreifende Koordinierungsstäbe. Zu deren Aufgaben sollten gehören: die Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten sowie die Abstimmung der jeweiligen arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Zielsetzungen, der Maßnahmen und des Mitteleinsatzes.

## Schlußbemerkung

Die struktur- und regionalpolitische Bedeutung der BA darf keinesfalls unterschätzt werden. Ihr stehen begrenzte und meist komplementäre Mittel und Instrumente zur Verfügung. Über die Verbesserung der individuellen Arbeitsmarktchancen hinaus kann sie die Infrastruktur und Angebotsbedingungen verbessern und die aktuellen Arbeitsmarkdefizite verringern; längerfristige Beschäftigungsdefizite kann sie allein jedoch nicht beheben und keine Dauerarbeitsplätze schaffen, sondern allenfalls ihre Entstehung fördern. Ein entschlossener Einsatz der Arbeitsmarktpolitik ist aber dennoch solange erforderlich, wie alternative Strategien das Beschäftigungsproblem nicht lösen. In der Hauptsache ist dies Aufgabe der Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Es ist jedoch unübersehbar, daß die Arbeitsmarktpolitik in zu starkem Maße reaktiv und zu wenig vorbeugend ausgerichtet ist und auch eine aktivere Rolle bei der Erarbeitung und Umsetzung strukturpolitischer Ansätze leisten sollte. Es gilt aber auch umgekehrt, daß arbeitsmarktpolitische Kriterien - wie die Belange der sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes - bei der Struktur- und Wirtschaftsförderung eine größere Bedeutung erlangen sollten, beispielsweise bei der Investitionsförderung. Auch sollten die Arbeitsämter in die Prüfung beschäftigungspolitischer Auflagen im Rahmen wirtschafts- und strukturpolitischer Programme einbezogen werden.

## Literaturhinweise

Besselmann, K./Machalowski, G./Ochs, Ch./Seifert, H. (1993): Kurzarbeit und Qualifizierung, Projektbericht, Düsseldorf/Köln.

Hofer, P./Weidig, I./Wolff, H. (1989): Arbeitslandschaft bis 2010, in: BeitrAB 131.1, Nürnberg.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (1993): Förderung der wirtschaftsnahen Weiterbildung, in: Reihe Forschungsberichte.

Prognos AG (1990): Die Arbeitsmärkte im EG-Binnenmarkt bis zum Jahr 2000, in: BeitrAB 138, Nürnberg.

Prognos AG (1993): Die Bundesrepublik Deutschland 2000 - 2005 - 2010, Prognose Deutschland Report Nr. 1, Basel.

Seifert, H. (1994): Kurzarbeit und Qualifizierung - ein neues Instrument zur Förderung des Strukturwandels?, in: Heinelt, H./Bosch, G./Reissert, B. (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik nach der Vereinigung, S. 112 f, Berlin.

Spitznagel, E. (1992): Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, in: IAB-Werkstattbericht, Nr. 11/1992.

## **Die Autoren**

**Dr. Wilhelm Adamy**, Jahrgang 1949, Referatsleiter in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit.

**Carsten Cornelsen**, Jahrgang 1941, Studium der Volkswirtschaftslehre in Freiburg und Bonn, 1970 Examen zum Diplom-Volkswirt, anschließend Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Bundestag, 1972 – 1975 Bundesgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, ab 1975 im Statistischen Bundesamt tätig, zunächst als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, heute als Referatsleiter, zuständig für berufsstatistische Erhebungen und Fragen der Erwerbstätigkeit.

**Reinhard Ebert**, Jahrgang 1942, Diplom-Volkswirt, studierte Volkswirtschaft und politische Wissenschaften in Tübingen und München, wo er anschließend als Tutor tätig war. Seit 1970 ist Herr Ebert bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln beschäftigt, heute als stellvertretender Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Berufsbildung. Auch ist er Mitglied verschiedener arbeitsmarktpolitischer Gremien, u. a. im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit, im Beirat für die Rehabilitation der Behinderten beim Bundesarbeitsminister und im Europäischen Sozialfonds-Ausschuß.

**Dr. Hartmut Essig**, Jahrgang 1943, studierte an den Universitäten Mannheim und Würzburg Volkswirtschaftslehre. Nach seinem Eintritt in das Statistische Bundesamt im Jahre 1972 war er in der Finanzstatistik zunächst mit den Schwerpunkten Forschungs- und Bildungsausgaben sowie Kommunalfinanzen und ab 1983 als Gruppenleiter für den Gesamtbereich tätig. Seit 1988 leitet er die Gruppe Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (III B) im Statistischen Bundesamt.

**Dr. Johann Fuchs**, Jahrgang 1956, arbeitet seit 1989 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich „Mittel- und langfristige Vorausschau“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Schwerpunkte seiner Forschungsarbeiten sind die Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots in den neuen Bundesländern und die (Fort-)Entwicklung simulationsfähiger ökonomischer Arbeitsmarktmodelle.

**Dr. Gerd von Gusinski**, Jahrgang 1941, legte 1970 die Diplomprüfung für Volkswirte an der Universität Hamburg ab und promovierte 1977 zum Dr. rer. pol. Von 1970 bis 1979 war er im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg und zwischen 1979 und 1986 im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr tätig. Bevor Dr. von Gusinski 1991 Abteilungsleiter im Bereich „Volkswirtschaftliche Fragen“ der Treuhandanstalt wurde, war er zwischen 1987 und 1990 im Niedersächsischen Ministerium der Finanzen beschäftigt.

**Harald Hagn**, Jahrgang 1959, Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule München und der Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ab 1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Volkswirtschaftlichen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der Universität der Bundeswehr München. Seit Dezember 1993 Referent für Zentrale Statistische Aufgaben am Thüringer Landesamt für Statistik. Arbeitsgebiete: Konjunkturbeobachtung und Methodenfragen der Statistik.

**Dr. Jürgen Hertel**, Jahrgang 1947, Abitur 1966, anschließend zweijährige Reserveoffiziersausbildung, Studium in Göttingen und TU Berlin, Abschluß 1974 als Dipl.-Ing., Fachrichtung Wirtschaftsingenieurwesen, ab 1975 Tätigkeiten im Drägerwerk Lübeck und im Schuldienst, 1978 Eintritt in die Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes, bis zum Zusammenschluß beider Berliner Ämter im Jahr 1992 stellvertretender Leiter mit Arbeitsschwerpunkt Einkommens- und Verbrauchsstichproben, ab 1993 Leiter der Gruppe Auslandsstatistik.

**Dr. Udo Ludwig**, Jahrgang 1943, Studium der Wirtschaftsmathematik an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Staatlichen Leningrader Universität. Nach dem Studium ab 1967 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, Promotion auf dem Gebiet der Bildungsökonomie. Weitere Arbeitsgebiete: Kosten-Nutzen-Analyse und Input-Output-Analyse. Ab 1984 Praxiseinsatz im Statistischen Amt der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Analyse. Arbeiten auf dem Gebiet der Input-Output-Statistik und der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsmessung. Im Jahr 1986 Rückkehr an das Akademieninstitut für Wirtschaftswissenschaften und Beschäftigung mit wirtschaftstheoretischen Fragen der Nationaleinkommensrechnung sowie gesamtwirtschaftlichen Prognosen. Ab 1992 am Institut für Wirtschaftsforschung Halle, seit 1994 Abteilungsleiter für Konjunktur und Wachstum.

**Hans Günther Merk**, Jahrgang 1930, Jurist, war nach dem 2. juristischen Staatsexamen 1958 zunächst als Rechtsanwalt und anschließend als Richter am Amtsgericht Koblenz tätig. 1959 trat er in das Bundesministerium des Innern ein, wo er zuletzt von 1982 an für die Medienpolitik verantwortlich war. Seit Juni 1992 ist Hans Günther Merk Präsident des Statistischen Bundesamtes und Bundeswahlleiter.

**Marlene Nowack**, Jahrgang 1956, arbeitet seit 1981 im Statistischen Bundesamt und betreute unterschiedliche Aufgabengebiete, insbesondere im Querschnittsbereich „Allgemeine und zusammenfassende Aufgaben der Statistik“. Sie war unter anderem verantwortlich an der Erarbeitung von Querschnittsveröffentlichungen beteiligt, die einen umfassenden Einblick in die Zusammenhänge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens vermitteln. Seit 1993 beschäftigt sie sich nach einer mehrjährigen Erziehungspause mit den kurzfristigen Statistiken des Produzierenden Gewerbes.

**Helmut Rudolph**, Jahrgang 1950, ist Diplom-Mathematiker und arbeitet seit 1981 im Bereich „Analytische Statistik“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

**Dr. Hartmut Seifert**, Jahrgang 1944, Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Würzburg und Berlin. Examen als Dipl.-Volkswirt, Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität -Gesamthochschule- Paderborn 1983. Forschungsassistent an der FU Berlin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung in Berlin; seit 1975 wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB; Lehraufträge an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin und der Universität Konstanz; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen über arbeitsmarkt- und arbeitspolitische Themen.

**Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg**, Jahrgang 1941, studierte von 1963 bis 1967 Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte in Hannover, Belfast (Nordirland) und Göttingen. 1970 promovierte er zum Dr. rer. pol. Nach der Ausbildung zum Betriebsberater bei der Handwerkskammer Hannover war Dr. von Wartenberg zwischen 1967 und 1972 als Kooperationsberater des Norddeutschen Handwerks tätig. Von 1970 bis 1976 ist er Mitglied des Niedersächsischen Landtags gewesen und zwischen 1972 und 1976 Mitglied der Geschäftsführung des Zentralverbandes des Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Düsseldorf. Von 1976 bis 1990 war Dr. von Wartenberg Mitglied des Deutschen Bundestages, zwischen 1985 und 1987 Direktor bei der Hannover Rückversicherungs AG, Hannover und von 1987 bis 1989 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft. Seit 1.1.1990 ist er Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

